

# *Transit*

EUROPÄISCHE REVUE

## **Rückkehr der Geschichte**

- J. Rupnik / D. Moisi** 1989 in historischer Perspektive
- Jerzy Jedlicki** Die unerträgliche Last der Geschichte
- Marcin Król** Revolution, Restauration, Amnesie
- Jan Błoński** Der antisemitische Retter. Warschau 1942
- Timothy Garton Ash** Solidarność - eine Sache der Vergangenheit
- Miklós Szabó** Ungarn: Restauration oder Aufarbeitung?
- Jan Patočka** Was sind die Tschechen?
- Petr Pithart** Der Philosoph als Ketzler
- Juri Afanassjew** Das beschädigte Gedächtnis
- Waldemar Weber** Schuld und Sühne
- Tomas Venclova** Litauen: Das Erbe des Gediminas
- Peter Demetz** Öffentliche und kapillare Geschichte
- Helmut Dubiel** Deutsche Vergangenheiten
- Stefan Wolle** Das Stasi-Akten-Syndrom
- Henry Rousso** »Säuberungen« gestern und heute
- Steven Beller** Wessen Geschichte eigentlich?
- Lyrik und Prosa von **Brodsky, Kornis, Szymborska. Venclova**
- Photographien von **Gawronska, Klemm, Niedenthal u.a.**

**Transit** wird herausgegeben am Institut für die Wissenschaften vom Menschen (IWM) in Wien und erscheint im Verlag Neue Kritik, Frankfurt.

**Herausgeber:** Krzysztof Michalski.

**Redaktionskomitee:** Klaus Nellen (Wien, verantwortlich), Jan Blonski (Krakau), Timothy Garton Ash (Oxford), János Mátyás Kovács (Budapest/Wien), Susanna Roth (Prag), Jacques Rupnik (Paris).

**Beirat:** Ralf Dahrendorf (Oxford), François Furet (Paris), Bronislaw Geremek (Warschau), Elemér Hankiss (Budapest), Petr Pithart (Prag), Fritz Stern (New York).

**Redaktionsanschrift:** Transit, Institut für die Wissenschaften vom Menschen, Spittelauer Lände 3, A-1090 Wien, Telefon (01) 31358-0, Fax (01) 31358-30.

**Verlagsanschrift:** Verlag Neue Kritik, Kettenhofweg 53, D-6000 Frankfurt/Main, Telefon (069) 72 75 76, Fax (069) 72 65 85.



© IWM 2023. This work is licensed under CC BY-NC-ND 4.0.

ISSN 0938-2062 / ISBN 978-3-8015-0691-9

*Transit* is regularly listed in the *International Current Awareness Services*. Selected material is indexed in the *International Bibliography of the Social Sciences*.

Gedruckt mit Unterstützung des *Central & East European Publishing Project*, Oxford.  
Textnachweise: Garton Ash: Die englische Fassung erschien unter dem Titel »Solidarity's End« im *New York Review of Books*, Vol. XXXVIII, Nr. 11 vom Mai, ©1991 NYREV, Inc. Die deutsche Version wurde leicht gekürzt. / Patocka: Vorabdruck (gekürzt) aus dem fünften Band der *Ausgewählten Schriften von Jan Patocka: »Schriften zur tschechischen Kultur und Geschichte«*, hg. von Klaus Nellen, Petr Pithart und Milos Pojar, Stuttgart (Klett-Cotta) 1992. © Institut für die Wissenschaften vom Menschen 1991. / Pithart: Vorabdruck (gekürzt) aus dem vorstehend genannten Band, © IWM. / Rupnik/Moisi: Erstes Kapitel aus dem Buch von J. Rupnik und D. Moisi, »Le Nouveau Continent«, Paris (Calmann-Levy) 1991. / Venclova (Essay): Erschien zuerst in der Debut-Nummer der in Paris erscheinenden Zeitschrift *Belvedere* (April 1991). Wir danken *Belvedere* und Diana Pinto für die Erlaubnis zur Übersetzung. / Brodsky: Vorabdruck aus: Joseph Brodsky, »Neue Gedichte«. Übersetzt von Birgit Veit. Der Band wird 1992 bei Hanser erscheinen, © Carl Hanser Verlag München 1991. Wir danken für die Abdruckerlaubnis. / Kornis: erschien zuerst in: »Dung – egy antológia«, Budapest 1988; wiederabgedruckt in: M. Kornis, »A Felelem discsérete« (Lob der Angst), Budapest 1989. / Szyborska: aus: Wislawa Szyborska, *Hundert Freuden. Gedichte*, Polnische Bibliothek (Suhrkamp), Frankfurt 1986. © Suhrkamp Verlag 1986. Wir danken für die Abdruckerlaubnis.

© 1991 für sämtliche Texte und deren Übersetzungen Transit/IWM.

Transit Heft 2 Sommer 1991  
Rückkehr der Geschichte

Editorial	2
<i>Jacques Rupnik und Dominique Moisi</i> 1989 in historischer Perspektive. Geschichte als Schlüssel zur Gegenwart	5
<i>Jerzy Jedlicki</i> Die unerträgliche Last der Geschichte	18
<i>Marcin Król</i> Revolution, Restauration, Amnesie. Über das Gedächtnis in der postkommunistischen Zeit	31
<i>Jan Błoński</i> Der antisemitische Retter. Zu einem Aufruf polnischer Katholiken angesichts der Vernichtung im Warschauer Ghetto	42
<i>Timothy Garton Ash</i> Solidarność. Eine Sache der Vergangenheit	54
<i>Tomas Venclova</i> Instruktion	80
<i>Miklós Szabó</i> Restauration oder Aufarbeitung? Geschichte und politische Kultur in Ungarn	83
<i>Mihály Kornis</i> Donauklagelied	93
<i>Jan Patočka</i> Was sind die Tschechen?	100
<i>Petr Pithart</i> Der Philosoph als Ketzer. Kommentar zu Patočka	121

<i>Juri Afanassjew</i> Gedächtnis und Geschichte in der Sowjetunion	125
<i>Waldemar Weber</i> Schuld und Sühne	140
<i>Tomas Venclova</i> Die Erben des Gediminas	151
<i>Joseph Brodsky</i> Litauische Nocturne	161
<i>Peter Demetz</i> Öffentliche und kapillare Geschichte. Über Literaten und sanfte Revolutionen in Prag und Berlin	171
Bildteil	182
<i>Helmut Dubiel</i> Deutsche Vergangenheiten	190
<i>Stefan Wolle</i> Die vergiftete Gesellschaft. Das Stasi-Akten-Syndrom in der ehemaligen DDR	202
<i>Henry Rousso</i> »Säuberungen« gestern und heute	210
<i>Steven Beller</i> Wessen Geschichte eigentlich? Über die Erfindung von Tradition	217
<i>Wisława Szymborska</i> Stimmen	230
Zu den Autoren	232

Die Ereignisse von 1989, der Zusammenbruch der europäischen Ordnung von Jalta, haben in den postkommunistischen Ländern die Geschichte mit Vehemenz auf die Tagesordnung gesetzt.

Rückkehr der Geschichte – das heißt zunächst einmal, daß 1989 Geschichte *gemacht* hat. Dieses Jahr ist für ganz Europa ein Geschichte konstituierender Einschnitt: Der Fall der Berliner Mauer markiert das Ende der Nachkriegszeit und den Beginn einer neuen Epoche. Was vielen eben noch unabänderliche Gegebenheit schien – das geteilte Europa der Nachkriegszeit – wurde Geschichte. Es ist zu einem Kapitel geworden, auf das wir nun zurückblicken – und das jetzt erst wirklich geschrieben werden kann.

Rückkehr aber auch im Sinne der Restitution von Geschichte: Es findet eine Wiederherstellung des Rechts auf Wahrheit und Erinnerung statt.

»Wie es wirklich gewesen« ist, diese Frage ist in der heutigen Situation alles andere als naiv. Die unabhängige und die Exil-Geschichtsforschung haben in den vergangenen Jahrzehnten Enormes geleistet, doch weiße Flecken gibt es noch immer. Zu vielen entscheidenden Quellen erhalten die Historiker erst jetzt Zugang, gerade eben erst bildet sich eine öffentliche Sphäre heraus, in der Debatten geführt werden können: Die Zensur ist gefallen, die Archive werden geöffnet. Vieles, was lange im Dunkeln bleiben mußte, kann endlich geklärt werden, ganze Kapitel der jüngeren Geschichte müssen vielleicht revidiert werden.

In den kommunistischen Gesellschaften wurde das Geschichtsbewußtsein über Jahrzehnte deformiert und die Erinnerung blockiert. Die Nachforschungen der Historiker sind auch von daher nicht nur von akademischer Bedeutung: Sie können helfen, das kollektive Gedächtnis wiederherzustellen.

Eines der größten Hindernisse dabei wird vielleicht darin bestehen, daß in dieser Region die Geschichte schon allzu oft (und nicht erst unter dem Kommunismus) umgeschrieben wurde: Warum sollte man den Historikern diesmal mehr Glauben schenken?

Und vielen wird die Geschichte, die ihnen durch Lügen vorenthalten wurde, nun gleichsam zum zweiten Mal geraubt – durch die Wahrheit: Sie gehören einer Generation an, deren lebensgeschichtlicher Sinn über Nacht zerfiel.

Das historische Gedächtnis steht in unmittelbarer Beziehung zu den gegenwärtigen Identitätsproblemen in den postkommunistischen Ländern. »Wer sind wir?« – die Antwort darauf hängt wesentlich davon ab, woran wir

uns erinnern. Spätestens hier wird die Frage, wie es wirklich gewesen ist, zur Frage nach der Verantwortung: Es geht um die Mitverantwortung für das, was geschehen ist. Die polnischen Beiträge etwa zeigen, daß die Polen als Opfer zweier Okkupationen dennoch diese Zeit nicht einfach im Namen einer ›wahren‹ polnischen Kontinuität in Klammern setzen können. Ähnlich fragwürdig ist die geläufige Unterscheidung zwischen einer ›normalen‹ ungarischen Geschichte und ihren episodenhaften ›Irrwegen‹. Im Nachkriegsdeutschland gab es für die Hitlerzeit zwei konkurrierende und sich zugleich stützende Strategien der Vergangenheitsbewältigung, die Helmut Dubiel untersucht. Indem sie die ›antifaschistische‹ Tradition für sich reservierte, hat die offizielle DDR-Geschichtsschreibung die Prozedur des Einklammers mit doppeltem Erfolg praktiziert: Sie entließ sich aus dem gemeinsamen Verantwortungszusammenhang und verschaffte sich zugleich eine Identität stiftende Legitimationsbasis. Was dann auf dieser Basis geschah, ist heute Gegenstand einer zweiten Vergangenheitsbewältigung. Henry Rousso zeigt anhand der französischen Aufarbeitung des Erbes von Vichy, welche Probleme die ›Säuberungen‹ in den postkommunistischen Ländern mit sich bringen können. Bezeichnend ist, daß es in Frankreich dreißig Jahre dauerte, bis eine neue Generation von Historikern sich ohne Tabus mit dem Problem der Kollaboration beschäftigen konnte.

Wie wird man mit der ›unerträglichen Last der Geschichte‹ fertig? Unter den Strategien der neuesten Vergangenheitsbewältigung scheint die erfolgreichste darin zu bestehen, die Wahrzeichen der kommunistischen Regime zu beseitigen und durch ältere zu ersetzen, die eine zerstörte Kontinuität, zumindest auf der symbolischen Ebene, wiederherstellen sollen: Getilgt werden sollen die Spuren einer Erfahrung, die die Gesellschaften unter dem Kommunismus tief und nachhaltig geprägt hat. Die gestürzten Denkmäler und wieder eingeführten alten Straßennamen sind nur äußerliche Zeichen der Suche nach einer ›verwendbaren‹ Vergangenheit, deren Mächtigkeit umgekehrt proportional zur Brüchigkeit der nationalen Identität und Unsicherheit vor der Zukunft ist. Natürlich ist hier die Versuchung groß, sich eine bequeme Vorgeschichte zu klittern.

Mag das Bedürfnis nach einem Wiederanknüpfen an die Zeit vor dem Kommunismus durchaus real sein – die beschworene Kontinuität selbst ist nur zu oft Fiktion. Steven Beller erinnert daran, daß die ›Erfindung von Tradition‹ (Eric Hobsbawm) in diesem Teil Europas, mehr als anderswo, ihrerseits bereits eine Tradition ist (die auch ihre komischen Seiten hat).

Die Geschichte kehrt zurück, doch sie wiederholt sich nicht. Es sei denn als Farce – und das heißt heute: wenn man sie abermals zurechtbiegt.

Was es bedeutet, der Vergangenheit nicht auszuweichen, versuchen Jan Patočka und Petr Pithart an der tschechischen Geschichte zu zeigen. Jedes

historische Subjekt handelt zwar unter auferlegten, unverfügbaren Bedingungen; es steht zugleich aber vor der Notwendigkeit, sich für eine bestimmte – seine – Geschichte zu *entscheiden*. In diesem legitimen und vitalen Moment von Wahl liegt seine Verantwortung – seine Chance und zugleich das Risiko zu scheitern. Patočka schreibt unter dem Eindruck des gescheiterten Prager Frühlings. Wie nahe lag es damals, die tschechische Geschichte als eine Kette von Niederlagen zu lesen und die Verantwortung abzuwälzen: auf die Sowjets (1968), auf die Kommunisten (1948), auf die Westmächte (1938), auf die Nationalisten usw. Doch Patočka besteht darauf, daß nichts so kommen mußte, wie es kam. Vielleicht kann man sagen, daß ihm 1989 schließlich recht gegeben hat.

Geschichte ist in den postkommunistischen Ländern weit mehr als ein Streitgegenstand der Historiker – sie ist zum Kampfplatz und zur Waffe geworden, zum Medium und Mittel der (Re-)Konstruktion politischer und nationaler Identitäten. Die Entscheidung, auf welche Geschichte man jeweils zurückgreift, berührt damit unmittelbar auch die Zukunft.

Nach langer Zeit kann an abgerissene oder gewaltsam abgebrochene Traditionen wieder angeknüpft werden. Wenn dieser Prozeß auch die Gefahr in sich birgt, neue Mythen zu zeugen, die abermals zu apologetischen Zwecken eingesetzt werden, wenn auch nicht auszuschließen ist, daß Traditionen wieder ins Spiel kommen, die man sich nicht zurückwünschen würde, so ist die Rückkehr der Geschichte doch eine unabdingbare Voraussetzung für die Wiederherstellung der politischen Kultur in den postkommunistischen Gesellschaften.

Wien und Paris im Juli 1991

*Jacques Rupnik und Dominique Moïsi*  
 1989 IN HISTORISCHER PERSPEKTIVE  
 Geschichte als Schlüssel zur Gegenwart

Der Historiker hütet sich mit Recht vor der Versuchung des Analogieschlusses; denn die Ereignisse, die er zum Vergleich heranzieht, stammen aus einem geschichtlichen Kontext, der von dem unseren völlig verschieden ist. Birgt nicht schon die Erinnerung an diese Ereignisse die Gefahr des historischen Determinismus in sich? Die Revolutionäre von 1848 gerierten sich als Erben von 1789. Lenin und die Bolschewisten zogen auf ihre Weise die Lehre aus den »Grenzen« von 1789, den Fehlschlägen von 1848 und dem Scheitern der Pariser Kommune. Entkörperlicht, idealisiert und zur reinen Abstraktion geworden, fungiert das vergangene Ereignis als einigender Mythos, als negatives oder positives Signal. So bewahrten im 20. Jahrhundert die Mythen »Rapallo« oder »München« eine Wirkungsmacht, die dazu geführt hat, daß diese Ereignisse nur zu oft in ganz unpassenden Zusammenhängen beschworen wurden.

Trotzdem ist die Versuchung zum Analogieschluß angesichts unserer Unkenntnis der Zukunft ganz natürlich. Der Vergleich mit der Vergangenheit hat den Vorteil, daß er uns erlaubt, an einen Präzedenzfall anzuknüpfen und eine dem Kausalitätsprinzip, wenn nicht gar Erklärungsprinzip gehorchende Logik anzuwenden, die uns zumindest hilft, das prinzipiell Neue in unserer Epoche aufzudecken. In der Tat bezweckt der Analogieschluß nicht die bessere Kenntnis der Vergangenheit, sondern ein besseres Verständnis der Gegenwart und eine bessere Einschätzung der Zukunft.

Jede geschichtliche Epoche schafft sich ihre eigenen Analogien. So faßte Bundeskanzler Helmut Schmidt Anfang der achtziger Jahre unter Berufung auf 1914 (und einen Artikel des jungen amerikanischen Politologen Miles Kahler<sup>1</sup>) die Besorgnisse über die Weltlage in der Frage zusammen, ob der Mittlere Osten im Begriff sei, zum Pulverfaß zu werden wie einst der Balkan. Gleichzeitig sah man, zumal in den USA, mehr und mehr Analogien zur Krise von 1938/39 und warnte, angesichts des politischen Abenteueriums einer UdSSR, die man mit dem Dritten Reich verglich, vor einem »zweiten München«. Panikmache war Trumpf, weil man damit die »lasche Haltung« gewisser Europäer gegenüber dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan oder dem Gewaltstreich gegen die *Solidarność* in Polen verurteilen konnte.



»Natürlich werden wir nichts tun«, hatte Claude Cheysson, der französische Außenminister, gesagt. Aber diese Formel hatte auch ihre extreme Schwäche, die darin bestand, daß man jede Ost-West-Entspannung mit der Parole »Helsinki ist München« torpedierte.

Die jüngste Geschichte hat diese Gleichung bekanntlich eindrucksvoll Lügen gestraft. Denn neben den Vereinbarungen von Helsinki, die eine Bestätigung Jaltas und des von 1945 ererbten Status quo brachten, zeichnete sich auch eine dynamische Interpretation des Helsinkiprozesses ab. Sie zielte darauf ab, in den Ost-West-Beziehungen die Gesellschaften und die öffentliche Meinung in bezug auf die Menschenrechte und den berühmten Dritten Korb zu mobilisieren. Es waren Sacharow und die *Charta 77*, die der »Entspannung von oben« eine Dimension verliehen, wie sie von Breschnew, Husak und Co. ohne Zweifel nicht gewollt war: keine Entspannung zwischen den Staaten ohne Entspannung zwischen Staat und Gesellschaft. Das Dissidententum und die öffentliche Meinung waren das Sandkorn, das die Entspannung à la Breschnew und mit ihr das Funktionieren der München-Analogien störte.

Ungeachtet der offenkundigen Begrenztheit ihrer Geltung können Analogieschlüsse dennoch brauchbar sein, um die Revolution von 1989 zu erhellen. Zwei Arten des historischen Vergleichs drängen sich auf, was auf den Doppelcharakter dieses Ereignisses verweist: 1989 ging die Auflehnung der Gesellschaften gegen eine politische Ordnung Hand in Hand mit der Transformation des bisherigen internationalen Systems.

Im Völkerherbst von 1989 prallten zwei Phänomene aufeinander: der Faktor Gorbatschow und der Zusammenbruch des kommunistischen Systems unter dem Druck der Gesellschaften. Es ist eine Ironie der Geschichte, daß nichts in Gang gekommen wäre, wenn Gorbatschow sich nicht mit der Abdankung der imperialen Logik – bekannt unter dem Namen »Breschnew-Doktrin« –, die das Aufsichtsrecht des großen sowjetischen Bruders über das Andere Europa legitimierte, abgefunden hätte. In der Tat hätte Gorbatschow in Ostmitteleuropa nicht mit Gewalt eingreifen können, ohne gleichzeitig seine Entschlossenheit zu einer Reform der UdSSR zu kompromittieren und so sein Image als Mann der Perestroika zu zerstören. Dieses Image aber war Bedingung wie Folge seiner Politik der Öffnung nach Westen.

Im Augenblick hat Gorbatschow es mit einem doppelten Scheitern zu tun: Dem Sowjetkommunismus ist es nicht gelungen, die Gesellschaften Ostmitteleuropas dauerhaft zu unterwerfen und nach seinem Bild umzuformen, und ebenso wenig, den globalen Wettbewerb mit der westlichen Welt zu bestehen. Das Tempo des Zusammenbruchs hängt mit der Natur des Kommunismus zusammen, des stabilsten und zugleich fragilsten aller Systeme: Ein totalitäres System kann nur total zusammenbrechen.

Die Demokratie verfügt über ein Mittel, die in ihr auftretenden Übel selbst zu heilen: Im offenen Dialog und in freien Wahlen können Ängste und Frustrationen sich artikulieren und eben dadurch abgebaut werden. Im kommunistischen System hingegen entwickelt sich das Übel in dem Maße, wie es in einer sich vollkommen wahnenden Gemeinschaft nicht erkannt wird, nämlich wie eine Krebskrankheit, die man erst entdeckt, wenn es bereits zu spät ist. Die Perestroika wurde als Rezept gegen die Krankheit des Systems konzipiert, doch hat das Rezept den Kranken umgebracht. Da Reformen sich als unmöglich erwiesen, wurde der Wandel zur Revolution.

Um das Jahr 1989 zu begreifen, ist es nützlich, es mit den historischen Schlüsselmomenten zu vergleichen, für die die Jahre 1789, 1848 und 1917 stehen. Um die Auswirkungen von 1989 auf das internationale System zu ermessen, bietet sich der Vergleich mit 1815, 1919 und 1945 an.

### *Die Ära der Revolutionen*

Der Zufall wollte es, daß 1989, das Jubiläumsjahr der Französischen Revolution, in die Geschichte eingehen wird als Jahr der demokratischen Revolution im Osten. Die wahre Gedenkfeier wurde im Osten begangen. Der Vergleich zwischen 1789 und 1989 bietet sich förmlich an. In beiden Fällen brach das alte Regime justament in dem Moment zusammen, als es sich zu reformieren suchte. Tocquevilles Gesetz gilt auch für das sowjetische System: Regime sind am anfälligsten in dem Moment, da sie sich der Veränderung öffnen. Freilich tut Gorbatschow allem Anschein nach alles, um dem Schicksal Ludwigs XVI. zu entgehen.

Die edlen Grundsätze von 1789 – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – waren gewiß eine Quelle der Inspiration für die demokratische Revolution. Dennoch wäre es unzutreffend, im Jahr 1989 lediglich die Neuauflage oder Verlängerung von 1789 zu sehen. Die Ambivalenz der Französischen Revolution ist auch den Osteuropäern nicht erspart geblieben. Auf was hätten sie sich beziehen sollen? Die demokratischen und universalen Prinzipien von 1789 oder die revolutionäre Logik, die zur *Terreur* führte? Den Triumph der Aufklärung oder die versteckten Ursprünge des modernen Totalitarismus? Die jüngere europäische Schwester der amerikanischen Revolution oder die Mutter der russischen? Nach den Schrecken des revolutionären Experiments hatten auch die Ostmitteleuropäer ihre Lehren aus der Französischen und der Russischen Revolution gezogen. Sie hatten sich von der Idee des revolutionären Bruches und der gewaltsamen Herbeiführung einer neuen Gesellschaft unendlich weit entfernt. In diesem Sinne schloß 1989 die Ära der Revolutionen ab, die 1789 begonnen und 1917 einen neuen Aufschwung erlebt hatte. 1989 wird in der Geschichte als die friedliche »Revolution« par excellence und als »Revolution qua Restauration« fortbestehen.

Was von 1789 bleibt – gelesen mit den Augen von 1989 –, ist die Idee der Demokratie auf Kosten der Idee der Revolution.

Müßte man einen Vorläufer zum Herbst 1989 suchen, so wäre es ohne Zweifel der Völkerfrühling von 1848. Die Parolen von 1989 – »*svoboda*«, »Freiheit«, »*solidarność*« – sind wie ein fernes Echo der Revolutionäre von 1848.

»Eh bien, mein Lieber, jetzt ist alles aus. Europa ist wieder bei 1791 und 1792 angelangt. Ob uns wenigstens 1793 erspart bleibt?« Seit dem Sturz Louis-Philippes im Februar 1848 hatte Metternich die europäische, revolutionäre Tragweite dieses Ereignisses erkannt. 1848 erscheint als Kulminationspunkt zweier großer Denktraditionen, die in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts immer mehr an Bedeutung gewonnen hatten: des demokratischen Strebens nach Volkssouveränität, das sich mit der Kritik an den herrschenden politischen und sozialen Verhältnissen verband und des daraus hervorgegangenen Strebens nach nationaler Souveränität, das den Aufstieg des Nationalstaates ankündigte. Der Wiener Kongreß von 1815 war als doppelter Schutzwall – gegen das imperiale Frankreich und gegen die Ideen von 1789 – konzipiert worden. Die von ihm geschaffene Ordnung war bewußt gegen die Forderung nach Demokratie und gegen den nationalen Gedanken gerichtet. 1848 hatte eine Mischung aus Romantik und Nationalismus die konservative Reaktion überwunden.

Das besondere Merkmal von 1848 – sein für uns heute wichtigster Aspekt – war die Ambivalenz und Spannung zwischen demokratischem Ideal und nationalem Gedanken. Dieser Konflikt trat in Mitteleuropa unter der Habsburgermonarchie offen zutage. Das Paradoxon Mitteleuropas beruht darin, daß es abendländischen Werten und Ideen anhängt, zugleich aber unter den sozio-ökonomischen Realitäten und seiner ethnischen Zersplitterung zu leiden hat.

Seit 1791 verkündete die polnische Verfassung – für diesen Teil Europas zum ersten Mal – zwar die demokratischen Grundsätze: »In der Gesellschaft geht alles aus dem Willen der Nation hervor«; aber Ende des 18. Jahrhunderts beschränkte sich die politische »Nation« in Polen auf den Adel. Die Revolutionäre von Budapest griffen 1848 zwar die demokratischen Parolen der Pariser Revolution gegen die imperiale Ordnung der Habsburger auf und proklamierten »das natürliche und unveräußerliche Recht Ungarns samt aller seiner Ländereien, die Stellung eines unabhängigen europäischen Staates einzunehmen«; aber sie verweigerten dieses Recht den von den Ungarn beherrschten Kroaten und Slowaken.

Zu jenen, die das Dilemma von 1848 am scharfsinnigsten formulierten, gehörte der tschechische Historiker František Palacký. Dem Appell der deutschen Revolutionäre, die im Namen der siegreichen Demokratie (und der

deutschen Einheit) das Verschwinden der archaischen ostmitteleuropäischen Kleinnationen befürworteten, setzte er in einem Brief an das Frankfurter Parlament den Austro-Slawismus entgegen. Im Prinzip sagte er: »Weder Panslawismus noch Pangermanismus. [...] Wahrlich, existierte der österreichische Kaiserstaat nicht schon längst, man müßte im Interesse Europas, im Interesse der Humanität selbst, sich beeilen, ihn zu schaffen.«<sup>2</sup> Palackýs Ziel war die Demokratisierung und Föderalisierung des Kaiserreichs. Wenn auf ihn gehört worden wäre, hätte Österreich die nationalen Bestrebungen im Lande vielleicht integrieren können. Der österreichisch-ungarische Dualismus von 1867, der die Tschechen ausschloß, sollte sich als Sackgasse für das Reich erweisen.

Schon zu jener Zeit hing der Ausgang einer europäischen Revolution mit Zentrum in Mitteleuropa letzten Endes von der deutschen Frage und dem »russischen Gendarmen« ab. Heute spielt der russische Gendarm keine Rolle mehr, aber wie 1848 ist die Diskussion zwischen dem demokratischen Ideal und den gegensätzlichen nationalistischen Impulsen das Hauptproblem für die neue Lage in Ostmitteleuropa und für die Chancen seiner Integration in ein gemeinsames Europa.

»Sie sind die Schutzwehr der europäischen Monarchen«, schrieb König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen im Januar 1848 an Louis-Philippe. Drei Wochen später war diese Schutzwehr gefallen. In wenigen Monaten hatte die revolutionäre Welle, die im Februar von Paris ausgegangen war und im März Wien erreicht hatte, ganz Europa erfaßt, von Frankfurt am Main bis nach Mailand, von Venedig bis nach Prag, von der Lombardei und Venetien bis nach Transsylvanien. Der Erfolg der liberalen und demokratischen Bewegungen ebnete den nationalen Bewegungen die Bahn. Die Vorboten der Krise hatten sich schon in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts angekündigt, ohne daß die Staatsmänner sich dessen bewußt gewesen wären. Dasselbe gilt für Ostmitteleuropa in den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts. 1989 hat sich, wie 1848, die Domino-Theorie bestätigt: »Warschau zehn Jahre, Budapest zehn Monate, Berlin zehn Wochen, Prag zehn Tage, Bukarest zehn Stunden!«

Die Analogie zu 1989 darf allerdings auch nicht überstrapaziert werden. Das Scheitern von 1848 hatte verschiedene Gründe, die in der gegenwärtigen Konstellation nicht gegeben sind. 1848 war der revolutionäre Schwung rasch erlahmt, nachdem das ursprüngliche Bündnis aus gemäßigttem Bürgertum, liberalem Adel, Demokraten und Sozialisten zerbrochen war. 1848 hatten die Meinungsverschiedenheiten in der Bewegung, wie sie im Frankfurter Parlament zum Ausdruck kamen, einen Sieg der Demokratie verhindert. Heute steht zu hoffen, daß die Spaltungen, wie sie sich in den antitotalitären Koalitionen in Osteuropa zeigen, dem Entstehungsprozeß eines neuen demokratischen Pluralismus zuzurechnen sind.

Einer der Hauptgründe für das Scheitern von 1848 war die Existenz eines »Gendarmen«: »Satteln Sie Ihre Pferde, meine Herren, in Paris gibt es Revolution«, hatte Zar Nikolaus I. gesagt. Rußland sah sich auf dreifache Weise bedroht: durch das Vordringen der Demokratie, durch die Bedeutung eines republikanisch gewordenen Deutschlands und durch das Nationalitätenprinzip. Der Außenminister des Zaren, Nesselrode, sagte: »Das Prinzip der Nationalität ist die Verneinung der Geschichte, weil es fast alle großen Staaten aus den Angeln zu heben droht.«<sup>3</sup>

Heute gibt es, im Gegensatz zu 1848, keinen »Gendarmen Europas«. Die Sowjetunion Gorbatschows kann und will nicht das Rußland Nikolaus' I. sein. Vielleicht hätte Gorbatschow gerne das Erbe Peters des Großen angetreten; aber sein Projekt einer Modernisierung der Sowjetunion ist nur geeignet, die Liquidation des Imperiums zu beschleunigen. Im Mitteleuropa von 1989 konnte das alte Regime nicht mehr jene Politik des *divide et impera* zwischen Tschechen, Ungarn oder Deutschen betreiben, die noch 1848 die Habsburger verfolgt hatten – im Namen einer imperialen Solidarität, die es im Sowjetimperium nie gegeben hat. Angesichts der Attacken durch die demokratische Bewegung bewiesen die Monarchien ihre Anfälligkeit, aber sehr rasch auch ihre Regenerationsfähigkeit. Der Kommunismus war schwerer niederzuwerfen, aber er wird auch nicht wieder aus seiner Asche auferstehen, selbst wenn er – wie in Rumänien – in gewissen Scheingestalten noch einige Zeit fortleben sollte. Und noch einen wesentlichen Unterschied zu 1848 gibt es: 1989 hat sich das alte Regime nicht zur Wehr gesetzt.

Im Februar 1848 war es, wie nach 1789, das Beispiel Frankreichs, das den revolutionären Schwung beflügelte. Im Verein mit Edgar Quinet entdeckten die rumänischen Intellektuellen in Paris die Ideen der Französischen Revolution und dadurch ihren eigenen Nationalismus. Die Junitage 1848 in Paris waren es freilich auch, die das Verebben der revolutionären Welle in Europa einleiteten. 1989 war es nicht mehr ein einzelnes Land, sondern eine zusammengehörende Gemeinschaft, die für die Völker Osteuropas attraktiv war und ihre Träume und Sehnsüchte inspirierte. Westeuropa tat nichts; es griff in die Revolution des Anderen Europas nicht ein. Es agierte indirekt mit: durch sein Beispiel, durch Kapillarwirkung. Allein die Tatsache seiner Existenz als Gemeinschaft prosperierender, demokratischer Nationen trug entscheidend zum Verschwinden des Sowjetismus aus den ostmitteleuropäischen Gesellschaften bei. Das Andere Europa mag vielleicht in bezug auf seine Kultur und seine Werte das »wahre« Europa gewesen sein; aber sein einziger politischer Traum war und bleibt die »Rückkehr nach Europa«, genauer gesagt: der Weg in die Europäische Gemeinschaft. Daher die besondere Verantwortung, die der EG seither zufällt.

Mit der Revolution von 1989 vergleichbar waren 1789 und 1848; als ihr Gegenbild erscheint vor allem 1917. Nicht nur, weil sie dem 1917 begonnenen kommunistischen Experiment ein Ende setzte, sondern auch, weil sie auf Gewalt verzichtete: Heute glaubt in Mitteleuropa niemand mehr daran, daß man mit Gewalt eine bessere Gesellschaft herbeiführen kann. Anders als die vorangegangenen Revolutionen – vor allem jene von 1917 – hat 1989 die Menschheit nicht mit einem neuen Gesellschaftsmodell beglückt. 1989 beendete die Ära des revolutionären Messianismus.

### *Ein neues internationales System*

1989 löste sich zum ersten Male ein aus dem Krieg geborenes System ohne Krieg auf. Als Revanche für 1945 schließt 1989 gleichzeitig an 1815 und an 1919 an. Von 1815 übernahm man die Idee der Restauration einer alten Ordnung nach dem Abenteuer des Sowjetkommunismus, was an die Restauration nach den napoleonischen Kriegen erinnert. Doch wie 1919 wohnte man auch dem Aufbau einer neuen Ordnung bei. In dieser Hinsicht wirkt Gorbatschow, weit davon entfernt, ein Metternich zu sein (dazu hat er nicht das Kaliber), eher wie ein Wilson (von 1919) wider Willen, und zwar in doppelter Hinsicht: Er kontrolliert die Konturen des von ihm so gern beschworenen gemeinsamen europäischen Hauses ebenso wenig, wie Präsident Wilson die Dynamik des »neuen Europas« nach 1919 kontrollierte. Vor allem scheint Gorbatschow heute noch weniger Chancen zu haben, Rußland mit seiner Vision einer neuen europäischen Ordnung zu ködern, als Wilson, dem Amerika die Gefolgschaft verweigerte.

1815, nach dem Zusammenbruch des napoleonischen Imperiums, verfolgten die Väter der Friedensverträge ein doppeltes Ziel: Ausgehend vom Grundsatz des Gleichgewichts der Kräfte, kam es ihnen darauf an, wieder eine politische Karte Europas zu schaffen, die im Staatsgedanken des 18. Jahrhunderts gründete, der das Nationalgefühl nicht kannte. Sie wollten, indem sie die traditionellen Autoritäten wie Grundbesitz und Kirche stärkten, die Restauration der Dynastien betreiben und der demokratisch-revolutionären Legitimität die dynastische Legitimität entgegensetzen. Diese Heilige Allianz von Thron und Altar behauptete sich bis 1848.

Der Präzedenzfall 1815 und der Mann, der ihn wie kein anderer verkörperte, nämlich Metternich, haben den spekulativsten und europäischsten Kopf unter den amerikanischen Außenministern fasziniert: Henry Kissinger. In seinem 1957 erschienenen Werk »A World Restored« stellt Kissinger den Mächten, die dem Status quo verhaftet waren (Österreich, Großbritannien), die revisionistischen Staaten gegenüber (Rußland, Preußen). Für ihn ergibt sich daraus mehr als ein Vergleich, nämlich eine historische Lehre: Angesichts des sowjetischen Revisionismus haben die Vereinigten Staaten

als Verteidiger des Status quo die überlegene Gelassenheit und Gewandtheit eines Metternichs – oder eines Kissingers – zu beweisen.

War 1848 eine Revolte gegen die 1815 in Wien etablierte Ordnung, so erscheint 1989 als Anti-Jalta. Getreu seiner Metternichschen Vision konzipierte Kissinger die Ost-West-Beziehungen in den Nach-Achtundsechzigern nach dem Prinzip des Gleichgewichts der Kräfte zwischen den beiden Großen, mit einem in zwei Einflusssphären geteilten Europa. Sein Stellvertreter Helmut Sonnenfeld – Urheber einer berühmten Doktrin, deren Vaterchaft er jedoch bestreitet – verstieg sich sogar zu der Empfehlung, daß es im Interesse des Westens und der Stabilität der europäischen Ordnung liege, ein »organisches Band« zwischen der Sowjetunion und ihren osteuropäischen Satelliten zu fördern. Die »Sonnenfelddoktrin« erschien wie das Pendant zur »Breschnewdoktrin«. Für die Gesellschaften Ostmitteleuropas wurde die »Breschfeld«-Doktrin zum Synonym für den Status quo in Europa.

In Kissingers Vision war alles perfekt – bis auf eine Kleinigkeit: Die dem europäischen Status quo verhaftete Macht war in Wirklichkeit die Sowjetunion, während Amerika im Namen der Demokratie de facto die revisionistische Macht war.

Die Ordnung von Jalta ruhte auf zwei Prämissen, die sich beide als irrig erwiesen: einerseits auf dem vorgeblichen Einverständnis des Westens mit der sowjetischen Vorherrschaft in Osteuropa; andererseits auf der Vorstellung, es handele sich trotz aller Unvollkommenheiten um eine stabile Ordnung.

Für Europa heute dürften die Lehren von 1919 am bedeutsamsten sein. Die Welt von 1815 ist zu weit weg, die von 1945 ist dabei, zu zerfallen. Nach dem Ersten Weltkrieg hatten die Siegermächte vor allem drei Ziele vor Augen: zunächst die Festigung der Sicherheit Europas vor einem eventuell wiedererstarkenden Deutschland durch eine Reihe von politischen und militärischen Garantien (Entwaffnung, Entmilitarisierung, Besetzung, Reparationen); sodann Errichtung einer neuen internationalen Ordnung nach dem auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker gründenden Nationalitätenprinzip – dieses Prinzip mußte notwendigerweise die Auflösung Österreich-Ungarns zur Folge haben –; und schließlich die Demokratie als ideologische Rechtfertigung der neuen internationalen Ordnung, die in den Verträgen von Versailles (1919), Saint-Germain und Trianon (1920) kodifiziert wurde. Für Präsident Wilson, in diesem Punkt ein treuer Erbe Rousseaus, bedeuteten Demokratie und Transparenz die besten Friedensgarantien. Für den neuen Präsidenten der Tschechoslowakei, T.G. Masaryk, war der Sieg der Alliierten ein Sieg des Fortschritts der Demokratie, ein Sieg der Republik über die Mächte der Reaktion, der Autokratie und des Klerus.

Diese optimistische und rationalistische, um nicht zu sagen Comtesche, Vision der Geschichte wurde leider widerlegt: Der Krieg von 1914 bis 1918 – der erste totale Krieg der Geschichte – war in seiner Art der Geburtshelfer zweier Totalitarismen, des Nationalsozialismus und des Stalinismus (und legte damit den Keim zum Zweiten Weltkrieg).

Die Unmenschlichkeit Verduns gebar die Barbarei; die Unvollkommenheiten des Friedens führten zum Zusammenbruch der kollektiven Sicherheit. An der Weigerung des amerikanischen Senats, den Vertrag von Versailles zu ratifizieren, scheiterte nicht nur der französisch-amerikanische Vertrag, sondern auch (aufgrund des Zusammenhangs zwischen beiden) der französisch-englische Vertrag. Zwei gravierende Probleme sollten das System von Versailles zu Fall bringen: die deutsche Frage sowie die Frage des neuen Gefüges in Mittel- und Osteuropa.

Gegen den Versailler Vertrag wurden hauptsächlich zwei Einwände erhoben: Für die einen ließ er Deutschland in einem Augenblick geeint und intakt, wo das restliche Europa zerstückelt wurde. Für die anderen erzeugte er zu viele Ressentiments und führte damit unweigerlich zum Revisionismus. Schon 1920 führte der Historiker Jacques Bainville in seinem Buch »Les conséquences politiques de la paix« hellsichtig über die erste These aus: »Es scheint, als hätten die Urheber des Friedens geglaubt, daß es ihnen gelungen sei, das Nationalitätenprinzip mit dem Prinzip des Kräftegleichgewichts zu versöhnen, da den befreiten Völkern des Ostens die Aufgabe zufällt, das deutsche Übergewicht auszugleichen. Es ist ein Problem der Mechanik, das man durch eine Metapher löst: die Metapher des Gürtels oder der Barriere. Aber wovon wird Deutschland umgürtet? Wenn es hochkommt, von einem Kranz aus lauter Serbien!«<sup>4</sup>

Die andere wesentliche Konsequenz des Ersten Weltkriegs war das Verschwinden Österreich-Ungarns. Dieses Land hatte im Sinne der Alliierten eine doppelte Funktion gehabt: Es sollte Schutzwall gegen das Osmanenreich und Gegengewicht zu Deutschland sein. Mit dem Krieg schien es diese Funktion verloren zu haben. Um das geopolitische Vakuum auszufüllen, favorisierte man die Errichtung einer Reihe von Nationalstaaten, die mit Frankreich und Großbritannien liiert waren und einen *cordon sanitaire* gegen das bolschewistische Rußland und die deutsche Expansion bildeten.

Es gab jedoch Fehler in dieser Überlegung und mehr noch in ihrer praktischen Umsetzung: Die gleichzeitige Schwächung Rußlands und Deutschlands war auf außergewöhnliche Umstände zurückzuführen. Was würde geschehen, sobald diese Länder ihre Kraft zurückgewonnen hatten? Außerdem wendeten die Alliierten – was vielleicht unvermeidlich war – das Nationalitätenprinzip nicht konsequent genug an und schufen so zwei Arten von Staaten: diejenigen, die mit den neuen Gegebenheiten zufrieden waren (Tschechoslowakei,



Rumänien, Jugoslawien, Polen), und diejenigen, die sich geschädigt fühlten und folglich auf »Revision« aus waren: Österreich, Ungarn, Bulgarien. Von daher rührte eine Serie von Gebietsstreitigkeiten, die in der Zwischenkriegszeit zu einer Quelle des Konflikts wurden und auch heute wieder aufbrechen. Die wichtigsten sind der Streit zwischen Ungarn und Rumänien um Siebenbürgen, zwischen Jugoslawien und Bulgarien um Makedonien, zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn um die ungarische Minderheit in der Slowakei sowie zwischen Rumänien und der Sowjetunion um Bessarabien. Die Frage der nationalen Minderheiten wurde zu einem gravierenden Problem. Gewiß hatte der Versailler Vertrag die Rechte dieser Minderheiten garantiert, aber in der Praxis wurden sie, worauf Pierre Miquel hinweist, aufgrund des mangelnden Sicherheitsgefühls der neuen Staaten kaum respektiert: »An die Stelle der ungerechten Unterdrückung der Völker durch die alten Imperien trat eine willkürliche Beschneidung, die sich mehr dem Gebiets hungrigen als irgendwelchen ethnischen oder sprachlichen Realitäten verdankte.«<sup>5</sup>

Bis zum Ersten Weltkrieg bildete der Vielvölkerstaat Österreich ein Gegengewicht zur Stoßkraft der Nationalismen. Die Treue zum Staat ging einher mit der Bindung an eine Dynastie und an die Person des Kaisers. In seinem Roman »Die Kapuzinergruft« beschwört Joseph Roth im fünften Kapitel sehnsüchtig das Kaiserreich als übernationale Gemeinschaft: »Ich will zugleich damit auch sagen, daß nur diesem verrückten Europa der Nationalstaaten und der Nationalismen das Selbstverständliche sonderbar erscheint. Freilich sind es die Slowenen, die polnischen und ruthenischen Galizianer, die Kaftanjuden aus Boryslaw, die Pferdehändler aus der Bacska, die Moslems aus Sarajewo, die Maronibrater aus Mostar, die ›Gott erhalte‹ singen.«

In dem Augenblick, in dem man über das Wiederauftreten der Dämonen des Nationalismus und über die Instabilität nach dem Sturz des Sowjetimperiums besorgt ist, sind Leute wie Ferenc Fejtö, der letzte Habsburger, untröstlich über das Verschwinden der Doppelmonarchie: »Man hat den Eindruck«, meint Fejtö in seinem »Requiem pour un Empire défunt«, »daß heutzutage eine gewisse Nostalgie die Donauvölker zuverlässiger eint, als Grenzen sie scheiden. Die Trennung hat sie an Wien angenähert, diese einst beherrschende und heute ihrer imperialen Pracht beraubte, provinzialisierte und ihnen ähnlich gewordene Stadt. [...] Die Ideologie, die versucht hat, den *homo habsburgensis* in den neuen Menschentypus des *homo sovieticus* zu verwandeln, ist an ihnen abgeprallt, ohne sie tiefgreifend zu verändern. Nach einer langen Nacht des Alptraums gewinnen sie wieder das Bewußtsein ihrer nicht nur nationalen, sondern übernationalen Identität, das Bewußtsein von Traditionen, die sie an das übrige Europa binden, das mit ihrer gemeinsamen, besonderen Geschichte verknüpft ist.«<sup>6</sup>

Haben wir 1989, angesichts eines balkanisierten Osteuropas, nicht wieder ein geeintes Deutschland und ein gedemütigtes Rußland? Jenseits aller Analogien und Ähnlichkeiten sind in bezug auf 1919 wichtige Lehren zu ziehen und bedeutsame Unterschiede festzuhalten. Die Erfahrung der Jahre nach 1919 lehrt uns drei wesentliche Dinge. Man darf den Besiegten nicht demütigen. 1919 war Deutschland der Besiegte. Heute ist es die Sowjetunion. Es wäre gefährlich, gegenüber Moskau in einen Siegestaumel zu verfallen, der nur die Rückkehr des Alten ermutigen würde.

Die zweite »Lehre« aus 1919 betrifft die amerikanische Präsenz in Europa. Sie ist als stabilisierender Faktor 1990 ebenso notwendig, wie sie es 1920 hätte sein können, als die Amerikaner sich zurückzogen, oder wie sie es 1945 war, als sie es vorzogen, zu bleiben.

Und um schließlich nicht in jenes ohnmächtige Moralisieren zu verfallen, das den Völkerbund gelähmt hat, muß man sich fragen, wie man die Bedingungen und Institutionen für ein stabiles System kollektiver Sicherheit schaffen kann.

Trotz unbestreitbarer Parallelen sind die Mängel der Zeit nach 1919 keine Fatalität für das Europa von heute. Nicht bloß, weil wir klüger geworden wären, sondern auch, weil die historischen Rahmenbedingungen sich verändert haben. Heute haben wir angesichts eines gespaltenen Europa und eines geeinten Deutschland nicht nur, wie 1919, ein Frankreich und ein Großbritannien, die ebenso sehr Verbündete wie Rivalen sind, sondern auch eine europäische Gemeinschaft und darüber hinaus eine Solidarität der Demokratien, die sich im Atlantischen Bündnis ausdrückt. Europa ist nicht mehr Mittelpunkt der Welt; es ist ein Akteur unter vielen in einem multipolaren System.

Es gibt noch einen weiteren fundamentalen Unterschied zur Welt von 1919: die Atombombe, die man heute kontrollieren und reduzieren, aber nicht mehr aus der Welt schaffen kann. Die Periode von 1848 bis 1919 hat den Aufstieg des Nationalstaats zur Macht erlebt. 1989 scheint, nach der Ära der Ideologien und der Imperien, die Rückkehr des Nationalstaats zu markieren, kündigt aber bereits seine Überwindung an. 1989 markiert nicht nur »die Rache der Nationen«. Die Lösungen für die Probleme des Übergangs zu Marktwirtschaft und Demokratie sind nicht im Rückgriff auf den Nationalstaat zu finden.

Der wesentliche Unterschied zum nationalen Problem zu Beginn des Jahrhunderts liegt darin, daß es 1989 keine Großmacht gibt, die sich dieses Problem zunutze machen will. Die Selbstzerfleischung Jugoslawiens stößt auf allgemeine Gleichgültigkeit. Das gegenwärtige Bündnissystem tendiert zum Frieden, nicht zum Krieg. Heute würden Schüsse in Sarajewo nicht mehr einen Dritten Weltkrieg auslösen.

Was 1989 zusammenbrach, war die bipolare Welt von Jalta – ein internationales System, das Raymond Aron auf die Formel brachte: »Friede unmöglich, Krieg unwahrscheinlich.« Europa war in zwei militärisch-ideologische Blöcke gespalten worden, die um zwei nichteuropäische (oder halbeuropäische) Pole zentriert waren: die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion. Noch vor Beendigung des Krieges erklärte Stalin gegenüber Djilas: »Dieser Krieg ist ein Krieg neuen Typs. Jeder, der ein Gebiet besetzt, errichtet dort sein Regime.«<sup>7</sup> Der unversöhnliche Charakter der vorhandenen Ideologien hätte die Welt in eine gnadenlose Konfrontation treiben können. Das Gleichgewicht des Schreckens bewirkte, daß der Krieg andere Formen annahm. Die Clausewitzsche Formel »Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln« wich der Aronschen Formel »Die Drohung mit Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln«.

Nach Hiroshima schrieb Jean-Paul Sartre im *Combat*: »Zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit hat der Mensch die Möglichkeit zum kollektiven Selbstmord.« Tatsächlich bewog die Größe dieser Gefahr die Protagonisten des internationalen Systems zu einer gewissen Selbstbeschränkung.

Paradoxerweise hat die Atombombe, die die Geschichte einfrieren sollte, den Übergang zur Stabilität begünstigt. Die Kosten des Wettrüstens (im nuklearen wie im konventionellen Bereich) haben einen Prozeß des »konkurrierenden Niedergangs« der beiden Bündnisse zur Folge gehabt, der die wirtschaftlich schwächere Macht – und das rigidere System – zur Aufgabe gezwungen hat.

Während mehr als vierzig Jahren ruhten die Sicherheit und Stabilität Europas auf vier Säulen: der Schutzmacht Amerika, der nuklearen Abschreckung, der Unbeweglichkeit des sowjetischen Systems und dem Gefühl, daß man von Jalta nicht ohne Gefahren für den Frieden abgehen konnte und daß die Stabilität Europas auf seiner Teilung beruhte. Im Laufe der achtziger Jahre, beim Streit um die Euromissiles und nach dem Tschernobyl-Schock, bei dem Aufstieg des Pazifismus im Westen und dem des Dissidententums im Osten, hatten die Europäer das Gefühl, daß diese vier Säulen dabei waren, alle gleichzeitig zu bröckeln, ja einzustürzen, und daß Europa in eine ganz andere Welt kippte. Das ist inzwischen geschehen. Die Bipolarität ist einer neuen europäischen Architektur gewichen, die noch im Entstehen begriffen ist, und zwar in einem von Multipolarität geprägten weltweiten Rahmen. Europa wird wieder zum Subjekt der Geschichte, zumindest seiner eigenen Geschichte. Es liegt an ihm, aus dieser Geschichte die tauglichsten Analogien für seine Zukunft zu bilden.

*Aus dem Französischen von Holger Fliessbach*

*Anmerkungen*

- 1 Kahler, Rumors of War. The 1914 Analogy, in: Foreign Affairs, Bd. 58, Nr. 2, 1979/80, S. 374-369.
- 2 Zitiert nach M. Freund, Deutsche Geschichte, München 1979, Sp. 592 (d. Ü.).
- 3 Nach: P. Renouvin, Histoire des relations internationales, Bd. V: Le XIXe Siècle, Paris 1954, S. 198.
- 4 J. Bainville, Les Conséquences politiques de la paix, Paris 1920, S. 49f.
- 5 P. Miquel, La Grande Guerre, Paris 1983, S. 602.
- 6 F. Fejtö, Requiem pour un empire défunt, Paris 1988, S. 377.
- 7 M. Djilas, Conversations avec Staline, Paris 1962.

*Jerzy Jedlicki*

## DIE UNERTRÄGLICHE LAST DER GESCHICHTE

Eines der Hauptinteressen der Revolution in Polen, aber auch in den übrigen Ländern Osteuropas, gilt der Vergangenheit. Man sucht nach nicht gekennzeichneten Gräbern der Opfer des Ancien Régimes; die sterblichen Überreste werden ausgegraben, identifiziert und auf geweihtem Boden erneut bestattet. Denkmäler werden gestürzt und bald durch neue oder durch jene ersetzt, die sich vor einem halben Jahrhundert an ihrer Stelle befunden hatten. Alte Namen von Straßen oder gelegentlich auch von Städten kehren zurück. Verhaßte Embleme werden aus den Nationalfahnen herausgeschnitten, man reißt Bilder von den Wänden und trampelt auf ihnen herum. Der polnische Weiße Adler erhält seine verlorene Krone zurück. Helden, deren Namen mit einer denkwürdigen nationalen Niederlage oder mit einem historischen nationalen Aufstand verbunden sind, werden willkommen geheißen, ob tot oder lebendig, wie um einen Bund zwischen den alten und den neuen Zeiten zu schließen. Politische Führer beeilen sich, ihre Parteien, die vor langer Zeit zerschlagen und verboten worden waren, neu aufzubauen. Neue Staatsmänner werden mit alten verglichen: Václav Havel mit T.G. Masaryk, Tadeusz Mazowiecki mit Ignac Paderewski, Lech Walesa mit Józef Pilsudski. Ein vertriebener König schickt seinen ehemaligen und vielleicht auch zukünftigen Untertanen in Rumänien eine Botschaft. Der polnische Exilpräsident kommt aus London in das Land zurück, das er vor einem halben Jahrhundert verließ, nur um die aus der Vorkriegszeit stammenden Insignien der präsidentialen Macht – Symbole der Unabhängigkeit Polens – in die Hände seines demokratisch gewählten »Nachfolgers« zu legen.

Die neue polnische Republik wird von vielen Politikern und Journalisten als direkte Nachfolgerin der Vorkriegsrepublik angesehen. Was dazwischenlag, wird in historische Klammern gesetzt, als ob die Polen während der ganzen Zeit in einem Koma oder in einem Zustand des unversöhnlichen Widerstandes gegen das von den Sowjets aufgezwungene Regime gelebt hätten. Die Zeitgeschichte muß umgeschrieben, die Wahrheit ans Licht gebracht, Kinder müssen umerzogen, die Verantwortlichen namhaft gemacht werden, es muß Gerechtigkeit geschehen. Neu entstehende Parteien streiten ebenso heftig darum, wer berechtigt ist, das Erbe des politischen Vermächtnisses von Wincenty Witos, dem Führer der Polnischen Bauernpartei, oder von Roman Dmowski, dem Führer der Nationaldemokraten, anzutreten, wie darum, was hier und jetzt getan werden muß.

Die Historiker in Osteuropa brauchen nicht um ihre Arbeitsplätze zu fürchten, auch wenn einige von uns ihre Interessen auf ein Forschungsgebiet verlagern müssen, das den Bedürfnissen des breiteren Publikums stärker entgegenkommt. Es sind fürwahr goldene Zeiten für Historiker. Doch ernsthaft: Was ist der Grund für diese intensive Beschäftigung mit der Vergangenheit? Warum geraten Menschen so in Erregung, wenn sie dieses oder jenes altmodische Kostüm anprobieren oder sich durch die Trümmer der Vergangenheit bewegen?

Eine Antwort lautet, daß jede Revolution Geschichtsbewußtsein weckt – sie zieht eine Neubewertung der eigenen Geschichte nach sich. Außerdem, wie paradox es uns zunächst auch scheinen mag: Je größer der Sprung nach vorn, desto ängstlicher blicken wir zurück. Wir gleichen das Unbekannte dem Bekannten an und reden uns ein, daß das beispiellose Unternehmen, auf das wir uns gerade eingelassen haben, nichts sei als die Wiederholung eines altvertrauten Musters.

Es gibt jedoch noch andere Faktoren, die dem neu erwachten Interesse an Geschichte in den osteuropäischen Gesellschaften zugrunde liegen. Unter den kommunistischen Regimen war ein Großteil der jüngsten Geschichte so sehr verzerrt oder bewußt dem Vergessen preisgegeben worden, daß der Augenblick der Revolution zu einem Augenblick der Offenbarung, der Enthüllung der Wahrheit wurde. Völker gelangen wieder in den Besitz ihrer Geschichte, gewinnen ihre Erinnerung zurück, entdecken die über die ganze Welt verstreuten Gräber ihrer Soldaten, stellen ihre Traditionen wieder her, singen ihre geheiligten, lange Zeit verbotenen Lieder und schaffen so zwangsläufig neue Mythen und Legenden. Daher ist unsere gegenwärtige Revolution nicht weniger konservativ, als sie radikal ist, ihr janusköpfiges Antlitz blickt in beide Richtungen, in die Zukunft und in die Vergangenheit.

### *Eine Sisyphusarbeit*

Doch was ist, wenn es tatsächlich eine Wiederkehr historischer Muster gibt? Wie oft haben schließlich in den beiden vergangenen Jahrhunderten die Polen (oder die Ungarn oder die Bulgaren) mit den Waffen oder der Feder in der Hand für ihre nationale Unabhängigkeit gekämpft? Und wie viele demokratische Manifeste sind von Ostmitteleuropäern in der Heimat oder im Exil geschrieben worden? Und wie oft wurde die Pressezensur wieder abgeschafft? Wie oft hat jedes der Länder in dieser Region sich auf einen neuen Pfad des wirtschaftlichen Wachstums und der Modernisierung begeben? Wenn alle diese Völker, die einst zwischen den alten Reichen Rußlands, Deutschlands, Österreichs und der Türkei lebten, eine Grunderfahrung und eine Erkenntnis miteinander teilen, dann letztlich diese: daß kein Sieg, kein Friedensvertrag jemals endgültig ist, daß keine Grenzen sicher sind und daß

jede Generation mit der Arbeit von vorn anfangen muß. Es gibt keine lineare Entwicklung in der Geschichte Ostmitteleuropas, sondern eher, gleich einer Sisyphusarbeit, ein Aufwärts und Abwärts, ein Aufbauen und Zerstören, wobei vom eigenen Einfallsreichtum und der eigenen Ausdauer nur wenig abhängt. Diese Form einer sanften Ergebung – Sozialpsychologen bezeichnen sie als »angelernte Hilflosigkeit« – ist das Produkt einer ganz realen historischen Erfahrung.

Diese Stimmung ist zweifellos nicht durchgängig. Natürlich gibt es auch findige, tatkräftige Menschen in der Politik oder in der Wirtschaft. Die passive Einstellung – die aus der Überzeugung rührt, daß es grundsätzlich »sie« sind, die über unser Schicksal befinden – ist jedoch verbreitet genug, um uns in der gegenwärtigen Phase revolutionärer Veränderungen vor Probleme zu stellen.

Zudem setzen die Menschen wenig Vertrauen in die Zukunft. Manche sind noch nicht überzeugt, daß ihre Nation innen- wie außenpolitisch zu einer autonomen Einheit geworden ist, sondern glauben, daß sie noch immer ein Spielball in den Händen der Großmächte oder ein Objekt ihrer Gönnerhaftigkeit ist. Und dennoch, von den drei Hauptzielen jeder nationalen Revolution in Ostmitteleuropa – Unabhängigkeit, Demokratie, Wechsel des Wirtschaftssystems – wurde das erste, das lange Zeit hindurch als das fernste und utopischste galt, fast unmerklich und überraschend leicht erreicht, dank der Schwäche des Großen Bruders und dank seines jüngst angenommenen menschlichen Antlitzes. Nun, da der Warschauer Pakt aufgelöst ist, kann man sagen, daß die ehemaligen »Satellitenstaaten« – anders als die auf Sezession drängenden Sowjetrepubliken – endlich nicht mehr im sowjetischen Griff sind.

Trotzdem wird die Freude über die wiedergewonnene Souveränität von einem Gefühl der Unsicherheit überschattet. Manche Polen fürchten die Russen: Lehrt uns schließlich nicht die Geschichte, daß sie niemals wieder herausgeben, was sie einmal erobert haben? Heute noch gezwungen, sich zurückzuziehen, werden sie beim ersten günstigen Augenblick wiederkommen und Vergeltung üben. Manche Polen fürchten auch die Deutschen: Lehrt uns schließlich nicht die Geschichte, daß sie niemals ihr Wesen als rücksichtslose Imperialisten ändern werden? Und das Gespenst eines neuen Vertrags von Rapallo zwischen Sowjets und Deutschen ist anscheinend das bedrohlichste von allen.

Einige westliche Osteuropakenner betrachten diese Ängste als irrationale Überreste alter Vorurteile, die durch historisch längst vergangene Umstände geschaffen wurden, was sie natürlich für ihre eigenen Befürchtungen und Besorgnisse nicht gelten lassen: Sie warnen davor, daß in Ostmitteleuropa wieder ein virulenter Nationalismus auf dem Vormarsch ist, so wie damals in

den zwanziger Jahren unseres Jahrhunderts. Steht nicht die Balkanisierung Südosteuropas bevor? Werden nicht die vielleicht zwanzig Nationalitäten und ethnischen Gruppen, nachdem sie die Ketten der aufgezwungenen kommunistischen Einförmigkeit zerbrochen haben, mit ihren jahrhundertealten Zwistigkeiten aneinandergeraten? Sind die Polen nicht geborene und unverbesserliche Antisemiten? Und lehrt uns nicht die Geschichte, daß Osteuropa bei all seinem bewundernswerten Streben nach Freiheit ein brodelnder Dampfkessel ist, von dem man sich tunlichst fernhält?

Natürlich lehrt uns die Geschichte all dies und noch manches andere. Die Geschichte lehrt uns auch, daß die Spanier Extremisten sind und dazu neigen, sich in blutigen Bürgerkriegen gegenseitig abzuschlachten, daß deutsche Patrioten ihren Kaiser und ihren Führer lieben und keine Ahnung von Demokratie haben und daß die Briten es nicht lassen können, Irland und die Kolonien zu unterdrücken. Vor allem anderen lehrt uns die Geschichte jedoch, daß historische Bedingungen sich ändern und mit ihnen auch der Nationalcharakter.

### *Das traurige Erbe*

Andererseits kann man nicht behaupten, die Demokratie in Osteuropa sei nunmehr gesichert. Wie Bronislaw Geremek mit Recht von Polen bemerkt hat, sind »die Weichen für die Freiheit gestellt, doch die Zukunft der Demokratie bleibt unsicher«.<sup>1</sup> Das liegt freilich nicht daran, daß es in diesem Teil Europas keine demokratische Tradition gäbe. Selbst wenn dem so wäre (und das ist nicht der Fall), lassen sich aus der Geschichte nicht ohne weiteres Prognosen ableiten. Nationen können lernen, eine Demokratie zu werden. Und manchmal können sie wieder vergessen, was sie einmal gelernt haben.

Das Streben nach Demokratie scheint in den meisten Ländern Osteuropas stark ausgeprägt zu sein, doch noch immer gibt es viele, denen dieses Wort, wenn überhaupt, wenig bedeutet. So machten während der Gemeindewahlen am 27. Mai 1990 58 Prozent der Wahlberechtigten keinen Gebrauch von ihrem Recht. Eine solch niedrige Beteiligung war beunruhigend, denn diese große Anzahl von Menschen, die der Politik entfremdet sind, könnte eines Tages die willkommene Beute populistischer Demagogen werden.

Diese Demagogen haben bereits begonnen, ihr Unwesen zu treiben. In Polen haben Versammlungs- und Pressefreiheit eine ganze Reihe von Phantomen aus der Vergangenheit an die Oberfläche des politischen Lebens befördert. Dutzende von winzigen Rechtsparteien haben versucht, mit nationalistischen, populistischen oder kaum verhüllten antisemitischen Parolen Anhänger zu gewinnen. Ihr Wiederaufleben hat die aufgeklärte öffentliche Meinung alarmiert: Am 7. Mai 1990 kamen – auf Initiative von Jerzy Turowicz, dem angesehenen Chefredakteur der katholischen Wochenschrift



*Tygodnik Powszechny* – 42 prominente Intellektuelle, Politiker, Journalisten, Künstler, Schriftsteller und Wissenschaftler in Krakau zusammen, wo sie eine Resolution gegen den Chauvinismus, Antisemitismus und die Manipulation christlicher Werte für parteipolitische Zwecke unterzeichneten. Die Resolution fand bei der polnischen Intelligenz breite Unterstützung.

Allerdings waren auf manchen Veranstaltungen während der Präsidentschaftswahlen im Herbst 1990 offen nationalistische Slogans zu hören; ohne daß auszumachen wäre, welche Teile der Bevölkerung hierfür empfänglich waren. Darüber hinaus schlugen einige Kandidaten Nutzen aus den weit verbreiteten Gefühlen wirtschaftlicher Unsicherheit und allgemeinen Argwohns gegen Politik schlechthin, gegen ausländisches Kapital und den internationalen Markt.

»Natürlich«, schreibt Adam Michnik, »muß die Ablehnung des totalitären Kommunismus bis zu einem gewissen Grad die Rückkehr zu den Wurzeln der nationalen Identität zur Folge haben. Das ist genau der Grund, warum wir danach fragen müssen, um welche Wurzeln und um welche Identität es dabei gehen soll.« Im Anschluß daran unterscheidet er zwei intellektuelle oder geistige Kulturen, die einander in der Geschichte Ungarns, der Tschechoslowakei und Polens im 20. Jahrhundert gegenüberstehen. Die eine ist die Tradition des Fremdenhasses und der Intoleranz, die auf gesellschaftlichen Ängsten und Ressentiments beruht. Dieses Erbe kann für Michnik nur zu nationaler Isolierung und Stagnation führen. Die andere Tradition ist die des Liberalismus und der Unvoreingenommenheit, die Idee einer »Rückkehr nach Europa«.<sup>2</sup>

Eine Rückkehr nach Europa! Tag für Tag liest man in den polnischen Zeitungen neue Artikel über die Bedingungen für unsere Rückkehr nach Europa. Wir kehren nach Europa zurück, sobald wir unsere ersten freien Parlamentswahlen abgehalten haben. Wir kehren nach Europa zurück, weil wir erwarten, daß Polen ein Mitglied im Europarat wird. Wir können jedoch nicht nach Europa zurückkehren, solange die Umwelt in unseren Städten verschmutzt ist, unser Telefonnetz nicht funktioniert, unsere politischen Parteien reaktionär und borniert sind und unsere Mentalität »sowjetisiert« ist. Europa ist für uns ein Maßstab, ein Ziel, ein Traum.

Ein sehr alter Traum, sollte man hinzufügen. Er wurde bereits in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts geträumt, als die geistige Elite Polens registrierte, daß Polen in jeder Hinsicht, von den Verhältnissen in der Landwirtschaft, in Handel und Gewerbe bis hin zur Regierungsform, weit hinter die westeuropäischen Länder zurückgefallen war. Gerade zu jener Zeit nahm der geographische Begriff des Westens als Zentrum einer in raschem Wandel begriffenen Welt eine besondere Bedeutung an, die mehr oder weniger abgelegene und vernachlässigte Peripherie wurde von Ländern wie Polen,

Rußland, Griechenland und Spanien gebildet. In ähnlicher Weise begann zu jener Zeit der Begriff »Europa« auf den Umfang der wenigen besonders fortgeschrittenen Staaten zu schrumpfen, während er für alle übrigen eher ein Ideal als eine Realität blieb.

Die Ostmitteleuropäer begegneten der Herausforderung der modernen Zivilisation auf zweierlei Weise. Einige erkannten ihre Überlegenheit an und lernten begierig von ihr; sie übernahmen ihre Kenntnisse, Ideen, Institutionen, ihre Technik, ihre Moden und Gebräuche und versuchten, ihre Errungenschaften nachzuahmen. Zuweilen förderte diese Reaktion jedoch eine verächtliche Haltung gegenüber den eigenen Nationalkulturen, als wären diese minder wertvoll und weniger schöpferisch oder zumindest unreifer als die Westeuropas.

Die andere, defensive Reaktion betrachtete die westliche Zivilisation als »unecht«, kalt und moralisch verdorben, weil sie materialistisch, gottlos, von Krämergeist beseelt und rationalistisch sei. Demgegenüber galt unsere slawische Zivilisation oder unsere nationale Kultur trotz ihres niedrigeren intellektuellen Niveaus als organisch, spirituell und human und gründete sich nicht auf Habsucht, sondern auf christliche Werte.

Dieses dichotome Modell ist uns aus der Geschichte Rußlands wohl bekannt, doch bis zu einem gewissen Grad war es in ganz Ostmitteleuropa allgegenwärtig. Im Verlauf der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts räumten allerdings die romantischen Apologeten der landeseigenen Kulturen jenen Intellektuellen den Platz, die ihre Zugehörigkeit zur gesamteuropäischen Kulturgemeinschaft besonders stark empfanden (die sich natürlich nicht auf das geographische Europa beschränkte).

Die intellektuellen Eliten der einzelnen osteuropäischen Länder gehörten zweifellos zur gesamteuropäischen Familie, selbst wenn sie häufig wie arme Vettern behandelt wurden und sich oft als solche fühlen mußten. Doch was war mit den Ländern, aus denen sie stammten, wohin gehörten diese? Die am Westen orientierten Politiker und Intellektuellen in den osteuropäischen Nationen mußten die wirtschaftliche Rückständigkeit, den primitiven Zivilisationsstand, die Armut und die mangelnde Schulbildung ihrer Völker zur Kenntnis nehmen – allesamt Resultate der langsamen Wirtschaftsentwicklung von Randstaaten, wie sie im 16. oder 17. Jahrhundert einsetzte. Während der frühen Neuzeit führte die Verschärfung der Leibeigenschaft in diesen Gesellschaften zur Verfestigung alter Feudalstrukturen. Die Grundherren, die das Monopol auf den internationalen Handel und die politische Macht hatten, ließen kein Wachstum von Handel und Gewerbe zu und behinderten damit die Entwicklung der Städte und der Industrie. Infolgedessen hörte der östliche Teil des Kontinents praktisch auf, am schöpferischen Werk der westlichen Zivilisation teilzuhaben, genauer gesagt an den bahnbrechenden

Leistungen auf den Gebieten der Wissenschaft, Technik, Medizin, Gesellschaftsorganisation, der Entwicklung von Theorie und Praxis des Rechtswesens, der politischen Theorie usw. So verloren polnische Gelehrte etwa den Kontakt mit westlicher Philosophie und Wissenschaft während der Zeit John Lockes und Isaac Newtons. Und später war es äußerst schwierig, das Versäumte nachzuholen. Als in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wieder engere Beziehungen zu Westeuropa geknüpft wurden, konnte es nur eine Richtung des Einflusses geben: vom Westen in den Osten (oder in den Süden) Europas.

Wir brauchen hier nicht noch einmal all die Anstrengungen aufzuzählen, die von Angehörigen der Intelligenz, von Unternehmern und nationalen Regierungen unternommen wurden, um die Rückständigkeit jenes Teils von Europa zu überwinden. Obwohl diese Mühen nicht vergebens waren, bestand ihr Ergebnis in einer »Semimodernität«, wie wir heute sagen würden: einem speziellen Gemenge aus archaischen und modernen Kulturmerkmalen, das ausgeprägten sozialen Konflikten und autoritären Machtstrukturen Vorschub leistet.<sup>3</sup>

Trotz aller Erfolge wiederholter Kampagnen zur Belebung der wirtschaftlichen Modernisierung und zu Verbesserungen des Bildungssystems in Osteuropa konnten diese nicht die negativen Auswirkungen zunächst der jahrhundertelangen nationalen und politischen Abhängigkeit von äußeren imperialen Mächten und dann der Zerstörungen aus zwei Weltkriegen überwinden. Es schien also keinen Weg zu geben, die Kluft zwischen den beiden Teilen Europas zu verringern und die weniger fortgeschrittene Hälfte von ihrem akuten Minderwertigkeitskomplex zu heilen.

Am Ende des Zweiten Weltkriegs wurde unter der Bezeichnung »Volksdemokratie« eine neue Ordnung eingeführt, ein zwar gewaltsames, aber anscheinend schnelles und wirksames Mittel zur Modernisierung. In Polen führten die Kommunisten (die damals sorgsam diesen Namen vermieden) eine längst überfällige Agrarreform durch und verstaatlichten die Industrie, Maßnahmen, die damals allgemein als Vorbedingungen für wirtschaftliches Wachstum angesehen wurden. Die Kommunisten garantierten jedermann das Recht auf Arbeit; sie organisierten kostenlose Alphabetisierungskurse für Erwachsene; sie gründeten neue Schulen, Universitäten und Theater, bauten moderne Stahlwerke und leiteten den Wiederaufbau von Warschau ein, das die Nazis dem Erdboden gleichgemacht hatten. Kurz, sie unternahmen gewaltige Anstrengungen, um als echte Partei des Fortschritts dazustehen, die in der Lage war, die Energien der Nation zu mobilisieren und eine jahrhundertewährende Rückständigkeit und soziale Ungerechtigkeit zu beseitigen.

Kein Wunder, daß viele von denen, die fortschrittliche und demokratische Ideale miteinander teilten, sich von diesem Programm angezogen

fühlten, selbst wenn sie gute Gründe hatten, den polnischen und mehr noch den sowjetrussischen Kommunisten mit Furcht und Argwohn zu begegnen. Wieder einmal keimte die Hoffnung auf, daß Osteuropa in der Lage sein würde, den Westen im Hinblick auf die materielle Basis der Zivilisation einzuholen oder gar zu überrunden und zugleich eine neue Gesellschaft zu schaffen, in der es keine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen mehr gab.

Diese Hoffnungen erwiesen sich bald als trügerisch, und der Preis, der für diese Fata Morgana bezahlt werden mußte, war exorbitant. Die kommunistischen Maßnahmen, von denen man sich die Beseitigung der zivilisatorischen Spaltung Europas versprochen hatte, zementierten diese in jeder Hinsicht nur noch mehr. Das ist das tiefe Paradox eines Radikalismus, der an seinem Anfang der ganzen Welt die Stirn bot und als ein verknöchertes System aus Überzeugungen und Institutionen endete, das keine Veränderungen und Reformen mehr zuließ.

So schloß sich in den kommunistischen Ländern Ostmitteleuropas der Kreis. Gemessen an praktisch jedem Index für Lebensqualität besetzten diese Länder im europäischen Vergleich weiterhin die unteren Ränge. In den achtziger Jahren lagen sie sogar noch hinter den sich beschleunigt entwickelnden südeuropäischen Ländern wie Spanien und Griechenland zurück, mit denen sie bisher immer auf eine Stufe gestellt worden waren.

Doch auch ganz ohne Statistiken erlebt jeder Reisende, der aus dem Westen nach Polen kommt, den Unterschied zwischen beiden Welten; leider springt er heute nicht weniger deutlich ins Auge als im 18. Jahrhundert. Die Rückständigkeit ist sicherlich nicht nur auf Armut zurückzuführen; die Kommunisten sind allerdings nicht für alles verantwortlich zu machen – Schmutz, Verwahrlosung, Alkoholismus und Korruption inbegriffen. Die Rückständigkeit ist vielmehr zu einem guten Teil eine Hinterlassenschaft von Jahrhunderten, die bis auf den heutigen Tag weder durch Kapitalismus noch Kommunismus, weder durch »organische Arbeit« noch durch eine Revolution, weder durch wirtschaftliche Anreize noch durch priesterliche Ermahnungen überwunden werden konnte.

### *Zu welchem Europa? Auf welchem Weg?*

So versuchen wir Osteuropäer vom östlichen Rand wieder einmal, »nach Europa zurückzukehren«, in das Europa unserer Träume. Diese Träume sind vielfältig. Die meisten Ostmitteleuropäer träumen von europäischen (oder auch US-amerikanischen) Löhnen, Automobilen und anderen Accessoires westlichen Lebensstils. Politiker und Ökonomen träumen davon, daß wir uns einem vereinten Europa anschließen, auch wenn Zbigniew Brzezinski die ungeduldigen Polen auf die Gefahren eines neuen Mythos aufmerksam

macht: Die Ungleichheiten zwischen den Nationen, so seine Warnung, werden im gemeinsamen europäischen Haus nicht verschwinden.<sup>4</sup>

Der polnische Dichter und Nobelpreisträger Czeslaw Milosz, der die letzten vierzig Jahre seines Lebens in Frankreich und in den USA verbracht hat, ist ernüchtert. Er kann einfach nicht glauben, daß den Völkern Mittel- und Osteuropas, die eine fast fünfzigjährige Erfahrung mit dem Totalitarismus hinter sich haben, nunmehr nichts anderes übrigbleiben soll, als die Überlegenheit bestimmter westlicher Werte zu akzeptieren: »Sollen die Jahre des Leidens unter der totalitären Herrschaft ausgelöscht, durchgestrichen sein, und sollen die Menschen wieder bei Null anfangen? Sollen die Denker, Dichter und Künstler sich ihren westlichen Kollegen anschließen und sich mit der mehr oder weniger marginalen Rolle abfinden, die ihnen in Gesellschaften, die hauptsächlich mit Kauf und Verkauf beschäftigt sind, zugewiesen wird?«<sup>5</sup>

Andere Intellektuelle – die früher in der Opposition waren und jetzt in der Regierung sitzen – haben, wie Jiri Dienstbier und Václav Havel in der Tschechoslowakei, von einem »besseren Europa« im Sinne einer »freundschaftlichen Gemeinschaft unabhängiger Völker«<sup>6</sup> und einer Verkörperung bestimmter Werte geträumt, die bei uns im Osten bislang Mangelware sind. Auf einer ähnlichen Linie liegt die Feststellung eines polnischen Schriftstellers, »daß es weniger unsere materiellen oder zivilisatorischen Umstände waren, die uns von Europa entfernt haben, als die Schwächung jener Werte, bis hin zu ihrem Verlust, die zum Grundbestand europäischer Kultur und Tradition gehören«.<sup>7</sup>

Doch von welchem Europa ist die Rede? »Europa ist nicht nur Mitterrand«, mahnt Adam Michnik, »sondern auch Le Pen, nicht nur Weizsäcker, sondern auch die (deutsche) Republikanische Partei. Die Idee einer Rückkehr nach Europa kann sich mit einer radikalen antirussischen Phraseologie verbinden (...), sie kann aber auch für das Vertrauen in die Europäisierung des gesamten Kontinents, einschließlich Rußlands stehen.«<sup>8</sup>

So ist der Wegweiser, der in die Richtung Europas oder nach Westen weist, nicht eindeutig. Alle Ostmitteleuropäer möchten so schnell wie möglich die tristen Mietskasernen eines »real nicht mehr existierenden Sozialismus« hinter sich lassen. Doch welchen Weg sie einschlagen sollen, ist völlig offen. Nur eines wissen sie ganz sicher: daß sie wieder ganz von vorn anfangen müssen.

Tadeusz Mazowieckis Regierung hatte als erste die Entscheidung getroffen: mit größtmöglichem Tempo oder noch etwas schneller zurück (oder vorwärts) in Richtung Kapitalismus, freie Marktwirtschaft, Europa und Weltbank. Strategie dieser Politik ist Leszek Balcerowicz, der seinen Posten als Wirtschaftsminister im neuen liberalen Kabinett Bielecki behalten hat. Viele ausländische Berater rühmen Polen wegen dieses mutigen Schritts nach vorn. Erstens, sagen die Fachleute aus Harvard, Chicago und Oxford,

herrscht allgemein Einigkeit darüber, daß die Reprivatisierung der Industrie eine Vorbedingung für wirtschaftliches Wachstum ist. Zum zweiten sagen sie den Polen: Ihr habt weder die Zeit noch die Ressourcen, um euch Experimente leisten zu können, deshalb entscheidet ihr euch am besten für ein System, das sich schon anderswo bewährt hat, und dieses System ist das der kapitalistischen freien Marktwirtschaft. Es gibt keine andere gangbare Alternative; macht euch an die Arbeit, und eines Tages werdet ihr eine Wirtschaft haben, »die in vielem der der Vereinigten Staaten und noch mehr der der westeuropäischen Länder, eurer Nachbarn, gleicht« – dies jedenfalls versichert Jeffrey Sachs.<sup>9</sup>

Mein Gott, hört bloß nicht auf diese Sirenengesänge, warnt eine andere Gruppe von Ratgebern. Ihr wollt den Kapitalismus? In welcher Form? Einen freien Markt? Es gibt keinen freien Markt. Im 19. Jahrhundert gab es etwas, das ihm recht nahekam, doch »für Osteuropäer«, warnt John Kenneth Galbraith, »wäre ein lupenreiner und rigoroser Kapitalismus so wenig wünschenswert wie für uns.« Auch sollen wir nicht auf jene hören, »die das Heil einer schnellen wirtschaftlichen Besserung in einer kurzfristigen Erschütterung mit wirtschaftlichen Härten sehen. Wir erleben einen Augenblick großer und lang ersehnter Freiheit in Osteuropa«, fährt Galbraith fort. »Es wäre mehr als tragisch, sollte dort Freiheit gleichgesetzt werden mit unerträglichen wirtschaftlichen Entbehrungen.«<sup>10</sup>

Wieder andere bieten noch sarkastischere Beurteilungen der Lage an. »Die meisten Befürworter einer freien Marktwirtschaft in Osteuropa wären aufs äußerste schockiert über die Armut und die soziale Ungerechtigkeit, von der die US-amerikanische Gesellschaft durchsetzt ist«, schreibt Bogdan Denitch. Die Existenz einer großen Unterschicht von Ausgestoßenen, die außerhalb jeder Zivilisation leben, geht anscheinend nicht in das Kalkül jener Befürworter einer schrankenlos freien Marktwirtschaft ein, die die Welt gern schwarz-weiß sehen möchten. »Es läßt nicht gerade für die Demokratie hoffen«, um noch einmal Denitch zu zitieren, »daß viele reformistische Intellektuelle in Osteuropa sich in den Gedanken einer freien Marktwirtschaft verliebt haben. Aus der Liebe zu dieser Idee kann für Osteuropa fast ebenso viel Leid erwachsen wie in der Vergangenheit aus der Liebe zur abstrakten Idee einer zentralen Planwirtschaft.«<sup>11</sup>

Außerdem, warnen wieder andere Kritiker, haben die Ostmitteleuropäer keine Chance im Wettbewerb mit einer der fortgeschrittenen modernen Wirtschaften. Sie können den Westen unmöglich einholen. Polen ist in jeder praktischen Hinsicht auf das Niveau der Länder der Dritten Welt zurückgefallen und hinkt selbst hinter manchen Entwicklungsländern her. Und »was die Dritte Welt angeht«, meint Lawrence Weschler, »so braucht man nur einmal Brasilien, die Philippinen oder Mexiko über den Triumph des Kapitalis-

mus zu befragen.«<sup>12</sup> In der Tat hat die Tatsache, daß die Polen oder Ungarn frei reisen und Handel treiben können sowie mit Westwaren wohl vertraut sind, auch ihre Schattenseiten: Der »Demonstrations-Effekt« stimuliert eher Konsumenten-Erwartungen, als daß er einen raschen und spürbaren Strukturwandel in der Industrie, der Arbeitsmoral und der Fähigkeit zur Organisation bewirkte. So hat die Frage, ob der inzwischen in Polen angekurbelte wirtschaftliche Wiederaufbau möglicherweise eine »Mexikanisierung« nach sich zieht, inzwischen auch bei den Polen selbst Besorgnis ausgelöst. Einige Politiker beschwören sogar die Gefahr, daß die deutschpolnische Grenze eines Tages ein europäischer Rio Grande werden könnte.

Ein solcher Fall ist durchaus vorstellbar. Und wenn er tatsächlich eintritt, dann werden wir einmal mehr den unverwüstlichen polnischen Schmuggler sehen, der im Schutz der Dunkelheit den Rio Oder überquert, um im Staub des Potsdamer Platzes Wurst gegen Videokassettenrecorder einzutauschen; oder intelligente Leute aller Altersstufen und Berufe, die denselben Fluß überqueren, um eine Saisonarbeit zu suchen, die so niedrig und schlecht bezahlt ist, daß selbst Türken oder Marokkaner sie verschmähen. In ihrer Gesellschaft werden sich außerdem hervorragende ostmitteleuropäische Mathematiker, Biochemiker und Soziologen befinden, die dann kostenlos zu Hunderten in europäische und US-amerikanische Universitäten und Laboren exportiert werden.

Falls die Teilung Europas nicht überwunden wird, besteht keine Aussicht auf eine Stabilisierung, und alle Gespenster der Vergangenheit werden das europäische Haus heimsuchen. Es gibt keine wirksamere Brutstätte für einen bornierten Nationalismus als wirtschaftliche Stagnation, das Gefühl der Hilflosigkeit und die Angst vor morgen.

### *Die Herausforderung*

Welche Zukunft kann nach alledem ein skeptischer ostmitteleuropäischer Intellektueller seinem Land verheißen, wenn er in die Rolle eines Propheten oder Wahrsagers schlüpfen soll (wie man es immer wieder von ihm erwartet)? Vor allem erinnert er sich an das, was bereits Edmund Burke und Alexis de Tocqueville sehr wohl wußten: daß es viele Dinge gibt – Arbeitsgewohnheiten, Kulturmuster, Überzeugungen und Vorurteile –, die sich durch eine Revolution nicht revolutionieren lassen. Wir tragen die Last der Vergangenheit auf unseren Schultern als ein Geschenk und einen Fluch. Das historische Erbe enthält kostbare nationale Werte. Es enthält aber auch schädliche, hinderliche Elemente, die einem Fortschritt im Wege stehen. Es ist unmöglich, sich dieser Aspekte mit einem Schlag zu entledigen.

Andererseits sollten die Ostmitteleuropäer nicht in einen Geschichtsfatalismus verfallen, der alle Probleme entschuldigt. Wenn die auf Modernisie-

rung gerichteten Bemühungen in der Vergangenheit so oft gescheitert sind, so läßt sich daraus legitimerweise nur der eine Schluß ziehen, daß wir noch einmal von neuem beginnen müssen, vor allem jetzt, da die äußeren Bedingungen anscheinend günstiger sind als je zuvor.

Die Aufgabe beschränkt sich keineswegs auf eine Gesundung und Transformation der Wirtschaft, so wichtig diese auch sind. Um mit dem fortgeschritteneren Teil Europas Schritt zu halten, werden Polen und seine Nachbarn Strukturen wie das Kommunikationssystem, Bankwesen, Umweltschutz, Stadtverwaltung, Kranken- und Sozialversicherung, Bildungswesen, wissenschaftliche Forschung usw. ausbauen müssen. Alle diese Bereiche brauchen dringend kräftige neue Infusionen nicht nur an Kapital, sondern auch an menschlichen Energien, Ideen und Fertigkeiten. Die Befürworter ebenso wie die Gegner des Freihandels sollten diese zivilisatorischen Erfordernisse mit berücksichtigen, wenn sie die Rolle des Staates in den Volkswirtschaften Osteuropas erörtern.

Dem Staat die Initiative zur Lösung drängender sozialer Probleme zu überlassen, fordert einen hohen Preis, wie die Nachkriegsära gezeigt hat. Es liegt auf der Hand, daß die kommunistische Zentralisierung der Entscheidungsprozesse über die Allokation sämtlicher Ressourcen die Menschen daran gehindert hat, in Begriffen wie Gemeinwohl oder Wohlfahrt zu denken und selbst die Zügel in die Hand zu nehmen, und sei es auch nur im Hinblick auf ihr eigenes Stadtviertel. In Polen erleben wir jetzt erst das allmähliche Wiederaufleben freiwilliger Zusammenschlüsse von Menschen mit dem Ziel, sich der Lösung öffentlicher Probleme auf lokaler und nationaler Ebene anzunehmen. Doch fehlt es den im Mai 1990 gewählten neuen Stadt- und Gemeinderäten nicht nur dramatisch an Mitteln, es mangelt ihnen auch an Erfahrung. Es wird daher einige Zeit dauern, bis sie effizient genug arbeiten, um Bürgerinitiative und Bürgersinn umzusetzen.

Wir müssen uns allerdings auch davor hüten, in das gegenteilige Extrem einer liberal-konservativen Doktrin zu verfallen, die die Eingriffsmöglichkeiten und Rechte des Staates auf ein Mindestmaß beschränken möchte. Unter den Bedingungen der Armut und der Unterentwicklung in Osteuropa könnte ein solcher Ansatz leicht zu eklatanten sozialen Ungleichheiten und zu einem Zusammenbruch der wirtschaftlichen und kulturellen Infrastruktur führen.

Wenn die Ostmitteleuropäer wirklich »nach Europa zurückkehren« wollen, dann müssen sie zunächst das Gleichgewicht finden und halten, zwischen einer entzweierenden Parteipolitik und einer starken, stabilen, verfassungsmäßigen Regierung, zwischen befreiten Marktkräften und einer korrigierenden Umverteilung des Wohlstands, zwischen nationalen Empfindungen und einer gesamteuropäischen Identität. Selbst unter optimalen



Bedingungen und mit massiver Unterstützung aus dem Ausland ist der Weg voller Fußangeln, und der Erfolg ist höchst ungewiß. Dies ist in der Tat eine enorme Herausforderung, insbesondere für die jüngere Generation, die jetzt gegen das ihr hinterlassene historische Erbe aufbegehrt. Ob die Tüchtigsten und Gescheitesten unter ihnen bereit sein werden, das Beste aus der Situation zu machen, und nicht versuchen, sich dieser Last zu entledigen, bleibt abzuwarten. Jedenfalls ist heute klar, daß die Anhebung unseres Zivilisationsniveaus – in technischer wie moralischer Hinsicht – mehr Einfallsreichtum, Begeisterung und Ausdauer erfordert als das Durchschneiden von Stacheldrahtzäunen, das Einreißen von Mauern und das Verjagen von Diktatoren.

*Aus dem Englischen von Udo Rennert*

### *Anmerkungen*

- 1 Gazeta Wyborcza, 8. Mai 1990.
- 2 Adam Michnik, Notes on the Revolution, The New York Times Magazine, 11. März 1990, S. 38-45. Vgl. ders., Zwei Gesichter Polens, zwei Gesichter Europas, in: Transit 1 (1990), S. 185-189.
- 3 Vgl. Peter F. Sugar, Ethnicity in Eastern Europe, in: ders. (ed.), Ethnic Diversity and Conflict in Eastern Europe, Santa Barbara 1980, S. 425-444.
- 4 »Spoleczenstwo rozwazne« (Eine kluge Gesellschaft). Rede an der katholischen Universität Lublin, abgedr. in: Przegląd Polski, wöchentl. Literaturbeilage zu Nowy Dziennik, 24. Mai 1990.
- 5 In: Granta, Winter 1990, S. 164.
- 6 Vgl. Präsident Václav Havels Rede vor dem Europaparlament in Straßburg am 10. Mai 1990.
- 7 Maciej Iłowiecki in: Gazeta Wyborcza, 16./17. Dez. 1989.
- 8 A. Michnik, Notes on the Revolution, a.a.O., S. 44.
- 9 A Conversation with Jeffrey Sachs, in: Harvard Gazette, 2. März 1990, S. 5.
- 10 John K. Galbraith, Which Capitalism for Eastern Europe?, in: Harper's Magazine, April 1990, S. 19-21.
- 11 Bogdan Denitch, The Triumph of Capitalism?, in: Dissent, Frühjahr 1990, S. 177-180.
- 12 Lawrence Weschler, Poland Takes the Plunge, in: Dissent, Frühjahr 1990, S. 211f.

*Marcin Król*

## REVOLUTION, RESTAURATION, AMNESIE Über das Gedächtnis in der postkommunistischen Zeit

Wenn wir über das Gedächtnis in der Übergangszeit vom posttotalitären System zur Demokratie sprechen, dann wissen wir im Grunde nicht besonders gut, worüber wir reden. Es geht mir hier nicht um theoretische Reflexionen. Die Untersuchung der individuellen und gesellschaftlichen Mechanismen des Gedächtnisses und des Vergessens kann auf eine lange Tradition zurückblicken. Auch im zwanzigsten Jahrhundert haben sich, bei Marcel Proust und Maurice Halbwachs angefangen, viele damit beschäftigt. Das Gedächtnis läßt sich aber noch aus einer anderen Perspektive untersuchen; man könnte sich auf die Frage beschränken, wer was mit dem Gedächtnis macht, mit anderen Worten, wie das Gedächtnis manipuliert wird. Den Begriff »manipulieren« verwende ich hier übrigens in einem neutralen Sinn; in Polen löst er aus verständlichen, wenn auch nicht mehr aktuellen Gründen, negative Assoziationen aus.

Betrachtet man das Phänomen des Gedächtnisses aus dieser Perspektive, kann man drei Grundauffassungen unterscheiden, die in Polen seit der Machtübernahme durch die Kommunisten im Jahre 1944 bis auf den heutigen Tag verbreitet sind. Diese Auffassungen entwickelten sich in einer deutlichen chronologischen Reihenfolge. Gleichzeitig scheint diese Entwicklung einer gewissen Dialektik zu unterliegen, so daß man von der kommunistischen Idee des Bruchs mit der Kontinuität, von der oppositionellen These der Kontinuität »trotz allem« und schließlich von der demokratischen Praxis der Normalisierung jenseits der Kontinuität sprechen kann. Dabei handelt es sich natürlich um vereinfachende Unterscheidungen, die mir aber für den Anfang ganz nützlich erscheinen.

### *Bruch mit der Kontinuität und Neubeginn*

Es ist nicht ganz klar, ob die Idee des Bruchs mit der Kontinuität, mit der die Kommunisten an den Aufbau der Nachkriegsordnung in Polen herangegangen sind, ideologisch begründet war oder ausschließlich dem politischen Kampf diente. Wahrscheinlich herrschte darüber damals nicht einmal bei den Urhebern dieser Idee Klarheit. Die Beantwortung der Frage hängt davon ab, ob wir die in den Jahren 1944-1948 eingeführte Revolution tatsächlich

als Revolution oder eher als Okkupation betrachten, in der dem Land von außen bestimmte soziale und politische Strukturen aufgezwungen wurden. Allerdings ist dies keine schlichte Alternative. Wie in letzter Zeit öfters festgestellt wurde, lassen sich in dieser Periode Elemente sowohl der Revolution, der Okkupation als auch der Restauration finden. Welchen Elementen mehr Bedeutung zukommt, hängt davon ab, ob man sich dieser Frage eher deskriptiv nähert oder ob man von ihren politischen Implikationen ausgeht. Auf die politischen Aspekte kommen wir später zu sprechen. Versuchen wir, vorerst deskriptiv zu bleiben.

Welche Bedingungen mußten erfüllt sein, damit man die Ereignisse der Nachkriegsjahre in Polen als Revolution bezeichnen kann? Erstens die rechtliche und faktische Änderung der Eigentumsverhältnisse, zweitens die Anwendung von Gewalt oder sogar Terror, um diese Änderung durchzuführen, und drittens – und für unsere Fragestellung ist dies am wichtigsten – die Idee eines Neubeginns oder eines Bruchs mit der Kontinuität.

Alle diese Bedingungen waren erfüllt. Die Befürworter der Okkupationstheorie können sich freilich auf die Tatsache berufen, daß diese Bedingungen ohne die direkte oder indirekte Intervention von außen wahrscheinlich nicht hätten erfüllt werden können, während die Gegner dieser Theorie – wie Krystyna Kersten – nicht zu Unrecht behaupten, daß der Wechsel, mit Ausnahme der Anwendung von Gewalt, auf eine weitgehende Zustimmung durch die polnische Gesellschaft rechnen konnte, wobei wir hier allerdings über keine Zahlen verfügen.

Wie vollzog sich der Bruch mit der Kontinuität in der Praxis? Es lohnt sich zu unterscheiden zwischen einem rein negativen Vorgehen und dem Versuch, neue Elemente anstelle der vorhandenen alten ins kollektive Gedächtnis einzuführen.

Die bestehenden staatlichen und rechtlichen Strukturen, die Verfassung und die territoriale Kontinuität wurden zerstört. Ebenso versuchte man, die alte Sozialstruktur der Gesellschaft mit den Landbesitzern, der Bourgeoisie und der Intelligenzija an der Spitze zu zerschlagen, allerdings mit weniger Erfolg. Besonders wichtig waren die Änderung der Eigentumsverhältnisse und der Versuch, auch den Begriff des Eigentums selbst aus dem öffentlichen Leben zu verbannen. Oder, um ein weiteres Beispiel zu nennen, man diskriminierte die Verdienste im Kampf um die Befreiung Polens, sofern sie nicht den kommunistischen und parakommunistischen Gruppierungen zuzuschreiben waren.

Was die Einführung neuer Elemente ins kollektive Gedächtnis betrifft, sind etwa die künstliche Begründung eines polnischen Anrechts auf die ehemals deutschen Gebiete zu nennen oder die Anstrengungen, eine neue gesellschaftliche Liturgie, neue Festtage und neue Heilige zu schaffen.

Den Intentionen der totalitären Ideologie zufolge sollten solche Maßnahmen einen völligen Neubeginn einleiten. Dieses Ziel wurde freilich nur unvollständig in die Praxis umgesetzt. Dennoch entstanden infolge der revolutionären Veränderungen in Polen ein neuer Gesellschaftstyp, neue zwischenmenschliche Beziehungen und ein neuer Menschentypus. Daß wir mit der Beschreibung dieses Menschentypus Probleme haben (die Bezeichnung *homo sovieticus* wäre hier zweifellos eine grobe Vereinfachung), ändert nichts an der Tatsache, daß es in vieler Hinsicht zur Ausprägung einer neuen Mentalität kam.

Wie stellte sich in dieser Situation die Vergangenheit dar, oder anders formuliert, welche öffentliche Funktion sollte das Gedächtnis haben? Václav Havel hat einmal geschrieben, daß die Zeit im kommunistischen System nicht linear ist, sondern, wie in manchen primitiven Gesellschaften, zyklisch. Das bedeutet, daß nur die den Rhythmus des Jahres bestimmenden Festtage wichtig sind, während Kontinuität oder Dauer keine Rolle spielen und den Kategorien Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft keine Bedeutung beigemessen wird. Dies ist allerdings nur ein Merkmal des Gedächtnisses neuen Typs.

Die kommunistische Revolution nahm jedoch, wie alle anderen Revolutionen auch, dieses Von-vorne-Anfangen nicht wörtlich. Die mißlungene Einführung eines neuen Kalenders ist wohl das berühmteste Beispiel, einen Neubeginn zu demonstrieren. Ebenso blieben alle Versuche, eine neue Sprache einzuführen, ohne Erfolg – zu stark waren die alte Sprache und die mit ihr verbundenen Assoziationen; mit diesen blieb der Bezug zur Vergangenheit lebendig. Deshalb galt es, zumindest diese Assoziationssphäre zu verändern, und in diese Richtung gingen die größten Anstrengungen. Eine Revolution ist nicht vollendet, solange der tradierte Gehalt geistiger und politischer Schlüsselbegriffe weiterlebt. Es ist also nur verständlich, daß die kommunistische Macht die Sprache enorm hoch bewertete. Darüber hat bekanntlich Orwell einiges geschrieben.

Dieser Eingriff ist jedoch gescheitert, und darin liegt meines Erachtens die Hauptursache für die Niederlage, zu der es Jahrzehnte nach Einführung des revolutionären Projektes gekommen ist. Es ist nicht gelungen, die Bedeutung solcher Worte wie Freiheit oder Privateigentum aus dem gesellschaftlichen und individuellen Gedächtnis auszulöschen, oder anders gesagt, ihre Bedeutung so zu verändern, daß sie einen radikal neuen Sinn erhalten hätten. Man darf jedoch nicht die Teilerfolge übersehen, wie etwa die Bedeutungsverschiebung oder das In-Vergessen-Geraten einer Reihe von Begriffen, insbesondere aus dem Bereich des Wirtschaftslebens und der Eigentumsverhältnisse, aber auch jener Begriffe aus dem Bereich der Privatsphäre, die sich auf die Planung des eigenen Lebens, des Lebens der

Familie oder einer kleinen Gemeinschaft beziehen – wie Erbschaft, Ehevertrag oder materielle Vorsorge für Kinder und Enkelkinder.

Nicht zuletzt war es die kommunistische Macht selbst, die in schöner Regelmäßigkeit die Entstehung neuer Regeln des Erinnerns verhinderte, indem sie immer wieder alles radikal änderte: das Steuersystem, die Struktur des Bildungswesens oder die Leitlinien für die Zensurtätigkeit. Ich weiß nicht, inwieweit dies bewußtes Handeln war; es war zweifellos, auch in bezug auf die neue Mentalität, der Herausbildung eines normal funktionierenden Gedächtnisses nicht gerade zuträglich.

### *Kontinuität »trotz allem«*

Im Nachkriegspolen hat es immer eine Opposition gegeben, auch wenn sie nicht unbedingt politisch organisiert war. Die Idee einer Kontinuität »trotz allem« – also eine antirevolutionäre Einstellung – bildete ihren wichtigsten Grundsatz. Die verschiedenen oppositionellen Gruppierungen und Formationen unterschieden sich dabei in der Frage, an welche Werte, Traditionen und Institutionen »trotz allem« angeknüpft werden sollte.

Man hat es hier mit einem ganzen Spektrum von Auffassungen zu tun, angefangen bei Anhängern der Exilregierung, die die Kontinuität wörtlich nahmen und schlicht zum Zustand von 1939 zurückkehren wollten, bis zu den sogenannten Revisionisten, die die Kontinuität universalistisch auffaßten, sich also nicht auf irgendein Element der polnischen Geschichte, sondern auf einen bestimmten Komplex von europäischen politischen Werten beriefen, die man – vereinfacht – als sozialdemokratisch bezeichnen könnte.

Es verwundert daher nicht, daß in der Vorstellungswelt der gesamten polnischen Opposition die Geschichte eine derart zentrale Rolle spielte. Da Polen als Nation und als Staat schon lange vor der Machtübernahme durch die Kommunisten existiert hatte, wurden die mit der Volksrepublik aufgezwungenen Institutionen (wie z.B. das Recht) als Provisorium, als nur teilweise legitim, wenn nicht geradezu als Okkupationseinrichtungen betrachtet. Die Idee einer »sozialistischen« Kultur, als etwas radikal Neues, wurde abgelehnt. Die gegen sie beschworene Idee der Einheit der polnischen Kultur führte zur Verwischung der historisch überkommenen ideologischen und politischen Unterschiede. Dazu kam, daß ein politisch Inhaftierter nicht als Rechter oder Linker im Gefängnis saß, sondern als Feind der Volksrepublik Polen. Diese Tatsache führte nicht nur zu unerwarteten Freundschaften, sondern auch zur scheinbaren Beseitigung realer Unterschiede.

Im Laufe der Nachkriegsjahrzehnte ist eine neue Kontinuität entstanden: die des oppositionellen Gedächtnisses, das sich auf das Martyrium der Opposition in der Nachkriegszeit berufen konnte. Auch dieses Gedächtnis, das am besten mit der Bezeichnung »polnische Monate« (fast jeder Monat

ist in Polen symbolisch besetzt) charakterisiert werden kann, hat keinen linearen, sondern einen zyklischen Charakter. Die Verdienste für das Vaterland und für die polnische Nationalkultur wurden sozusagen addiert; das heißt, sie wurden mit der Zeit nicht neu bewertet oder umgewertet, sondern bereicherten das vorhandene Bild.

Die Rolle der Geschichte und das Bild der Vergangenheit bildeten in allen oppositionellen Kreisen das Bewußtsein aus, daß das Gedächtnis der eigentliche Lebensraum für sie sei, so wie die Utopie im Grunde der einzig wahre Lebensraum für die kommunistische Macht gewesen ist.

Im oppositionellen Gedächtnis nahm die profane Geschichte im Unterschied zu den Stationen des Martyriums relativ wenig Platz ein. Die historischen Untersuchungen befaßten sich daher weniger mit dem Alltagsleben der verschiedenen gesellschaftlichen Schichten und Gruppen im 19. und 20. Jahrhundert, als vielmehr mit besonderen Ereignissen, wie etwa den nationalen Aufständen und den Leiden unter den einander ablösenden Besatzern. Aus dieser Perspektive stellte der in der polnischen Publizistik periodisch wiederkehrende Streit um den Stellenwert von »Romantik« und »Realismus« politisch gesehen einen Ersatzstreit dar, genauer gesagt, einen Streit um die Formen des oppositionellen Gedächtnisses oder um die politische Wirksamkeit verschiedener Arten des Gedächtnisses und verschiedener tradierter Werte.

Auch der Streit zwischen den vermeintlichen »Idealisten« und »Realisten« drehte sich nicht um die jeweilige Haltung gegenüber der Wirklichkeit, sondern einzig und allein um die Interpretation der Vergangenheit und die Schlußfolgerungen für die Zukunft.

Schließlich stellt sich noch die Frage, ob und in welcher Weise *Solidarnosc* das Funktionieren des oppositionellen Gedächtnisses verändert hat. Es gibt zu diesem Thema bereits eine Reihe von ernstzunehmenden Untersuchungen, die meine Vermutungen zu belegen scheinen. *Solidarnosc* bewirkte eine extreme Ausprägung der bereits bestehenden Elemente des oppositionellen Gedächtnisses und seiner Ausdrucksformen, fügte jedoch keine neuen Elemente hinzu. In der aus heutiger Perspektive klassischen Periode der *Solidarnosc* zwischen 1980 und 1983 wurde die Vergangenheit in mannigfacher Hinsicht öffentlich beansprucht, und es sah damals so aus, als habe die Idee der Kontinuität »trotz allem« sich im öffentlichen Leben nicht nur als stark und wirksam erwiesen, sondern einen geradezu überwältigenden Sieg davongetragen.

Und doch scheint es heute äußerst zweifelhaft, ob diese Idee die materielle, soziale und geistige Realität in Polen tatsächlich nachhaltig verändert hat. Denn nur in wenigen Bereichen war Kontinuität wirklich möglich, wohingegen die Veränderungen, welche durch die Revolution verursacht worden

waren – ob diese nun gewollt oder ungewollt, hausgemacht oder importiert war –, tiefgreifend und unumkehrbar waren. Deshalb zog sich das oppositionelle Gedächtnis mit der Zeit in den symbolischen Raum zurück und nahm mythische Formen an.

### *Die Normalität jenseits der Kontinuität*

Das für den Historiker wohl auffälligste Merkmal des Präsidentschaftswahlkampfes im Herbst 1990 war die völlige Loslösung von der Geschichte, vom Gedächtnis. Als teilnehmender Beobachter weiß ich, daß Tadeusz Mazowiecki zu einem bestimmten Zeitpunkt vorhatte, eine Rede zu halten, in der er an wesentliche Ereignisse und Gestalten der polnischen Geschichte anknüpfen wollte. Obwohl die Rede bereits vorbereitet war, verzichtete der Präsidentschaftskandidat darauf, sie zu halten, und zwar aus Gründen, die (abgesehen von persönlichen Motiven, die ich nicht kenne) erst klar werden, wenn man die Situation näher betrachtet.

Mit der Herausbildung des demokratischen Systems und dem beharrlichen Insistieren aller Akteure der politischen Szene auf einer »Normalisierung« Polens änderte sich auch die Funktion des Gedächtnisses. Natürlich wird auch heute noch hin und wieder die polnische Geschichte in Erinnerung gerufen, aber das öffentliche Leben Ende 1990 und Anfang 1991 zeigt, daß diese Rückgriffe nur mehr von marginaler Bedeutung sind und noch weiter in den Hintergrund treten werden, wenn die grundsätzlichen Forderungen erst einmal erfüllt sind. Stattdessen scheint sich allenthalben Amnesie breit zu machen.

Ein deutliches Symptom hierfür ist zum einen das mechanische Vergessen, der Gedächtnisschwund als Folge mangelnden Interesses an der Vergangenheit in einer Gesellschaft, die sich heftig danach sehnt, die Berufung zum »Christus der Nationen« mit der Rolle des »Händlers der Nationen« zu tauschen, worin ich – das muß ich sogleich hinzufügen – prinzipiell nichts Schlechtes sehe. Es handelt sich hier offensichtlich um einen rapiden Bedeutungsverlust des »martyrologischen« Gedächtnisses bei der Gestaltung des öffentlichen Lebens. Dies bedeutet de facto eine völlige Absage an die oppositionelle Vorstellung von einer Kontinuität »trotz allem«. Man darf sich von den verschiedenen weiterbestehenden Formen der Zelebrierung nationaler Kontinuität nicht täuschen lassen. Sogar die (nur unvollständig vollzogene) Rückgabe der Präsidentenmacht aus der Emigration hatte hauptsächlich politische, viel weniger symbolische und schon gar keine historisch legitimierte rechtlichen oder institutionellen Gründe.

Bemerkenswert ist zum anderen das Phänomen des aktiven, mehr oder weniger planmäßigen Vergessens, die gezielte Tilgung von Elementen, die für die Volksrepublik Polen stehen. Ein Beispiel dafür sind die Namensän-

derungen von Straßen und Plätzen, die Auswechslung von Namenspatronen bei Schulen und Armee-Einheiten. Ein weiteres Symptom ist die Tatsache, daß es nur wenige Untersuchungen über die Geschichte der kommunistischen Epoche gibt. Die Historiker schienen die mangelnde Attraktivität solcher Studien gehaut zu haben und vernachlässigten, unter Verweis auf die angeblich schwierige Quellenlage, die Beschäftigung mit der jüngeren Zeitgeschichte. Tatsächlich ist heute kaum einer an den Resultaten derartiger Arbeiten interessiert.

Als ein weiteres Beispiel für die derzeit um sich greifende Amnesie muß hier auch das Phänomen des Antisemitismus erwähnt werden, wie es während des Präsidentschaftswahlkampfes zutage trat. Auch wenn diese Töne gegenwärtig nachzulassen scheinen, können sie im nächsten Wahlkampf wieder auftauchen. Es geht mir hier nicht um die – selbstverständliche – Verurteilung dieses Phänomens, das ich im Rahmen dieser Überlegungen nicht näher analysieren kann; vielmehr möchte ich darauf aufmerksam machen, daß es nur in einer Gesellschaft auftreten kann, die ihre eigene Vergangenheit vollkommen vergessen hat, und daß die jüngste antisemitische Welle infolgedessen auf ganz andere Ursachen zurückzuführen ist als etwa auf den Antisemitismus zur Zeit des Pogroms in Kielce.

Die Normalität jenseits der Kontinuität läßt sich jedoch nicht in rein deskriptiven Kategorien darstellen. Sie hat politische Implikationen, die sich dem Versuch einer isolierten Darstellung widersetzen. Das beste Beispiel dafür sind die Schwierigkeiten, die mit der Idee der Reprivatisierung zusammenhängen. Da die Geschichte Polens nicht mehr als linearer Zeitablauf, als Folge einander ablösender Perioden mit ihren Übergangsphasen und ihren Verlaufsmustern wahrgenommen wird, weiß niemand, wie weit die Ansprüche auf Reprivatisierung gehen sollen bzw. gerechtfertigt sind. Gerüchte, wonach man das von Rußland konfiszierte Eigentum der Aufständischen aus dem Jahre 1863 zurückfordern will, erscheinen in diesem Lichte gar nicht so absurd. Ein anderes Beispiel sind die Argumente, die sich auf die ehemals deutschen Gebiete beziehen.

Die Vergangenheit gleicht immer mehr einem Behälter, aus dem man nach Belieben herausholen kann, was man gerade braucht, ohne sich an irgendwelche Regeln halten zu müssen. Ein weiteres Beispiel mag dies illustrieren: das heutige Bewußtsein der großen Gruppe der Arbeiter aus der Schwerindustrie und ihr Verhältnis zur Öffentlichkeit. Diese Arbeiter waren zweifellos eine Schöpfung des Kommunismus und gleichzeitig dessen Opfer. Mit ihrem relativ ausgeprägten politischen Bewußtsein wurden sie zur Stütze der *Solidarnosc*. Heute stellen sie in der Öffentlichkeit die konservativste Gruppierung dar, die sich plötzlich und unerwartet – oder war dies vorauszusehen? – an die positiven Seiten ihrer Existenz im kommunistischen System zu erinnern beginnt.



Zusammenfassend kann man also sagen, daß bei näherem Hinsehen die demokratische Praxis der »Normalisierung jenseits der Kontinuität« keine Synthese der Formel vom Bruch mit der Kontinuität und der Propagierung einer Kontinuität »trotz allem« darstellt, sondern, im Gegenteil, fast deren Negation. Die damit entstandene Kluft wurde noch nicht – und dieses »noch« wird vielleicht lange dauern – durch eine neue Kontinuitätsformel überbrückt, oder besser gesagt: Die ersten und noch sehr bescheidenen Versuche zur Schaffung einer neuen Kontinuität finden keine gesellschaftliche Unterstützung. Sieht man genauer hin, zeigt sich, daß bestimmte, meiner Überzeugung nach grundsätzliche Kategorien oder Haltungen zutage treten, die in der näheren Zukunft die großen politischen Lager in Polen differenzieren werden. Diese Haltungen lassen sich auf einen Nenner bringen: Sie stellen verschiedene Formen des Manipulierens mit der Vergangenheit dar oder, wenn man will, der »Bewältigung« der Vergangenheit.

*Verschiedene Auffassungen vom »Schlußstrich«: evolutionäre, restaurative und amnesische Revolution*

Als Tadeusz Mazowiecki im September 1989 in seiner Antrittsrede vor dem Parlament sagte, daß nunmehr ein »Schlußstrich« unter die Vergangenheit gezogen werden müsse, war ihm wahrscheinlich nicht bewußt, daß man diese Aussage unterschiedlich interpretieren kann. Es ging hier jedenfalls nicht um eine theoretische Frage, sondern um die praktische Frage der Einstellung zur Vergangenheit mitsamt ihren politischen Implikationen.

Mazowieckis Intentionen sind leicht zu erraten. Hinter der Idee des »Schlußstrichs« verbirgt sich sowohl die Absicht eines Neubeginns als auch die einer spezifischen politisch-moralischen (selbstverständlich keiner rechtlichen) Amnestie für die sogenannte Nomenklatura. Mazowiecki wollte also eine Revolution (einen Neubeginn) ohne revolutionäre Symbolik und ohne revolutionäre Gewaltakte durchführen. Dieses Vorhaben war (obwohl moralisch richtig) seinem Wesen nach von Anfang an in sich widersprüchlich, und viele politische Maßnahmen der Regierung Mazowiecki kann man besser verstehen, wenn man sieht, daß hier der Versuch einer *evolutionären Revolution* unternommen wurde. Gleichzeitig mußte ein solches Konzept zur Verdrängung der Geschichte führen, da jeglicher Vergangenheitsbezug eine Gefahr darstellte.

Während man also ganz allgemein die Unterschiede zwischen der kommunistischen und der neuen Epoche betonte, wurde die Kritik ad personam sowie die Abrechnung mit konkreten Institutionen und Gruppierungen vermieden. Es wurden weder symbolische revolutionäre Akte vollzogen, noch kam es zu einer Bestandsaufnahme der Lage des Staates und der Wirtschaft. Letzteres hätte eine zumindest indirekte Form der Kritik an der früheren

Regierung bedeutet. Die kommunistische Vergangenheit war und ist für die Anhänger Mazowieckis kein Thema, das einer ernsthaften Auseinandersetzung wert wäre. Andererseits stellt die »martyrologische« Vergangenheit für die Verfechter eines »normalen« Polens ebenso wenig eine geeignete Grundlage dar. An die Stelle einer auf die Vergangenheit zurückgreifenden Vision ist – nicht nur unter den Anhängern Mazowieckis, sondern generell in liberalen Kreisen – das Modell des Westens getreten mit seiner effizienten und rational funktionierenden Demokratie und seiner freien Marktwirtschaft. Die bekannte Formulierung von Zbigniew Bujak, »westlich der *Zentrums-Allianz*« sein zu wollen, mag politisch zwar ungeschickt gewesen sein, gibt aber diese Position sehr gut wieder.

Kritiker unterstellten Mazowiecki, er wolle mit seinem »Schlußstrich« die kommunistischen Verbrechen vergessen machen; er wolle also eine Evolution unter Preisgabe des moralischen Sieges der Revolution. Auch wenn, wie ich meine, diese Interpretation nicht zutrifft, besaß sie angesichts des erwähnten inneren Widerspruchs einige Plausibilität. Derartige Angriffe werden von verschiedenen ideologischen Positionen aus formuliert, hinter denen verschiedene Vorstellungen stehen bezüglich der Gestaltung der Revolution bzw. der Frage, was wiederhergestellt werden soll. Sie alle verbindet jedoch eine Idee, die man als *restaurative Revolution* bezeichnen kann.

Danach müßte es, erstens, zu einem radikalen Bruch mit all dem kommen, was noch mit der Volksrepublik Polen zu tun hat (daher auch die Rede von der Dritten, nicht von der Vierten Republik), was natürlich de facto kaum möglich ist. Und zweitens, müßte man an die vorkommunistische Vergangenheit wiederanknüpfen, doch dies böte wenig Konkretes, denn allein schon Polens prekäre territoriale Geschichte würde die (Re-)Konstruktion schlichter Traditionen vereiteln. Es gibt kaum Anknüpfungspunkte an tragfähige politische Traditionen oder gesellschaftliche und wirtschaftliche Strukturen der Vorkriegszeit. Die Anhänger der restaurativen Interpretation des »Schlußstrichs« würden im Grunde am liebsten auch ihre eigene Vergangenheit vergessen machen. Sie stellen die fanatischsten Gegner der jungen Tradition der *Solidarnosc* dar, da, wie bereits erwähnt, in dieser Tradition kein Platz für die Unterscheidung zwischen »laizistischen Linken« und »Polen-Katholiken«<sup>1</sup> ist. Die Vergangenheit des *KOR*, der *Solidarnosc* etc. ist eine gemeinsame Vergangenheit, und die Tatsache dieser Gemeinsamkeit ist für die Anhänger der restaurativen Revolution politisch gefährlich, da sie daran erinnert, daß auch sie in der Volksrepublik gelebt haben und ein Teil von ihr waren.

Schließlich gibt es eine dritte Interpretation des »Schlußstrichs«, die bis vor wenigen Monaten noch ignoriert werden konnte. Ich möchte sie amnesische Revolution nennen. Ihre Anhänger repräsentieren politisch ganz

unterschiedliche Kräfte und sind – derzeit – nur durch die gemeinsame Haltung zur Vergangenheit miteinander verbunden. Ich meine damit jene postkommunistischen Gruppierungen, die sich ihrer Wurzeln allenfalls erinnern, wenn es ihnen politisch opportun erscheint. Außer zu ihren Vermögensansprüchen bekennen sie sich zu keiner Verantwortung gegenüber der Vergangenheit. Dazu gehören natürlich auch die Anhänger Stanislaw Tyminskis, die immer nur vom Neubeginn reden.

Die Attraktivität einer solchen Haltung beruht darauf, daß sie im Unterschied zu den beiden anderen in sich nicht widersprüchlich ist und daß es, wie sich gezeigt hat, in der Vergangenheit keine eindeutigen und unbestritten positiven Muster gibt, auf die man in Zeiten demokratischer Normalisierung zurückgreifen könnte. Und schließlich haben wir es hier mit dem wohl attraktivsten Angebot für all jene zu tun, die entweder unbedingt vergessen wollen, weil sie sich auf die eine oder andere Art schuldig gemacht haben, oder die sich sowieso an nichts erinnern können und für die deshalb jeder Blick zurück eine Konfrontation mit der eigenen passiven oder opportunistischen Haltung bedeutet.

Die drei Mechanismen der Manipulation des Gedächtnisses haben ein gemeinsames Merkmal, nämlich eine revolutionäre Einstellung zur Vergangenheit, oder anders gesagt, die Überzeugung, daß sich mit der Vergangenheit im Grunde genommen machen läßt, was man will. Unabhängig davon, auf wessen Seite man stehen mag, gefährdet eine solche Einstellung aber die Identität jeder Gesellschaft.

### *Gedächtnis und Identität*

Im heutigen Polen ist die Rede von der Identität allgegenwärtig. Die Menschen haben Angst vor dem Verlust ihrer individuellen Identität; Verbände und Vereine reden von der Notwendigkeit, ihre Identität zu stärken, und die politischen Parteien sind sehr zurückhaltend, wenn es darum geht, Bündnisse zu schließen, mit der Begründung, daß sie ihre eigene Identität bewahren wollen. Es scheint also, als wisse man häufig nicht, wer man ist, oder als sei dieses Wissen so schwach und unsicher, daß man es um jeden Preis schützen und verteidigen muß. Würde es sich hierbei bloß um ein Randphänomen handeln, könnte man es ruhig ignorieren. Aber seit einigen Monaten wird überall über Identität gesprochen, sogar im Büro des Präsidenten und in der Regierung. Was ist geschehen?

Nach unseren bisherigen Überlegungen liegt die Antwort auf der Hand: Sowohl das menschliche Individuum als auch gesellschaftliche Gruppierungen basieren gleichermaßen auf dem Funktionieren des Gedächtnisses. Selbst wenn das Gedächtnis, seinem Wesen nach, selektiv und zugleich Gegenstand der Manipulation ist, so bedarf es doch der Kontinuität, um dem

menschlichen Individuum eine bewußte Existenz zu ermöglichen. Ebenso ist das Gedächtnis unverzichtbar, um politischen und sozialen Strukturen Identität und Dauer zu verleihen. Wie der Bruch der Kontinuität beim Individuum psychische Deformationen zur Folge hat, so führt er auf der politischen und gesellschaftlichen Ebene zu einem Chaos der Werte und zur manischen Suche nach Surrogaten für die Rückgratfunktion des Gedächtnisses. Ein solches – gefährliches – Surrogat sind beispielsweise die neuerdings wieder auflebenden Ressentiments gegen Andersdenkende.

Wird und kann sich diese Situation in der polnischen Öffentlichkeit ändern? Ich weiß keine Antwort. Ich meine nur, daß man bei der Rekonstruktion des Gedächtnisses von vorne beginnen muß, und das wird lange dauern.

*Aus dem Polnischen von Halina Klimkiewicz*

Anmerkung

1 Vgl. hierzu den Artikel von Jan Błoński in diesem Heft (d. Red.).

Jan Błóński

DER ANTISEMITISCHE RETTER

Zu einem Aufruf polnischer Katholiken  
angesichts der Vernichtung im Warschauer Ghetto

Anfang August 1942, fast unmittelbar nach Beginn der Vernichtungsaktionen im Warschauer Ghetto, gab die sozial-erzieherisch orientierte katholische Geheimorganisation *FOP* (*Front Odrodzenia Polski*, Front der Wiedergeburt Polens) 5.000 Exemplare eines Flugblatts heraus, das den Titel ›Protest‹ trug«, erinnert sich Wladyslaw Bartoszewski. »Die Verfasserin, die begabte katholische Schriftstellerin Zofia Kossak-Szczucka, appellierte darin an Herz und Gewissen aller gottgläubigen Polen – auch jener, die bisher den Juden gegenüber eine ablehnende Haltung eingenommen hatten –, angesichts des Verbrechens aktiv Stellung zu beziehen [...] Der Protest der *FOP* fand beachtliche Resonanz bei der Bevölkerung.«<sup>1</sup>

Jener Protest ist indessen fast unbekannt, genauer gesagt: er wird nur selten und bruchstückhaft zitiert. Der Grund dafür wird vielleicht besser verständlich, wenn ich den Wortlaut hier wiedergebe. Das Flugblatt beginnt mit einer ergreifenden Darstellung des Warschauer Ghettos:

*[...] jenseits der Mauer, die von der Welt trennt, warten mehrere hunderttausend Verurteilte auf den Tod. Für sie gibt es keine Hoffnung auf Rettung, von keiner Seite kommt Hilfe. Die Henkersknechte laufen durch die Straßen und schießen auf jeden, der es wagt, das Haus zu verlassen. Ebenso schießen sie auf jeden, der am Fenster steht. Überall auf der Fahrbahn liegen Leichen, die nicht begraben werden. Die vorgeschriebene Anzahl der täglichen Opfer beträgt acht- bis zehntausend. Die jüdischen Polizisten sind verpflichtet, sie in die Hände der deutschen Henker auszuliefern. Wenn sie es nicht tun, kommen sie selber um. Kinder, die nicht aus eigener Kraft gehen können, werden auf Wagen geladen. Diese Verladungen erfolgen auf eine so grausame Weise, daß kaum ein Kind die Rampe erreicht. Die Mütter, die dies mit ansehen, verlieren den Verstand. Die Anzahl derer, die aus Verzweiflung und Grauen irre geworden sind, ist genauso hoch wie die der Erschossenen [...]*

Nach der Darstellung des Schicksals der Deportierten kommt Zofia Kossak zu folgenden Schlußfolgerungen. Ich werde, um jedwedem Mißver-

ständnis zu vermeiden, jetzt den weiteren Text des Flugblattes geschlossen wiedergeben:

*Das, was sich im Warschauer Ghetto abspielt, ereignet sich seit einem halben Jahr in Hunderten kleinerer und größerer Städte und Städtchen in Polen. Die Gesamtzahl der ermordeten Juden übersteigt schon eine Million, die Zahl wächst mit jedem Tag. Alle kommen um. Reiche und Arme, Greise, Frauen, Männer, Jugendliche, Säuglinge, Katholiken, die mit den Namen von Jesus und Maria auf den Lippen sterben, ebenso wie orthodoxe Juden. Ihrer aller Schuld besteht darin, daß sie als Angehörige des jüdischen Volkes geboren sind, das Hitler zur Auslöschung verurteilt hat.*

*Die Welt schaut auf dieses Verbrechen, das an Entsetzlichkeit alles übersteigt, was die Geschichte kennt – und sie schweigt. Das Hinmorden von Millionen wehrloser Menschen vollzieht sich unter allgemeinem, grausigem Schweigen. Es schweigen die Henker, sie prahlen nicht mit ihren Taten. Weder England noch Amerika erheben die Stimme, es schweigt selbst das einflußreiche internationale Judentum, ehemals doch so überempfindlich für jedes seinem Volk zugefügte Unrecht. Es schweigen auch die Polen. Die politischen Freunde der Juden in Polen begnügen sich mit kurzen Zeitungsnotizen, die polnischen Gegner der Juden bekunden ihr Desinteresse an einer Sache, die sie nicht betrifft. Die sterbenden Juden sind ausschließlich von Menschen umgeben, die ihre Hände wie Pilatus in Unschuld waschen.*

*Dieses Schweigen kann nicht länger geduldet werden. Welcher Art auch immer die Beweggründe dafür sein mögen – es ist schändlich. Angesichts des Verbrechens darf man nicht passiv bleiben. Wer im Angesicht des Mordes schweigt – der wird zum Komplizen des Mörders. Wer nicht verdammt – der läßt zu.*

*Deshalb erheben wir als Katholiken und Polen unsere Stimme. Unsere Gefühle gegenüber den Juden haben sich nicht gewandelt. Wir hören nicht auf sie als politische, wirtschaftliche und geistige Feinde Polens zu betrachten. Mehr noch, wir sind uns bewußt, daß sie uns mehr Haß entgegenbringen als den Deutschen, daß sie uns für ihr Unglück verantwortlich machen. Warum, mit welcher Begründung – das bleibt ein Geheimnis der jüdischen Seele, nichtsdestoweniger ist es ein immer wieder bekräftigtes Faktum. Das Wissen um diese Gefühle jedoch entbindet uns nicht von der Verpflichtung, das Verbrechen zu verdammen.*

*Wir wollen nicht wie Pilatus sein. Wir sind nicht imstande, aktiv etwas gegen das deutsche Morden zu unternehmen, wir können keine Abhilfe schaffen, niemanden retten – doch protestieren wir aus der Tiefe unserer Herzen, die erfüllt sind von Mitleid, Empörung und Grauen. Diesen Protest verlangt Gott von uns, Gott, der verboten hat zu töten. Ebenso verlangt ihn*

*das christliche Gewissen. Jedes Wesen, das sich Mensch nennt, hat das Recht auf Nächstenliebe. Das Blut der Wehrlosen schreit zum Himmel um Vergeltung. Derjenige von uns, der sich dem Protest nicht anschließt – der ist kein Katholik.*

*Auch als Polen protestieren wir. Wir glauben nicht, daß Polen aus den Greueln der Deutschen einen Nutzen ziehen könnte. Ganz im Gegenteil. Im hartnäckigen Schweigen des internationalen Judentums, in den Vorkehrungen der deutschen Propaganda, die schon jetzt bemüht ist, den ganzen Haß, der sich am Massenmord der Juden entzündet, auf die Litauer und ... die Polen abzuwälzen, ahnen wir ein planvolles, feindlich gegen uns gerichtetes Vorgehen. Auch wissen wir, wie giftig die Saat des Verbrechens ist. Die erzwungene Teilnahme des polnischen Volkes an dem blutigen Schauspiel, das sich auf polnischem Boden vollzieht, kann rasch Gleichgültigkeit gegenüber Unrecht und Gewalt, vor allem aber die entsetzliche Überzeugung gedeihen lassen, daß man seinen Nächsten ungestraft ermorden kann.*

*Wer das nicht begreift, wer die stolze, freie Zukunft Polens mit der schändlichen Freude am Unglück seines Nächsten zu verknüpfen wagt, der ist weder Katholik noch Pole! <sup>2</sup>*

Ein eigentümlicher, heutzutage kaum mehr nachvollziehbarer Text. Sehr jüdisch, wenn man so sagen darf, und gleichzeitig ... kraß antisemitisch. Voll von Edelmut, den die Autorin selbst, wie ich in Kürze darlegen werde, durch ihr Verhalten unter Beweis gestellt hat. Und dennoch vergiftet, beklemmend durch diese wenigen Sätze, die den Sterbenden »Haß«, ihren Brüdern »hartnäckiges Schweigen« vorwerfen, die vor allem aber die Juden offen als »Feinde« titulieren. Wie war eine solche Verbindung möglich, warum sollte gerade das zum »Protest« ermutigen? Das läßt sich wohl nur erklären, indem man die damalige Denkweise analysiert, die heute so unverständlich ist, daß dieser Protest zu ganz verschiedenen Zwecken zitiert werden kann. Entweder bezieht man sich auf ihn, um nachzuweisen, daß selbst diejenigen Polen Juden gerettet haben, die diese nicht mochten. Oder umgekehrt, um hervorzuheben, daß selbst die Polen, die sich dazu aufrafften, Juden zu helfen, dies nur mit Abneigung und widerwillig taten. Kossak-Szczuckas Flugblatt ermöglicht einen tieferen Einblick in Denken und Empfinden eines beachtlichen (des überwiegenden?) Teils der damaligen polnischen Gesellschaft, als dies viele andere, vielleicht eindeutiger Zeugnisse tun.

Zu Anfang möchte ich in Erinnerung rufen, wer hier spricht, wen er anspricht und warum. Nicht Zofia Kossak zeichnet das Flugblatt, wie sich versteht, sondern die »Front der Wiedergeburt Polens«. In dieser recht kleinen Organisation wollte die Autorin »eine eher lockere Verbindung weltlicher Katholiken sehen, die sich der erzieherischen Arbeit und Selbstbildung

sowie Hilfsaktionen für die vom Krieg besonders Betroffenen widmen«. Entgegen den Bestrebungen eines Teils der Führung »blieb die Front letztlich doch ohne eindeutigen politischen Einschlag«<sup>3</sup>. Hier stellt sie sich vor als »wir, Katholiken und Polen«. Die Verbindung »Pole und Katholik« war kennzeichnend für die Veröffentlichungen der Christdemokraten und insbesondere der Nationaldemokraten, die ihren Antisemitismus mit Nachdruck betonten. Zofia Kossak war eine zu gewandte Schriftstellerin, als daß sie die Wendung zufällig umgekehrt hätte. In Übereinstimmung mit der Lehre der Kirche setzt sie den »Katholiken« vor den »Polen«, denn die Gemeinschaft des Glaubens hat, übergeordnet und universal, den Vorrang vor nationalem Partikularismus. Doch gleichzeitig wendet sie sich an ein Publikum, für das die Verbindung »Pole und Katholik« eindeutig und untrennbar ist: selbst in der umgekehrten Reihenfolge wird sie die Leser aufrütteln. Kurz, das Flugblatt der Front wendet sich an ein Publikum, das den Juden gegenüber zumindest eine ablehnende Haltung einnimmt. Dessen muß man sich ständig bewußt sein, wenn man der Argumentation der Autorin nachgeht.

Und eben diese mehr oder weniger antisemitischen – und katholischen – Leser hält Zofia Kossak zum Protest an, denn das »verlangt Gott von uns, Gott, der verboten hat zu töten.« Wenn sie sich dem Protest nicht anschließen, verkündet sie, sind sie keine Katholiken! Hier hieße es wohl eher »Christen«, aber der Autorin ging es um die geläufigere und vertrautere Bezeichnung. Daran tat sie, wie sich versteht, recht, schließlich schrieb sie ja keine theologische Erörterung, sondern einen Aufruf, einen Aufruf zu – ja, zu was eigentlich?

Zur Verteidigung, Hilfe, Rettung der Juden? Wenn wir den Protest lesen, verstehen wir die Worte der Autorin in diesem Sinn, und diese Aufforderung ist eindeutig im Flugblatt enthalten, allerdings implizit und nicht direkt. Die Worte »Verteidigung« und »Hilfe« kommen im Text nicht vor. Mehr noch, wir lesen: »Wir [Zofia Kossak sagt ›wir‹, sie setzt sich nicht von ihren Lesern ab] sind nicht imstande, aktiv etwas gegen das deutsche Morden zu unternehmen, wir können keine Abhilfe schaffen, niemanden retten – doch protestieren wir aus der Tiefe unserer Herzen, die erfüllt sind von Mitleid, Empörung und Grauen«. Aber wie protestieren wir, an wen richten wir unseren Protest? An die Deutschen? Nein, sie werden unsere Worte nicht einmal anhören, sie halten uns nicht für vollwertige Menschen, bezeichnen uns offiziell als Untermenschen. An den Westen? Den Westen, der nicht einmal unseren Berichten von der Menschenvernichtung Glauben schenkt? Die Intention wird nirgends ausgesprochen, doch macht sie sich deutlich genug bemerkbar: Wir protestieren gewissenshalber, der eine »Katholik und Pole« appelliert an den anderen. Wir protestieren, denn wir sind Katholiken, Gottes Geboten gehorsam. Und wir sind Polen, denn der Protest will der Anklage



einer Beteiligung am Verbrechen vorbeugen («im hartnäckigen Schweigen des internationalen Judentums, in den Vorkehrungen der deutschen Propaganda, die schon jetzt bemüht ist, den ganzen Haß, der sich am Massenmord der Juden entzündet, auf die Litauer und ... die Polen abzuwälzen»). Da spürte die Autorin also schon damals, im Jahre 1942, die Furcht vor jenem Maulwurf, der »mich zu den Gehilfen des Todes zählen [wird]: Den Unbeschnittenen«<sup>4</sup>. Ebenfalls will der Protest Verwahrlosung und Verfall der polnischen Gesellschaft vorbeugen, der »Verseuchung durch den Tod«, die die Autorin zu Recht vorausahnte und die ganz stark im Nachkriegsjahrzehnt spürbar war, zumal Gewalt und Unrecht der kommunistischen Herrschaft sie noch verstärkten.

Kann man – bis hierher – der Autorin Wesentliches vorwerfen? Der Protest ist eine elementare ethische und religiöse Pflicht, der Umstand, daß er – in der Zukunft und nicht einmal mit Gewißheit! – auch dem Protestierenden einen moralischen Vorteil bringen kann, schmälert nicht seine Bedeutung und seinen Wert. Die Tugend, wiewohl an sich schon Lohn, wird doch zuweilen auch noch von den Menschen belohnt. Und sogar – wenn gleich selten genug – von der Regierung. Weiter: mit ihrer Äußerung, daß die Polen den nationalsozialistischen Verbrechen keinen aktiven und erfolgreichen Widerstand leisten konnten, sagt Zofia Kossak leider eine Wahrheit, die auch die besten Historiker des Holocaust bestätigen.<sup>5</sup> Peinlich hingegen klingt die Beschuldigung des »internationalen Judentums«, denn sie trägt zur Sache selbst nichts bei und kann heutzutage nach dem Versuch aussehen, sich seiner eigenen Verantwortung zu entledigen. Doch damals wollte die Autorin sicher von vornherein den Einwand – »wenn die Juden sich doch um ihr eigenes Volk nicht kümmern, warum sollen wir uns dann einmischen?« – abweisen, indem sie argumentierte, daß der Protest in diesem Fall auch mit nationalen Interessen und nicht nur mit katholischer Verpflichtung vereinbar sei. Jenes Schweigen, vielmehr die verspätete Reaktion der Juden in den angelsächsischen Ländern, war eine Tatsache, die später schmerzliche Gewissensqualen und heftige Diskussionen innerhalb der jüdischen Gemeinschaft bewirkte. Daß es nicht an uns ist, darüber zu urteilen, liegt auf der Hand. Aber Zofia Kossak hatte keinen Anlaß, dieses Schweigen für ein bewußtes Vorgehen zum Schaden Polens zu halten: Das ist in der Tat eine Verleumdung, die auf die antisemitischen Komponenten des Flugblattes verweist, von denen in Kürze die Rede sein wird.

Da also der Protest weder die Deutschen noch die Alliierten rühren, noch den Juden Rettung oder Trost bringen konnte – zumal er ja überhaupt nur ganz wenige erreichte –, was war dann sein Zweck? Eben dies: den Polen bewußt zu machen, daß das, was sich auf polnischem Boden ereignet, auch ihre Sache ist. »Vostra res agitur«, sagt die Autorin. Mit eurem Protest

integriert ihr die Juden in den gemeinsamen moralischen Raum, ihr zählt sie – so würde der Soziologe sagen – »zum Kreis der Personen, denen sich eine bestimmte soziale Gruppe verpflichtet fühlt und die in die Regeln des Miteinanderlebens einbezogen sind, während das ihnen zugefügte Unrecht Genugtuung seitens der Allgemeinheit verlangt«. <sup>6</sup> Aus dem Wortlaut des Protestes geht indessen deutlich hervor, daß sich die Juden außerhalb dieses Kreises befanden. Die Menschenvernichtung wurde mit Feststellungen quittiert (»Zeitungsnotizen«) oder gar nicht zur Kenntnis genommen (»Desinteresse an einer Sache, die sie nicht betrifft«). Die polnische Bevölkerung fühlt sich den Juden nicht »verpflichtet«. Ein gewisser Teil verspürt eine »schändliche Freude am Unglück seines Nächsten«, der Rest empfindet wohl Mitleid, aber eher so wie mit den Opfern eines Taifuns auf den Philippinen oder eines Bürgerkrieges in Paraguay ...

Mit einem Wort, die Juden befanden sich außerhalb der Grenzen der Solidarität. Es wäre schwer gewesen, die Gleichgültigkeit der Gesellschaft gegenüber der Menschenvernichtung klarer und eindeutiger anzuprangern – nein, nicht einmal anzuprangern, sondern nur festzustellen! –, als es Zofia Kossak getan hat. Sie begriff, daß erst nach Überwindung dieser Gleichgültigkeit der Versuch einer Hilfeleistung gelingen konnte. Rettung – zumal wenn sie erfolgreich sein sollte – konnte nur innerhalb einer Gemeinschaft gegenseitiger Verpflichtungen entstehen, wie sie der Protest zu erwecken bestrebt war. Es ist schwer, von allen Heldentum zu verlangen, aber in einer Gemeinschaft, die Mitleid empfindet, werden sich tatkräftigere Individuen finden, die – sozusagen in aller Namen – Wege der Rettung auf tun.

Durch was aber wird – oder kann – eine solche Gemeinschaft gestiftet werden. Durch die Zugehörigkeit zum Staat? Schließlich zahlten die Juden ja Steuern, dienten in der Armee, kurz, sie trugen mit an der Last der staatsbürgerlichen Pflichten. Ein solches Argument kam in Polen kaum einem in den Sinn – damals nicht, ja nicht einmal heutzutage. <sup>7</sup> Durch nationale, kulturelle, konfessionelle Zugehörigkeit? Die Antwort ist hier ebenfalls negativ. Auch für Zofia Kossak sind die Juden in der polnischen Gesellschaft zumindest ein Fremdkörper, schreibt sie doch ausdrücklich, daß sie Feinde Polens sind. Zeugen der Zeit indessen berichten, daß Zofia Kossak den Juden gegenüber keine so ablehnenden und heftigen Gefühle hegte. Wenn sie ihren Aufruf so formuliert hat, dann wohl deshalb, weil sie in dem notgedrungen knapp gehaltenen Flugblatt die Argumente eventueller Gegner gleichsam vorwegnehmen und die absolute Notwendigkeit des Protestes hervorheben wollte.

Das ist ganz und gar möglich, ja sogar wahrscheinlich. Für meine Überlegungen aber ist es unwesentlich: Der Widerspruch zwischen der religiösen Motivation der Verpflichtung zu Mitleid und Hilfe gegenüber den Juden

einerseits und der tiefen Abneigung gegenüber diesen Juden andererseits überträgt sich hier nur vom Inneren einer einzelnen Seele (der Seele der Autorin) auf ein breiteres, kollektives Bewußtsein (das Bewußtsein ihrer damaligen Leser). Hier ist es angebracht zu bemerken, daß sich Zofia Kossak bereits vor der Entstehung dieses Flugblattes mit großer Energie der Rettung ihrer »Feinde« widmete, und daß etliche Juden ihr persönlich und unmittelbar das Leben verdanken. »Selbst von der Gestapo gesucht«, schreibt Władysław Bartoszewski, »brachte sie es fertig, eigens nach Krakau zu fahren, um ein jüdisches Kind, das seine Eltern verloren hatte und um das sich dort niemand kümmern konnte, nach Warschau zu holen. Sie schonte auch ihre eigenen, geliebten Kinder nicht« und bat sie um Mithilfe bei der Rettung der Juden.<sup>8</sup> Ein solcher Mut, eine solche Hingabe lassen jede persönliche Kritik unangemessen erscheinen. Doch kann man meiner Meinung nach für einen Menschen die höchste Achtung und Bewunderung empfinden, während man gleichzeitig seinen Ansichten und Denkweisen kritisch gegenübersteht. Mich beschäftigt die Frage, wie ein offensichtlicher Antisemitismus Hand in Hand mit der Bereitschaft gehen konnte, zur Verteidigung der Juden das eigene Leben zu riskieren (oder gar hinzugeben): ein, besonders in Polen, gar nicht so seltener Fall. Dieser Protest ist ein außergewöhnlich bezeichnendes und deshalb nützliches Dokument; während ich mich mit dem Text auseinandersetze, sehe ich von der Autorin ab, die ich für eine heldenhafte Gestalt halte.

Und der Text ist eindeutig: *»Deshalb erheben wir als Katholiken und Polen die Stimme. Unsere Gefühle gegenüber den Juden haben sich nicht gewandelt. Wir hören nicht auf sie als politische, wirtschaftliche und geistige Feinde Polens zu betrachten. Mehr noch, wir sind uns bewußt, daß sie uns mehr Haß entgegenbringen als den Deutschen, daß sie uns für ihr Unglück verantwortlich machen. [...] Das Wissen um diese Gefühle jedoch entbindet uns nicht von der Verpflichtung, das Verbrechen zu verdammen.«*

Wie ich versucht habe aufzuzeigen, sollten die Zustimmung zum Protest und seine Befolgung bewirken, daß die Juden in den Raum der moralischen Verpflichtungen integriert wurden. Das aber war auch der weitestmögliche Raum abgesteckt durch das katholische Verständnis universaler Menschlichkeit, ohne Unterschied von nationaler, staatlicher, ethnischer und konfessioneller Zugehörigkeit. In diesen gemeinsamen Raum könnte ein Pole die Juden wohl aufnehmen, aber leider hat er es hier mit »Feinden« zu tun. Wenn Zofia Kossak eine Integration der Juden suggerieren möchte, dann tut sie es undeutlich und bruchstückhaft. Der Protest – so sagt sie wohl – liegt auch im nationalen Interesse, allerdings hauptsächlich deshalb, weil er dem »planvollen, feindlichen [...] Vorgehen« der Juden vorgeht, denn so oder so »bringen uns [diese] mehr Haß entgegen als den Deutschen«. Kurz, die Argumentation »pro« ist wirklich rein religiös. Wir spüren, daß Zofia Kos-

sak unentwegt die Feindesliebe, das schwierigste Gebot des Evangeliums, im Sinn hat. Mehr noch: der Autorin erscheinen Verblendung und Ungerechtigkeit der Juden als zusätzlicher Ansporn, ihnen zur Rettung zu verhelfen. Die Wahrheit ist ja, daß, je ärger der Feind, desto größer das Verdienst ist, das mit der Hingabe des Lebens für diesen erworben wird.

Die polnische Vorkriegsgesellschaft hatte, als Ganzes gesehen, keine überzeugende Philosophie des Zusammenlebens mit den Juden, bzw. mit Minderheiten allgemein, ausgebildet. Die aufgestauten Ressentiments entluden sich in einem entsetzlichen Geschwätz, bei dem einem heutzutage die Haare zu Berge stehen. Schließlich haben wir ja nicht alle jene Dichter vergessen, die um die »Nacht der langen Messer« beteten, und auch nicht jene Journalisten, die nachdrücklich eine »Befreiung« oder »Säuberung« Polens von den Juden forderten. Bei einer heutigen Lektüre dieser Ausführungen der Vorkriegszeit müssen diese – besonders dem ausländischen Leser – als eindeutiger Aufruf zum Verbrechen erscheinen. Sprach doch selbst Hitler damals noch nicht von Völkermord, sondern beschränkte sich auf Vergleiche aus dem hygienischen Bereich; später gab es in Mitteleuropa – und auch im Westen! – Regime, die sich unter dem Druck der Deutschen aktiv, wiewohl gewöhnlich unter Zaudern, an der Judenverfolgung beteiligten; das abscheulichste aller polnischen Pogrome allerdings ereignete sich nach dem Krieg in Kielce. Der Anschein also spricht gegen uns: Alles scheint darauf hinzuweisen, daß wir vom Verbrechen nur einen Schritt entfernt waren.

Dennoch war es so nicht. Eher war es so, als stoße dieses Wüten des Antisemitismus auf eine unsichtbare Grenze, als sinke die schon zur Faust geballte Hand wieder herunter. Das ist einem Bericht abzulesen, den ich den 1938 von Józef Chalasiński herausgegebenen Bauerntagebüchern entnehme. Dort ist die Rede vom »Adel«, natürlich vom Kleinadel, der sich von den Bauern im Podlasie nicht wesentlich unterschied: »Die hiesige Politik wird von der Nationalen Partei beherrscht. Mitglieder wie Anführer sind undurchsichtige Gestalten – sie kennen weder Programm noch Ziele dieser Partei. [...] Den größten Beifall fand der Aufruf, auf die Juden loszugehen. Wenigstens eine Partei, in der man sogleich etwas tun kann. Der Klerus gab seine Unterstützung, befürwortete die nationale Strömung – und rief zur Beteiligung auf. Die Pfarrer haben dem Adel die Politik beigebracht, sie haben das Volk politisiert. Aber als das Motto (»Drauf auf die Juden!«) fast pogromartige Ausmaße annahm, während gleichzeitig der Polizei als dem staatlichen Rechtsorgan der Kampf angesagt wurde, sah der Klerus, daß das Volk in seinem Eifer zu weit ging. Der Klerus versuchte zu beschwichtigen, aber Menschen, die durch die Schule der Politik gegangen sind, hören nicht auf Gebote, sie prügeln hemmungslos. Sie prügeln Alte und Kinder. Dessen würde ich mich, obwohl ich Antisemit bin, nicht rühmen wollen.«<sup>9</sup>

Es besteht kein Zweifel, was dieser Antisemit einige Jahre später gedacht haben wird, als er die Nazis am Werk sah. In ihm war der gleiche Einfluß wirksam wie im Klerus, der gleiche Einfluß wie in der die »Feinde« rettenden Zofia Kossak: Das Gebot des Evangeliums, das in der christlichen Tradition des Volkes verankert ist. Diese Tradition ließ den Antisemitismus zu, gleichzeitig aber dämmte sie ihn ein, wenn sie auch seiner nicht Herr wurde, und ließ zumindest das Verbrechen der Tötung nicht zu. Das hat eine gewisse Ähnlichkeit mit der Szene in den »Dziady« von Mickiewicz, als Konrad das Bewußtsein verliert, bevor er dazu kommt, Gott anzuklagen, daß er nicht der »Vater der Welt«, sondern ihr »Zar« ist, welches Wort der Teufel ausspricht. Im Jahre 1942 war es auch der Teufel, der das letzte Wort sprach: es lautete »Endlösung«.

Es ist sehr schwer, dem Flugblatt den genauen Sinn der so eng mit Zeit und Ort verknüpften Aussage zweifelsfrei zu entnehmen. Unterschiedlich wird es in den Ohren der einzelnen Leser schon damals geklungen haben. Mit Sicherheit aber offenbart sich in Zofia Kossaks Flugblatt ein Widerspruch, den zu jener Zeit nicht wenige erlebten – darunter auch einige der bedeutenderen Führer der antisemitischen Rechten –, nämlich die Schwierigkeit – oder Unmöglichkeit – der Vereinbarung von Nationalismus und Christentum. Doch wer weiß, ob da nicht noch etwas anderes ins Spiel kommt? Werden doch die Juden nicht nur als politische und wirtschaftliche, sondern auch als »geistige« Feinde Polens bezeichnet. Eine solche »geistige« Feindschaft, die den Juden als Gesamtheit eigen ist, kann doch wohl nur in der jüdischen Religion ihren Ursprung haben? In dieser Argumentation hat offensichtlich der traditionelle christliche Antisemitismus seine Spuren hinterlassen. Das Gebot, den Juden zu helfen, nimmt dagegen – zumindest potentiell – eine apologetische Färbung an, indem es gleichsam die Überlegenheit des Christentums gegenüber dem jüdischen Glauben nachweisen will. Es ist allerdings schwer zu sagen, ob die Autorin wirklich so gedacht hat. Sicher ist, daß der Vorwurf der Schuld oder Sünde gegenüber den Menschen, denen man Hilfe gewähren will, den Ruch des Pharisäertums hat – hier hat sich die Autorin in ihrer eigenen Argumentation verstrickt.

So prallen in diesen wenigen Worten nicht nur lokaler Nationalismus und christlicher Universalismus aufeinander, sondern ebenfalls der traditionelle christliche Antisemitismus mit dem Kern der Botschaft des Evangeliums, dem die Autorin ja treu bleiben will. Doch gibt es in diesem Text noch einen Dritten, durch den sich der Unterschied zwischen dem traditionellen, christlichen und dem heidnischen, totalitären Antisemitismus offenbart. Jener Dritte sagt nichts, er tötet einfach, erst den Juden, dann den, der dem Juden helfen will, gleich aus welchen Motiven. Er tötet, denn das befiehlt

die »wissenschaftliche« Doktrin, kraft welcher die Welt vom Bösen, sprich vom Judentum, gesäubert wird.

Und der Schatten eben jenes Dritten fällt auch auf unser Flugblatt, denn indem dieses die Juden zu Feinden erklärt, äußert es etwas, das der braunen Propaganda ähnlich ist, obwohl es zu völlig entgegengesetzten Schlüssen führt. Zofia Kossaks Beispiel konnten nur die Besseren folgen, die imstande waren, das moralische Paradox zu verstehen, in dem die Abneigung gegen die Juden zum Argument für ihre Rettung wird. Die Worte der Autorin konnten aber auch die Gleichgültigkeit noch bestärken. Sie bargen das Risiko einer Verschlimmerung in sich – unabhängig von der Absicht der Autorin.

Doch die Juden waren selbstverständlich keine »Feinde Polens«. Vielleicht sollte man darüber nachdenken, warum die Autorin sich eines so starken Wortes bedient. Das ist wohl keine Frage des »Nationalismus«, dieses Wort hat viele Bedeutungen. Außerdem hat die Autorin bereits zuvor den Beweis erbracht, daß sie das »Volk« nicht für den höchsten Wert hält. Warum also erscheint sie so überzeugt davon, daß ein Einvernehmen mit den Juden nicht möglich sei? Sie schreibt: »Die Juden wollen uns für ihr Unglück verantwortlich machen«, und setzt dann hinzu: »Warum, aus welchem Grund – das bleibt das Geheimnis der jüdischen Seele.« Aus diesen Worten spricht die Überzeugung, daß jeder Versuch, einen Konsens der Standpunkte (oder Gefühle) herzustellen, vergeblich ist. Warum? Nur aufgrund der »geistigen« Fremdheit?

Ich will noch einmal versuchen, ihre Denkweise darzulegen. Zofia Kossak sah, wie alle anderen, daß die jüdischen Kaufleute eine Konkurrenz für die christlichen darstellten, daß ein Teil der jüdischen Bevölkerung nur eine sehr lockere Bindung an den polnischen Staat empfand usw. Mit einem Wort, sie sah das Spiel von kollektiven und individuellen Interessen in der Bevölkerung, die sich immer enger mit dem gemeinsamen sozialen Raum verflochten. Sie sah auch die immer heftigeren Konflikte, die vor diesem Hintergrund entstanden. Der Herkunft nach aus dem Milieu des Landadels (wo man die Juden übrigens nicht selten – wenn auch nur aus der Entfernung – schätzte) und eher der Vergangenheit zugewandt (sie schrieb hauptsächlich historische Romane), sah Zofia Kossak wahrscheinlich keine anderen Lösungen als die bereits in früherer Zeit angewandten: Die Standesgesellschaften strebten immer eine rechtliche, brauchtumsbezogene und territoriale Trennung der gesellschaftlichen Gruppen an, die miteinander in Konflikt geraten konnten.

Warum wurde Polen einst für das jüdische Paradies, *Paradisum Iudaeorum*, gehalten? Weil die Juden dort noch abgesonderter für sich leben konnten als an anderen Orten. Besonders östlich der Weichsel, wo die meisten Juden lebten, war das soziale Gefüge locker, die Kontakte mit den Christen beschränkt und auf spezielle Bereiche begrenzt, während die Weite des

Lebensraumes und die völlige Autonomie der internen jüdischen Gesellschaft bewirkten, daß das Schtetl, das ja nichts anderes war als ein Ghetto, gleichzeitig ein Ort der Freiheit und Vertrautheit war (zumal die Juden de facto auch außerhalb leben durften). Wie es in einem Kinderlied heißt:

Es reitet der Herr auf dem Pferdchen allein,  
 Der Diener kommt mit dem Frühstück hinterdrein,  
 hinter ihnen der Bauer, auf dem Pferdchen, hopp, hopp, hopp  
 Und hinter ihm der Jud, auf dem Pferdchen hü, hü, hü!

Der Jude kommt zuletzt, aber ein Pferdchen hat er auch, und er scheint nicht unzufrieden. Kurz, der traditionelle Antisemitismus schuf eine Trennung, äußerstenfalls bediente er sich, wie in England und Frankreich, des Banns. Der moderne Antisemitismus (insbesondere der totalitäre) vernichtete, denn jeder Jude, egal ob in Kalifornien oder Berlin, war für ihn gleichermaßen schädlich.

Zofia Kossak dachte wahrscheinlich in den Kategorien der Trennung. Das Eintreten der Juden in die soziale Gemeinschaft – eine zunehmend intensive, aber verhältnismäßig junge Entwicklung – wird sie als Invasion empfunden haben. Ähnlich wie sie dachte wahrscheinlich ein überwiegender Teil der Bevölkerung Mitteleuropas – und nicht nur dort. Eine moralische Konsequenz dieses Denkens – eine extreme und deshalb interessante Konsequenz – war die Stellungnahme der Autorin. Sie betrachtete die Juden als Feinde, doch zugleich wurde sie bei dem Gedanken an die Verfolgung und vor allem die Ermordung des jüdischen Volkes von Entsetzen erfaßt. Die Koexistenz dieser beiden Empfindungen und Haltungen war für sie natürlich und unproblematisch. Wir müssen das verstehen. Wir müssen verstehen, daß der Antisemitismus nicht im mindesten ausschloß, daß den Juden Mitleid und tätige Hilfe erwiesen wurde. Aber gleichzeitig müssen wir eingestehen, daß eben dieser Antisemitismus, der zu einer Verstärkung der den Juden allenthalben entgegengebrachten Abneigung beitrug, die polnische Gesellschaft (ähnlich wie die Gesellschaften etlicher anderer Länder) mit einer Mitschuld an der Ermordung der Juden belastete. Diese paradoxe Verflechtung, die heute kaum mehr begreiflich ist, war sicher eine der eigentümlichsten und prägendsten Erfahrungen – zum Guten, doch wesentlich häufiger zum Schlechten! –, die die polnische Gesellschaft gemacht hat. Denn jeder mußte diesen Knoten irgendwie entwirren – zumindest in seinem Gewissen.

Zofia Kossak hat diesen Knoten auf heldenhafte Weise durchtrennt. Aber sie war nicht imstande, ihn intellektuell zu lösen, was nicht verschwiegen werden darf. Sie konnte das gesellschaftliche Miteinander nicht so ansehen, wie wir es sehen oder, eher, zu sehen bestrebt sind. Sie war bereit, ihr

Leben für die Juden zu opfern, doch wenn diese – durch irgendeine wundersame Fügung – ohne Erleiden eines besonderen Unrechts verschwunden wären, hätte sie Erleichterung verspürt, da sie weder die Notwendigkeit noch die Möglichkeit einer Koexistenz sah. Heute ist unsere Denkweise anders – trotz, doch ein wenig auch dank Zofia Kossak ...

*Aus dem Polnischen von Esther Kinsky*

#### Anmerkungen

- 1 W. Bartoszewski, Po obu stronach muru, in: Ten jest z ojczyzny mojej. Polacy z pomocą Żydom 1939–1945, hg. von W. Bartoszewski und Z. Lewinówna, Kraków 1966, S. 15.
- 2 Die Fotokopie des Flugblatts verdanke ich W. Bartoszewski.
- 3 W. Bartoszewski, Z Zofia Kossak w podziemiu, in: Doświadczenia lat-wojny 1939–1945, hg. von W. Bartoszewski, Kraków 1982, S. 122.
- 4 Anspielung auf das Gedicht »Armer Christ sieht das Getto« von Czesław Miłosz. Jan Blonski variierte diesen Titel für seinen Artikel »Biedni Polacy patrza na getto« (Die armen Polen sehen das Getto) in Tygodnik Powszechny vom 11. Januar 1987, der die Mitverantwortung der Polen für das Schicksal der Juden während des Zweiten Weltkriegs thematisierte und eine heftige Kontroverse auslöste. Sie ist auszugsweise wiedergegeben in der epd-Dokumentation des Evangelischen Pressedienstes Nr. 41/1988. Eine vollständige englische Übersetzung des Artikels und ausführliche Dokumentation der Debatte findet sich in: A. Polonsky (Hg.), »My Brother's Keeper?« Recent Polish Debates on the Holocaust, London 1990. – Zum Motiv des Maulwurfs in dem genannten Gedicht vgl. ebd., S. 40 f. (d. Red.).
- 5 Vgl. I. Gutmans Äußerungen in der Diskussion »Ethical Problems of the Holocaust in Poland«. Internationale Konferenz zur Geschichte und Kultur der Juden in Polen, Jerusalem 1988, in: »My Brother's Keeper?«, a.a.O., S. 203.
- 6 H. Fein, Accounting for Genocide. National Responses and Jewish Victimization during the Holocaust, Chicago 1984, S. 33. Zitiert nach der hervorragenden Skizze von A. Bryk, »The Hidden Complex of the Polish Mind«, der auf der genannten Konferenz vorgetragen wurde, in: »My Brother's Keeper?«, a.a.O., S. 162.
- 7 Bekanntlich fühlt sich die polnische Gesellschaft ihrer Volkszugehörigkeit wesentlich stärker verpflichtet als ihrer Staatszugehörigkeit. Anders ist es in Westeuropa, was im Krieg deutlich zutage trat: So lieferten die Franzosen die jüdischen Immigranten ohne Bedenken den Deutschen aus, während sie in bezug auf ihre Mitbürger wesentlich mehr Widerstand leisteten.
- 8 W. Bartoszewski, Z Zofia Kossak w podziemiu, a.a.O., S. 127 und passim.
- 9 J. Chalasiński, Młode pokolenie chłopów, Warszawa 1938, Bd. II, S. 194. Vgl. auch: R. Wapinski, Świadomość polityczna w Drugiej Rzeczypospolitej, Łódź 1989, S. 414–435.



Timothy Garton Ash

## SOLIDARNOŚĆ. EINE SACHE DER VERGANGENHEIT

### I

Zwischen *Sesamstraße* und *Twin Peaks* zeigt das polnische Fernsehen Präsident Lech Walesa bei seiner ersten feierlichen Ernennung eines Generals. Der neue General ist – ein Bischof. Am Pilsudski-Platz (ehemals Siegesplatz) linst ein Schutzmann sehnsüchtig um die Ecke in den neuen Schauraum von Mercedes. Der Kulturpalast, jenes berühmteste Symbol sowjetischer Vorherrschaft, beherbergt nun eine lange Einkaufspassage. Davor weist eine riesige Reklametafel auf POLAMER, ein polnisch-amerikanisches Reisebüro. Die Ironie ist so krass, daß sie schon wieder angemessen scheint: Kitsch schlägt Kitsch. In der *Nowy Swiat* schnarcht ein Bauer in seinem Gemüsekarren nur ein paar Meter neben der gerade eröffneten Christian-Dior-Boutique. Überall, buchstäblich überall, auf dem Land wie in der Stadt, sieht man Schilder mit der Ankündigung einer neuen *hurtownia*. *Hurtownia* heißt Großhandel, was nichts anderes bedeutet, als daß man weniger Steuern bezahlen muß. Also wird eben aus jedem florierenden Eckladen ein Großhandel.

In diesem verrückten Großhandel namens Polen, mit seinen deutschen Autos und amerikanischen Filmen, seinen General-Bischöfen und fliegenden Händlern, sind die vertrauten, alten Sicherheiten verschwunden und noch durch keine neuen ersetzt. Die Schaufenster sind gefüllt, doch für die meisten Menschen wurde die überall herrschende Warenknappheit durch eine einzige große Knappheit ersetzt – Geld. Hier ist ein Land im Umbruch, voller Extreme und Widersprüche, mit Casinos und Schlangen von Arbeitslosen, mit einer siegreichen Kirche und Tonnen von Pornographie, mit ein paar Neureichen und vielen alten und neuen Armen; ein Land in Bewegung, doch in welche Richtung? Westen? Süden? Oder vielleicht in verschiedene Richtungen zugleich?

Überall in Warschau hört man »Radio Z«, einen neuen Sender, der Popmusik sendet, nur unterbrochen von Werbung und knappen Nachrichten. American style, auch hier. Zwischen Christian Dior und dem schnarchenden Bauern führt eine abgetretene Treppe in die Zentrale der »Partei X«, einer mysteriösen politischen Partei, gegründet von Stanislaw Tyminski, dem polnisch-kanadisch-peruanischen Einzelgänger der Präsidentschaftswahlen vom letzten Herbst. Die Warschauer Zentrale der »Partei X« ist – oder schien es zumindest am Montag, den 22. April 1991 zu sein – ein Zimmer in den Büroräumen des »Grunwald-Vereins«, jener berüchtigten, extrem nationa-

listischen Gruppe, die ziemlich sicher enge Kontakte mit den widerlichsten Gestalten des kommunistischen Staatsapparats pflegte. Ich sah mich den aufgedunsenen Gesichtern mehrerer ärmlich gekleideter Frauen gegenüber, und einem Computer. Nach einigem Hin und Her zeigte sich eine der Frauen schließlich willens, mir – als potentielltem Mitglied – einen »Brief X« zu geben, gerichtet an »Mitglieder und Sympathisanten der Partei X«.

Auf der ersten Seite ist eine »Deklaration« abgedruckt, deren Beginn irgendwie bekannt vorkommt. Aus dem Polnischen übersetzt heißt es dort: »Wenn der Lauf der irdischen Dinge es für ein Volk notwendig macht, die politischen Bande zu lösen, an die es gebunden war ...« Und nach drei weiteren beinahe wortgetreuen Absätzen der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung endet die Deklaration der »Partei X« mit einem Satz, der in etwa besagt: An diesem Punkt, Leute, steht Polen heute. Auf der nächsten Seite zielt eine Schlagzeile in perfektem Englisch auf Jeffrey Sachs, jenen Harvard-Professor, der eine bedeutende Rolle bei Entwurf und Publikation des Balcerowicz-Plans zur wirtschaftlichen Transformation Polens spielte: »Sachs: go home and don't come back!«

Ohne noch weiter auf das Programm, oder eher Nicht-Programm dieser lächerlichen Partei einzugehen, will ich dennoch kurz daran erinnern, daß es ihr Führer Stanislaw Tyminski geschafft hat, Tadeusz Mazowiecki – Polens ersten nichtkommunistischen Präsidenten, Veteran unter den Beratern der *Solidarność*, geehrter Intellektueller, »Kraft der Ruhe«, wie sein Wahlplakat ihn anpries – bei den Präsidentschaftswahlen auf den dritten Platz zu verweisen. Die Führer aller wichtigen konkurrierenden Parteien, mit denen ich sprach, nehmen diese Bedrohung sehr ernst; und wo nicht die Bedrohung durch die »Partei X«, so doch zumindest die Bedrohung durch das Phänomen »X«, wie Jacek Kuron es nannte. Es gibt, darin sind sich alle einig, eine große Wählerschicht, die derart unzufrieden und orientierungslos ist, daß sie sogar auf solchen Mist hereinfällt.

Inmitten von »Partei X« und »Radio Z« möchte man am liebsten vom »Land Y« sprechen. So vieles ist neu, unvorhersehbar, befremdlich selbst für jene, die dieses neue Polen formen sollen. Die Variablen übertreffen die Konstanten bei weitem, das Unbekannte das Bekannte.

## II

Frau Danuta Walesa, *pani prezydentowa*, nimmt an der Unterzeichnung für eine neue französisch-polnische Makkaronifabrik teil, zu ihren Ehren »Danuta« genannt. Sie wird, laut verteilter Pressemitteilung, im »neuen Post-*Solidarność*-Stil« erbaut. Und was, du lieber Himmel, soll das sein? Von Polens zukünftiger Architektur, wie der »Danuta«-Makkaronifabrik, ist nur eines gewiß: sie wird Post-*Solidarność* sein.

An der Ausfallstraße von Warschau weist ein einsames Schild auf »Radio *Solidarność*« hin. Wie lange, wie tapfer war der Kampf der *Solidarność* um die Massenmedien gewesen! Doch jetzt hört jeder »Radio Z«. Die »Unabhängige Selbstverwaltete Gewerkschaft *Solidarność*« hat ihre schöne Zentrale für die Mazowsze-Region an einer der Hauptstraßen Warschaus. Doch das Leben findet anderswo statt. Die Gewerkschaft hat einen neuen, jungen Vorsitzenden und mehrere Millionen Mitglieder. Doch die meisten der großen *Solidarność*-Figuren sind weitergezogen, in den Präsidentenpalast, ins Parlament, in die verschiedenen politischen Parteien. Und heutzutage gibt es kaum noch Solidarität unter ihnen.

Von 1982 bis 1989 trug *Tygodnik Mazowsze*, führende Wochenzeitung des Untergrunds, folgende Worte in ihrer Titelzeile: »*Solidarność* wird weder gespalten noch zerstört werden – Lech Walesa«. Und tatsächlich war es General Jaruzelski nicht beschieden, *Solidarność* zu spalten oder zu zerstören. Lech Walesa hat es getan. Was er, mehr als jeder andere, über die ganzen achtziger Jahre zusammengehalten hatte, hat er, natürlich nicht allein, aber doch mehr als irgendeine andere Einzelperson, zu Beginn der neunziger Jahre auseinandergetrieben. Allgemeiner gesagt, Befreiung und Demokratie hatten dort Erfolg, wo Diktatur und Unterdrückung versagt hatten. »*Nie ma wolności bez Solidarności*« proklamierte die Titelzeile der ersten wirklich unabhängigen, oppositionellen Tageszeitung Polens, *Gazeta Wyborcza*, als Referenz an die Streikenden von 1988, die *Solidarność* über Round-table-Verhandlungen 1989 wieder auf einen legalen Weg gebracht hatten. »Es gibt keine Freiheit ohne *Solidarność*«. Als Lech Walesa später die Herausgeber der *Gazeta Wyborcza* aufforderte, das Wort *Solidarność* aus dem Untertitel zu streichen (gedruckt, natürlich, in jenem charakteristischen roten Buchstabengewirr, das heute ein eingetragenes Markenzeichen der Gewerkschaft ist), schlug jemand vor, man solle doch das verstümmelte Motto belassen: »Es gibt keine Freiheit ...« Exakter müßte es eigentlich heißen: »Es gibt keine Solidarität in Freiheit«. Und das träfe nicht nur auf *Solidarność* zu und nicht nur auf Polen.

Natürlich existiert die Gefahr einer retrospektiven, sentimentalen Idealisierung. Selbst unter dem ungeheuer einigenden Joch eines gemeinsamen Feindes hatte es bei *Solidarność* innere Konflikte und Spaltungen gegeben. Spannungen waren aufgetaucht zwischen unterschiedlichen Gruppen, Tendenzen und Regionen, zwischen Bauern, Arbeitern und Intellektuellen (samt den verschiedenen Untergruppierungen dazwischen), zwischen konservativen Katholiken, liberalen Katholiken, Agnostikern und Atheisten, zwischen Linksliberalen, Rechtsliberalen und Antiliberalen, und einfach zwischen individuellen Persönlichkeiten. Man könnte sagen, nur die gemeinsamen – bewußten – Anstrengungen Walesas und – unbewußten – Jaru-

zelskis hatten alles zusammengehalten. Jacek Kuron scherzte einmal, Walesa würde noch einen Friedensnobelpreis für seine Bemühungen verdienen, die feindlichen Fraktionen von *Solidarność* zu vereinen.

Gefährlich vereinfachend wäre auch die Behauptung, daß jene Gesellschaft, der *Solidarność* entsprungen war und in der sie operierte, wie europäische Gesellschaften unter dem Kommunismus generell, durch eine Solidarität gekennzeichnet war, wie es sie im Westen nicht gibt. Natürlich hat es Formen der Solidarität gegeben, die es im Westen nicht gibt: von der alltäglichen gegenseitigen Abhängigkeit aller Konsumenten in einer Mangelwirtschaft bis hin zur weniger alltäglichen Unterstützung der Unterdrückten und zur heiteren Einheit der Menschenmenge auf einer päpstlichen Kundgebung. Aber es hat auch Formen der Unsolidarität gegeben, die im heutigen Westen ebenso wenig bekannt sind: Kollaboration, Denunziation oder Bestechung als *conditio sine qua non* für medizinische Versorgung.

Trotz alledem bleibt die Tatsache bestehen, daß es im Polen der achtziger Jahre eine außergewöhnliche Sache gegeben hat, genannt *Solidarność*, und daß sie für viele Individuen eine außergewöhnliche Erfahrung der Solidarität geboten hat. Eine, so schien es damals, weit größere Solidarität als jene Art von Kameradschaft zwischen Männern und Frauen, die sich im Krieg mit einer fremden »Macht« befinden. Doch heute, so scheint es, ist davon noch weniger geblieben, als normalerweise von Kriegskameradschaften bleibt, wenn der Krieg vorbei ist. Ein paar Veteranen zanken sich um die letzten Fetzen der Fahne, während der Rest des Landes umschwenkt zur *hurtownia*, zu »Radio Z« oder sogar zur »Partei X«.

*Solidarność* ist eine Sache der Vergangenheit. Aber gerade weil sie so plötzlich verschwunden ist, können wir vielleicht klarer sehen, was sie war. In einem Moment derartig radikaler historischer Diskontinuität, in der Hitze des Gefechts um die Transformation des Systems, bleibt die unmittelbare Zukunft ungewöhnlich dunkel, die unmittelbare Vergangenheit aber rückt ungewöhnlich scharf ins Blickfeld – weil wir Informationen haben, wie sie unmittelbar nach historischen Ereignissen selten zur Verfügung stehen, aber einfach auch weil wir wissen, was wir normalerweise nicht wissen: wie die Geschichte ausgegangen ist.

### III

Ein kurzer Gang durch die Buchläden der Hauptstadt enthüllt eine Überfülle an interessanten Publikationen über die unmittelbare Vergangenheit. Schon diese Buchläden selbst sind ein kleines Symptom der gegenwärtigen Gärung im Land. Wo man einst um einen kleinen Plastikkorb anstehen mußte, ohne den man den Buchladen gar nicht erst betreten durfte, nur um dann vor einer Reihe altbackener Bücher aus staatlichen Verlagen zu stehen

(von denen die paar interessanteren in wenigen Tagen ausverkauft oder unter dem Ladentisch für Bekannte reserviert waren), kann man sich nun zum ersten Mal nach Gusto an Büchern weiden, von Staatsverlagen, ehemaligen Samisdat-Verlagen, kirchlichen Verlagen, Emigranten-Verlagen und neuen kommerziellen Verlagen. Übersetzungen von Robert Ludlums Bestsellern liegen neben Adam Michniks »Von der Geschichte der Ehre in Polen«, billige Romane reiben sich die Schultern mit soziologischen Texten, Pornographie stapelt sich über Martyriologie. Ist das erwünschte Buch in den Läden ausverkauft, kann man es auch noch in den Straßenkiosken erwerben, wenn auch wahrscheinlich nur als Raubdruck und gewiß zu einem höheren Preis. Grzegorz Boguta, einst Chef des dynamischsten Untergrundverlages *Nowa*, ist gerade dabei, einen neuen Verleger- und Buchhändlerverband zu organisieren, um zumindest etwas Ordnung in dieses Chaos zu bringen. Eine anregende Zeitungsbeilage, *ex libris*, bemüht sich um prompte und scharfe Rezensionen neu erschienener Bücher – ein wesentlicher Teil der »Normalität« des Verlagsgeschäfts. Dazwischen kreist der Markt um den alten Osten des staatlichen Verlagswesens und den neuen (wilden) Westen des kommerziellen Verlegertums.

Auf der Bestsellerliste ganz oben stehen, neben all den Ludlums, die Memoiren oder »Enthüllungen« ehemaliger kommunistischer Führer: zwei Bände vom Parteiführer der siebziger Jahre, Edward Gierek, ein dritter vom ehemaligen Ministerpräsidenten und – bis zuletzt – Führer der polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Mieczyslaw F. Rakowski, und, offenbar am erfolgreichsten von allen, das skurrile »Alfabet« des ehemaligen Regierungssprechers Jerzy Urban. (Jaruzelskis Memoiren sind auf dem Wege.) Diese Bücher, Klatsch und Tratsch des polnischen Kommunismus, sind nicht nur deshalb interessant, weil sie uns etwas über jene erzählen, die Polen während der letzten zwanzig Jahre beherrscht haben (man könnte kaum sagen: regiert), sondern mindestens ebenso, weil sie ein Phänomen der Gegenwart sind.

Wenn die angebliche Kollaboration dieses oder jenes Politikers mit der Geheimpolizei auch immer wieder ziemlichen Aufruhr stiftet, so sind die Akten der Geheimpolizei in Polen politisch dennoch nicht annähernd so bedeutend wie derzeit in der Tschechoslowakei, ganz zu schweigen von Ostdeutschland. Ein großes Thema aber ist der neue Reichtum ehemaliger Kommunisten, die smart zu Kapitalisten mutiert sind. Und gerade die erwähnten Bücher sind hervorragende Beispiele dafür. In einer der bisher erfolgreichsten Privatisierungsmaßnahmen des Landes betreiben die ehemaligen (*soi-disant*) Kommunisten – in Anlehnung an Harold Macmillans berühmte Beschreibung von Mrs. Thatchers Privatisierungsprogramm – weniger den »Verkauf des Familiensilbers« als den Verkauf der Familiengeheimnisse. Und der

Begriff »Familie« darf hier getrost im sizilianischen Sinn verstanden werden. BGW, der Verlag, in dem die meisten dieser Bücher erschienen sind, steht im Ruf, einer der kommerziell erfolgreichsten Verlage im heutigen Polen zu sein – und damit auch mit Sicherheit ein hervorragender potentieller Partner für Mr. Robert Maxwell. Inzwischen spottet und höhnt Jerzy Urban in seiner neuen Wochenschrift *Nie* (Nein), einer geschickten Mischung aus Softporno und politischem Schund, über die Post-*Solidarność*-Politiker, die ihm die Macht genommen haben.

Moralisch wie ästhetisch ist die lukrative Selbstprivatisierung, wie sie ehemalige Kommunisten betreiben, vielen Menschen zutiefst zuwider. Sie war denn auch ein Hauptkritikpunkt der *Zentrums-Allianz* und Lech Walesas an der Regierung Tadeusz Mazowieckis. Doch die Zentrums-Politiker der heutigen Regierung oder des Präsidialamts haben kaum bessere Ideen als ihre Vorgänger, wie man – in einem Land, das sowohl Marktwirtschaft als auch Rechtsstaatlichkeit anstrebt – einen ehemaligen Kommunisten legal dafür bestrafen kann, daß aus ihm ein erfolgreicher Kapitalist geworden ist.

Am anderen Ende des Post-*Solidarność*-Buchregals finden wir den zweiten Band von Lech Walesas Memoiren, von einem seiner Mitarbeiter als Ghostwriter geschrieben, über die Zeit von 1985, dem Jahr, in dem sein erster Band endet, bis zu seiner Wahl zum Präsidenten. Just daneben finden wir eine lebendige, kurze Beschreibung aus der Feder seines ehemaligen Pressesprechers Jaroslaw Kurski über Walesa in Aktion und ein langes und an Informationen reiches Interview mit Bronislaw Geremek über das Jahr 1989. Weiter steht da der bewegende erste Teil der Autobiographie von Jacek Kuron – der erste Versuch einer ausführlichen Behandlung der Ereignisse vom März 1968. Dann ein Gesprächsband mit einem der Geheimdienstoffiziere, die 1984 Pater Popieluszko ermordet haben. Der beharrliche Sucher mag sogar noch ein paar Studien von polnischen Soziologen über das sich wandelnde Verhalten jener schwer zu erfassenden Masse *spoleczenstwo* (Gesellschaft) aufstöbern.

Überraschend – jedenfalls für mich – ist die relativ kleine Anzahl von Büchern über *Solidarność* selbst. Sicher, noch immer ist in den Regalen die Geschichte der *Solidarność* (1980-81) des polnischen Historikers Jerzy Holzer zu finden, ein Standardwerk (deutsch: »Solidarität«. Die Geschichte einer freien Gewerkschaft in Polen, München 1985). Wahrscheinlich kann man auch die umfassende und kritische Analyse der politischen Sprache und Selbsteinschätzung der *Solidarność* finden, früher nur als internes Handschriftenexemplar der Warschauer Universität zugänglich. Und wer sehr lange sucht, mag vielleicht auch noch ein vereinzelt Exemplar aus der Serie *Archiwum Solidarności* (*Solidarność*-Archiv) finden, jenem heroischen Unterfangen etlicher Historiker, die in den sieben langen Jahren der Illega-

lität von *Solidarność* versucht hatten, die Protokolle ihrer legalen Arbeit zu ordnen, zu transkribieren und zu veröffentlichen. Die Geschichte des Untergrundlebens von *Solidarność* wird schließlich in einem dünnen Bändchen von Jerzy Holzer und dem Journalisten Krzysztof Leski erzählt.

Diese Liste ist weit davon entfernt, vollständig zu sein, und es kann gar kein Zweifel bestehen, daß wir noch einiges erwarten dürfen. Für eine Zeit, die eine solch große und dramatische Rolle in der polnischen Geschichte spielt, wenn nicht in der europäischen Geschichte des letzten Jahrzehnts, ist das Ausbleiben von substantieller polnischer Literatur über *Solidarność* überraschend. Wahrscheinlich gibt es derzeit mehr englischsprachige wissenschaftliche Arbeiten über *Solidarność* als polnische. Zwar sind einige davon Übersetzungen der Arbeiten polnischer Wissenschaftler oder Arbeiten von polnischen Wissenschaftlern im Westen, doch ein Großteil stammt von englischen, amerikanischen oder französischen Autoren. (Das Fehlen einschlägiger Abhandlungen über *Solidarność* durch deutsche Wissenschaftler, ungeachtet der hervorragenden zeitgeschichtlichen Tradition dieses Landes, ist bemerkenswert und bedauernswert, mag sich aber vielleicht auch durch eine doppelte geschichtliche Verlegenheit erklären.) Die Geschichtsschreibung über *Solidarność* ist bei weitem nicht so ausführlich wie beispielsweise die über den Kalten Krieg. Doch kann sie sich nun – in Professor Lawrence Goodwyn und in Roman Laba – stolz ihrer ersten Revisionisten rühmen.

#### IV

Laba und Goodwyn verdienen eine unterschiedliche Behandlung, fordern jedoch gleichzeitig heraus, gemeinsam betrachtet zu werden.<sup>1</sup> Jeder würdigt herzlich die Zusammenarbeit, oder, wie Laba es ausdrückt, »wissenschaftliche Solidarität« des anderen. Beide erklären ihre Auseinandersetzung mit dem, was Laba »den vorherrschenden Trend im Verständnis der Nachkriegsgeschichte von Polen und *Solidarność*« nennt. Und beide charakterisieren diesen Trend auf sehr ähnliche Weise. Westliche Wissenschaftler (der Autor dieses Artikels eingeschlossen) und polnische Intellektuelle werden beschuldigt, eine »Eliten-Interpretation« zu betreiben, derzufolge es die polnischen Intellektuellen gewesen seien – genauer die »Warschauer Intellektuellen«, noch genauer die Oppositionsgruppe *KOR* –, die den entscheidenden Beitrag zum erwachenden Bewußtsein der polnischen Arbeiter leisteten, das schließlich zur *Solidarność* führte. »Ein Satz, der zu jener Zeit in den intellektuellen Kreisen Polens zirkulierte«, schreibt Laba, »war, daß *Solidarność* die Kreation von *KOR* und Walesa die Kreation von Kuron war«.

Gegen diese »Eliten-Interpretation« setzen Laba und Goodwyn auf den autonomen Lernprozeß der polnischen Arbeiter, besonders der Arbeiter an der Küste, zuerst in den Streiks von 1970-71 und dann, 1980, bei

der eigentlichen Geburt von *Solidarność*. Was Goodwyn die »lang verborgene Geschichte dessen« nennt, »was als selbständige Handlung der polnischen Arbeiterklasse verstanden werden muß«, sei, so argumentieren beide Autoren, nicht nur durch die Schwierigkeiten verdunkelt worden, die bei der Spurensuche in einem kommunistischen Polizeistaat herrschen, sondern auch durch die Rolle der polnischen Intellektuellen als »kulturelle Torhüter«, wie Laba es formuliert. Aber auch durch die Weigerung polnischer und westlicher Intellektueller, die Arbeiter als Subjekt der Geschichte ernst zu nehmen: vorherrschende »Sichtweisen« und, laut Goodwyn, »die Beständigkeit von Hierarchie und elitären Privilegien im modernen Leben« hinderten sie daran.

Wie fast alle historiographischen Revisionisten übertreiben, vereinfachen und karikieren sie die Interpretation, die sie angetreten sind zu widerlegen. Als ich mich 1980 ein wenig in »polnischen intellektuellen Kreisen« bewegen konnte, hörte ich mit Sicherheit von niemandem – am wenigsten von Jacek Kuron selbst – die Behauptung, *Solidarność* sei die Kreation von KOR gewesen und Walesa die von Kuron. Und schon in der Einführung zum Buch »The Polish Revolution« von T. Garton Ash, das Goodwyn als »die im Westen meistgelesene Studie über *Solidarność*« beschreibt, steht: »Dezember 1970 ist das bedeutendste Datum in der Vorgeschichte von *Solidarność*. [...] Zumindest vier Hauptverbindungslinien ziehen sich von da ab durchgängig bis zum August 1980.« Doch Revisionismus wäre nicht Revisionismus ohne ein wenig Karikatur, und es ist absolut wahr, daß die Rolle von KOR in fast allen Abhandlungen betont wurde (einschließlich in »The Polish Revolution«). Goodwyns und Labas Bedürfnis, den ureigenen, spezifischen, selbstbewußten Beitrag der Arbeiter zu dem hervorzuheben, was ursprünglich immerhin als Arbeiterbewegung begonnen hatte, fordert unsere Sympathie und unseren Respekt.

Hier aber müssen wir beginnen, zwischen den beiden Werken zu unterscheiden. Roman Laba kam zu Forschungszwecken zwei Wochen vor dem Danziger Werftstreik in Polen an. Er blieb fast zweieinhalb Jahre und stand in enger Beziehung zu einer Forschergruppe der *Solidarność*, die Material über die Streiks 1970 und 1980 zusammentrug. Es gelang ihm, einen Großteil dieses Materials in den Westen zu schmuggeln (wo es heute in der Houghton Library in Harvard liegt). Schließlich wurde er unter dem Kriegsrecht verhaftet und wegen seiner guten Arbeit ausgewiesen. Inzwischen hat er ein kurzes, prägnantes Buch auf den Markt gebracht, das im wesentlichen auf diesen Materialien beruht, aber auch eine Fülle anderer polnischer und westlicher Quellen einbezieht.

*Solidarność*, so resümiert Laba, »war eine breite Front aller polnischen Bürger; sie war eine strategische Allianz von Intellektuellen, Angestellten, Arbeitern und Bauern, die zu großen Teilen auf den Verhandlungserfolgen



beruhte, die an der Ostseeküste von Arbeitern erreicht worden waren. Ohne die Intellektuellen hätte es keine *Solidarność* gegeben, doch die *Solidarność*, der sie beitraten, beruhte auf Rahmenbedingungen, die von Arbeitern geschaffen wurden.«

Lawrence Goodwyn ist Historiker der sozialen Bewegungen Amerikas, Autor – laut Umschlag des bei Oxford University Press erschienenen Buches – »von *Democratic Promise*, der abschließenden Studie über die amerikanischen Populisten«. Durch sein ganzes Buch hindurch beschuldigt er andere Autoren, die vor ihm über *Solidarność* geschrieben haben, »die Perspektiven der soziologischen Untersuchungsformen, die im vergangenen Vierteljahrhundert von Historikern der sozialen Bewegungen anderswo entwickelt worden sind,« nicht berücksichtigt zu haben. Er geißelt polnische wie westliche Wissenschaftler wegen ihrer »Betrachtung aus der Ferne« oder ihres »Theoretisierens aus der Ferne«. Forscher über *Solidarność* sagt er, hätten sich in einer »Faktenwüste« verloren. Zum Teil, weil das Material in den Polizeiakten unzugänglich gewesen sei, aber auch, weil sie nicht gewußt hätten, wie und wo danach zu suchen sei.

Allerdings scheint Goodwyn seine eigenen Schwierigkeiten zu haben, den Gegenstand endlich aus der Nähe zu untersuchen: Seine starre, sehr theoretische Dichotomie von »Arbeitern« und »Intellektuellen« wird der viel komplizierteren und interessanteren Realität kaum gerecht. Einige der wichtigsten Akteure im Drama vom August 1980 waren gerade dadurch gekennzeichnet, daß sie auf dem Grat zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz lebten und arbeiteten. Krzysztof Wyszowski, jener Mann, der, wie Laba festhält, dem Streikbulletin den Namen »*Solidarność*« gab und dem daher zumindest teilweise die Namensgebung der neuen Gewerkschaft zuzuschreiben ist (zusammen mit jenem brillanten Graphiker), wird von Goodwyn selbst dargestellt als »belesener Tischler, der einen Teil seiner Freizeit der Vorbereitung widmete, Witold Gombrowicz im Samisdat zu veröffentlichen«. Arbeiter oder Intellektueller? Und viele Aktivisten von *Solidarność*, der nationalen Bewegung von 1980-81, entstammten genau dieser Grauzone zwischen reinen »Arbeitern« und reinen »Intellektuellen«.

In seinem Eifer zu zerstören, was er in einer Fußnote den »KOR-Mythos« nennt, scheint Goodwyn beinahe zu vergessen, wofür die Initialen *KOR* standen: Komitee zur Verteidigung der Arbeiter. Entscheidend für *KOR* war nicht, daß es eine Initiative der Warschauer Intellektuellen war. Entscheidend war, daß es eine Initiative der sich auf die Intelligenz stützenden demokratischen Opposition war, die sich zum Ziel gesetzt hatte, den Arbeitern beizustehen und mit ihnen (und später mit anderen gesellschaftlichen Gruppen) zusammenzuarbeiten. Das charakteristischste Merkmal von *Solidarność* war nicht, daß es eine Arbeiterbewegung war. Das charakteristischste Merkmal

von *Solidarność* war, daß es eine Bewegung war, in der Arbeiter und Intellektuelle – und viele berufliche oder gesellschaftliche Gruppierungen »dazwischen« – zusammenarbeiteten und im besten Sinne friedliche, würdevolle Massenmobilisierung mit geschickten, hochrangig besetzten Verhandlungen verknüpften, um ihr Land zu verändern. Wir sollten nicht ganz vergessen, daß es Lech Walesa war, der im August 1980 die »Intellektuellen« Mazowiecki und Geremek bat, dazubleiben und den Streikenden in ihren Verhandlungen mit den Behörden beizustehen, und daß es Walesa war, der darauf bestand, daß auch die KOR-Aktivisten aus dem Gefängnis entlassen werden müssen.

Mit dieser Argumentation will ich ganz und gar nicht den Nutzen und Sinn einer Studie über Klassen und Klassenbewußtsein in Polen bestreiten. Was man die drei großen gesellschaftlichen Schichten Polens unter dem Kommunismus nennen könnte, »Bauern«, »Arbeiter« und »Intelligenz«, vermischte und überlappte sich. Der »Bauer-Arbeiter« war eine vertraute Figur, während die Fach-Intelligenz irgendwo zwischen »reinen« Arbeitern und »reiner« Intelligenz lag. Zwischen den Schichten gab es nicht sehr viele *objektive* sozioökonomische Unterschiede (denn »Arbeiter« und »Intellektuelle« lebten in denselben Wohnblöcken oder Wohnungen, und Grubenarbeiter verdienten mehr als Universitätslehrer), aber *subjektive* Identität, Status, Selbstbewußtsein, Verhaltensmodelle, Sprache und vieles mehr waren verschieden. Dieses unterschiedliche Klassenbewußtsein, nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Bauern und der Intelligenz, war Resultat einer sehr spezifischen nationalen Geschichte – in der beispielsweise, einzigartig in Osteuropa, ein Großteil des landwirtschaftlich genutzten Bodens in der Hand von Privatbauern blieb, wie bei Walesas Eltern und Großeltern, während die Intelligenz die Traditionen des verarmten Adels und des Widerstandes gegen fremde Besatzer im neunzehnten Jahrhundert mit einem unklaren privilegierten Status im »sozialistischen« Staat verband.

## V

»Großbritannien hat seinen Wohlstand auf einen starken Mittelstand gebaut«, erzählte Lech Walesa einem Publikum, das eindeutig Obere-Ober-Mittelschicht ist, auf einem festlichen Bankett in der Londoner City während seines kürzlichen Besuchs in England. »Fünfundvierzig Jahre Kommunismus in Polen haben diese Gesellschaftsschicht buchstäblich vernichtet. Polen braucht sie dringend.« Darin sind sich alle derzeitigen politischen Führer Polens einig. Im Laufe der bereits begonnenen wirtschaftlichen Transformation (mit der Privatisierung kleinerer Geschäfte und etwa 500.000 neuen Geschäftsgründungen 1990) werden die alten Klassen – Intelligenz, Arbeiter, Bauern – durcheinander gerüttelt und neu zusammengefügt. Selbst

wenn die geplante Transformation gutgeht, wird dieser Prozeß der sozioökonomischen Modernisierung von traumatischer Geschwindigkeit sein und in nur zehn Jahren durchführen, wozu andere europäische Gesellschaften fünfzig oder hundert Jahre gebraucht haben – das heißt, innerhalb der Zeitspanne nur eines Menschenlebens, ohne Anpassungsmöglichkeiten über mehrere Generationen hinweg.

Zbigniew Bujak erinnert sich, daß er während der Jahre als Untergrundführer der *Solidarność* das Gefühl hatte, in einer Zeitschleife zu leben. In Polen waren sie wieder im 19. Jahrhundert angelangt, während ihm schien, als eile der Westen auf das 21. zu. Hier die mitternächtlichen Razzien und konspirativen Flugblätter, dort Faxgeräte und Satellitenschüsseln. Heute sprießen in Polen die Satellitenschüsseln, und auf dem Lande spürt man bereits den Beginn einer dramatischen Konfrontation zwischen der bäuerlichen Frömmigkeit des 19. und dem Fernsehkonsumismus des 21. Jahrhunderts. Zwischen Bibel und *Twin Peaks* sozusagen.<sup>2</sup> Roman Laba stellt in seinem Buch einen anregenden Vergleich zu Barrington Moores Feststellung an, daß es (Marx verzeihe) die *aussterbenden* Klassen seien, die revolutionär werden. Polens Arbeiterklasse in den siebziger Jahren sei ein Proletariat des 19. Jahrhunderts in einem Staat des 20. Jahrhunderts gewesen. Man kann Gedankenspiele auch zu weit treiben, aber wenn die Umwandlung in eine moderne Marktwirtschaft erfolgreich sein sollte, dann wird sich auch diese anachronistische Arbeiterklasse verändern müssen – während die riesigen Staatsfabriken, die die Hochburgen von *Solidarność* gewesen waren, bereits zur industriellen Archäologie gehören werden. Aber auch die Intelligenz, mit ihrem Ethos, das in vieler Hinsicht noch immer dem 19. Jahrhundert angehört, und ihrer auch systembedingten Version der edlen Gleichheit, wird ohne fundamentale Veränderung ihrer Gewohnheiten, Haltungen und intellektuellen Muster keinen Schritt voran machen in ein neues, modernes, westliches Polen.

Von daher ist nicht nur *Solidarność*, diese einzigartige soziale und politische Bewegung, eine Sache der Vergangenheit, sondern auch diese besondere Klassenstruktur, diese einmalige »Gesellschaft«, deren Vertreter zu sein, *Solidarność* den Anspruch hatte; eine gespaltene Gesellschaft, die sich dennoch als Einheit gegenüber der fremden »Macht« verstand. Wie diese tiefgehende Umwandlung vonstatten gehen wird, ob schnell oder langsam, friedlich oder gewaltsam, wird von einer ganzen Anzahl Faktoren abhängig sein, auch von den Reaktionen der verschiedenen gesellschaftlichen Schichten auf die unvermeidbaren Traumata des Übergangs (Ende April war die Arbeitslosenzahl beängstigend gestiegen), von der Politik des Westens, vor allem von EG und NATO, und von den Entwicklungen in der Sowjetunion. Doch soweit es den politischen Prozeß betrifft, wird es auch auf die Frage

ankommen, ob die Helden von *Solidarność* fähig oder unfähig sein werden, in einem stabilen System des rechtlich regulierten politischen Konflikts zusammenzuarbeiten. Diese Frage ist noch zu neu und zu offen, um sie einer ausgewogenen synthetischen Analyse zu unterziehen, wie sie heute bei der Geschichte von *Solidarność* schon möglich ist. Doch die Bücher von Bronislaw Geremek und von (oder über) Lech Walesa geben uns lebendige, wenn auch unvollständige Einsichten in die Natur des Problems.

## VI

»Rok 1989« ist ein Buch mit Interviews, die der Pressesprecher der von Bronislaw Geremek geleiteten *Solidarność*-Parlamentarier zwischen August und November 1990 mit ihm geführt hat. Am Ende des kleinen Bändchens zeigt sich, wozu polnische Verlage heute in der Lage sind: das letzte Interview fand am 20. November statt, und der Text ging zwischen dem 25. November und 5. Dezember in Druck. Das Buch – gut gemacht und bestückt mit vielen vorzüglichen Fotografien – war bereits Anfang 1991 auf dem Markt. Für jeden, der die frühere Arbeitsweise polnischer Verlage kennt, sind dies Zeichen eines kleinen Wunders. Ich las »Rok 1989« mit großer Faszination und ein klein wenig Irritation, denn seit langem fand ich, daß wir dringend ein Buch von Geremek über die erste Zeit der *Solidarność* in den Jahren 1980/81 brauchten – nun aber mit ziemlicher Sicherheit nicht bekommen werden.

Geremek ist als einer der Hauptakteure des Dramas und als ausgebildeter Historiker ein einzigartiger Zeuge – er selbst betont es ausdrücklich: »vor allem als Historiker« –, mit der bemerkenswerten Fähigkeit, eine unvoreingenommene Analyse der Vorgänge zu liefern, an denen er teilnimmt. Wenn man bedenkt, daß diese Interviews am Höhepunkt eines wütend-emotionalen Wahlkampfes um das Präsidentenamt zwischen Lech Walesa, Tadeusz Mazowiecki und, wie sich herausstellen sollte, auch Stanislaw Tyminski geführt wurden, ist die kühle Besonnenheit der Analysen eine ziemlich Leistung, tatsächlich fast verwirrend. Geremek bemerkt an einer Stelle, daß er als Historiker immer von Struktur und Prozeß, die den Ereignissen und Anekdoten erst einen Sinn geben, fasziniert gewesen sei. Obwohl es auch einige wunderbare Anekdoten gibt, wäre manchmal zu wünschen, daß die unbarmherzige Analyse von Struktur und Prozeß hie und da der Beschreibung oder Beschwörung von Szenen und Gefühlen, mit denen dieses Jahr immerhin gespickt war, Platz machen würde. Gefühle aber werden hier im wesentlichen als »Frustrationen« anderer Menschen dargestellt.

Es kommen auch sehr wenig unbekannte Männer und Frauen auf diesen Seiten vor. Geremek selbst sagt, daß er bei Beginn des Wahlkampfes keinerlei Erfahrung mit Reden vor einer Menschenmenge hatte, wenn er auch viele Kontakte zu Arbeitern in der *Solidarność* hatte. Er war, und ist, vor

allem ein Mann der Korridore und Salons, der kleinen Zirkel und elitären Gruppen – obwohl sich Elite hier nicht durch Geburt oder Klasse, sondern durch Talent definiert. Sehr typisch für ihn ist eine der wenigen zufälligen Begegnungen, die er beschreibt: Ein alter Schulfreund erinnert ihn an seine Liebe zur Reinheit der lateinischen Grammatik. Was uns hier vorliegt, ist die lateinische Grammatik des polnischen Übergangs vom Kommunismus, wenn auch eine Grammatik, die mit Anekdoten gewürzt ist.

Auf die Frage, weshalb ihm die Behörden in den sieben mageren Jahren, in denen *Solidarność* verboten war, so besonders feindlich gesonnen waren, antwortete er bescheiden: »Es ist schwer zu sagen, warum.« Im Grunde aber ist es ganz einfach. Die Behörden mochten ihn nicht, weil er der begabteste politische Taktiker und Stratege in Walesas Nähe war, einer, der besser als die meisten die Pläne der anderen Seite vorhersehen und den internationalen Hintergrund analysieren konnte. Und doch war er nicht nur Politiker. Mehrmals spricht er über sein »moralisches Unbehagen«, sich an den gleichen Tisch mit General Jaruzelski und, schlimmer noch, mit dem fürchterlichen Mieczyslaw F. Rakowski zu setzen. In einer Passage, von der man sich kaum vorstellen könnte, daß sie von einem westeuropäischen Intellektuellen stammt, spricht er von »der bescheidenen Rolle, die ich bei der Mission der polnischen Intelligenz spiele, die immer in erster Linie Polen gedient hat und nicht auf selbstsüchtige Ambitionen oder Vorteile bedacht war.« Ein romantisches Selbstverständnis, zweifellos, aber keineswegs ein unehrenhaftes.

Die Geschichte, die er zu erzählen hat, ist die des historischen Sieges von *Solidarność* und des Beginns ihres Zerfalls, der dem Sieg so schnell folgen sollte. Er selbst sagt, daß 1989 alles bestmöglich lief und erst 1990 zusammenbrach, aber seine eigene Schilderung beweist, daß die Saat des Zusammenbruchs genau im Moment des Sieges aufging, mit der Bildung der Mazowiecki-Regierung nach den Wahlen vom 4. Juni.

Die Geschichte beginnt Ende 1988, mit »Signalen« der Behörden, daß sie eventuell dazu bereit wären, mit *Solidarność* zu verhandeln. Signale, die entscheidend durch zwei Streikwellen forciert wurden, bei denen junge Arbeiter skandierten »Kein Frieden ohne *Solidarność*. Es folgt eine wunderbare Beschreibung, wie eine ganze Schar von Intellektuellen Lech Walesa für seine Fernsehdebatte mit dem Vorsitzenden der offiziellen Gewerkschaft, Alfred Miodowicz, vorzubereiten versucht. Der Filmregisseur Andrzej Wajda hält ihm einen Vortrag über Kameratechniken. Wirtschaftler, Soziologen, Rechtsanwälte stopfen ihn mit Fakten und Zahlen über die Lage der Nation voll. Eine Nonne versorgt ihn mit Kräutertränken gegen seinen kratzenden Hals. Dann geht er los und vernichtet den Parteihengst mit einem Satz, der wirklich O-Ton Lech war: »Der Westen fährt mit dem Auto und wir sitzen auf dem Fahrrad.« Das war *Solidarność at its best*, und so

blieb es während des ganzen folgenden halben Jahres, während der beispiellosen Gespräche am Runden Tisch, bis hin zur Wahl am 4. Juni.

Geremek beschreibt diese Verhandlungen erschöpfend im Detail. Er zeigt auf, daß die Grundbedingung für diese Gespräche das Ende der sowjetischen Widerstände und Gorbatschows sanfte Ermutigung zu Reformen waren. (Einmal bittet ein hochrangiges Parteimitglied Lech Walesa scherzhaft, Adam Michnik das Lesen von sowjetischen Zeitungen zu verbieten.) In dieser Situation und angesichts des Niedergangs der nationalen Wirtschaft, kam die neue politische Initiative, wie Geremek wiederholt betont, zualtererst von Armee und Polizei, von General Jaruzelski und Innenminister General Kiszczak (denen die bestmöglichen Informationen über den Grad der Unzufriedenheit in der Bevölkerung zur Verfügung standen), und erst in zweiter Linie vom Reformflügel der Partei. Verhandlungspartner waren die Vertreter der, wie Geremek es nennt, drei Strömungen in der *Solidarność* der Arbeiter, der Bauern und der Intellektuellen, alle aus verschiedenen Gruppierungen und von unterschiedlichen Überzeugungen, doch alle zu diesem Zeitpunkt bereit, ihre öffentlichen Reden am Haupttisch und ihre halböffentlichen Statements an den vielen Nebentischen, vor allem den berühmten »*Magdalenkas*«, jenen heimlichen Gipfeltreffen in einem Gästehaus der Regierung nur wenig außerhalb Warschaus, umsichtig zu koordinieren.

Diese oppositionelle Elite hatte jedoch die Bevölkerung hinter sich, und den öffentlichen Druck von unten. Geremek beschreibt, wie die Bereitschaft der Behörden, diesen oder jenen Punkt zu konzedieren, beinahe unmittelbar mit der Zu- und Abnahme des »gesellschaftlichen Drucks« in Verbindung stand. Schließlich, aber keineswegs letztlich, gab es noch die Vertreter der Kirche, Gastgeber verschiedener wichtiger Treffen, wo sie als Vermittler agierten, einen jeden an seinen Teil der Verantwortung erinnerten und, wie in den kürzlich veröffentlichten Notizen von General Kiszczaks Sekretär zu lesen ist, das letzte »*Magdalena*« mit dem Segen »im Namen des Vaters, des Sohnes und des Heiligen Geistes« beendeten.<sup>3</sup>

Und vergessen wir nicht jene einzigartige polnische Mischung, deren Ingredienzien nirgendwo sonst in Osteuropa zu finden waren – die Arbeiterbewegung, die Gegenregierung der Intelligenz, die privaten Bauern, die Rolle der Kirche, die Haltung der Generale. Zu Beginn des Runden Tisches glaubten Walesa und seine Berater, sie würden den politischen Preis verhandeln, den sie für die Wiederherstellung der Legalität der *Solidarność* zu zahlen hätten. Dieser, so glaubten sie, würde darin bestehen, daß sie ihre Unterstützung für schmerzhaft aber unvermeidliche Maßnahmen zur Wirtschaftsreform anbieten müßten, aber auch darin, betrügerische Wahlen zu legitimieren. Am Ende der Verhandlungen, nach vielem Drehen und Winden und hilfreich versorgt mit dem Nährstoff der Publicity (zum ersten Mal seit 1981 waren Vertreter

der *Solidarność* wieder im Fernsehen zu sehen, wo sie selbstsicher vernünftige Forderungen stellten), waren es die Behörden, die einen politischen Preis für die Legalisierung der *Solidarność* zu zahlen hatten! Natürlich wurde den Behörden eine starke Präsidentschaft zugesichert (für die ihr Kandidat selbstverständlich Jaruzelski war) und scheinbar sichere 65 Prozent der Sitze im Sejm für die Kommunistische Partei (die dann aber nur 38 Prozent für sich beanspruchen konnte) und ihre Koalitionspartner. *Solidarność* erhielt 35 Prozent der Sitze und die Zusicherung für absolut freie Wahlen zum neu zu schaffenden Oberhaus des Parlaments, dem Senat; ein Vorschlag, der ursprünglich von dem Parteireformisten Aleksander Kwasniewski stammte.

Doch noch immer waren die Führer der *Solidarność* ganz und gar nicht sicher, daß sie gewinnen würden. Es war die Regierungsseite, die auf einem frühen Wahltermin bestand. Denn sie hatte das Geld, die Organisationsstruktur und das ganze Arsenal der Massenmedien, um eine erfolgreiche Kampagne durchzuziehen. Nachdem das Resultat heute unverrückbar scheint, ist es gut, daran erinnert zu werden, wie schwierig diese Kampagne war<sup>4</sup>, wie ungewiß ihr Erfolg und wie gespannt und belastet die folgenden Verhandlungen, die zu jenem Kompromiß führten, den Adam Michnik erstmals mit dem berühmt gewordenen Satz öffentlich machte: »Euer Präsident, Unser Ministerpräsident«. So viel hatte noch niemand erreicht. Die sowjetische Reaktion war nicht vorherzusehen. Die Berliner Mauer stand noch immer. Husák war noch immer auf der Prager Burg. Selbst Ungarn war noch nicht soweit. Polen brach das Eis.

Nach neun Jahren des Kampfes, nach all den Verhandlungserfolgen, nach einem Sieg, von dem Professor Janusz Reykowski, Geremeks Gegenpart aus der Partei, am Runden Tisch behauptete, er habe in der Weltgeschichte nicht seinesgleichen: die Veränderung eines Systems ohne Gewalt – nach all dem begann das Lager der *Solidarność* auseinanderzubrechen. Am Ende des Jahres bietet sich ein Bild frustrierter, verfeindeter Fraktionen: Die parlamentarische *Solidarność*-Gruppe revoltiert gegen ihre eigene Führung, es mangelt an Koordination zwischen dieser Gruppe und »ihrer« Regierung, und die Beziehungen zwischen Danzig und Warschau verschlechtern sich dramatisch, vor allem zwischen Lech Walesa und Tadeusz Mazowiecki. Zwischen diesen Männern bestand, laut Geremek, seit Bildung der Mazowiecki-Regierung ein »mehr oder weniger stiller Krieg«.

Um diesen stillen Krieg vollständig und fair zu rekonstruieren, sollten wir Mazowieckis Memoiren abwarten, die angeblich bereits auf dem Wege sind. Aber wenn wir Geremeks Darstellung mit der von Walesa und seinem ehemaligen Pressesprecher Jaroslaw Kurski vergleichen, wird uns im Prinzip das gleiche Bild vermittelt. Natürlich ist es nicht fair, Walesas Memoiren mit denen Geremeks zu vergleichen. Walesa ist kein Historiker, seine Magie ist

nicht auf gedrucktem Papier zu finden. Diese Memoiren, geschrieben von Arkadiusz Rybicki, einem katholischen Intellektuellen und Historiker mit einer langen Verbindung zur *Solidarność*, sind eine eigentümliche Mischung aus drei unterschiedlichen Büchern. Zum einen gibt es eine eher steife und geschwollene Darstellung von Walesas vielfältigen politischen Initiativen und Begegnungen, vor allem mit ausländischen Würdenträgern und der ausländischen Presse. Zum zweiten wird seine Familie beschrieben, sein Glauben an Kinder, Kirche und Vaterland. Das Kapitel über seine Frau, betitelt mit »Danka – der ruhende Pol«, beginnt: »Die Familie ist der Hauptpfeiler des Lebens, die Quelle der Ausgewogenheit, und die Frau – Ehefrau, Mutter – ist das Herz der Familie«. »O-Ton Walesa« ist dies nicht.

Zum Dritten schließlich gibt es ein wenig originalen Lech, der über Politik spricht. Er besteht darauf, als praktizierender Politiker gesehen zu werden, nicht als »leeres Symbol«, wie er sagt, sondern (und das ist nun wirklich O-Ton) als »schlauer Fuchs«. Ein Schlüsselwort seiner Selbstdarstellung – auf der letzten Seite erscheint es zweimal – heißt *skuteczny*, »wirksam«. Das stimmt genau mit der Beschreibung überein, die enge Mitarbeiter geben, und die, wie Kurski zitiert, ihn ein erstrangiges politisches Tier nennen, jedem mißtrauend, immer berechnend. Eine »politische Maschine«, wie Krzysztof Wyszowski (der gleiche von 1980) ihn nennt.

Bemerkenswert und ziemlich außergewöhnlich ist für einen Autor, der nun Präsident ist, daß dieses Buch nur so strotzt von deftigen Verletzungen und Angriffen gegen seine ehemaligen intellektuellen Warschauer Berater, die sich gegen ihn stellten. Nach nur wenigen Seiten lesen wir: »Ich war kein *inteligent* [Mitglied der Intelligenz; d. A.] und man muß sich ins Bewußtsein rufen, daß in Polen *inteligenczkosc* [Intelligent-Sein; d. A.] ein Wert an sich ist. Es bedeutet weniger, was ein Professor, Doktor oder berühmter Schauspieler sagt, wenn er im Namen der Nation spricht; es bedeutet mehr, daß er einen akademischen Grad und gute Manieren hat, ›weiß, was ist‹, und eine gute Aussprache hat.« Und so geht es weiter. Walesa erinnert sich an seine eigene Attacke gegen die »Eierköpfe« auf dem zweiten *Solidarność*-Kongreß im April 1990: »Muß der Präsident wirklich französisch sprechen, um das Los der Arbeiterklasse zu verbessern?«

Falls Professor Goodwyn nach einem Beleg für das besondere Demokratieverständnis eines polnischen Arbeiters sucht, so findet er ihn hier – Walesa fährt fort: »In dieser Situation sollte – um die wichtigsten Dinge in Ordnung zu bringen – das Land für einige Zeit von einer entschlossenen, starken Hand regiert werden. Denn einen Dieb kann man nun einmal nicht ›demokratisch‹ fangen.« Doch die »Herren aus der Hauptstadt«, »meine Antagonisten (Kaffee mit Sahne trinkend)« haben da eine andere Meinung. »Nach den Interviews mit den Herren Michnik und Geremek – voller Gehässigkeit



keit und unerfüllter politischer Ambitionen – wurde irgendwie vergessen, daß ich den Nobelpreis gewonnen habe, und diese große Ehre wird einem schließlich nicht nur für ein hübsches Gesicht zuteil. In den Darstellungen vieler [westlicher; d. A.] Journalisten war ich wieder einmal nur der Elektriker – ein beschränkter *robol* [ein verächtliches Wort für Arbeiter; d. A.], mit der Ambition, eine Nation von vierzig Millionen Menschen im Herzen Europas zu führen«.

Wie kam es zu diesen bitteren Anschuldigungen nach neun Jahren enger gemeinsamer Arbeit, Jahre, die am Ende der Memoiren in Fotos festgehalten sind – wie Geister der Vergangenheit: Walesa lachend mit Geremek, Michnik und Mazowiecki. Wurde *Solidarność* einzig durch den gemeinsamen Feind zusammengehalten? Den Betrachtungen Geremeks und Kurskis ist klar zu entnehmen, daß der Ärger begann, sobald Tadeusz Mazowiecki, von Walesa zum Ministerpräsidenten gekürt, deutlich zeigte, daß er sein eigener Herr ist und Walesa über die Zusammensetzung seiner Regierung nicht um Rat fragen würde. Von diesem Moment an verschlechterten sich die Beziehungen zwischen ihnen drastisch, trotz der Vermittlungsbemühungen von Geremek und der Kirche. Kurski beschreibt dieses Zerwürfnis und die Ironie, daß der letzte, vergebliche Verständigungsversuch just am 31. August 1990 in Danzig stattfand – am zehnten Jahrestag der Danziger Vereinbarung und des Geburtstags von *Solidarność*. *Solidarność* 31.8.1980-31.8.1990. Ruhe in Frieden. Siebzehn Tage später verkündete Walesa offiziell seine Kandidatur für das Präsidentenamt. Mazowiecki stellte sich gegen ihn und bezog Prügel.

Geremek neigt dazu, Walesas politischen Beratern in Danzig, vor allem den Zwillingbrüdern Lech und Jaroslaw Kaczynski für diese vergiftende Entfremdung die Schuld zu geben. Ganz sicher war dies nicht eine schlichte Spaltung zwischen »Arbeitern« in Danzig und »Intellektuellen« in Warschau. Es war ein Streit zwischen Politikern in Danzig und Politikern in Warschau, wobei auf beiden Seiten Arbeiter zu finden waren. Die Danziger Gruppe war nur deshalb wichtig, weil Walesa sie dazu machte. Walesa war – und ist – immer sein eigener Herr. Während der Zeit des politischen »Krieges an der Spitze« bot er oft eine höchst unattraktive Figur und zeigte die Schwächen seiner Stärke: Entschlossenheit verkam zum Kujonieren, einstige Verbindlichkeit schlug um in derben Anti-Intellektualismus, die goldene Zunge sprach demagogisch. Reißt man das eine oder andere seiner Zitate aus dem Zusammenhang, könnte es ihm noch mehr schaden als jedem anderen Politiker. Denn er selbst ist es, der hier die erste Regel der Lechologie verkündet: »Ich habe schon vieles gesagt, denn ich bin eine Quatschtüte und kann meinen Mund nur schwer halten.«

Bei einer Darstellung seines Treffens mit dem Papst im August 1990 schreibt er: »Meine Akkus waren wieder aufgeladen. Meine Zweifel und

Komplexe beseitigt.« Derartige Passagen zeigen, daß er trotz all seines Ruhms, Missionseifers und seiner Selbstsicherheit noch immer von Komplexen geplagt war (ist?). Und mit der Politik des letzten Jahres kamen sie mit Macht wieder zum Vorschein.

Aber es wäre nicht richtig, all die Schuld dem scheinbar wilden Mann aus Danzig zu geben, seinen Komplexen und »Frustrationen«. Geremek schreibt selbst, daß die Mazowiecki-Regierung in vielerlei Hinsicht zu langsam voranging (z.B. bei der Privatisierung), daß ihre Beziehungen zur Öffentlichkeit sehr mager waren und daß sie Konsultationen, nicht nur mit Danzig, vernachlässigt hat. Die wachsende öffentliche Unzufriedenheit im Frühjahr 1990 war nicht allein der Phantasie Walesas entsprungen, wenn er sie auch mit seiner eigenen, sehr persönlichen Unzufriedenheit verknüpfte. Die Art und Weise, in der ihn einige seiner ehemaligen Freunde und Berater nach dem Zerwürfnis darstellten, war übertrieben und zeigte eher deren eigene persönliche Vorurteile und Komplexe – in mancher Hinsicht fast schon ein Spiegelbild jener Walesas. Walesa erinnert daran, daß man ihn als »ungeschliffenen Proletarier« charakterisiert hat, der versuche, »Polen mit einer Axt von Europa abzuhacken«. Und Adam Michniks polemische Gegenüberstellung der unter dem Banner »Europas« versammelten Kräfte und einem nationalistischen, rassistischen, chauvinistischen Obskurantismus wurde der komplexen Wirklichkeit auch wenig gerecht. Die Geschichte der letzten Jahre bietet kaum ein traurigeres Spektakel als dieses, in dem es um Freunde und Kameraden geht, die so vieles gemeinsam durchgestanden haben, mit so viel Würde, Ehre, Witz und, ja, Solidarität. Jetzt beharken sie sich gegenseitig mit rostigem Gerät und tauschen Schläge unter die Gürtellinie aus.

Im April 1990 teilten langjährige *Solidarność*-Berater, darunter Geremek, Michnik und Mazowiecki, Walesa mit, daß sie einen ordentlichen politischen Übergang ins Auge faßten, bei dem er im Frühling 1991 Präsident werden sollte, gleichzeitig mit einem frei gewählten Parlament und der Verkündung einer neuen Verfassung, die bewußt mit dem 200. Jahrestag der historischen polnischen Verfassung vom 3. Mai 1791 zusammenfallen sollte. Möglicherweise wäre Polen heute in einer besseren politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lage, hätte Walesa dieses Angebot angenommen. Doch die Tatsache, daß Walesa abgelehnt hat, zwingt den Historiker zu dem Urteil, daß man seit Sommer 1989 den Fehler gemacht hatte, nicht schneller auf seine Sorgen, Ambitionen und, ja, Komplexe einzugehen. Natürlich mußte es einen besonderen Platz für Walesa geben. Geremek's eigenes Buch bietet ausreichend Zeugnis dafür. Und weil sie ihm diesen Platz nicht schnell genug geben wollten, sollte Walesa ihn selber beanspruchen. Und ihn, wenn nötig, mit allen Mitteln erkämpfen. Und er sollte gewinnen.

Das Phänomen, das wir hier diskutieren, heißt nicht »Arbeiter« oder »Gesellschaft«. Es heißt Walesa. Natürlich ist das Verständnis von Struktur und Prozeß unerlässlich, um die tieferen Wurzeln des Geschehens von 1989 freizulegen. Natürlich spielten am Ende von *Solidarność* Klassen und Klassenbewußtsein ebenso eine Rolle wie am Anfang. Aber der Schlüssel zu dieser spezifischen Periode in der Geschichte Polens ist weder in der Soziologie noch in der Ökonomie zu finden, sondern in den althergebrachten Formen der Politik, in den Unverträglichkeiten von Persönlichkeiten, und im Wettbewerb um die Macht. Nicht Marx, nicht Hegel, sondern Machiavelli und Thukydides sollten uns zur Seite stehen, wenn wir dieses traurige letzte Kapitel in den Annalen der *Solidarność* schreiben.

## VII

Was ist die polnische Politik heute? Ein großes Durcheinander. Weder die übertriebenen Hoffnungen noch die übertriebenen Ängste in bezug auf die Präsidentschaft Walesas haben sich bis jetzt bewahrheitet. Er hat sich nicht als der große Diktator erwiesen. Bei einer ganzen Anzahl von Themen – Preiserhöhungen, spezielle Anti-Inflationssteuer, Rückgabe von enteignetem Eigentum – hat er sich mit Entschiedenheit eingemischt, nur um seine Intervention ein paar Tage später abzuschwächen oder ganz zurückzunehmen. Er hat auch sehr wenig von jener »Beschleunigung« gezeigt, die sein eigentliches Wahlversprechen war. Als ich Jaroslaw Kaczynski, heute Kanzleichef des Präsidialamts, danach fragte, welche »Beschleunigung« nun eigentlich wirklich erfolgt sei, antwortete er mir, daß, erstens, einige hohe ehemalige Beamte der Nomenklatura aus dem Ministerrat geschmissen worden seien (jedoch, wie er säuerlich feststellte, gute Jobs in Banken bekommen hätten), daß, zweitens, die neue Regierung Schuldenerlasse vom Westen bekommen habe (obwohl er konzedierte, daß diese zum Teil der Arbeit von Leszek Balcerowicz, Finanzminister schon unter der Mazowiecki-Regierung, zu verdanken seien), und daß, drittens, der neue Präsident eine energischere Außenpolitik (als Jaruzelski) betrieben habe.

Es war schon später Abend und Herr Kaczynski offensichtlich müde, doch diese Liste erschien mir nicht über die Maßen eindrucksvoll. Herr Kaczynski war vielleicht auch nicht besonders bemüht – und das ist ein schönes Beispiel für das gegenwärtige Durcheinander –, sie eindrucksvoll zu gestalten, denn Walesa hatte den Ministerpräsidenten aus den Reihen der sogenannten Danziger »Liberalen« nominiert (was im wesentlichen wirtschaftspolitisch neoliberal bedeutet), anstatt den Kandidaten aus Kaczynskis Partei *Porozumienie Centrum*, der *Zentrums-Allianz*. Als guter Parteipolitiker beherrscht Kaczynski also den Genscherschen Trick, der Regierung anzugehören und ihr gleichzeitig kritisch gegenüberzustehen.

Die liberal geführte Regierung von Jan Krzysztof Bielecki, der auch zwei Minister der *Zentrums-Allianz* angehören, ist in manchen Bereichen der Wirtschaftspolitik vielleicht ein klein wenig effizienter als ihre Vorgängerin. Doch wegen der durch Präsidentschaftswahl und Regierungsumbildung erzwungenen Pausen hat sie mehrere Monate gebraucht, um auf den Weg zu bringen, was das Kernstück ihres Wirtschaftsprogramms sein sollte – die Privatisierung des Staatssektors. Nun wird es eine erneute Unterbrechung wegen der Parlamentswahlen geben. In der Finanz- und Währungspolitik wurde überwiegend Kontinuität durch Person und Politik von Leszek Balcerowicz gewahrt, an dem auch wegen des entschiedenen Insistierens des Westens, vor allem der Vereinigten Staaten, festgehalten wurde. »Washington ersetzt Moskau«, sagen einige düster. Die gesamte Politik aber wird vom großen Budgetdefizit bedroht, das nicht zuletzt auch den fehlenden einkalkulierten Einnahmen aus der Privatisierung zu verdanken ist.

Wie Walesa vor kurzem selbst reuevoll in einem Interview sagte, »ist es schwierig, was im Wahlkampf versprochen wurde, in den Regierungsprozeß zu übernehmen.« Er hat ein großes Präsidialamt aufgebaut, mit einem großen Kreis intellektueller Berater. Jaroslaw Kaczynski erzählte mir, während bei Jaruzelski die Staatssekretäre Ersatzsekretäre des Zentralkomitees gewesen seien, würden sie heute gebraucht, »um dem Ausbildungsstand des Präsidenten Rechnung zu tragen« – kaum eine komplexmindernde Aussage. In einem der wichtigsten Verantwortungsbereiche des Präsidenten, der Außenpolitik, war die Zusammenarbeit zwischen Präsidialamt und Regierung bisher vorzüglich, auch weil der Außenminister und der außenpolitische Berater des Präsidenten alte Kollegen von der Posener Universität sind. Wenn irgendwo, dann wurde hier eine beeindruckende Kohärenz erreicht. Der polnische Präsidentenpalast – das *Belweder* – ist ein entscheidendes Machtzentrum, obwohl, um das in die richtigen Proportionen zu bringen, dort noch immer effektiv weniger Macht liegt als im Hradschin, dem Präsidentenpalast Václav Havel. Sowohl Havel als auch Walesa haben noch immer jene formelle präsidiale Macht, die ihre kommunistischen Vorgänger mit bewußter Ungenauigkeit formuliert hatten, besitzen aber gleichzeitig die informelle Macht, die ihnen aus ihren Führungsrollen im Kampf gegen eben jene kommunistischen Vorgänger erwachsen ist.

Trotz Bronislaw Geremeks Bemühungen im Parlament hat es sich noch immer als unmöglich erwiesen, Übereinkunft über eine neuen Verfassung zu erzielen, mit der eine neue Gewaltenteilung definiert werden soll. Die Feierlichkeiten zum 200. Jahrestag der Verfassung vom 3. Mai 1791, der ersten demokratischen Verfassung Europas, waren daher auch nicht, was sie hätten sein können. Die Debatte über die Beziehungen zwischen Präsident, Ministerpräsident und Parlament dreht sich noch immer etwa um das »franzö-

sische Modell« oder das »deutsche Modell«. Diese Debatte kann aber nicht mehr von jenem Parlament beendet werden, das noch aus den Vereinbarungen vom Runden Tisch resultiert. Bestenfalls wird dieses Parlament einen Verfassungsentwurf an seinen demokratisch gewählten Nachfolger weiterreichen. Mittlerweile bereitet sich das Land auf Wahlen vor, deren Regeln nach langem Gezeter tatsächlich von diesem Parlament festgelegt worden sind.

Im Wettbewerb befinden sich unter anderem die *Demokratische Union*, formell von Tadeusz Mazowiecki geführt und mit Jacek Kuron als Wahlkampfleiter, die bislang vor allem von der Intelligenz unterstützt wird; die Liberalen des Ministerpräsidenten Bielecki; die *Zentrums-Allianz*, angeführt von Jaroslaw Kaczynski; Zbigniew Bujaks sozialdemokratische Gruppe, vor allem an die Arbeiter appellierend; eine mehr oder weniger instabile Bauernpartei bzw. Koalition von Bauernparteien; die Exkommunisten, die sich Sozialdemokraten nennen; und, natürlich, Stan Tyminskis »Partei X«. Doch in einer Situation, in der die Unterschiede zwischen den Parteien derart unklar sind, in einer Wirtschaftslage, die noch immer derart schwierig ist, bei einer Gesellschaft in einem derartigen Durcheinander und mit einer überall herrschenden Desorientierung wäre es wagemutig, irgendwelche Vorhersagen über die Kampagne oder ihren Ausgang zu machen.

Eine Prognose will ich dennoch wagen. Es scheint mir, daß das Ergebnis, das am wünschenswertesten wäre, das am wenigsten wahrscheinliche ist: ein Wahlergebnis vergleichbar jenem der ersten freien Parlamentswahlen im Spanien nach Franco, das ein Unterhaus mit zwei starken Parteien plus einer Anzahl kleinerer Parteien hervorgebracht hat. Das Entscheidende bei einem solchen Resultat, auf Polen angewandt, wären nicht die Ideologien der beiden großen Parteien. Das Entscheidende wäre schlicht, daß es diese großen Parteien gibt, und daß sie in der Lage sind, eine starke parlamentarische Regierung und eine starke parlamentarische Opposition zu bilden, während sie gleichzeitig gezwungen wären, bei jeder großen Veränderung zusammenzuarbeiten, sei es beim Schreiben einer Verfassung, sei es bei der Transformation der Wirtschaft – eine Notwendigkeit, die den polnischen vom spanischen Fall klar trennt.

Ich fürchte, dies ist, was Polen nicht bekommen wird. Das wahrscheinlichere Ergebnis scheint mir (und ich wäre erfreut, sollte ich mich irren) ein zersplittertes Parlament aus schwachen Parteien, die schwache, instabile Koalitionen bilden. Doch dieses Parlament wäre nur Teil einer größeren Splitterung: einer unklaren, unruhigen, unstablen Machtverteilung zwischen Parlament, Regierung und Präsidialamt. Doch nicht genug damit: In einer solchen Situation läge nämlich ein Großteil der effektiven Macht bei keiner dieser konstitutionellen Institutionen, sondern auf der Straße, auf dem Lande und bei den lokalen oder kommerziellen Mafias (inklusive der Ex-Nomenklatura).

Schon heute läuft die polnische Politik Gefahr, erneut gewisse Klischeevorstellungen von Polen zu nähren, Vorstellungen von endlosen Zwistigkeiten und edler Anarchie. Obwohl das äußere Umfeld im Osten wie im Westen heute wohlgesonnener ist, als es das eine lange Zeit war – man könnte sagen, seit 200 Jahren –, können sich solche Dinge wieder ändern, und Polen ist keine Insel.

Schon wird in Ansehung dieser alarmierenden Analyse der Ruf nach einem »starken Mann« prophezeit. Auftritt Lech Walesa mit der Axt. Schnitt. Einblendung einer Fotografie von Marschall Pilsudski. Das postkommunistische (und Post-*Solidarność*-) Polen von heute ist, wie Kurski mit Recht behauptet, nicht mit Polen nach dem Ersten Weltkrieg vergleichbar, und Walesa ist nicht Pilsudski. (Abgesehen von allem anderen verfuhr Pilsudski, wie Kurski ironisch anmerkt, loyal mit seinen Obersten.) Man kann natürlich völlig schief liegen, aber ich kann mir nicht vorstellen, wie Lech Walesa, trotz all seines prahlerischen und kujonierenden Gehabes, Soldaten und Polizei einsetzt, um seine politischen Opponenten in Lager zu sperren. Selbst wenn er das wollte, würde ihn weder Polen noch Europa leichthin gewähren lassen. Außerdem glaube ich, daß Lech Walesa trotz seines autokratischen Stiles und seiner alarmierenden Rhetorik wirklich eine gewisse Vision von einem normalen, demokratischen Polen hat.

Woraus besteht diese Vision? Walesa gibt sich große Mühe, sich auf nichts festlegen zu lassen, am wenigsten auf eine Politik im normalen Sinne des Wortes, die der gängigen Unterscheidung nach »links« und »rechts« gehorchen würde. Wie Kurski berichtet, hat man ihn sagen hören: »Walesa ist dafür, und sogar dagegen«. Das bedeutet jedoch nicht, er habe keine Politik. Bei einem der »*Magdalenka*«-Treffen soll er gesagt haben, nachzulesen in den Notizen von General Kiszczaks Sekretär: »Ich schlage meinen Sozialismus vor. Es gibt drei Bäcker in der Stadt: einen privaten, einen kooperativen und einen staatseigenen. Derjenige von ihnen, der die billigsten Brötchen bäckt, ist ein gemachter Mann.« Das ist Sozialismus mit einem Thatcherschen Gesicht. Und so erschreckend dies auch für viele Leser sein mag – trotz all der offensichtlichen Unterschiede –, so glaube ich, daß seine Politik fast als polnischer Thatcherismus beschrieben werden kann.

Bei seinem Besuch in Großbritannien war ihm besonders daran gelegen, Frau Thatcher zu empfangen, was das Protokoll ganz und gar nicht erfordert hätte. In seinen Memoiren spricht er sehr freundlich über ihren Besuch 1988 in Danzig, und fügt hinzu: »Ich war seit langem ein Fan ihrer Vision von einer unternehmerischen Gesellschaft, in der jede Initiative belohnt wird.« Dies ist eines seiner eigenen Leitmotive. Wie Frau Thatcher sieht er den Schlüssel zu Veränderungen bei den Privatunternehmen. Trotz des populistischen Drachenfutters, das er den Arbeitern gelegentlich vom Rednerpult aus zuwirft,

zieht er eine radikale und schnelle Privatisierung vor: »Ich habe bereits tausendmal gesagt, daß ich zwei Polen sehe. Das erste – das ist das riesige, postkommunistische Unternehmen. Das zweite – ein privates Polen, das wir gerade im Begriff sind aufzubauen. Wir müssen zwei Drittel Polens neu aufbauen, um mit Europa, das uns davonläuft, Schritt zu halten ...«

Der von ihm nominierte Ministerpräsident Bielecki ist ein »Liberaler« in genau jenem Sinn, in dem es Frau Thatcher ist. Wie sie sucht auch Walesa nach knappen, genauen Vorschlägen und Arbeit, Arbeit, Arbeit. Wie sie vereint auch er in sich Philistertum mit einer tiefen Abneigung gegen Intellektuelle. Wie sie stammt er nicht aus der alt-etablierten Oberschicht seines Landes (d.h. in Polen: aus der Intelligenz) und sehnt sich nach einer Gesellschaft, in der auch der weniger Gutsituierte eine gerechte Chance hat, die Leiter zu Wohlstand und Macht durch eigene Initiative und harte Arbeit zu erklimmen. Wie Frau Thatcher vereint auch er in sich einen starken, einfachen, fast vereinfachenden Hang zu den traditionellen Werten von Familie, Kirche und Vaterland, »viktorianische Werte« *à la polonaise*. Falls Frau Thatcher eine Vision des demokratischen Kapitalismus hatte, mit ein wenig mehr Betonung auf Kapitalismus als auf demokratisch, so hat auch er sie.

Natürlich hinkt ein solcher Vergleich. Walesa ist imstande, bei einem Radio-Telefon-Interview, kurz nachdem er Präsident wurde, zu sagen: »Laßt uns Polens Armut alle gerecht miteinander teilen.« Außerdem gibt es denn doch den Unterschied, daß er der wahrscheinlich berühmteste Gewerkschaftsführer der Welt ist, Frau Thatcher aber eine weltberühmte Gewerkschaftsgegnerin. Doch *Solidarność* war von Anfang an mehr als nur eine Gewerkschaft, und selbst als Vorsitzender der *Solidarność* hat Walesa sich nicht viel mit routinemäßigen Gewerkschaftsfragen aufgehalten. Die Arbeitslosigkeit erreichte bis Ende April 1991 1,37 Millionen Menschen (7,3 Prozent), und das noch bevor die großen Unternehmen privatisiert oder geschlossen wurden. Man darf gespannt sein, wie Walesa auf die wachsende Arbeitslosigkeit und Militanz der Arbeiter reagieren wird. Was er auch immer sagen mag – und wenn man Berichte darüber liest, sollte man immer das erste Gesetz der Lechologie im Auge behalten –, ich vermute, er wird die Bedürfnisse des Business den Forderungen der Arbeiter voranstellen.

So wäre also ein Polen des Thatcherismus das Ergebnis von *Solidarność*? Unter Vermeidung jeglicher Ironie muß man sagen, daß es noch schlimmere Möglichkeiten gibt, für ein Land, das nach fünfzig bzw. zweihundert Jahren aus Abhängigkeit und Unfreiheit wieder auftaucht, nicht zuletzt auch jene, daß sich Polen vom abnormalen Extrem der *Solidarność* zum abnormalen Extrem der Unsolidarität entwickeln könnte: ein politisches Ergebnis, das sowohl Kapitalismus als auch Demokratie verhindern würde.

## VIII

Gefragt, welche Konsequenzen er aus der Französischen Revolution ziehe, antwortete der Vorsitzende Mao, daß es noch ein wenig zu früh sei, um das sagen zu können. Fast könnte man diese Antwort weise nennen. Unsere Beurteilung geschichtlicher Ereignisse ist ständigem Wandel unterlegen, da das Voranschreiten von Geschichte sie unter immer neuen Perspektiven erscheinen läßt. 1989 verändert unser Verständnis von 1789, wie François Furet gezeigt hat.<sup>5</sup>

So geht es uns auch mit *Solidarność*. Am 13. Dezember 1981, als das Kriegsrecht erklärt wurde, konnte man meinen, *Solidarność* sei nur der letzte aus einer Serie gescheiterter osteuropäischer Aufstände gegen den aufgezwungenen Sowjet-Kommunismus (1953, 1956, 1968, 1980/81...). 1989 zeigte sich, wie falsch oder zumindest unvollständig diese Einschätzung war. 1991 können wir ein wenig klarer beurteilen, was *Solidarność* gewesen ist: die bahnbrechende polnische Form einer mächtigen gesellschaftlichen Mobilisierung mit dem allgemeinen Ziel, durch den friedlichen Druck des Volkes, kombiniert mit Verhandlungen durch die Elite, das Ende des Kommunismus zu erreichen. In diesem Punkt war sie erfolgreich.

Geremek zitiert mit verständlichem Stolz eine Bemerkung, die Lew Timofejew im Dezember 1988 in Paris gemacht hat: daß es »ohne Polens *Solidarność* weder einen Gorbatschow noch einen Sacharow in Paris« gegeben hätte. Historiker der Sowjetunion müssen uns sagen, wieviel Wahrheit diese Bemerkung enthält. Doch fest steht, daß *Solidarność* eine bahnbrechende Bewegung in Ostmitteleuropa war. Nirgendwo sonst hatte es eine Massenbewegung der Arbeiter gegeben. Aber Elemente dessen, was *Solidarność* in Polen entwickelt hatte – friedlicher Protest und ziviler Widerstand, Verhandlungen am Runden Tisch –, schwappten direkt zu den Nachbarn über. Polen war Erster. Wenn die Teilung Europas, die wir kurz »Jalta« nennen, in Polen begonnen hat, dann hat auch das Ende »Jaltas« in Polen begonnen. Kein Land hat in den achtziger Jahren mehr für die Sache der Freiheit in Europa geleistet, und kein Land hat dafür einen höheren Preis bezahlt.

Und wie wird *Solidarność* in weiteren zehn Jahren aussehen, 2001? Um uns Antworten auf diese Frage vorstellen zu können, müssen wir uns erst einmal Polens Zukunft vorstellen. Wenn die Dinge sehr schlecht laufen, wenn sich das, was sich fälschlicherweise als »Realität« oder »Gesetzmäßigkeit« der Geopolitik darstellt, wieder einmal in die inneren Angelegenheiten Polens einmischen sollte, dann wird die Antwort einfach sein. *Solidarność* wird nichts weiter gewesen sein als nur der letzte in einer langen Reihe legendärer Aufstände. So wie Jacek Kuron im Gefängnis aus einem Buch über die Januar-Aufstände 1863 Kraft zog<sup>6</sup>, so wird dann ein Buch über die Geschichte



von 1980 die Menschen inspirieren und mit Mut erfüllen. So wie junge Menschen in den Tagen des Untergrundkampfes der *Solidarność* Bücher über die »Heimatarmee« des Zweiten Weltkrieges lasen und alte Männer mit ihren Fälschungsstempeln aus den Zeiten der Nazibesatzung auftauchten,<sup>7</sup> so wird man dann die Erfahrungen der *Solidarność* weitergeben.

*Der Freiheit Kampf einmal begonnen,  
Vermacht vom blutenden Vater dem Sohn,  
Wird auch vereitelt stets gewonnen.*

So unwahrscheinlich dies auch heute erscheinen mag, niemand, der auch nur das Geringste über polnische Geschichte weiß, kann das für unmöglich halten.

Das andere Extrem ist eine Zukunft, in der Polen im Jahr 2001 ein normales Land geworden ist, im gleichen Sinne, in dem Spanien, Portugal und Griechenland heute normale Länder sind. Zweifellos noch immer relativ arm, durcheinander und gespalten, aber dennoch mit den wichtigsten demokratischen, rechtsstaatlichen und marktwirtschaftlichen Stützen, gefördert durch die Mitgliedschaft in einer erweiterten Europäischen Gemeinschaft und militärisch geschützt durch die Mitgliedschaft in einer erweiterten NATO. Ein solches Polen mag zwar keinen Walesa haben, aber es wird auch keinen Walesa nötig haben. In diesem normalen, vielleicht sogar langweiligen Polen wird es eine neue Generation Politiker geben, die nichts weiter sein will als eben Politiker – nicht mehr und nicht weniger.

In diesem Polen, mit einer starken Mittelschicht, hätten sich die Identitäten (und Komplexe) jener drei großen Klassen Intelligenz, Arbeiter und Bauern – eine jede von ihnen »unnormale« im Europa des ausgehenden zwanzigsten Jahrhunderts – miteinander vermischt und entsprechend verändert. In diesem Polen werden Geschichte und Historiker in den Universitäten zu finden sein, in den Akademien und Schulen, wo den jüngeren Schülern *Solidarność* fast schon so entfernt scheinen wird wie der Januar-Aufstand.

In diesem Polen wird dann eine neue Generation von postrevisionistischen Historikern eintreffen, aufgeweckte junge Männer aus Oxford und Krakau, wißbegierige junge Frauen aus Maryland und Lödi. Sie werden sich schnell all dieser Labas, Goodwyns und Garton Ashs entledigen, die Archive ausweiden, die Überlebenden ausquetschen und die Geremeks und Walesas auf ihre Plätze verweisen. Und sie werden uns erzählen, wie es eigentlich gewesen ist.

*Aus dem Englischen von Yvonne Badal*

## Literaturangaben

- Lawrence Goodwyn, *Breaking the Barrier. The Rise of Solidarity in Poland*, Oxford University Press 1991, 466 S.
- Jaroslav Kurski, *Wódz [Der Chef]*, Warschau (Pomost) 1991, 127 S.
- Roman Laba, *The Roots of Solidarity. A Political Sociology of Poland's Working-Class Democratization*, Princeton University Press 1991, 247 S.
- Rok 1989. Bronisław Geremek opowiada, Jacek Zakowski pyta [*Das Jahr 1989. Bronisław Geremek berichtet, Jacek Zakowski fragt*], Warschau (Plejada) 1990, 384 S.
- Lech Walesa, *Droga do wolności. 1985-1990 Decydujące lata [Der Weg in die Freiheit. 1985-1990, die entscheidenden Jahre]*, Warschau (Editions Spotkania) 1991, 304 S.

## Anmerkungen

- 1 Der vorliegende Artikel erschien auch im *New York Review of Books*. Die Passagen, die sich auf die Untersuchungen von Goodwyn und Laba beziehen, wurden für die deutschsprachige Fassung stark gekürzt. (d. Red.)
- 2 In einem sehr anregenden Artikel aus Polens führendem Wochenblatt *Tygodnik Powszechny* vom 7. April 1990 schreibt Pater Józef Tischner, der *Solidarność*-Theologe: »Es liegt viel Wahrheit in der Aussage, daß, nach der Konfrontation der Christenheit mit dem Kommunismus, die Christenheit nun mit dem Liberalismus konfrontiert ist.« Und als er über die geistige Kraft der Kirche unter dem Kommunismus spricht, erklärt er: »Als die Kirche keine Macht hatte, stellte sich heraus, daß sie mächtig war; man kann nun nur hoffen, daß nicht das Gegenteil geschehen wird – daß sie, wenn sie Macht hat, machtlos wird.«
- 3 Krzysztof Dubinski, *Magdalenka: Transakcja Epoki [Magdalenka. Die Transaktion einer Epoche]*. Formell bei »Sylwa« veröffentlicht; die Copyright-Seite enthüllt jedoch ein gemeinsames Copyright des Autors und des allgegenwärtigen BGW. Neben dem Vater, dem Sohn und dem Heiligen Geist gab es auch noch den Heiligen Vater, dessen starkes Interesse an den polnischen Angelegenheiten sowohl im Buch Geremeks als auch Walesas in Erinnerung gerufen wird. Geremek erinnert sich, wie der Papst ihm erzählte, daß er Präsident Reagan darum gebeten habe, Polen wirtschaftlich zu helfen. *Solidarność* hoffte auch, etwas über die sowjetische Haltung gegenüber Polen durch die diplomatischen Kanäle des Vatikans zu erfahren. Dort konnte man ihnen jedoch nicht viel mehr sagen, als was sie ohnehin schon wußten.
- 4 Den glorreichen 4. Juni beschreibe ich in »Ein Jahrhundert wird abgewählt«, München 1990.
- 5 Vgl. seinen Beitrag »1789-1917, Rückfahrkarte« in: *Transit* 1, 1990.
- 6 Dies ist eines der mich so bewegenden Details in Jacek Kurons *Wiara i Wina. Do i od komunizmu* (»Glaube und Schuld: Zum und Vom Kommunismus«), veröffentlicht bei Aneks (London) und Nowa (Warschau), ein Buch, das verdienen würde, übersetzt zu werden.
- 7 Dieses Detail stammt aus Maciej Topinski, Marcin Moskit, Mariusz Wilk, *Konspira. Solidarity Underground* (University of California Press).

*Tomas Venclova*  
INSTRUKTION

Der Flug dauert kaum eine Stunde. Die Paßkontrolle macht dir keine Schwierigkeiten; ohne Hast wirft der Beamte einen kurzen Blick auf deinen Paß  
 (die einzige Karte in dem nicht enden wollenden Spiel)  
 und winkt mit der Hand. Es kann sich freilich vieles ändern in einem Jahr, einem Monat oder einer Minute; doch es bleibt ein Risiko, wenn auch kein großes. Elendsquartiere aus rotem Ziegel aus der Mayerlingzeit. Ein Feiertag. Portraits in den Fenstern, seit gut zehn Jahren nicht gesehen. Fahnen, Parolen. Die beste Zeit hier; die Obrigkeiten sind nicht in der Stadt, die Archive sind geschlossen; der diensthabende Beamte ist zu bequem, auch nur den Finger auf die Wählscheibe zu legen; höchstwahrscheinlich sind in den Gefängnissen noch zwei, drei Wärter anzutreffen, die besonders hängen an ihrem Beruf. An so einem Tag fliegt der Pilot, niemand schießt ihn ab, über das Land, wo es mehr Uran und Stahl gibt als Getreide; an so einem Tag landet er in der Stadt, in die du bestimmt nicht zurückkehren wirst. Klar, er ist mutiger. November, dunkle Boulevards; ganz sicher versteckt sich einer in den Torbögen, genau wie in einem Traum. Überhaupt erinnert dies an einen Traum.

Ein Hügel im Dunst, aber es gibt keinen Grund ihn zu erklimmen. Er scheint der einzige zu sein weit und breit. Die weiten Ebenen erstrecken sich bis zum Dnjepr und weiter zum Ural und zur Wüste Gobi. Über die Brücke, dann nach rechts. Die Pracht der getrübten Scheiben, der erloschenen Lampen, der Zäune aus Jugendstilgitter und der alten Moscheen werden dich begleiten. Es gibt nur wenige Passanten. Du bleibst unsichtbar für sie. Nieselregen, schon seit Tagen. Ein Tal, ein riesiges Tal, wie der Grund einer Lagune. Steinerne Schnecken über den Türen; Kraken und Seelilien am Dachgesims; selbst der Fluß ist grau wie eine Molluske, die aus ihrer Schale gekrochen ist.

Es ist nicht zu Ende und es wird nie enden. Eine Frau mit einem Bauerngesicht verkauft Blumen. Eine Nelke tut's.

Hier ist es schon, ganz nah. Meist stehen Wachen am Denkmal, die Order haben, die Blumen zu beschlagnahmen. Doch heute ist ein Feiertag. Auch sie haben das Recht sich auszuruhen. Vor genau dreißig Jahren, gab es eine Versammlung auf diesem Platz (waren es Tausend? Zweitausend? Es wäre kaum Platz gewesen für Fünftausend), einige mit Nelken, andere vermutlich mit leeren Händen.

Was danach geschah, darüber sind Hunderte von Büchern geschrieben worden. Um diese Bücher zu lesen, mußttest du dein Heimatland verlassen. Da und dort findet sich vielleicht noch ein geborstener Stein, eine pockennarbige Granitfläche, eine Hausecke, abgebrochen, doch nach all den Jahren ist alles schwer zu begreifen ohne kundigen Begleiter.

Du weißt wenig, um die Wahrheit zu sagen, über diesen Mann auf dem Platz: »die Arme verschränkt über der Rüstung«, »die Mauern von Jericho stürzen ein«, »vorwärts – vorwärts –.« Vielleicht die besten Verse der Welt.

Ein Freimaurer, ein Artillerist. Gelähmt, das Gesicht verbrannt.

Labiau, Ostrolenka, Wola, Temesvar.

Die verlorenen Schlachten waren um einiges zahlreicher als die siegreichen.

Er starb am Fieber in der Stadt Aleppo, kurz nach seinem Übertritt zum Islam.

Kein einziger Passant. Leg die Nelke zu seinen Füßen, möge die Welt implodieren wie ein Stern, den seine eigene Schwerkraft bezwang. Der Kontinent stürzt in das Tal, das Tal in den Dunst der Stadt, der Dunst der Stadt auf den Platz, der Platz auf das Denkmal. Das Zentrum von allem ist die Nelke. Schwer, nichts als Neutronen. Wenn du vorbeigehst, zwei Stunden später, liegt sie noch immer auf dem Stein. Zumindest kommt es dir so vor.

Eine bedeutungslose Geste. Du hast dreißig Jahre darauf gewartet.

Hast die Länder gewechselt, die Schicksale, die Freunde, doch du hast dein Ziel erreicht.

Die Menschen, die sich damals auf dem Platz versammelten (nicht alle sind nach Hause zurückgekehrt)

haben ein Jahrhundert gewartet. Länger sogar: hundertacht Jahre. Was kann man machen;

diese Ebenen, Steppen, dieser Dunst lehren einen das Warten.

*Aus dem Amerikanischen von Bruni Röhm und Gerd Burger*

*Anmerkung des Autors*

Das Gedicht bezieht sich auf einen Besuch in Budapest im November 1986 zum Jahrestag der Oktoberrevolution (1986 war gleichzeitig der dreißigste Jahrestag des ungarischen Aufstands). Das beschriebene Denkmal ist das des Generals Jozef Bem (der polnische Held des Aufstands von 1848); hier nahmen die Ereignisse des Jahres 1956 ihren Anfang. Das zitierte Gedicht stammt von dem polnischen Dichter Cyprian Norwid, der 1876 starb.

Miklós Szabó

## RESTAURATION ODER AUFARBEITUNG? Geschichte und politische Kultur in Ungarn

Mehr vielleicht als anderswo ist die Geschichte ein Teil der politischen Kultur der Völker Mittel- und Osteuropas. Sie drücken ihre politischen Anschauungen gerne mit Hilfe historischer Beispiele oder durch Geschichtsmythen aus. Es war das romantische Denken mit seinen Geschichtsmythen, das an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert die politische Kultur dieser Völker formte. Dieses Denken bietet den beträchtlichen Vorteil, komplizierte politische Gedankengänge auf eine Weise zu vermitteln, so daß sie selbst für ungeschulte Menschen erfaßbar werden. Darüber hinaus birgt die ästhetisierende Umsetzung der Geschichte in dieser Form auch eine motivierende Kraft in sich, gegen die ein nüchterner politischer Diskurs kaum anzukommen vermag.

Der ungarische Stalinismus zwischen 1948 und 1953 war sich dessen bewußt und schuf als Gegenentwurf zu den althergebrachten Geschichtsbildern seinen Mythos von der Verteidigung des Vaterlandes durch die Leibeigenen. Dieser Mythos hatte drei Elemente: Die ungarische leibeigene Bauernschaft wurde zur Trägerin der tausendjährigen ungarischen Geschichte und die Bauernaufstände zu den großen Ereignissen der vormodernen ungarischen Geschichte stilisiert; was die Türkenherrschaft im 16. und 17. Jahrhundert betrifft, schuf die stalinistische Ideologie den Geschichts-Topos, demzufolge die Großgrundbesitzer das Vaterland nach und nach verraten hätten und die Bauernschaft es allein gegen die Türken verteidigt hätte. Darüber hinaus nahm das Rákosi-Regime die Ideologie der den Ausgleich von 1867 ablehnenden Unabhängigkeitspartei (*Függetlenségi Párt*) für sich in Anspruch und zimmerte aus den alten habsburgfeindlichen Traditionen eine fortschrittliche ungarische Unabhängigkeitstradition.

Nach 1956 verfolgte das Kádár-Regime eine grundsätzlich andere Politik und baute seine Ideologie auf einer totalen Verleugnung der Geschichte auf. Es schuf keinen neuen Gegenentwurf, sondern bediente sich einer viel effizienteren Methode: Es tat so, als gäbe es überhaupt keine Geschichte.

Diese Geschichtsleugnung resultierte aus einer Doppelstrategie des Kádár-Regimes. Zum einen setzte es alles daran, jenes historische Ereignis vergessen zu machen, aus dem es geboren war: 1956. Die zwischen November 1956

und Mitte der sechziger Jahre betriebene Propaganda gegen die Revolution von 1956 war wirkungslos geblieben. Daraufhin griff das Regime zu einer neuen Politik: Es tat so, als hätte diese Revolution überhaupt nie stattgefunden. Mit Beginn der zweiten Hälfte der sechziger Jahre wurde eine »Befriedungspolitik« praktiziert, deren ideologische Grundlage darin bestand, daß die Machthaber jedem seine Aktivitäten während der Revolution verzeihen, die Gesellschaft im Tauschverfahren aber vergessen sollte, daß es im Oktober 1956 eine Revolution gegeben hatte. Dieses Vorgehen erwies sich als sehr erfolgreich. Die Gesellschaft vergaß die Revolution und arrangierte sich mit der Macht. Mehr erwartete die Staatsmacht von den Bürgern auch nicht. Sie forderte nicht, daß sie zu überzeugten Marxisten-Leninisten werden sollten, und sie forderte ebenso wenig, daß sich irgendjemand für das bestehende System begeistern sollte. Die andere Strategie des Kádár-Regimes war die Entpolitisierung der Gesellschaft. Die 1953 errichtete – und 1956 noch verstärkte – paternalistische Diktatur wollte weder die Gesellschaft mobilisieren, noch erwartete sie irgendeine aktive Verpflichtung der Bürger zugunsten des Regimes. Sie erwartete vielmehr totale politische Passivität: Wenn die Bürger sich damit abfänden, in politischen Angelegenheiten kein Mitspracherecht zu haben, würde das Regime umgekehrt tolerieren, falls sie in der Schattenwirtschaft ihr Einkommen auf eine Weise vergrößerten, die im Widerspruch zu den Rechtsnormen des gegebenen Systems oder zumindest zu dessen kollektivistischen Prinzipien stünde.

Die Politik des Vergessens vollzog sich in mehreren Schritten. Nachdem das System Mitte der sechziger Jahre die Propaganda gegen die Revolution von 1956 eingestellt hatte und es vorzog, das Ereignis zu verschweigen, ging in den siebziger Jahren auch die Zahl der Werke, die sich mit der Zeit zwischen 1948 und 1953 beschäftigten, spürbar zurück. Als die vom Stalinismus geprägte Generation langsam abgelöst wurde, war die Kádár-Führung bestrebt, mit der kommenden Generation diese Epoche überhaupt in Vergessenheit geraten zu lassen. In Wirklichkeit repräsentierte diese Führung natürlich selbst die politische Kontinuität des Stalinismus zwischen 1948 und 1953, weil sie das stalinistische Modell als einzig mögliches Modell des Sozialismus betrachtete. In alternativen Modellen zu denken, wie dies im Lager des »Neuen Kurses« unter der Regierung Imre Nagy 1953/54 eingesetzt hatte, war für die Kádár-Führung letztlich eine »Rechtsabweichung«, die nur zum Verrat und zur Parteinahme für die »Konterrevolution« führen konnte. Folglich hatte die Rákosi-Führung beim Aufbau des Sozialismus und bei der Umsetzung der sich daraus ergebenden praktischen Aufgaben nur »Fehler« begangen. Das Kádár-Regime konnte dies natürlich niemals offen aussprechen, aber auch nichts Gegenteiliges sagen, und so blieb hier Schweigen die beste Methode.

Die Strategie des Vergessens tat ihre Wirkung. Sie ließ die triviale, niemals niedergeschriebene, aber alle Schriftwerke dennoch durchdringende Überzeugung entstehen, daß die Menschheitsgeschichte in immer gleichen Bahnen verläuft. Die Technik und die von ihr unmittelbar abhängige Ökonomie entwickeln sich weiter, die Organisation der Macht aber funktioniert nach unveränderlichen, »ewig menschlichen« Gesetzen. Am Hof der Pharaonen wurde genauso intrigiert wie am »Hofe« Kádárs oder Breschnews. In den Jahrtausenden der Menschheitsgeschichte waren ausschließlich die ökonomisch-zivilisatorischen Prozesse von Bedeutung, die Ereignisse des politischen Lebens hingegen nicht. Anders gesagt: In der Politik gibt es kein Geschehen. Alles war schon immer so, wie es der in der Gegenwart lebende Betrachter sieht und erlebt. Konsequenterweise setzt diese Zeitlosigkeit voraus, daß es nur eine immerwährende Gegenwart, aber keine Vergangenheit und keine Zukunft gibt. Mithin war es irrelevant, einen Parteikongreß zu befragen, ob seine Beschlüsse die Politik der Partei verändert hatten: Die Politik der Partei verändert sich nie und war immer so, wie der gegenwärtige Beobachter sie gerade wahrnimmt; und sollte es in tausend Jahren noch eine Partei geben, würde ihre Politik immer noch die gleiche sein. Die »Agitprop«-Praxis der Kádár-Ära unternahm alles, um die zeitlich einander ablösenden Momente des politischen Geschehens in den Augen der »Volksmassen« niemals die Form von »Ereignissen« annehmen zu lassen. Kein Geschehen, keine Ereignisse – dies war die Sichtweise der politischen Gleichgültigkeit, die das System von seinen Untertanen als staatsbürgerliche Haltung einforderte. Die Geschichtslosigkeit bedeutete Gleichgültigkeit auch gegenüber der Politik. So brachte die Eliminierung der Geschichte als »falsches Bewußtsein« in gewisser Weise auch die Liquidierung der politischen Kultur mit sich. Wenn wir aber akzeptieren, daß Politik stets mit politischer Kultur – welcher Art auch immer – einhergeht, dann ist die Gleichgültigkeit gegenüber der Politik selbst eine Art von politischer Kultur. In diesem Sinne war die vom System geforderte und geförderte politische Enthaltbarkeit in Wirklichkeit keine politische Gleichgültigkeit, sondern ein Habitus: »verschämte Loyalität«, die man sich selbst nicht eingestand. Sichtbar wurde sie nur im hysterischen Ressentiment, das eine vorgeblich apolitische Person angesichts einer ausdrücklich politischen Haltung an den Tag legen konnte. Der apolitische Habitus war keine Gleichgültigkeit. Er unterschied sich davon ebenso, wie der seinen Haß auf die Religion mühsam verschleiernde Atheist sich von jemandem unterscheidet, für den eine andere Person gläubig sein darf, weil ihn diese Frage vollkommen kalt läßt. In Wirklichkeit pflegten jene Apolitischen, welche die an der Wende zu den achtziger Jahren entstehende politische Opposition ablehnten, eine versteckte Apologie des Regimes. Sie forderten die Opposition auf, sich von der Politik zurückzuziehen, nicht aber die Inhaber der Macht.



Spätestens seit Beginn der achtziger Jahre war das System in Selbstauflösung begriffen, und 1988 fiel der Opposition die Macht eher zu, als daß sie sie erobert hätte. Es war das Ende des technokratischen Umgangs mit der Macht, Herrschaft bedeutete wieder Politik, und die Ereignisse des politischen Lebens erhielten wieder ihre historische Dimension: Die Geschichte war zurückgekehrt. Die sich nun artikulierenden neuen politischen Kräfte benötigten wieder eine politische Kultur im klassischen Sinn des Wortes. Der Aufbau dieser Kultur aus den unter der apolitischen Oberfläche bereits lange bestehenden und wirkenden politischen Strömungen wäre vielleicht möglich gewesen. Die marginale Opposition, die auf eine fünfzehnjährige Vergangenheit zurückblickte, verfügte über ausreichend motivierende und orientierende politische Ideen, und der Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre einsetzende politische Zerfall des Systems hatte auch innerhalb der Parteiführung reformkommunistische Richtungen hervorgebracht.

Nur hatte die kommunistische Opposition kaum eine Chance, eine neue politische Kultur aufzubauen: Sie hatte keine Basis und wirkte nach all den Jahren der versuchten Paralyse des politischen und des historischen Bewußtseins als Protagonistin eines politischen Wechsels nicht gerade überzeugend. Die demokratische Opposition war westlich orientiert und konfrontierte die Diktatur mit der Idee der Demokratie; allerdings war die Opposition in Ungarn keine Massenbewegung wie in Polen *Solidarnosc* (ihre Basis war sogar kleiner als die der *Charta 77* in der Tschechoslowakei). Um diese ungarische Bewegung entstanden keine Rituale, ihre Symbole waren nicht allgemein beliebt oder bekannt, die großen Momente ihres oppositionellen Kampfes stifteten eine Tradition nur für einen sehr engen Kreis, die Mehrheit wußte nicht einmal davon. Ebenso wenig konnte man ohne weiteres auf den Westen zurückgreifen: Die Kultur der dortigen politischen Strömungen war nicht schlicht zu übernehmen und zu adaptieren, zu unterschiedlich waren die sozialen Verhältnisse, das ökonomische Modell, die politische Differenzierung Ungarns im Vergleich zu den westlichen Ländern.

Die einzige Möglichkeit, eine politische Kultur aus heimischen »Grundstoffen« zu schaffen, ist wieder einmal – alten Traditionen folgend – der Aufbau aus historischem Material. Dies kann zweierlei bedeuten: Die neue politische Kultur wird aus den Traditionen vergangener historischer Epochen errichtet, oder Grundlage der neuen politischen Kultur wird die kritische Aufarbeitung der unmittelbar zurückliegenden Epoche. Der traditionalistische Weg weckt die Erinnerung an vergangene Epochen mit ihren Symbolen, Ritualen und Vorstellungen, deren Kontinuität unterbrochen wurde, und knüpft wieder an sie an. Der andere Weg führt über die kritische Analyse der unmittelbaren Vorgeschichte unserer Gegenwart. Diese beiden Wege unterscheiden sich fundamental, sie repräsentieren gegen-

sätzliche Geschichtsauffassungen. Der Weg der Kritik stellt sich der realen Geschichte. Demgegenüber greift der traditionalistische Weg die passenden ideologischen Bausteine nach Belieben heraus. Die Geschichte ist hier eine Beispielsammlung, eine Galerie von Mythen. Gegenstand ist nicht die tatsächliche Geschichte, sondern die Vergangenheit als ästhetisches Gebilde, dessen motivierende Kraft besonders leicht ideologisch instrumentalisiert werden kann.

Die Nachfolger einer historischen Epoche neigen dazu – vor allem, wenn sie mit dieser Epoche radikal brechen wollen – die vergangene Ära als eine Abweichung vom Weg des historischen Fortschritts, vom »regulären« Gang der Geschichte zu sehen, bzw. als ein politisches System und Herrschaftsmodell, das nicht als »normale« historische Erscheinung betrachtet werden kann. Eine kritische Analyse dieser Epoche ist von diesem Standpunkt aus nicht notwendig, bildet sie doch nicht das Fundament für das Neue. Unmittelbar nach Kriegsende (zur »Stunde Null«) wurde in Deutschland der politische Anspruch formuliert, an die Verhältnisse vor 1933 anzuknüpfen: Damit setzte eine Entwicklung ein, die Walter Dirks »Restauration« nannte. Die deutsche Restauration griff allerdings auf die Zeit vor der Weimarer Republik zurück – ohnehin gab es unter den politischen Kräften, von links bis rechts, kaum eine, die sich mit der Weimarer Republik identifizieren wollte. Die konservativen Strömungen suchten einen restaurativen Anschluß an die Kaiserzeit vor 1918. Doch gleichzeitig wurde auch die Forderung nach einer kritischen Analyse der jüngeren Vergangenheit laut, nach einer Aufarbeitung der Geschichte der Weimarer Republik und ihrer Vorgeschichte. Hier ging es darum, eine Antwort auf die Frage »Wie war das möglich?« zu finden: Wie konnte es zur historischen Deformation Deutschlands unter Hitler kommen? Meineckes 1946 erschienener bekannter zeitkritischer Essay »Die deutsche Katastrophe« war der erste Schritt in diese Richtung, dem rasch weitere bedeutende und weniger bedeutende Zeitanalysen folgten. Deren Vorläufer waren die noch vor dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus in der Emigration entstandenen Werke, von denen Thomas Manns Flugschriften hervorzuheben sind: »Vom kommenden Sieg der Demokratie«, »Bruder Hitler«, »Achtung, Europa!«. In der Folge gerieten die Verfechter der »Vergangenheitsbewältigung«, die den Nationalsozialismus als Folge und letzte Station des »deutschen Sonderweges« interpretierte, und die Vertreter der »Restauration« aneinander. Letztere sahen den Lauf der deutschen Geschichte vor 1933, im besonderen aber vor 1918, als »normal« an und definierten den Hitlerismus als singuläre historische Erscheinung. Der Nationalsozialismus war demnach nicht die notwendige Folge der deutschen Geschichte, sondern das Ergebnis einer einmaligen internationalen und innenpolitischen Konstellation. Die beiden

Positionen kollidierten neuerlich im »Historikerstreit« der achtziger Jahre. Der Schule der »Vergangenheitsbewältigung« fiel beim Aufbau des politischen Selbstverständnisses im Nachkriegsdeutschland eine wichtige Rolle zu. Sie prägt die heutige deutsche politische Kultur in weit höherem Maße als das Lager der »Restauration«.

Dies aus zwei Gründen: Einmal, weil in der deutschen Geschichte romantischen Geschichtsmythen eine geringere Bedeutung zukam, als dies in der Vergangenheit der kleinen mittel- und osteuropäischen Völker der Fall war. Zum andern, weil es aus außenpolitischen Gründen eine heikle Sache war, historischen Vorläufern, wie dem »zweiten Kaiserreich« oder der »klassischen« Epoche des deutschen Militarismus und Imperialismus, explizit verpflichtet zu sein.

In der politischen Kultur Ungarns vor dem Zweiten Weltkrieg hatte sowohl jene Denkart bedeutende Vorläufer, die das Selbstverständnis der neuen Epoche aus der Kritik der zurückliegenden schuf, als auch jene, die die neue politische Kultur aus historischen Mythen zu errichten trachtete. Nach der Revolution von 1848 bzw. nach dem Freiheitskampf von 1848/49 analysierte einer der bedeutendsten Protagonisten der politischen Kämpfe jener Epoche, der nicht nur als politischer Denker, sondern auch als Romancier bekannte Zsigmond Kemény, in seiner Flugschrift »Nach der Revolution« die Tätigkeit der von Kossuth geführten Richtung, welche die Revolution vorbereitet und getragen hatte, und legte damit im wesentlichen bis 1945 die Züge einer der wichtigsten Strömungen der ungarischen politischen Kultur fest. Eine rechtsgerichtete Kritik der Epoche zwischen 1867 und 1918 hat dann Gyula Szekfü in seinem 1920 erschienenen Essay »Drei Geschlechter« unternommen. Dieses Werk begründete mit seinem Angriff auf die vergangene, von Szekfü als liberal gebrandmarkte Ära die Regime-Ideologie der Zwischenkriegszeit und hatte bedeutenden Anteil an der Ausformung der politischen Kultur jener Zeit. 1945 schließlich blickte man auf eine Epoche zurück, welcher der ungarische Rechtsextremismus entsprungen war, der 1944 zur Zeit der deutschen Besetzung kulminierte. Auch diesmal war es Szekfü, der die ersten Schritte einer kritischen Zeitbetrachtung unternahm. In seinem Essay, dem er nach der Schrift von Zsigmond Kemény den Titel »Nach der Revolution« gab, suchte er eine Erklärung für den historischen Ursprung des ungarischen Rechtsradikalismus. Viel einflußreicher waren aber die Essays von István Bibó, dem großen Klassiker des ungarischen politischen Denkens. Der Theoretiker der zwischen 1945 und 1948 aktiven »Nationalen Bauernpartei« beschäftigte sich in zweien seiner Essays mit der Vorgeschichte des ungarischen Faschismus. Ein Essay hielt bereits im Titel – »Verzerrter ungarischer Charakter. Ungarische Geschichte in der Sackgasse« (1948) – fest, daß mit der Türkenbefreiung die historische

Entwicklung Ungarns von der »normalen« europäischen Bahn abgewichen war und eine der übelsten Varianten des Rechtsextremismus hervorgebracht hatte. Sein zweiter Essay – »Zur Judenfrage. Am Beispiel Ungarns nach 1944« (1948)<sup>1</sup> – beschäftigte sich mit dem ungarischen Antisemitismus. Mit ihren kritischen Analysen der Zwischenkriegszeit wollten Szekefü und Bibó den Grundstein für die neue ungarische Demokratie legen.

Diese Analysen sollten aber nicht die geistige Grundlage des 1948 entstandenen Ungarns werden. Das 1948 errichtete politische System verfügte im Land über keine Vorläufer, knüpfte in keiner Weise an die Geschichte des Landes an, es wurde Ungarn von außen aufgezwungen. Damit wurde der Aufbau einer politischen Kultur auf der Grundlage einer Kritik der Vergangenheit abgebrochen.

Für unsere Zeit könnte eine neue politische Kultur aus einer solchen Kritik, diesmal an der Epoche von 1948 bis 1988, geschaffen werden, falls die analytische Arbeit zeigen kann, daß es in dieser Epoche Elemente und Strukturen gab, auf die die neue Ära aufbauen könnte; daß es politische Bestrebungen gab, die zu einer Tradition der neuen Demokratie werden könnten; daß es Tendenzen gab, die es wert wären, fortgesetzt zu werden. Allein, das gegenwärtige politische Denken der herrschenden Elite scheint davon nichts wissen zu wollen.

In der Tat ist die Basis, auf die man zurückgreifen könnte, recht schmal. Die 1945 in Angriff genommene kritische Analyse der vorausgegangenen Epoche fand bereits 1948 ihr Ende: zu früh, um eine politische Kultur stiften zu können. Und danach hat sich keine starke oppositionelle Tradition, geschweige denn mit breiter Basis, herausgebildet, die geschichtsmächtig genug gewesen wäre, einen Neuanfang zu tragen.

Angesichts der zweimaligen Deformation Ungarns im Laufe des 20. Jahrhunderts, durch den Rechtsextremismus bis 1945 und durch den Stalinismus nach 1948, nimmt es nicht wunder, daß sich die neuen herrschenden politischen Kräfte heute eine politische Kultur zu verschaffen versuchen, indem sie weiter in der Geschichte zurückgreifen. Ein schönes Beispiel hierfür ist die Entscheidung der Regierungsmehrheit im ungarischen Parlament, den 20. August, den Tag Stefans des Heiligen, des ersten christlichen ungarischen Königs (997-1038), zum Staatsfeiertag zu erklären und nicht den 15. März, den Jahrestag der Revolution von 1848, der den Beginn der Moderne und ein demokratisches, bürgerliches Ungarn markiert.

Solche großzügigen Rückgriffe haben ihrerseits Tradition in Ungarn. Von Beginn der Neuzeit bis 1945 wurde die politische Kultur Ungarns laufend von der Tradition des ungarischen Ständewesens genährt. Die moderne ungarische politische Kultur entsprang zu einem Großteil eben der politischen Kultur des Ständewesens. Während jene Kultur, die der

Kritik der vorangegangenen Epoche entsprang, eher in den intellektuellen Eliten beheimatet war, schöpfte die populäre politische Kultur aus den Traditionen der ständisch-adeligen Vergangenheit.

Die nationalen Mythen der Völker im mittel- und ostmitteleuropäischen Raum – es sind immer Geschichtsmythen – entstanden aus dem Geist der Romantik. Die »geschichtslosen« Völker der Region, die keine geschlossene, vom Mittelalter bis in die Neuzeit reichende Staatlichkeit vorweisen konnten, die keinen eigenen Adel hatten und in deren Gesellschaften sich keine eigenen Stände herausgebildet hatten, schufen sich um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert einen mythischen Ersatz für die mangelnde historische Kontinuität: den Mythos der gloriosen Vergangenheit eines ehemals großen Reiches, dem das Schicksal übel mitgespielt hatte oder das von anderen Völkern der Region barbarisch vernichtet worden war. So entstand der »dako-rumänische« Mythos der Rumänen, die Tradition des romanisierten Dakerstaates zur Zeit der Völkerwanderung oder die slowakische »Wiederentdeckung« der Bedeutung des frühmittelalterlichen Reiches von Svatopluk. Aus dieser Sicht wurden beide Altreiche durch die ungarische Landnahme vernichtet: eben durch den Einbruch der kämpferischen, nomadisierenden, also barbarischen Ungarn. Die neuere slowakische und rumänische politische Kultur sieht ihr Ziel demnach in der Wiedererrichtung der unverdienterweise vernichteten ehemaligen Reiche.

Der ungarische Nationalmythos wiederum ist ein Spiegelbild der politischen Mythologie der »geschichtslosen« Nachbarvölker. Das ungarische Volk besitzt demnach historische Kontinuität, genauso wie das polnische und das tschechische bis zur Schlacht am Weißen Berg, der Vernichtung der tschechischen Ständerepublik. Ungarn verfügte vom Mittelalter bis in die Gegenwart über eine Staatstradition. Wenn dieser Staat unter den Habsburgern auch nicht unabhängig war, so schufen ungarischer Adel und ungarische Stände doch einen festen staatlichen Rahmen. In der Neuzeit glaubte sich die ungarische politische Kultur darin bestätigt, daß im Donaauraum die Ungarn die einzige »staatsbildende Nation« darstellten, daß nur die ungarische Nation als regionale Ordnungsmacht in Frage käme. Diese Auffassung legitimierte die Existenz eines mehrere Völker umfassenden historischen Ungarns und rechtfertigte zwischen 1867 und 1918 die Existenz »Groß-Ungarns« sowie zwischen 1918 und 1945 die irredentistischen Bestrebungen, dieses »Reich« wiederherzustellen.

Ob die Berufung auf die historische Größe Ungarns als Grundlage der politischen Kultur der neuen ungarischen Demokratie tragfähig ist, hängt davon ab, ob man »Groß-Ungarn« als »normale« historische Erscheinung sieht oder nicht. War es das Produkt einer regulären historischen Entwicklung oder nur der politische Mythos einer von Bibó angenommenen »ungarischen

Geschichte in der Sackgasse«, der ideologische Ausdruck des »verzerrten ungarischen Charakters«? Wenn wir ersteres akzeptieren – also die »Normalität« der ungarischen Geschichte –, kann die politische Gedankenwelt des neuen Ungarns getrost auf die nationale Tradition aufgebaut werden.

Vor 1945 waren sich die Ungarn nicht einig, ob sie sich als östliches oder westliches Volk sehen sollten. Viele sahen das Land als ein westliches – ausgehend davon, daß es das westliche Christentum angenommen hatte. Gleichzeitig gab es zahlreiche Anhänger eines »eigenständigen ungarischen Weges«, die in einem hypothetischen »östlichen Wesen« des Ungartums ein Gegenmittel zu westlicher Dekadenz und Entfremdung sowie die Möglichkeit der Umsetzung einer utopisch-romantischen Zivilisationskritik sahen. Ebenso gab es Strömungen, die einen Kompromiß suchten und an einen »dritten Weg« dachten: an die Möglichkeit einer fruchtbaren Synthese östlicher und westlicher Prinzipien. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs entschied sich die ungarische Gesellschaft eindeutig für die Zugehörigkeit zum Westen, 1948 wurde sie von ihm abgeschnitten; 1956 bekundete sie dramatisch, zu welchem Teil der Welt sie sich zählte. 1988 wandte sich das Land, endlich des von außen auferlegten Zwangs entledigt, abermals nach Westen. 1956 wollte die Öffentlichkeit des Landes nicht zu der 1945 vorausgehenden Zeit zurückkehren, weil sie dieses Ungarn nicht als westliches Land sah. An Bibó geschult, war die überwältigende Mehrheit der Auffassung, daß das ständische Ungarn und die aus ihm resultierende konservative politische Welt der Großgrundbesitzer nicht ein Teil der westlichen Welt war, sondern jener Zwischenzone angehörte, die Mehring mit der Bezeichnung »reaktionäres Preußentum« bedacht hatte. 1956 glaubten die Kämpfer der kommunistischen Parteiopposition, für die der Name Imre Nagy steht, an die Möglichkeit, ein politisches Modell aufzubauen, das den Normen der westlichen Welt entsprach, während sie sich gleichzeitig der Restauration des Horthy-Regimes als eines exotischen östlichen Kapitalismus widersetzen.

Das kommunistische System zeigte sich allerdings unfähig zur Erneuerung, und dies schlägt auch auf die kommunistischen parteioppositionellen Wegbereiter der Revolution von 1956 zurück, von denen heute viele meinen, im Falle ihres Sieges wäre es bestenfalls zu einem ungarischen Titoismus gekommen, nicht aber zu einem westlichen Ungarn. Demgegenüber bot der berühmte Essay von Milan Kundera<sup>2</sup> der ungarischen Intelligenz, soweit sie sich vom kommunistischen System distanziert hatte, die willkommenen Gelegenheit, das Ungarn vor 1945 zu rehabilitieren: Sieht und akzeptiert man das Land als »mitteleuropäisches«, kann mit Fug und Recht behauptet werden, daß das aus der feudalen Entwicklung hervorgegangene »Ungarn der Herren und Knechte« ein Teil der westlichen Welt gewesen ist. Der neue Mitteleuropa-Mythos erlaubt eine Rückkehr zu jener Ära und führt das Land auf

den Weg der normalen historischen Entwicklung zurück, von dem es die sowjetische Invasion 1945 abgedrängt hatte. Eine auf der Wiederbelebung des adeligen Ungarn beruhende neue politische Kultur würde demnach den historischen *Normalzustand* ausdrücken.

Die Beschwörung des alten Ungarns ist für breite Schichten einleuchtend und geeignet, sie zu motivieren. Gleichzeitig bedeutet sie einen radikalen Bruch mit der gerade überwindenden Epoche, nachdem sich diese ja offiziell vom »reaktionären« Ungarn vor 1945 distanziert hatte. Werden Geschichtsmythen wieder zum Fundament der ungarischen politischen Kultur, so wird die Kritik an dieser Kultur vom Tisch gewischt. Die Werte des offiziellen, feudalen Ungarns vor 1945 zu hinterfragen wäre ein Hindernis für einen neuen breiten Konsens in der ungarischen Gesellschaft. Die im heutigen Ungarn an die Regierung gelangten politischen Kräfte streben einen die Gegensätze überbrückenden oder verdeckenden Konsens an und lehnen die kritische Position ab, die die Bejahung der allgegenwärtigen politischen Konflikte zum Grundelement politischer Kultur macht. Das neue offizielle Ungarn wünscht sich eine harmonisierende und keine konfliktorientierte Kultur – wie seine Vorgänger. Die Geschichte, aus der es die eigene politische Kultur gewinnen möchte, ist heute nicht die konfliktträchtige jüngste Vergangenheit, sondern die idealisierte Welt von vorgestern, deren ästhetisierende (in der Praxis triviale und verkitschte) Inszenierung die kritische Bewältigung der Vergangenheit von der öffentlichen Bühne drängt.

*Aus dem Ungarischen von Béla Rásky*

#### *Anmerkungen*

- 1 István Bibó, Zur Judenfrage. Am Beispiel Ungarns nach 1944, Frankfurt/Main 1990.
- 2 Milan Kundera, Un Occident kidnappé oder die Tragödie Zentraleuropas, in: *Kommune*, Heft 7, Frankfurt/Main 1984.

*Mihály Kornis*  
DONAUKLAGELIED

Mir fallen zu der Donau die Leichen ein. Die Leichen. DIE LEICHEN. Jene Menschen, die man neunzehnhundertvierundvierzig zum Kai hinunterbrachte und dann ins Wasser hineinschoß. Damals lebte ich noch nicht, doch hätte ich gelebt, hätte man sicherlich auch mich hineingeschossen. Katalin Kornis hielt sich unter Bedingungen versteckt, daß sie, hätte sie damals schon ihren Sohn geboren, die »hungaristische Befreiung« nicht überlebt hätte. Sie würde das nicht überlebt haben, weil die, die wir *Pfeilkreuzler* nennen, sie zur Donau begleitet hätten, mit mir zusammen hätten sie sie hinbegleitet, und freundlich auch mich gebeten, mir die Schuhe auszuziehen und meinen Wintermantel auszuziehen, ich hätte meine schöne, junge Mutter sehen müssen, wie sie mich inmitten einer kopflosen Menge von zu Tode verurteilten, zischend fluchenden, auch vom Haß gegenüber der eigenen Ohnmacht zermürbten Menge vor Angst und Kälte zitternd und vielleicht schreiend herumreißt und mir die Augen zuhalten will, damit ich mich nicht umdrehe und die Gewehre nicht sehe, die zum Kinn erhobenen Gewehre ...

Aber es ist wirklich überflüssig, von diesem nicht geschehenen Geschehen im Konjunktiv der Vergangenheit zu reden, weil noch der Anschein entstehen könnte, daß es nicht geschehen sei, wo es doch GESCHEHEN IST. Und wie sehr es geschehen ist! Es ist viel mehr geschehen als zum Beispiel dieser Abend, an dem wir jetzt teilnehmen und *uns vortragen*, wie wohlherzogene Knaben: *hours d' varié* ... Denn ich weiß seit neunzehnhundertneunundfünfzig, daß ich vierundvierzig als kleiner Judenjunge auch dort am Judenkaai war, und auch mich hat man hinein in die Judendonau geschossen. Alle meine Bekannten hat man dort erschossen. Sie alle, die ich liebte! Und zwar nicht nur Radnóti, sondern auch Petöfi und István Széchenyi und Herrn Imre Nagy, Lajos Batthyány und Raoul Wallenberg und die Tante Weisz und den Onkel Weisz und Attila József und jeden, der im Blut schwimmend verschwand; György Dózsa und das Magdalenenchen von Mauthausen, und jene zwei zu Kohle verbrannten Russkis bei ihren Panzern vor dem Hotel Astoria, die MICH LIEBTEN und mir den Kopf gestreichelt hatten, kurz bevor sie zu Kohle verbrannten, und die vor unserem Haus verhafteten Studenten in ihren Windjacken, die sich bei der Hauswache mit mir auf ein Gespräch eingelassen hatten, als ich einige Tage zuvor ohne Erlaubnis zu ihnen hinausgerannt war, um zu *schauen*, die Dinge zu schauen, und jetzt war jeder in der Donau, neunundfünfzig war



dort jeder in der Donau, jeder, der gut war und dann verlorenging; sie alle schaukelten in der Judendonau...

Also das alles ist so geschehen, daß ich neunundfünfzig zur Donau hinausgegangen war, um Bomben zu fischen, weil in unserer Klasse sich die Nachricht verbreitet hatte, daß neben den rostigen Ruinen der Elisabeth-Brücke, unten am Kai zwischen den Steinen interessante Tellerminen und gestreifte Handgranaten im Wasser schwammen, *hör mal her, du mußt nur die Hand ausstrecken und kurz eintauchen, das Ufer ist über und über voll mit Bomben, und dann machst du mit ihnen, was dir gerade gefällt, zum Beispiel kannst du sie auch explodieren lassen oder die Bombe nach Hause bringen, sie wird toll unter deinem Bett ticken, wie ein Wecker ...* Nach der Schule schlenderte ich, immer die Hauswand entlang, im vollen Bewußtsein meiner Sünden zum Kai hinunter, und mit tickendem Herzen beobachtete ich ernsthaft, ob mich jemand verfolgte, zum Beispiel Detektive in wattierten Mänteln oder wer weiß wer; DU! KONTERREVOLUTIONÄR, DER DU IM DUNKELN UMHERSCHLEICHST – ZITTRE!; meinen molligen Judenkörper zerrte ich die zum Wasser führenden Stufen hinab, der Wind blies nicht mehr, der Wind blies nicht mehr!, es war nachmittags um drei Uhr, meinen Turnsack legte ich mir unter den Hintern und schaute das Wasser an.

Und langsam beruhigte ich mich.

*Da bin ich. Da bin ich. Der Himmel ist, als hätte man hineingekotzt: dreckige Milch, ein erstickendes Tuch, das man uns aufgepreßt hält, eine zusammenhängende Bedrohung. Das Licht kommt nicht her4 es will nicht mehr. Eine zerfließend dicke Spucke ist es! Zur Zeit ist es das, was los ist, der Himmel hat sich von der Erde abgeschnitten, Schluß, aus. Das Herumspähen ist verboten. Mich geht das übrigens nichts an. Oder wer weiß, der Teufel weißes, ach, und jetzt rührt sich das Wasser! Leckt in die Steine hinein, schwabbt im Inneren des Eisenmülls, hier gibt es also allerlei Bomben, ganz schön, wirklich, wohin ich auch nur schau, überall Bomben: Steinbomben, Eisenbomben, tellerförmige Ungeheuer, irgendwelche mit Grünschlamm bewachsenen Dinge ... wie nehme ich sie heraus?, wie nehme ich sie bloß heraus?, es wird mich zu Scheiße zerreißen, das alles ist sehr gefährlich, Mensch, erwäge nur, was du tust!*

*Die Donau ist gelb. Schlammgelb. Soldatengelb. Sie ist sehr häßlich, ist nicht schön. Zur Mitte hin ist sie ruhig am Rand aber weint sie, ist wie ein alter Mann: ist satt; geht weiter, hat sich das angewöhnt: immer langsam und voran. Brodelt kalt, spricht mit sich selbst. DU GERISSENER SCHOFEL, WO SIND MEINE GAMASCHEN ... An seiner Flanke strudelt das Wasser surrend, da gibt es etliche Stockungen, na sicher, weil er viel versteckt hält, er kann sich schwer beherrschen, der Geizhals, der Jude, nun, da drüben kotzt er es wieder*

*heraus!, dort auch, dort auch!, die ekelhaften Leichen kommen herauf die Judenkrücken, die Mäntel der Ausreißer, blutige Wickelkissen, der Krüppelschmuck, oh je, was alles da ist, was alles, was ist das bloß!*

Und ich springe auf, mein Gesicht brennt, in meiner Aufregung rudere ich mit den Armen: Die Mitte des Flusses macht einen Buckel, zu Hunderten wirbeln die Judenmartyrer-Sachen, Kirchenkrämerhüte, aufgeblähte Armenstrickjacken, aufgequollene Unterröcke und Erschossenestudenten-Schuhe; und jämmerliche ungarische Fahnen, versteckte Kossuth-Wappen und die Rindenreste mit umgestülptem Inneren von jenen schönen, unentgeltlich ausgeteilten Zweikilobrotten tanzen dort alle auf dem weißschlammigen Schaum, heulend und brubbelnd kreuz und quer übereinander; und wieder herauf! und wieder hinunter!, *Freundchen, welch ein Wasserschlund, welch ein Judentanz, welch ein Tumult.*

*Aber das kann doch nicht sein!*

*Es mußte sich doch jeder ausziehen.*

*Ich erinnere mich doch, mich hat man doch umgebracht, man hat einfach in mich hineingeschossen! Leute, die größer waren als ich, schossen in mich hinein, ich habe nicht gut aufgepaßt, obwohl ich es wollte ...*

*Man hat jeden umgebracht.*

*Man mußte sich ausziehen.*

*Das ganze Haus haben sie umgebracht! Man mußte sich ausziehen.*

*Die haben den Freiheitskampf umgebracht.*

*Sie kamen morgens in der Dämmerung.*

*Mit Flammenkanonen brachen sie beide Torflügel auf ich schlief gerade, erträumte mir gerade ein großes, dunkles Loch. Vom Boden des Loches stieg Licht hinauf umgekehrt strömender, strahlender Regen, in den ich mich hineinsehnte, aber ich konnte nicht weggehen, weil man mir draußen einen Pappkarton anvertraut hatte, in dem viel Geld lag, es sah aus wie das Geld der Passanten neben dem Ady-Kino. Die Schachtel AUF JENEM STUHL. Jemand sagte: GIB ACHT DRAUF, KERLCHEN!, und ich mußte dann dort bleiben, aber am liebsten wäre ich hineingesprungen, hinein in das Licht, obwohl alles, was da hineinkam, sich vor meinen Augen in ein blaues Gas verwandelte, zum Beispiel der gesamte Straßenabfall, den der Wind herbeigeweht hatte und verschiedenerlei kleine Tiere: Vögel, Mäuse und ein rosarotes ...*

*Aber man hatte mich aufgeweckt.*

*Ghettodämmerung, Eiterdämmerung. Gräuliche Eiterwelt. Zertretene Zimmer, Papierkoffer, schlammige Teppiche ... Alles war dort geblieben, war dort geblieben und verstummte hinter uns, klick-klack, Punkt. Ende!*

*Das war es auch schon.*

DIE KERZE BRENNT; SIE BRENNT  
DASS SIE NUR NICHT ZERRINNT  
WENN MICH JEMAND SEHEN MÖCHTE ...

*Wenn mich jemand sehen möchte: kann mich anschauen! Ich werde ihn dann ebenfalls anschauen. Nun marschieren wir in den Tod wie die Soldaten, ihr aber dürft nur die Straße entlangschleichen und euch die Lippen lecken. Wir sterben für die Ungarnfreiheit, ihr aber bleibt hier – ich weiß nicht warum. Mit niedergeschlagenen Augen und ausgestrecktem Finger herumzeigen? Trauern und lachen?*

*Diese schweigenden, feigen Häuser von Budapest! Duckmäuserische Dächer und taubenreiche Fenster ... Wird denn alles so bleiben, und das war es schon? Wird es ohne uns vor sich GRASSIEREN? Wir natürlich, wir können zum Donauufer hinabtröten, denn die UNO wird nicht helfen – Papa hat es vergebens versprochen, sie schickt keine Truppen her. Was mich betrifft, da ist alles in Ordnung, ich halte die Hand meiner Mutter, sie glaubt, ich wisse es nicht, aber ich WEISS ES. Ich werde es halt aushalten! Nehmen wir an, ich hätte auch ein Weltmann werden können, ich habe vorgehabt, einer zu werden, eine wandernde Freiheit, der unentgeltlich Brot und Enten unters Volks verteilt. Stattdessen werden jetzt die schlauen Verräter meine liebe kleine Heimat unter ihre Herrschaft bringen. FIDONC! An einem solchen Ort möchte ich MICH NICHT FÜHLEN! Die Schnurrbärte, die Salutiererei, das Herumwedeln ...! Und diese Diebstähle und die heuchlerischen Tauschgeschichten: Anstelle der BUDAPESTER ABENDE die »Abendzeitung«, anstelle eines FREIEN VOLKES die »Volksfreiheit«, und anstelle des VOLKSWILLENS der »Volksschwanz«, der schwatzende Bäcker, der dumm herumtanzt – also auf diese Weise interessiert mich das alles nicht mehr. Meine Lackschuhe haue ich auf den Asphalt, und das Indentodgehen ist sehr quälend, wir aber nehmen diese Sache auf uns. Wer wollte schon Deutsch lernen, und wer will hier noch Russisch lernen, und wer will hier überhaupt noch etwas lernen? Also geht nur in aller Freiheit für immer in den Kindergarten. Dort wächst der Bohneneintopf und die DDR-rerei und die Lüge.*

*Wir sterben lieber.*

*Jetzt. Winter. Jetzt, Winter, Kälte!*

*Eisiger Vormittagsmond, abwinkende Luftfetzen, weißer Schneenebel am gegenüberliegenden Ufer. GROSSE KÄLTE. Es mußte sich jeder ausziehen. Es wird nicht wehtun. Ich schäme mich. Es wird nicht wehtun! Das ganze Haus ist hier. Ich bin nackt. Das ganze Haus ist hier, das ganze Haus ist hier! Jemand sagte WIR MÜSSEN VERRECKEN Es wurde gesagt VOLLSTRECKEN Ich habe es im voraus gewußt. Papas Rücken leuchtet! Papas dicker Rücken.*

*FETTE JUDEN, man hat es gesagt WIE SCHAUT IHR AUS!, es wurde gesagt, FERTIG. Bitte sich nach vorne beugen, wie in einem Schwimmbad. Speckige Juden im Judenschwimmbad. Gibt es auch Magere unter ihnen? Rühr mich nicht an, LASS MICH IN FRIEDEN, LASS MICH IN FRIEDEN Es klackt der Flintenhahn. Der Flintenhahn klackt. Der Flintenhahn klackt schon. Kein einziges gutes jüdisches Gebet kenne ich. GOTT SEGNE DEN UNGARN, GOTT SEGNE DEN UNGARN, das ist uns nun nicht gelungen, ist nun schon egal, die Faschisten haben gesiegt. Konjec filma, liebe Verwandte, Proletarier Ungarns. Ich habe es im voraus gewußt, die Pisse läuft mir die Schenkel hinab. Jetzt werden wir hinabsterben. Es wird in die Donau gestorben. Jeder, es wird sehr gut hineingestorben werden, in Nullkommanix, Baby, sind wir gar nichts. Jetzt könnten sie endlich schießen. Alle brüllen. Alle sind schon nackt, alle sind schon NIRGENDWIE! Auch Onkel Eisler neben mir ist NIRGENDWIE, wie ein lebendiger Teig, wie ein lebendiger schwankender, weicher Weißmehlteig! Das ist eine Stehquälerei: das herabflatschende, greise Judenfleisch, die ausgelachten scheißkrummen Wirbel! Mama, Mama, Mamachen! Aber dann erst recht, es lebe die Freiheit, Rákoczis Leutnant, schieß – –*

*JETZT:*

*JETZT IST ES WARM: JETZT HAT ES MICH ERREICHT ES IST IN MIR. ES IST ÜBERALL WARM.*

*ES IST HEISS UND ES BLUBBERT. IST GUT.*

*DUNKEL.*

*UNBESCHREIBLICH.*

Und als ich neunundfünfzig die alte Donau betrachtete, während ich mich selbst begrub, sah ich das erste Mal in meinem Leben Gespenster – nicht gräßliche Kleider – oder wie sollte ich es sagen, meine Verwandten sind zur Wasseroberfläche heraufgekommen; sie wiegten sich vollständig angezogen in der Judendonau, ich dachte auch gleich: *unsterblich*, alle, die ich liebte, die großen klassischen Dichter und Freiheitskämpfer, die Studenten mit ihrer durchschossenen Stirn und die Kinderpartisanen, und JENE DINGSDA, die *Arbeitsdienstler*, jene, die es *muszten!* und auch ich, ja, so unglaublich es auch sein mag, auch ich und auch Mama und Papa waren da und das ganze Haus; im schlammgelben Wirbelbrunnen der blubbernden Flußmitte grinsten auch wir im Hinaufstrudeln aus einem anderen, zur Genüge bekannten Leben; dort, oberhalb des Wassers, alberten wir GEMEINSAM herum, einander die Hände haltend, und auf den Zehenspitzen tanzten wir den *unverwüstlichen Cancan, den Stiefelwalzer und den Schlammtango*; unanständig, den Hintern zeigend, grölend, in Fetzen und in schweinisher Freiheit; FÜR EUCH, oder doch nur für mich, denn andere haben das nicht gesehen, obwohl ich in meinem Nervenfieber mich umschaute, ob die Straßenbahn der 2er-

Linie stehengeblieben und ob am Korso schon ein Tumult entstanden sei, ich verstand nicht, wieso es möglich war, daß nichts geschah, obwohl das alles vorhanden war, vorhanden, OBWOHL WIR DA SIND! Petöfi ist hier und tätschelt den Arsch von Budapest und streichelt die Hände von allerlei Weisz-Tanten und spuckt derart auf den Gellert-Berg, daß der sich mit Nebel umhüllt, und er schreit VERFLUCHT NOCHMAL!, und schamlos küßt er sich mit allen standrechtlich erhängten Frauen, ob Jüdin, ob Schaffnerin; wir sind alle hier, benehmen uns unordentlich und haben vor nichts Angst, wir scheißen auf das Ganze, ich wiederhole, WIR SCHEISSEN GOLDBLUMEN AUF DIE DONAU, damit sie wieder schön wird, damit sie in Flammen aufgeht, damit sie sich endlich ändert! Gemeinsam schubsen wir uns in der dunstigen Luft unter dem Aschenhimmel kreuz und quer, ich und der Lovassy und der Wesselényi und meine Großmutter und Radnóti und Bálint Balassi und die Schwester meines Vaters und Imre Nagy und die kleinen Russen, die in den Panzern zu Kohle verbrannt waren – mit einem Wort, auferstanden und strahlend wie die Sonne vergnügen wir uns jetzt gemeinsam, die gesamte Budapester Synagoge, die mir gehört, und plötzlich gibt Petöfi das Losungswort: VERFLUCHS GOTT – AUF IN RICHTUNG BUDAPEST!

Und die ganze ermordete Judenschaft steigt zum Himmel hoch, das tote Ungarn steigt zum Himmel hinauf; die Sonne verdecken wir für Budapest. Dann stürzen wir auf die Straßen hinab, wie der Kummer stürzen wir, und ich schreie vor Freude, weil der Skandal an allen Ecken der Stadt und an tausend Stellen ausbricht: die Leuchtschrifttafel am Platz des 7. November meldet unablässig: EINE LÜGE! – EINE LÜGE! – EINE LÜGE! EINE LÜGE! – EINE LÜGE! EINE LÜGE!; und die Statuen auf den öffentlichen Plätzen beginnen zu fluchen, und alle Straßenschilder lodern in Flammen auf, und alle öffentlichen Gebäude schütteln sich, als würde es sie jucken oder als würde ihnen etwas wehtun, und alle Beamten fühlen sich wie in Fässern, und alle Telefone übergeben sich, das leere Volksstadion murrte auf, ächzend schreit darin DAS GROSSE NICHTS, und alle Fußgänger fallen auf die Knie, und der Rundfunk bittet pausenlos um Entschuldigung: WIR MÜSSEN UNS ENTSCHULDIGEN; LIEBE HÖRER; DENN WIR MÜSSEN UNS ENTSCHULDIGEN; LIEBE HÖRER; ES IST NÄMLICH SO; DASS WIR UNS ENTSCHULDIGEN MÜSSEN! WIR MÜSSEN UNS ENTSCHULDIGEN! WIR MÜSSEN UNS ENTSCHULDIGEN! Und in der Stadt übernehmen die Babys die Macht, und allen Polizisten fällt die Mütze vom Kopf, und vor dem Lebensmittelgeschäft stellen sich die Toten an und verlangen totes Fleisch, totes Brot, an der Kasse zahlen sie mit totem Geld, und in Scharen steigen sie in die toten Busse, und jeder Bus macht einen Unfall ... Und so wird allmählich ganz Budapest auferstehen und lernt mit seinem toten Selbst zu leben.

Und niemals wieder wird jemand Herr über diese Stadt.

Nun das habe ich nur so *gesehen* – dort, am Donauufer, damals, 1959. Und, um bei der Wahrheit zu bleiben, ich war sehr erschrocken. Mir graute es schon vor dem schlammigen Wasser, vor dem grauen Aschenhimmel, vor den heimtückischen Granaten unter dem schmutzigen Wasser ...

Und ich rannte nach Hause, war patschnaß.

Und außer Atem rief ich meine Mutter an, eine Angestellte der Brotfabrik in Zugló, sagte, ES SIND LEICHEN IN DER DONAU, MAMA! LEBENDIGE, SPRECHENDE LEICHEN! – SIE SIND HIER! ICH HABE ANGST...

Und sie sagte, ich soll keine Angst haben.

*Aus dem Ungarischen von Zsuzsanna Gabse*

### *Erläuterungen*

Die »wattierten Mäntel« (ung. *pufajka*, Verballhornung des russischen Ausdrucks) wurden von der Miliz des Kádár-Regimes getragen.

Die Kerze brennt...«: bekannter Vers entsprechend dem Spruch des Rumpelstilzchens im Deutschen.

FREIES VOLK (ung. *Szabad Nép*): Parteizeitung bis 1956, danach geändert in *Volksfreiheit* (ung. *Népszabadság*).

VOLKSWILLEN (ung. *Népakarat*): Zeitung, die während des Aufstands 1956 erschien; Volksschwanz (ung. *Népfasza*) ist eine Verballhornung von *Népszava* (Wort des Volkes), der traditionellen sozialdemokratischen Zeitung in Ungarn.

»schwatzender Bäcker«: gemeint ist der ausgebildete Bäcker György Marosán, ursprünglich Sozialdemokrat, nach 1956 die rechte Hand Kádárs.

»Gott segne den Ungarn...«: Anfang der ungarischen Nationalhymne.

»Konjec filma« (Ende des Films): erscheint bei sowjetischen Filmen im Abspann.

»Arbeitsdienstler, jene die es muszten«: »MUSZ« ist die Abkürzung für den ungarischen Arbeitsdienst.

*Jan Patočka*  
 WAS SIND DIE TSCHECHEN?<sup>1</sup>

Die Tschechen sind ein kleines Volk in Mitteleuropa, das ein geschlossenes, ehemals sehr schwer zugängliches Gebiet (Böhmen, Cechy) und ein daran angrenzendes offenes Durchgangsland (Mähren, Morava) bewohnt. Es gibt Zeiten, in denen Europa von den Tschechen gar nicht oder kaum Notiz nimmt, andere, in denen dramatische Spannungen sie plötzlich zum Gesprächsthema werden lassen, um ebenso schnell wieder vergessen zu werden. Das etwa zehn Millionen Menschen zählende Volk spricht eine schwer erlernbare westslawische Sprache. Es hat vom übrigen Europa geistig viel übernommen, aber schon wegen der Sprachbarriere kann es nur wenig zurückgeben. Die Namen einiger Tschechen aus der Politik, der Musik und dem Sport sind – zeitweilig – populär gewesen, aus der Literatur ist kaum mehr als die Figur des »braven Soldaten Schwejk« bekannt geworden. Sonst ist von diesem Volk, das nach dem Ersten Weltkrieg unter den europäischen Kleinstaaten ein nicht unbedeutender Faktor war, nur wenig bekannt: Es ist trivial und uninteressant, oder scheint es zu sein.

Die Tschechen sind ein typisch kleines Volk. »Groß« und »klein« sind keine ursprünglich quantitativen Kategorien, wenn sie auf ein Volk angewendet werden. Ein Volk muß nicht Millionen Seelen haben, sein Territorium mag sehr klein sein oder gar nicht existieren, und doch kann dieses Volk Größe haben: So zögert man, die Holländer ein kleines Volk zu nennen, noch mehr die Juden. Die Größe eines Volkes hängt zwar oft mit der Größe seines Territoriums zusammen, aber nicht unmittelbar, sondern durch eine Aufgabe vermittelt, die mit der Größe in einem ursprünglicheren Zusammenhang steht. Die Amerikaner wurden zahlenmäßig groß, indem sie die Aufgabe erfüllten, die sie sich selbst gestellt hatten: einen Kontinent zu erobern. Ihr religiös-freiheitliches Welt- und Selbstverständnis schuf dafür die Grundlage, so daß eigentlich dieses groß zu nennen ist. Die Russen sind ein großes Volk, weil sie die von Byzanz geerbte imperiale Idee durch die Ausdehnung ihres Landes bis zum Stillen Ozean und an die Grenzen Chinas konkretisierten. Die Deutschen sind groß gewesen – und etwas davon ist bis heute geblieben –, weil sie die Hauptstütze des europäischen Westens waren und den Universalitätsgedanken des christlichen Mittelalters am konsequentesten realisierten, indem sie andere Völker in ihr nach Osten expandierendes Territorium aufnahmen. Trotz all des Furchtbaren, das damit verbunden war, waren sie kein nur auf den eigenen Nutzen bedachtes Kolo-

nisatorenvolk. Und die Franzosen waren einmal »la grande nation«, weil sie die vom Römischen Reich fallengelassene Aufgabe, Westeuropa zu vertreten, zu beherrschen und zu beschirmen, ernst nahmen.

[...]

Das mittelalterliche Böhmen war ein Feld für große geschichtliche Aufgaben. Ein Land, das an der Hauptachse der Ost-Expansion Westeuropas lag und schon frühzeitig hinreichend politisch organisiert war, um vom Westen nicht einfach aufgesogen zu werden, ein Land, das bis ins späte 12. Jahrhundert zu mehr als sechzig Prozent von Urwald bedeckt war und sich daher zur Erschließung anbot, mußte zwangsläufig eines der zukunftsweisenden Länder Europas werden. Die Frage war nur, durch wen die europäische Bedeutung Böhmens realisiert werden würde. Die einheimische, slawischsprachige Bevölkerung wurde in dieser Hinsicht zu einem bedeutenden Faktor. Die Sprache war gewiß weder das einzige noch das entscheidende Definiens der Gesellschaft, die sich hier bildete, aber zur Zeit der Größe Böhmens gehörte sie mit zu den charakteristischen Merkmalen.

Die Quellen dieser Größe sind dieselben wie die des übrigen Westeuropa, denn die Probleme Böhmens waren größtenteils mit denen Europas identisch, so daß auch in Böhmen – da ja Westeuropa damals die geschichtliche Welt war – gewissermaßen Weltprobleme gelöst wurden. Ehrgeiz deckt sich hier mit Lebensnotwendigkeit: Schon die letzten Premyslidenkönige wissen, daß sie entweder Kaiser werden müssen oder untergehen werden – und sie gehen groß unter. Jedenfalls wird Böhmen mit seinen Dynastien für andert-halb Jahrhunderte zur Basis der Organisation Mittel- und Osteuropas nach westlichem Vorbild. Etwas später reift hier eine Antwort auf das große Problem der Zeit, die Verwandlung der westlichen Christenheit in ein Laienchristentum. Böhmen bildet dabei einen Vorposten, der bis in die Reformationszeit aufrechterhalten und erst im großen Ringen des 17. Jahrhunderts verloren wird.

Dies bedeutete keineswegs den Untergang des böhmischen Staatswesens, wohl aber die Trennung der Böhmen von den Weltaufgaben, die Provinzialisierung Böhmens und das Ende seiner Größe. Die kleine Geschichte Böhmens beginnt. Eine Lokalangelegenheit, die slawische Sprache, wird zum Hauptproblem der ausgehenden Aufklärung. In ihm zeigt sich die Widersprüchlichkeit des aufgeklärten Absolutismus. Der zentralistische Habsburgerstaat scheint der slawischen Sprache einerseits jede Zukunftsperspektive zu rauben, da er mit ihr keine Aufstiegsmöglichkeiten verbindet, andererseits zwingt ihn sein Emanzipationsprogramm für den Bauernstand, diese Sprache anzuerkennen. Der Sprachnationalismus im Gefolge Herders tut ein übriges, die böhmische Gesellschaft anhand des Sprachkriteriums zu



spalten. Das moderne Tschechentum ist eine aus dieser Spaltung hervorgegangene Gesellschaft; sie ist im wesentlichen »von unten« konstituiert, da ja die Oberschichten in der Mehrzahl nicht an der slawischen Sprache festgehalten haben.

Die »kleine« tschechische Geschichte ist die Geschichte des Kampfes dieser »von unten« aufgebauten Gesellschaft um Aufstieg und Gleichberechtigung. Zähes Ringen um einzelne Forderungen zunächst kulturellen, später immer mehr auch politischen Gehalts bestimmt die Zeit bis zum Ersten Weltkrieg. Dieser Kampf schreitet voran, obwohl die unteren Schichten weder wirtschaftliche oder politische Macht noch großen geistigen Rückhalt haben.

Die Umstände scheinen ungünstig. Der in Umwälzung begriffenen Gesellschaft stehen die politische Macht, die Dynastie und das Staatsinteresse der Monarchie gegenüber. Industrie und Kapital sind selbst auf dem Lande vorwiegend in den Händen der deutschsprachigen Bevölkerung, die sich geistig auf die große deutsche Kulturleistung stützen kann und dadurch überlegen ist. In einer Zeit, da das deutsche Reich zur Hauptkontinentalmacht wird und Österreich-Ungarn seine Schirmherrschaft aufzwingt, bestehen auch außenpolitisch fast keine Aussichten auf Unterstützung. Dem steht als positiver Faktor jedoch die allgemeine Tendenz der Zeit gegenüber: der Drang der unteren Schichten nach Gleichberechtigung, das lokale quantitative Übergewicht der slawischsprachigen Bevölkerung sowie die schwankende Haltung der verantwortlichen politischen Kreise der Monarchie. In den achtziger Jahren werden mit der Erkämpfung selbständiger tschechischer Hochschulen die alten Pläne zur Eindämmung der Bewegung auf Folklore-Niveau zunichte gemacht. Damit war eine Aufstiegsperspektive gewonnen, und die politischen Wünsche und Forderungen wurden konkreter.

So ist zu verstehen, daß das gesamte geistige Leben dieser Gesellschaft von den geschilderten Kämpfen bestimmt wurde. Die Literatur mußte Literatur für das Volk sein, da ja – slawischsprachige – Oberschichten fehlten und eigentlich erst zu schaffen waren, wobei bei der sozialen Differenzierung allzu krasse soziale Gegensätze zu vermeiden waren. Die Wissenschaft, soweit sie originär war, befaßte sich mit der einheimischen Sprache, Kultur und vor allem Geschichte; die Kunst – insbesondere die Musik – stellte sich nationale und damit unkünstlerische Aufgaben. Die Künstler und Wissenschaftler, denen der dadurch gesetzte Rahmen nicht genügte, mußten in internationale Kreise und in eine fremde Sprache ausweichen. Der große Druck auf jeden einzelnen, im Sinne eines nationalen Konsenses zu arbeiten, war kein sehr günstiger Nährboden für differenzierte geistige Leistungen und – was später stark fühlbar wurde – für die Ausbildung tatkräftiger politischer Persönlichkeiten mit europäischem Horizont.

Eine Gesellschaft, die im wesentlichen aus einer Landbevölkerung und aus Kleinbürgern besteht, ist kein geeigneter Boden für die Herausbildung führender Männer, die Entscheidungen treffen, Risiken eingehen und Kämpfe auch dann führen, wenn nur ein moralischer Erfolg zu erwarten ist. Das Fehlen einer Oberschicht, wie sie sich unsere Nachbarn in der bürgerlichen Epoche trotz aller Veränderungen bewahrt haben, ist gerade in diesem Punkt verhängnisvoll. Deutsche, Österreicher, Polen und Ungarn hatten im 19. Jahrhundert Spezialisten aus der für große politische Aufgaben freigestellten Oberschicht. Das mag in einer Zeit der beginnenden Vermassung und der Nivellierung seine Nachteile gehabt haben: Diese Männer der Tat handelten oft verhängnisvoll, aber sie handelten doch. Alle unsere Nachbarn sind trotz gewaltiger sozialer Erschütterungen bis zum Zweiten Weltkrieg »Herrenvölker« geblieben. Unsere soziale Geschichte brachte es mit sich, daß wir uns sehr von ihnen unterschieden, daß wir anders fühlten und dachten, und dies selbst da, wo wir Gedanken und geistige Inhalte von ihnen entlehnten. Der Fall Masaryk<sup>2</sup> zeigt, daß auch in einer Gesellschaft wie der tschechischen ein Mann der Tat sich entfalten kann, aber er bleibt doch isoliert und stiftet keine Nachfolge.

Zusammenfassend kann also gesagt werden: Das Böhmisches hatte Größe, solange es Gelegenheit fand, seine Partikularität in den Dienst von Weltaufgaben zu stellen; so war es im Spätmittelalter. Es hatte Größe, solange das Tschechentum unthematisch blieb. Das moderne programmatische Tschechentum hingegen ist aus den oben geschilderten Gründen der Kleinheit verfallen. Es ist eine jener Partikularitäten, die übriggeblieben sind nach dem Zerfall des Universalitätsgedankens und der Universalinstitutionen Europas, die diese Besonderheiten in sich aufhoben.

Es ist verständlich, daß der Unterschied zwischen der großen und der kleinen Geschichte den Vertretern des modernen Tschechentums ein Pfahl im Fleische war, so daß man sich zu überzeugen suchte, daß diese Kluft gar so groß nicht sei. Eine solche Bestrebung kann ihr Gutes haben, wenn sie dazu führt, die Notwendigkeit des Suchens nach einer lohnenden Aufgabe einzusehen; sie kann aber auch zu präventivem Illusionismus führen. Sich als einzig legitimer Erbe eines ehemals großen Volkes zu fühlen, genügt ja nicht; Beweise sind notwendig, und die können nur durch Taten geliefert werden. Man muß lernen einzusehen, daß die Prävention, der wahre Erbe zu sein, nicht selbstverständlich ist und durch Sprachkontinuität allein nicht hinreichend begründet wird. Als vor mehr als hundertfünfzig Jahren Bernard Bolzano<sup>3</sup> sagte, man solle das Selbstbewußtsein der tschechischsprachigen Bevölkerung in Böhmen dadurch heben, daß man den Ursprung der modernen Bildung im mittelalterlichen Böhmen aufzeigt, so war dies im Sinne einer höheren Zielsetzung gemeint. Es war dann nicht ganz das-

selbe, als der bedeutende Historiker Frantisek Palacký<sup>4</sup> diesen Gedanken auf das Hussitentum übertrug, welches in seinen Augen sowohl eine Öffnung gegenüber der modernen Welt der emanzipierten Humanität als auch eine Rückkehr zu den Tiefen der Volksseele mit ihrem elementaren Demokratismus darstellte; er schrieb damit fest, was Tschechen seien und vollzog eine grundsätzliche Identifikation. Masaryk hat später der Geschichtsphilosophie Palackýs eine noch ehrgeizigere Ausprägung gegeben: Es sei die deutsche Klassik mit ihrer Humanitätsidee gewesen, in deren Namen schließlich die »Wiedergeburt des tschechischen Volkes« stattgefunden habe. Doch sei diese Idee ohne die Reformation undenkbar, die wiederum ihre frühesten Ausprägungen in Böhmen hatte. So sei, was Böhmen dem Westen verdanke, durch dessen Anleihe beim böhmischen Reformationsgeist im vorhinein abgegolten. Unseren liberalen Politikern ist freilich nicht entgangen, daß es sich hier um eine sehr persönlich gefärbte Deutung der modernen Humanitätsidee handelt, und unsere positivistischen Historiker wiederum haben bei Hus und den Böhmisches Brüdern<sup>5</sup> nicht die geringste Spur eines Humanismus entdecken können. Bei den Deutungen, wie sie Palacký und Masaryk vorlegten, handelt es sich eher um Phantasien, denn die in diesem Zusammenhang auftauchenden Probleme erlauben keine rein theoretische Behandlung; Sie wollen durch geschichtliche Taten gelöst werden, indem eine bereits existierende Gesellschaft sich in ein universaleres Geschehen einschaltet, das ihr eine mehr als nur lokale Bedeutung verleihen kann.

Mit den Historikern glauben wir, daß man das tschechische Problem nur im Rahmen der europäischen Entwicklung, besonders der des spätmittelalterlichen Westeuropa, verstehen kann; mit den Politikern glauben wir, daß das moderne Tschechentum untrennbar mit dem Aufstieg der Unterschichten und einer gewissen Nivellierung der europäischen Gesellschaft seit Ende des 18. Jahrhunderts verbunden ist. Wir glauben auch, daß die Entstehung des modernen Tschechentums ein Geschehen ist, das mehr Aufmerksamkeit verdient, weil es nicht isoliert und einmalig ist, sondern Prototyp einer Gesellschaftsbildung »von unten«. Die ehemals bevormundete Schicht strebt zuerst Gleichberechtigung, dann Dominanz und schließlich die Alleinherrschaft an. Das moderne Tschechentum ist vielleicht die erste erfolgreiche Lösung eines Problems, das sich bis heute auch anderswo stellt, etwa im Baltikum oder auf dem Balkan. Die Tschechen bilden die erste europäische Gesellschaft diesen Typs, die es zu einem – im Rahmen des historisch Möglichen – relativ unabhängigen Staatswesen gebracht hat, nachdem es ihr gelungen war, eine nationale Literatur sowohl auf künstlerischem wie auf wissenschaftlichem Gebiet zu schaffen, ein eigenes Bildungswesen ins Leben zu rufen sowie eine nicht unbedeutende Volkswirtschaft mit hochentwickelter Industrie und Technik aufzubauen. In diesem Sinne sind die Tschechen

trotz oder sogar wegen ihrer Kleinheit mehr als nur lokal bedeutsam. Unbeschadet dieses offensichtlichen Erfolges ist das Tschechentum aber auch als die tragischste Form einer »von unten« aufgebauten Gesellschaft zu bezeichnen: In dem Augenblick, da sich die Hand schon nach dem ersehnten Ziele ausstreckt, reichen die inneren Kräfte nicht aus.

[...]

Die Provinzialisierung Böhmens, seine Umwandlung in eine nie versiegende Steuerquelle, welche der Bevölkerung gerade das Notwendigste zur Ernährung der Familie ließ, während der reiche Adel sich für das Land nie glücklich einzusetzen vermochte und das Bürgertum in der allgemeinen Krise der Städte unterging, das sind die Gründe für jenen Umbruch, der auch die böhmische Geschichte, soweit sie mit der tschechischen Nationalität verbunden ist, von Grund auf wandelte. Das Tschechentum ist jetzt letzten Endes mit dem mühebeladenen arbeitenden Volk identisch – verbündet mit einer meist der Gegenreformation verhafteten Intelligenz, die zwar eine gewisse Tradition wahrt, deren katholischer Eifer aber zugleich einen Bruch mit der Vergangenheit darstellt. In diesem Geist der Gegenreformation erhielt sich jedoch paradoxerweise eine gewisse Fronde gegen den germanisierenden Zentralismus, und zwar so lange, bis neue Tendenzen aufkamen, welche schon einer Volksbewegung im Sinne des modernen Sprachnationalismus zuarbeiteten: die Vorromantik Rousseaus und Herders und später die deutsche Romantik selbst.

Entscheidendes bewirkte aber für das neue kleine Tschechentum die Aufklärung – ohne daß dies ihr erklärtes Programm gewesen wäre. Indem Joseph II. den Kampf mit dem ständischen Adel durch sein Landes- und Urbarialpatent von 1781 beendete, tat er ungemein viel für die geistige und materielle Befreiung des Bauernstandes. Der Bauernstand in Böhmen aber war das tschechische Volk. Die Bauern durften nun frei in die Städte ziehen; sie unterlagen der staatlichen Justiz wie alle anderen; der Frondienst wurde gemildert, und die Besteuerung des Adels kam indirekt auch den Bauern zugute. So bekam dieser Teil der böhmischen Gesellschaft ein unverhältnismäßig größeres Gewicht, in dem Maße, wie die Bedeutung des Adels, sein politisches und geistiges Monopol, sank. Die Aufklärung hat also dem Tschechentum schwere Schläge versetzt, es zugleich aber auch zu heilen vermocht.

Es sind freilich in der ersten Phase dieses Geschehens noch immer die traditionellen gesellschaftlichen Elemente, welche die Organisationsbasis dieser Bewegung bilden: die gebildeten Mitglieder des Adels, die an der Geschichte des Landes und an gelehrter Tätigkeit interessiert sind. Der Aufklärungsgeist dringt bei ihnen zwar durch, macht aber vor ihrem Landespatritismus halt. Aus den in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts gegründeten böhmischen

Gelehrten-Gesellschaften sind ganz hervorragende Philologen und Historiker hervorgegangen, wie etwa Josef Dobrovský (1753-1829), der eigentliche Begründer der Slawistik. Den Adeligen war die tschechische Sprache meist fremd geworden, aber die traditionelle Ständeopposition steckte ihnen im Blut und machte sich in der sublimierten Form des Gelehrtentums geltend. Die interessantesten Belege konservativen Geistes haben wir aus dieser Zeit für die Bauern. In den die Jahre 1770 bis 1816 umfassenden Lebenserinnerungen des Frantisek Jan Vavák, eines »gebildeten Bauern«, drückt dieser zwar seine Sympathien für Joseph II. und seine Bestrebungen zur Stärkung des Bauernstandes aus, ansonsten aber ist ihm die Aufklärung ein Greuel und das Toleranzpatent Teufelswerk. Es ist erstaunlich und rührend, wie der Mann sich in der älteren tschechischen Literatur, der Geschichte und der Archäologie auskennt und wie er Denkmäler des Altertums studiert. Dem Hussitentum, der Reformation und den heimlichen Nichtkatholiken des Landes tritt er mit scharfer Ablehnung und bitterster Polemik entgegen. Seine Schrift ist ein deutlicher Beleg dafür, wie man sich damals auf der Grundlage ausschließlich tschechischen Schrifttums und unter Einfluß der Geistlichkeit »bilden« konnte.

Erst als der Einfluß der Vorromantik, des französischen Siegeszuges durch Europa, der deutschen Reaktion auf fremde Einflüsse, der Ideen Herders, dann Jahns und Arndts spürbar wurde, als auch das gebildete Bürgertum mehr in den Vordergrund trat, bekam die Bewegung einen etwas moderneren Anstrich. Das Religiöse und die Gegenreformation verlieren allmählich an Bedeutung, der Josephinismus gewinnt in weiten Teilen der Geistlichkeit an Boden. Bolzanos Wirkung ist in diesem Zusammenhang sehr wichtig und charakteristisch. Nur gehen die Aufklärer in ihren Bestrebungen, dem »anderen Sprachstamm« in Böhmen geistige Unterstützung zu geben, nie so weit, daß sie eine tschechischsprachige moderne Literatur, gar im Bereich der Wissenschaft, gefordert oder empfohlen hätten. Der Adel und ein Teil der Aufklärer waren landespatriotisch, die Konservativen und die Romantiker waren bald sprachlich-national. Hinzu kam die Wirkung einiger Männer, die aus der Slowakei, d.h. dem damaligen Ungarn, kamen, wo die Gegenreformation nie ganz durchgedrungen war. Sie knüpften an die nichtkatholische Linie in der Tradition Böhmens an: Zu ihnen gehörte Palacký, der große Historiker, der die Bedeutung von Hus und seiner Epoche aufzeigte. So etwa war die Lage in den zwanziger und dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts. Aus diesen Steinchen wurde allmählich ein neues Gebäude, ein neues Volk, eine Gesellschaft erbaut, die im wesentlichen »von unten nach oben« orientiert war (denn mit seiner distanzierten Haltung zum Sprachnationalismus verlor der Adel noch schneller an Autorität). Eine Gesellschaft, die aus dem Volk hervorgeht, dabei konservativ ist und lange Zeit ohne jeden revolu-

tionären Impuls; eine Gesellschaft, die vorsichtig, tastend, ohne materielle Mittel, nur mit Mühe und in beschränktem Rahmen sich ein Geistesleben schafft; eine Gesellschaft, die aber auch bäuerlich zäh ist und von dem Willen beseelt, sich nicht unterkriegen zu lassen. In einer Zeit des erdrückenden kulturellen Übergewichtes der deutschen Sprache, in einer Zeit, in der sechs (von achtzehn) der bevölkerungsreichsten Kreise Böhmens vollständig eingedeutscht waren, in der eine Aufstiegsperspektive sich nur über die ausschließlich deutsche höhere Bildung eröffnete – in einer solchen Zeit wurde um jeden Fußbreit Boden gekämpft und eine Konzession nach der anderen erreicht.

Dies nenne ich also das kleine Tschechentum: Während das große an die Probleme Europas denken, in deren Spannung sich ausleben und an ihre Lösung sich verschwenden konnte, mußte das kleine sich von Anfang an auf sich selbst konzentrieren, auf die Erhaltung der eigenen Existenz, die es immer mehr mit seiner Sprache identifizierte. Dieses kleine Tschechentum hat gewiß auch eine Art Größe; sie besteht in dem Entschluß, ganz offensichtliche Vorteile aufzugeben, welche die Zugehörigkeit zu einer großen, für die Welt bedeutsamen Kultur-, Wirtschafts- und Sozialgemeinschaft mit sich bringt, um der Hoffnung willen, in der eigenen Sprache und Tradition eine Chance zur Originalität zu besitzen. Das kleine Tschechentum will sich langsam zu einem Besitz materieller, kultureller und politischer Werte emporarbeiten, die, wenn sie nicht originär sind, so doch wenigstens in der eigenen Sprache vermittelt und genossen werden. Der Kampf darum dauerte das ganze 19. Jahrhundert.

[...]

Bis zu ihrem Ende hat die Donaumonarchie die Aufgabe zu erfüllen versucht, ein einheitliches und modernes Staatswesen zu bilden, sie hat dieses Ziel aber nie erreicht. Das lag zum Teil im Wesen der Emanzipation, zu deren Schrittmacher sich der absolutistische Staat erklärte, indem er sich den Prinzipien der Aufklärung wie Gemeinwohl, Gleichheit vor dem Gesetz oder Gewerbe- und Handelsfreiheit verschrieb. Die ungemein wichtige Tat, die Abhängigkeit der Bauern aufzuheben, womit auch für diesen größten Teil der Bevölkerung die Freiheit gesetzlich verankert war, dann die Besteuerung des Bodens der Adligen, der bis dahin steuerfrei war – dies waren große Schritte auf dem Wege zur Gleichheit; Freizügigkeit, die Möglichkeit, nach freiem Ermessen eine Familie zu gründen und den Kindern Bildung zu verschaffen, waren große Schritte auf dem Wege zur Freiheit. Die Bauern wurden selbstbewußter; natürlich wollten auch sie sozial aufsteigen, woran sie aber die Sprachbarriere hinderte. Diese Barriere hat nicht in dem beabsichtigten Sinne gewirkt, sondern hat die überkommene Gesellschaft

gespalten. Die Einheit der traditionellen ständischen Gesellschaft war kaum jemals gefährdet, denn die Herren waren auf ihre Knechte angewiesen. Eine Gesellschaft aber, die nach dem Prinzip der Gleichheit aufgebaut ist, spaltet sich dort, wo der Gleichheit ein Hindernis in den Weg tritt: Hier war es die Sprachbarriere. Der Emanzipierte will nicht nur rechtlich und wirtschaftlich frei sein – der Bauer ist nun der Eigentümer seines Bodens, er kann seinen Lebensunterhalt aus eigenen Kräften bestreiten, und diese Freiheit ist die Grundlage aller konkreten Freiheit. Der Bauer wollte auch konkret frei sein: als ein Mensch, der seine eigene Sprache spricht und in einer gewissen Tradition aufgewachsen ist, also Geschichtsbewußtsein hat. Das aber hatten die Aufklärung und der aufgeklärte Absolutismus nicht vorgesehen. Zwar waren die Aspirationen der neuen, von unten entstehenden egalitären Gesellschaft nicht sehr bewußt; es gab aber eine, wenn auch nur dünne, Schicht von Intellektuellen unterschiedlicher sozialer Herkunft – Adelige, Bürgerliche, zum Teil schon Bauernsöhne (wie Josef Jungmann<sup>6</sup>, der Vater des tschechischen Nationalismus) –, und diese Gruppe sorgte dafür, daß das freiheitliche Bewußtsein geschärft wurde und eine theoretische Grundlage erhielt, die auf modernen Vorstellungen vom Wesen eines Volks beruht.

Die Tschechen sind seit der Aufklärung in dem Sinne ein neues Volk, daß sie gegenüber der alten, einheitlichen und relativ sprachindifferenten hierarchischen Gesellschaft Böhmens nun eine egalitäre Gesellschaft bilden, die durch die Muttersprache definiert ist. Es handelt sich um eine Gesellschaft der befreiten Knechte. Diese haben sich jedoch nicht selbst befreit – das hätte durch eine revolutionäre Tat geschehen müssen. Sie wurden befreit durch die Maßnahme eines Herrschers; sie waren weit weniger radikal gesinnt als der Befreier-Herrscher selbst, vielmehr auf ihren eigenen Vorteil bedacht und im Grunde konservativ, denn der Tradition, die sie an das Tschechentum band, war die Aufklärung fremd. Der Gedanke, sich für einen bürokratisch strukturierten zentralistischen Einheitsstaat zu begeistern und ihm ihr eigenes Wesen zu opfern, lag den Tschechen fern. Dieser Staat war aber das neue, moderne Allgemeine, wie das mittelalterliche und barocke Christentum das alte Allgemeine gewesen war. Bekannte man sich nicht zu diesem neuen Gedanken, blieb nur die Partikularität übrig. Das moderne Allgemeine korrespondierte aber mit keinem faktisch Allgemeinen mehr, denn es gab keinen universalen Staat mehr, sondern nur einzelne Staaten. Das mittelalterliche Allgemeine übergriff und verband die sprachlichen, kulturellen und regionalen Partikularismen als etwas Höheres. Das moderne Allgemeine aber wollte nivellieren. Wo die Menschen jedoch auch als Emanzipierte im Grunde konservativ blieben, mußte das Besondere für sie an Bedeutung gewinnen und eine Realität sein, während für das Allgemeine niemand einen Finger rührte.

Der moderne Nationalismus scheint mir überhaupt ein Restbegriff und Restbestand zu sein. Nachdem das Verbindende des mittelalterlichen Christentums verschwunden war, blieb das Verbundene zurück: die Besonderheiten, das Ethnische, die Sprache und die zersplitterten Traditionen; und da man nichts Höheres mehr kannte, hat man dies Partikulare, worin man zu leben gewöhnt war, zum konkreten Organ, wenn nicht Quell der Menschlichkeit zu machen versucht. Dies stimmt ja auch in dem Sinne, daß wir im Faktisch-Zufälligen zu Hause sind und ohne dies nicht zu leben vermögen; aber wie sollte man mit den anderen zusammenfinden, gäbe es nur dieses Einzelne und Zufällige, und wäre es selbst das einzig uns allen Gemeinsame?

In der Donaumonarchie konzentrierten sich diese »Restprobleme« Europas. Maria Theresia hatte in gewissem Sinne Recht, als sie den Barockuniversalismus und den gegenreformatorischen Katholizismus gegen den Aufklärungsuniversalismus Josephs II. verteidigte und nicht aufgeben wollte: Der erstere hielt noch immer die Fahne der auf Adels- und Kirchenchristentum gegründeten Universalmonarchie hoch; es gab etwas Überempirisches, auf das man sich einigen konnte und das damals noch eine wirkungsvolle gesellschaftliche Macht darstellte. Diese Instanz gegen die Unsicherheit der rational-technischen Vernunft einzutauschen, schien ein großes Risiko. Die historischen Staatsorganismen wollte man schon auflösen, die Begründung dafür aber nicht der wankelmütigen menschlichen Ratio überlassen. Die Mitglieder des Herrscherhauses schwankten fortan zwischen den Positionen von Mutter und Sohn, ohne sich entscheiden zu können. Wie sollten die vielen Traditionen, die deutsche, tschechische, ungarische, polnische, rumänische, kroatische usw. vereinigt werden? Deutsch als offizielle Sprache zu verwenden, schien sich aus Vernunftgründen anzubieten, doch war das Deutsche nicht nur ein rationales Bindemittel zwischen den Völkern der Monarchie, sondern stellte zugleich eine eigene Tradition dar, ein lebendiges Volkstum, das die anderen herausforderte und das, nachdem die Aufklärungswelle abflaute, zu einem Mittel der Bevormundung werden mußte. So hat die Aufklärung selbst jene Schwierigkeiten mit heraufbeschworen, die sich am Ende für die Staatsmänner der Monarchie als unlösbar erwiesen.

Der Sprachnationalismus, der sich mit der Romantik allenthalben durchsetzte, fand in Mittel- und Osteuropa einen idealen Boden vor. Im europäischen Westen war es anders: In Frankreich zum Beispiel war die Bedeutung der Sprache der des Staates untergeordnet. In Österreich aber gab es Völker, die als Staaten nicht mehr existierten, doch als Völker überdauerten: die Tschechen, die Polen und – insofern in der josephinischen Zeit auch Ungarn der Monarchie einverleibt war (wie später unter Metternich) die Ungarn. Nun kam aber ein spezifisches Moment hinzu: der Slawismus. Er geht, wie die Ableitung des Volkstums von der Sprache, auf Herder zurück, der doch



in Rußland gelebt hatte und die »slawischen Völker« zu definieren versuchte. Die Monarchie war, von diesem Gesichtspunkt aus, von slawischen und nichtslawischen Völkern bewohnt. Der Gegensatz slawisch-nichtslawisch wurde schnell politisch umgemünzt in den von slawisch-antislawisch. Es war dann nur natürlich, daß gewisse Völker Träger des Slawismus und andere Träger des Antislawismus wurden. Die Deutschen in der Monarchie sind zwar durch die Erfolge der Slawen immer mehr auf die Bahn des Antislawismus geraten, aber dessen erste Protagonisten waren die Ungarn. Den Slawismus dagegen haben vor allem die Tschechen, aber auch die Slowaken, zu begründen und auszubauen versucht.

Was ist nun, soziologisch betrachtet, der Prozeß der sogenannten tschechischen Wiedergeburt? Aus einer nach ständischen Prinzipien strukturierten Gesellschaft, die weitgehend sprachindifferent war, wurde eine auf die zentrale Staatsmacht ausgerichtete, geschichtete Gesellschaft, wobei die Oberschicht deutschsprachig war, während in den tschechischen Gebieten die Unterschicht slawisch sprach. Daraus wurden dann zwei selbständige, sich voneinander durch die Sprache unterscheidende Gesellschaften, deren innere Struktur, wie in der modernen bürgerlichen Gesellschaft überhaupt, ökonomisch bestimmt war. Die tschechischsprachige Gesellschaft hatte eine breite Basis, ihre Oberschicht war die »Intelligenz«, es fehlten ihr das reiche, handeltreibende und industrieführende Bürgertum und der Adel (dessen Mitglieder sich zwar zu ihr bekannten, aber in diesem Rahmen eigentlich nur als Intellektuelle eine Funktion hatten). Der Anlaß zur Bildung dieser neuen Gesellschaft, eines neuen Volkes also, waren – positiv – die Emanzipation im Geiste der Aufklärung und – negativ – der Aufklärungszentralismus. Verstärkt wurde dieser Prozeß durch vorromantische und romantische Ideen. Die Historiker teilen ihn in mehrere Etappen: Josef Pekar<sup>7</sup> sieht den barocken Patriotismus der Gegenreformatoren als den Ausgangspunkt an, dann folgt die Aufklärungsperiode, in der das Tschechische (und das Slawische überhaupt) Gegenstand der Forschung wird, deren Ergebnisse noch vorwiegend in deutscher Sprache festgehalten werden. Die dritte Etappe ist die romantische, sprachbegeisterte, in der die Nationalität durch den Sprachgebrauch definiert wird. Aber nicht der Sprachgebrauch an sich ist das Entscheidende und das Neue, sondern die Bildung einer durch diesen Sprachgebrauch definierten, geschlossenen Gesellschaft, die sich in all ihren Funktionen, im geistigen wie im politischen, im wirtschaftlichen wie im organisatorischen Bereich, als eine selbständige Einheit fühlt und eine solche sein will. Es ist klar, daß diese tschechische Gesellschaft es nicht leicht haben konnte, denn die Mittel zu ihrer Selbständigkeit mußte sie sich aus dem bescheidenen Besitz ihres Bauern- und Kleinbürgerdaseins erarbeiten und ersparen; sonst hatte sie nichts geerbt, weder geistig noch materiell.

Zunächst aber kommt ihr die Romantik zu Hilfe. Diese hatte im Österreich der napoleonischen Kriege aus einleuchtenden Gründen auch offizielle Unterstützung gefunden: Österreich wurde ja zum Rückgrat aller Koalitionen gegen Napoleon und hat am meisten dazu beigetragen, die französische Hegemonie in Europa zu brechen, am Ende natürlich in Allianz mit Rußland. Die katholischen Größen der Jenaer Romantik haben in Wien zeitweilig eine Zuflucht gefunden, das Volkstum wurde aus politischen Motiven gepflegt, und davon profitierte eben auch die neue, in Geburtswehen liegende tschechische Gesellschaft und ihre junge Literatur. Die drei großen, aus Ungarn stammenden (oder dort ausgebildeten) protestantischen Slowaken Safarik<sup>8</sup>, Kollár<sup>9</sup> und Palacký bringen einen neuen Geist in die tschechischen, durch den Josephinismus geprägten Verhältnisse.

[...]

Wovon lebte nun eine solche Gesellschaft geistig, wenn sie sich doch zunächst um ihr tägliches Brot kümmern mußte? Woher schöpfte sie die Kraft für dieses aufreibende, von wenig Erfolg und ständiger Mühe begleitete Leben? Diese Gesellschaft hatte keinen Raum für ein sich selbständig aufschwingendes, spekulatives Denken, für eine im reinen Empyreum des Geistes sich entfaltende Kunst. Dergleichen Ambitionen hätte jeder Angehörige dieser Gesellschaft als unrealistisch, als mit ihrem Wesen und ihrer Struktur unvereinbar, als individualistisches Ausbrechen aus ihrem Rahmen empfunden. In einer Gesellschaft der befreiten Knechte, welche erst lernen müssen, nach mehr Freiheit und Selbstentfaltung zu streben, ist die Kultur volkspädagogisch: Sie wendet sich an eben diese Gesellschaft und nicht an »den Menschen« oder an »die Menschheit«.

Doch da es das höchste Ziel dieser Kultur war, den anderen europäischen Kulturen ebenbürtig zu werden, wollte sie auf dieses Letzte, Große, Absolute, von keinem Zweckdenken Getrübte gleichwohl nicht verzichten. Sie glaubte sich darin durch ihre Geschichte bestätigt, in deren vergangener Größe sie ein Versprechen für die Zukunft sah. Daher verschrieb sich diese Gesellschaft dem Historismus; aus der Geschichte und aus geschichtlichen Mythen schöpfte sie ihre Hoffnungen, und in ihrer Geschichtsauffassung schwankte sie zwischen Mythisierung und einem zuweilen überspitzten Kritizismus, der dann aber – oft bei derselben Person – wieder in neue Mythenbildung umschlug.<sup>10</sup>

[...] Die Philosophie haben wir uns damals je nach Bedarf bei den Späthegelianern und den Herbartianern zusammengesucht. Der einzige originelle Geist war Masaryk, nicht durch die Tiefe seiner Gedanken, sondern durch das Bewußtsein seiner sittlichen Sendung und durch seinen Sinn für die wahren, drängenden Probleme. Er hat den Positivismus und die Soziologie

bei uns eingeführt, zu einer Zeit auf Marx verwiesen, als man diesen in der akademischen Welt wie einen toten Hund behandelte, über die tschechische Wiedergeburt nachgedacht und Palackýs Geschichtsphilosophie wieder aufgenommen; er hat über Rußland und Europa geschrieben, mit Weitblick Politik betrieben und aus tiefster Überzeugung zur Zertrümmerung der österreichischen Monarchie beigetragen. Lange Jahre hatte er sich für die Demokratisierung und Föderalisierung der Monarchie eingesetzt, sich aber durch eigene Erfahrung und die anderer davon überzeugt, daß dies keine Lösung war. Masaryk ist also eine ganz außergewöhnliche Erscheinung. Aber er war gleichzeitig isoliert und hinterließ keinen einzigen neuen spekulativen Gedanken.

[...]

Auf seiten der Tschechen war man auf den Ausbruch des Ersten Weltkriegs nicht vorbereitet. Nicht nur hatten die Tschechen keine Erfahrung in der Außenpolitik, waren sie von dieser doch im Gegensatz zu den Ungarn vollständig abgeschnitten gewesen; sie besaßen auch keine Verbindungen und Stützen im Ausland, weder im Westen noch im Osten. Die Chance, sich durch eine politische Aktion im In- und Ausland bei der Neuordnung Europas eine günstigere Stellung zu verschaffen, als sie durch die Verfassung von 1867 festgeschrieben war, wurde jedoch bei Ausbruch des Krieges sofort gesehen und zuerst zögernd, dann aber, als der Krieg andauerte und abzusehen war, daß die Erfolgchancen der Zentralmächte schwinden würden, immer energischer genutzt. Masaryk, der im Jahre 1914 österreichischer Reichstagsabgeordneter war, konnte in dieser Eigenschaft ohne Schwierigkeiten ins neutrale Ausland reisen, wo er sich informierte und Kontakte aufnahm. Später durfte er, unter größeren Schwierigkeiten, noch ausreisen, aber nicht mehr zurückkehren. Anfangs gab es zwei Konzeptionen der Auslandsaktion, eine russische und eine westliche Variante; es hing mit den Umständen des Krieges zusammen, daß die westliche, von Masaryk vertretene, sich durchsetzte. [...]

Masaryk, dessen Autorität durch diese Erfolge im Vergleich zu den anderen tschechischen Politikern unverhältnismäßig stark gewachsen war, blieb fast bis zum Ende seines Lebens Staatspräsident. Er und sein langjähriger Sekretär aus den Kriegsjahren, Benes<sup>11</sup>, genossen in der Zwischenkriegszeit eine Sonderstellung, wobei ein verhängnisvolles Quiproquo unterlief. Masaryk war ein mutiger, entschlossener, nach reiflicher Erwägung und nach Grundsätzen handelnder Mensch und insofern – besonders in unseren kleinen Verhältnissen – eine Ausnahme. Benes war ein ehrgeiziger, fleißiger, redseliger Durchschnittsmensch.

Masaryk sah wohl die Schwierigkeiten der neuen Situation, sowohl im Donaubecken als auch in Europa, und versuchte, sich mit den Ungarn zu

arrangieren, kam damit aber nicht durch. Der Ausgleich mit den Nachbarn war ja nach der Zertrümmerung der Monarchie schwieriger geworden denn je. Dies war zugleich ein soziales Problem: Alle unsere Nachbarn, die Deutschen, die Ungarn und die Polen waren noch weitgehend traditionell obrigkeitsstaatlich organisiert oder doch zumindest eingestellt. Wäre die Weimarer Republik eine echte bürgerliche Demokratie gewesen, dann hätte sich die alte Allianz von Plutokratie und Militärherrschaft dort nicht so schnell gegen sie durchsetzen können. Noch deutlicher stellte Ungarn – nach Karolyis Präsidentschaft und Béla Kuns Räterepublik – dann unter Horthy eine restaurative Adels Herrschaft dar. Und auch Polen war unter Pilsudski von einem militärischen Herrenclub beherrscht. Die Tschechen waren von Anfang an faktisch isoliert, nicht nur in Mitteleuropa, auch im größeren Zusammenhang Europas. Sie stellten damals in der Tat die einzige wirklich »von unten« aufgebaute Gesellschaft dar, im wesentlichen aus Kleinbürgern bestehend. International war der neue Staat genötigt, sich auf die ehrgeizige, aber wenig realistische französische Politik zu stützen; England wollte sich ja auf dem Festland nicht engagieren – am wenigsten unseretwegen. Im Jubel über die Befreiung übersah man damals, daß sogar in den Siegerstaaten der Krieg bald als Katastrophe empfunden wurde und keineswegs als ein Neubeginn, wie es bei uns der Fall war. Das Verhältnis zu Sowjetrußland war gespannt und diese Spannung übertrug sich bald auf das Innere des Staates. Die Arbeiterschaft radikalisierte sich: Ab 1920 hatten wir eine starke kommunistische Partei, nachdem die Sozialdemokratie, die bei uns im Begriffe gewesen war, die mächtigste politische Organisation zu werden, sich gespalten hatte. Hinzu kamen Schwierigkeiten mit den Slowaken, denen während des Krieges Autonomie versprochen worden war: Um gegen andere Minoritäten ein »tschechoslowakisches« Übergewicht zu schaffen, wurde dann doch ein Prager Zentralismus betrieben.

Masaryk deutete den Ersten Weltkrieg als einen Konflikt zwischen traditionellen »theokratischen« Regimen, die im Grunde auf überlebte mittelalterlich-metaphysische Prinzipien gegründet waren, und modern-demokratischen Regimen; durch den Krieg seien drei Monarchien von Gottes Gnaden verschwunden und an ihrer Stelle Volksregime errichtet worden; auch sei die europäische Krise, die Krise des modernen Subjektivismus im Gegensatz zum traditionellen Objektivismus im Grunde zugunsten eines gemäßigten Subjektivismus überwunden. Diese Philosophie des Weltkriegs diene eher der Beschwichtigung der auftauchenden Sorgen, als daß sie eine ernsthafte soziologische Deutung darstellte. Das Gottesgnadentum war längst nur noch ein Ausdruck bestehender sozialer Strukturen, die zum großen Teil nach dem Krieg weiter existierten, und es zeigte sich auch bald, daß der Krieg zwar eine Weltrevolution auslöste, diese mit ihm aber keineswegs zu Ende war.

Weite Kreise der tschechischen Bevölkerung empfanden das Ergebnis des Krieges und die Etablierung einer selbständigen Republik als Erfüllung ihrer nationalen Wünsche, als Realisierung des säkularen Programms, das schon der »Wiedergeburt« zugrunde gelegen hatte und das die Parität mit den europäischen Partnern anstrebte. Der nationalistische Geist dieses Programms wurde dem Staat zum Verhängnis. Sowohl die Heimatdeutschen als auch die Slowaken wurden im Namen einer Idee vergewaltigt, die diese Minderheiten zum Dienst an einem fremden Interesse verurteilte. Die Slowaken hatten ja ihre eigene Schriftsprache schon im vorigen Jahrhundert ausgebildet und betrachteten sie keineswegs als einen tschechischen Dialekt: Vom sprachnationalen Standpunkt aus war also ihre Opposition konsequent. Die Tschechoslowakei war ein Staat von dreizehn Millionen Einwohnern, von denen zweieinhalb Millionen Deutsche und mehr als drei Millionen Slowaken waren, von den Polen im Lande und einer starken ungarischen Minderheit nicht zu reden.

1924 begann sich in Italien der Faschismus zu regen, und an die Stelle des Gottesgnadentums trat der Totalitarismus. Italien versuchte, mit Unterstützung Österreichs und Ungarns in Mitteleuropa Fuß zu fassen. 1927 begann die Sowjetunion den »Aufbau des Sozialismus in einem Lande«, der Stalins Diktatur und seine Vormachtstellung innerhalb der internationalen kommunistischen Welt brachte. So sah zehn Jahre nach dem Krieg die Welt ganz anders aus, als Masaryks Kriegs-Philosophie sie dargestellt hatte.

Nur ein Mann hat bei uns gesehen, daß diese Entwicklung für den neuen Staat und seine Bevölkerung, vor allem für das demokratische Tschechentum, eine großartige Chance und nicht nur Schwierigkeiten und Gefahren bot. Leider war dieser Mann nur ein Philosoph und kein Politiker. Emanuel Rádl<sup>12</sup> sah klar, daß dem Staat in dieser Lage von selbst eine historische Rolle und ein geschichtlicher Sinn zufallen würden, falls man gewillt wäre, den traditionellen Sprachnationalismus einer demokratischen Haltung zu opfern: Keine »andere Schweiz«, wohl aber ein mitteleuropäischer Staat konnte entstehen, der auf eigenen Füßen steht und dem demokratischen Geist und allen demokratisch Gesinnten Schutz bietet; ein Staat, der nicht neutral ist, sondern im Gegenteil in den Kämpfen der Gegenwart ganz ausdrücklich auf seiten einer sozialen Demokratie steht, ein Staat, für den sich *alle* Staatsbürger ohne Unterschied einsetzen könnten. Rádl deutete Masaryks Lehre weitgehend zu Recht in diesem Sinne und hat dadurch die kritische Position, die Pekar Masaryk gegenüber einnimmt, weit überholt. Pekar stark in historischer Einzelforschung, aber ratlos, wenn es um die Programmatik des Staates ging, verstrickte sich in unklare Kompromisse mit dem Nationalismus der Sudetendeutschen und mit den zum Faschismus tendierenden katholischen Gruppen. Ein dritter Teilnehmer an der Diskussion

um den »Sinn der tschechischen Geschichte«, die im Grunde ein Streit um die politische Orientierung des Staates war, also mehr die Zukunft als die Vergangenheit betraf, war der Musikwissenschaftler und Historiker Zdenek Nejedlý<sup>13</sup>. Er empfahl schon 1920 den Anschluß an den Weltkommunismus und das Sowjetregime und war einer der ersten, die den tschechischen Nationalismus ins Fahrwasser einer marxistisch umgedeuteten Orientierung nach Osten bringen wollten.

Es war wohl die Pflicht von Masaryks Nachfolger auf dem Präsidentenstuhl, zwischen diesen Richtlinien eine Wahl zu treffen und konsequent danach zu verfahren. Freilich war er genötigt, der Realität des Parteienstaates Rechnung zu tragen und die öffentliche Meinung zu berücksichtigen, die auf ein radikales Umdenken nicht vorbereitet war. Die seit 1933 von Hitler ausgehende Gefahr mußte aber auch ideell rechtzeitig abgewehrt werden. Daß das möglich war, bezeugt die Tatsache, daß die deutsche Sozialdemokratie in unserem Land, zum Teil auch die christlich-soziale Partei, der Republik bis an deren Ende treu blieben, obwohl die Deutschen durch die Henlein- und Hitlerpropaganda hier einem gewaltigen Druck ausgesetzt waren. Es ist freilich seitens der entscheidenden Stellen nichts Durchgreifendes unternommen worden, um der kleinlichen Nationalpolitik, der Bevormundung der anderen Nationalitäten, der Ansiedlung von Tschechen als Staatsbeamte, Gendarmen usw. in überwiegend deutschen Gebieten, kurz: der Fortsetzung des Kampfes um jeden Zoll, wie man ihn aus den Zeiten der Monarchie gewöhnt war, rechtzeitig Einhalt zu gebieten. Als nach der Besetzung des Rheinlandes im Jahre 1936 Frankreich nichts unternahm, als Pilsudski als erster mit Hitler einen Nichtangriffspakt schloß und die Westmächte unter dem Eindruck der deutschen Aufrüstung und auch in der Hoffnung, diese werde sich gegen die Sowjets richten, den Rückzug aus Mitteleuropa antraten, war es zu spät, und Konzessionen, wie man sie zum Beispiel der Mission Runcimans machte, mußten als Schwäche ausgelegt werden.

Unser aus dem 19. Jahrhundert stammendes historisches Erbe ist uns also in der Ersten Republik in zweierlei Hinsicht zum Verhängnis geworden: Erstens wurden der Sprachnationalismus und seine Kampfmethoden einfach fortgesetzt, zweitens waren wir blind für die einzigartige geschichtliche Chance, die sich bot, dem Tschechentum wieder eine wirklich große europäische Aufgabe zukommen zu lassen und dadurch das tschechische Befreiungswerk zu vollenden. Eine Tschechoslowakei als mitteleuropäischer Staat, in dem die Demokratie konsequent zuende gedacht und mit äußerster Konsequenz verteidigt worden wäre, hätte in der europäischen Krise eine würdige Rolle spielen können, hätte selbst im Falle eines Mißerfolges und einer militärischen Katastrophe moralische Energie für die

Zukunft sammeln können und hätte sich später nicht einfach zum Spielball der großen Kräfte der Nachkriegszeit machen lassen.

Ich glaube, es wäre in den dreißiger Jahren die Aufgabe Benes gewesen, der sich gern als Masaryks Erbe ausgab, diese prinzipiellen Fragen ernsthaft zu erwägen und bis aufs Äußerste einzustehen für eine Lösung im Sinne einer zeitgemäßen Version der Masarykschen, man könnte sagen, neuliberal-demokratischen Auffassung. Diese war, meine ich, damals einzig in der Lehre Rádls vorgezeichnet. Benes aber ließ sich durch Tagesgeschehnisse blenden, war von der Agitation Henleins fasziniert, mit der Abwehr der Runcimanschen Mission beschäftigt und schloß wertlose Pakte, die auch unsere Verbündeten aus der »Kleinen Entente« gegen uns aufbringen mußten. Als dann 1938 in München die Stunde der Entscheidung schlug, versagte er kläglich, statt sie als einzigartige historische Chance wahrzunehmen. Der Generalstab hatte ihm klarzumachen versucht, daß wir im Alleingang zwar unterliegen würden, ihn aber dennoch wagen müßten. Doch Benes hat aufgegeben und dadurch das moralische Rückgrat unserer Gesellschaft, die zum Kampf bereit war, nicht nur für den Augenblick, sondern für lange Zeit gebrochen. Die tschechische Auslandsaktion hatte während des Ersten Weltkriegs eine gewisse Größe, und die tschechischen Politiker haben sich in der Weltpolitik einen gewissen Einfluß gesichert, welcher der Ausgangspunkt einer neuen Größe hätte sein können. Doch wurden diese Ansätze nicht genutzt. Vor allem wurde die sich dank der politischen Konstellationen bietende Gelegenheit, eine große und zeitgemäße geschichtliche Aufgabe wiederzugewinnen, verpaßt und wohl für immer verspielt.

Ich sage, daß die Bevölkerung zu größten Opfern bereit war, daß sie kämpfen wollte, auch allein und ohne Verbündete; ich habe es damals (mit Schrecken) miterlebt. Freilich basierte diese Kampfbereitschaft nicht auf den Gedanken, die ich oben angeführt habe, sondern eben auf dem Gefühl, national und sozial bedroht zu sein. Nationalisten und Kommunisten trafen sich in ihrem Zorn und in der energischen Ablehnung des Münchener Abkommens. Aus der sozialen Struktur der tschechischen Gesellschaft folgt wohl, daß aus ihr nur selten und wie durch Zufall führende Persönlichkeiten erwachsen, die bereit sind, große Risiken einzugehen und große Verantwortung zu übernehmen, besonders, wenn es um Leben oder Tod von vielleicht Millionen von Menschen geht. Durch entschiedenes Handeln hätte man, wie wir heute wissen, den Krieg abkürzen und die Zahl der Opfer niedriger halten können. Kein einziges der kleinen Völker, die es wagten, in Zeiten wie diesen dem Giganten zu trotzen, wurde vollständig aufgerieben, wie das Beispiel Finnlands am besten beweist. Schlecht aber ergeht es jenen, die sich nicht wehren. Wir haben während des Krieges an die 300.000 Opfer im Widerstand gehabt, die den Nazis allerdings in der

Regel keinen beträchtlichen Schaden zufügen konnten. Wenn man in den Berichten der Widerstandsorganisationen über ihre »Erfolge« liest, muß man sagen: Diese Erfolge sind kläglich, das Mißverhältnis zwischen Opfern und Resultaten ist schreiend.

Ich sagte bereits, daß Masaryk eine Gestalt von ganz anderem Gepräge war als sein Nachfolger. Er war von Jugend an ein Kämpfer, und seiner Gesellschaft, seinem Volk, hat er sich durch die Kraft seiner Argumente und Taten aufgedrängt; Populäres, Schmachhaftes suchte er den Leuten nicht zu servieren. Freilich wurde ihm die Entscheidung über Krieg oder Frieden erspart, denn er griff erst ein, als der Krieg schon begonnen hatte; aber selbst in den bittersten Augenblicken kapitulierte er nicht. Im Jahre 1900 hatte ihn seine öffentliche Stellungnahme zum Ritualmordprozeß gegen Leopold Hilsner beim antisemitischen Publikum so unpopulär gemacht, daß er die Vorbereitungen zur Gründung einer eigenen politischen Partei aufgeben mußte, seine Vorlesungen an der Prager Fakultät vom Dekan wegen Studentendemonstrationen eingestellt wurden und er von allen Seiten boykottiert wurde. Zwar dachte er zeitweilig daran, in die Vereinigten Staaten auszuwandern (seine Frau war Amerikanerin), aber daraus sind dann nur zwei Vortragsreihen über slawische Probleme geworden. Nach einer Weile setzte er seine Kampagne fort, schließlich mit Erfolg. Benes dagegen war ein schwacher Mensch, nur gut als Sekretär. Und einem solchen Mann wurde die Entscheidung über das künftige moralische Profil des tschechischen Volkes übertragen. Er *mußte* entscheiden und entschied sich für die Kleinheit. Diese Entscheidung ist wohl endgültig gewesen, denn in Zukunft werden die Kleinen immer weniger Gelegenheit haben, zu handeln und auf dem Feld der Geschichte auch Großes zu leisten. Es ist die Tragik des neuzeitlichen Tschechentums, daß seine Hoffnung darauf, durch Ausdauer im Kampf mit den Großen Gleichberechtigung zu erringen, in dem Augenblick zunichte gemacht wurde, als sich ihm dazu eine einmalige geschichtliche Chance bot [.

Die große böhmische Geschichte hatte ihr Kleines, die kleine tschechische Geschichte dagegen auch ihr Großes. Das Kleine in der großen Geschichte war die politische Borniertheit des Adels, seine Habgier und sein mangelnder Sinn für den Staat. Aber nicht an diesem Kleinen ist das Große in der böhmischen Geschichte zugrunde gegangen, wenigstens nicht primär, sondern an der Konkurrenz zweier großer Vorhaben: Dem Plan, nach Osteuropa zu expandieren, den die Premysliden für den europäischen Westen hegten und den die Luxemburger übernahmen, kam in den Hussitenkriegen der Kampf für das Laienchristentum in die Quere, der dann die meisten Energien verbrauchte. Die Eigenwilligkeit des Adels, seine Unvorsichtigkeit und sein Leichtsinns zwangen schließlich die Habsburger zur Umstrukturierung dieser widerspenstigen Gesellschaft. Das kleine Tschechentum strebte mit



kleinen Mitteln Großes an, aber eben diese kleinen Mittel sind ihm zum Verhängnis geworden: Es wollte sich die Mühen radikaler Selbstreflexion und kritischer Infragestellung seiner Dogmen, aber auch die bittere Not einer Entscheidung auf Leben und Tod ersparen. [...]

Das Prager Kulturmilieu wäre für einen geistigen Aufschwung ungewein günstig gewesen. Es gab ja in Prag zwei Universitäten, zwei technische Hochschulen, eine freie ukrainische Universität, ein groß angelegtes französisches Institut, wo man Gelegenheit hatte, alle Größen der Sorbonne und des französischen literarischen Lebens kennenzulernen, ohne Prag verlassen zu müssen. Das gleiche bedeutete die »Urania« für die Deutschen; ich habe dort in meiner Jugend noch den alten Wilhelm Ostwald und Ernst Cassirer gehört. Das Theaterleben war rege und hatte auch zwei konkurrierende Zentren; zwei Festivals der »Gesellschaft für zeitgenössische Musik« fanden in Prag statt. Schönbergs »Verein für musikalische Privataufführungen« hatte zeitweilig in Prag eine Niederlassung.

Dies alles, und noch vieles mehr, wurde mit dem politischen Versagen auf eine wenig rühmliche Weise zu Grabe getragen, und man muß sich leider Moritz Hartmanns Worte nochmals in Erinnerung rufen: Die Tschechen sind ein Volk, das sein Leben durch den Verrat am Erbe der Väter verlängerte – und dabei ist es bis auf den heutigen Tag geblieben.

### Anmerkungen

- 1 Zur Entstehungsgeschichte dieses Textes vgl. den anschließenden Kommentar von P. Pithart. Der vorliegenden Version liegt die am Prager Patočka-Archiv rekonstruierte Fassung zugrunde. Sie umfaßt 107 Typoskriptseiten und wurde für unsere Zwecke gekürzt (insbesondere um den umfangreichen Mittelteil, der die tschechische Geschichte von den Anfängen bis zur Zeit Karls VI. darstellt) und sprachlich überarbeitet. Der vollständige Text wird im nächsten Jahr im fünften Band der »Ausgewählten Schriften« Jan Patočkas erscheinen: »Schriften zur tschechischen Kultur und Geschichte«, Hg. Klaus Nellen, Petr Pithart und Milos Pojar, Stuttgart. (d.Red.)
- 2 Tomáš Garrigue Masaryk (1850-1937), Soziologe, Philosoph und Politiker. Lehrte ab 1882 Philosophie an der Karls-Universität in Prag. Von 1891-1914 Mitglied des österreichischen Reichsrats. Als Gründer des Tschechoslowakischen Nationalrats (1915) und Organisator der Tschechischen Legion in Rußland (1917) erhielt er schließlich die Zustimmung der Alliierten zur Errichtung eines selbständigen tschechoslowakischen Staates, dessen erster Präsident er 1918 wurde. In diesem Amt blieb der »Präsident-Befreier«, bis er 1935 aus Altersgründen zurücktrat. (d. Red.)
- 3 Bernard Bolzano (1781-1848), Philosoph, Mathematiker und Logiker. (d. Red.)
- 4 Frantisek Palacký (1798-1876), Historiker und Politiker, der mit seiner 1836-1867

- erschiedenen »Geschichte von Böhmen« das tschechische Geschichtsbewußtsein entscheidend prägte. Einer der Köpfe der tschechischen nationalen Bewegung, für die er sich auch als Politiker einsetzte. (d. Red.)
- 5 Die »Böhmischen Brüder« bzw. »Brüderunität«, 1457 gegründet, war eine Reformationsbewegung, die sich als Erbin der Hussitischen Tradition verstand. Einer ihrer Bischöfe war der Philosoph und Pädagoge J.A. Comenius. (d. Red.)
  - 6 Josef Jungmann (1773-1847), Sprachwissenschaftler, Übersetzer und Schriftsteller. Arbeitete unter dem Einfluß der deutschen Romantik, insbesondere Herders, eine an die Sprache gebundene Konzeption der Nation heraus. Trug wesentlich zur Herausbildung einer neuen Intelligenz bei, die in tschechischer Sprache schrieb bzw. im Tschechischen fehlende Terminologien erst schuf. Im Gegensatz zu Jungmann formulierte Bolzano (s. Anm. 3) eine politische Konzeption der nationalen Wiedergeburt, die die Deutschen in Böhmen einbezog. (d. Red.)
  - 7 Josef Pekar (1870-1937), Historiker, betonte gegen den romantischen Slawismus im Gefolge Palackýs die westlichen Bindungen der tschechischen Geschichte. (d. Red.)
  - 8 Pavel Josef Safarik (1795-1861), Sprachwissenschaftler, Schriftsteller und Publizist. (d. Red.)
  - 9 Jan Kollár (1793-1852), tschechisch und slowakisch schreibender Schriftsteller, führender Vertreter der romantischen Richtung der nationalen Wiedergeburt. (d. Red.)
  - 10 Später kommt Patocka auf diese Problematik zurück. Wir fügen die entsprechende Passage hier als Anmerkung ein (d. Red.):  
Nicht nur die falschen Handschriften (s. dazu den Artikel von Steven Beller im vorliegenden Heft, d. Red.), die eine Blüte der Heldenepik im 13. Jahrhundert und die hohe Kultur des Staatslebens im 9. Jahrhundert beweisen sollten, sind Symptome des Ausweichens in die Vergangenheit, sondern auch die willige Aufnahme und Verarbeitung dieser Schriften in Wissenschaft und Kunst. Dadurch wurde im gesamten geistigen Schaffen eine ungeheure Lüge erzeugt, eine falsche Monumentalität, die Suspensierung des kritischen Geistes, der doch für das Tschechentum so oft in Anspruch genommen wurde.  
Masaryks Forderung nach Realismus wandte sich gegen den Historismus und natürlich auch gegen die Mythologisierung der Geschichte. Wie schwer es aber ist, von dieser Mythologisierung Abschied zu nehmen, zeigte Pekar an Masaryk selbst, der den Realismus zwar proklamierte und den Kampf gegen die falschen Handschriften organisierte und schließlich gewann, durch die Erneuerung der Geschichtskonzeption Palackýs aber selbst einen neuen Mythos schuf und außerdem von gewissen Inhalten der von ihm bekämpften Handschriften nicht unbeeindruckt blieb. An Pekar selbst läßt sich wiederum zeigen, daß seine Auffassung von der tschechischen Geschichte, nach der deren Kontinuität in der Sorge um die nationale Selbsterhaltung begründet ist, von der romantischen Idee der Sprache als Quelle der Nationalität inspiriert ist. So schwer ist es also, trotz allen guten Willens zur Kritik, die traditionellen Motive loszuwerden. Wir sind noch immer mitten in dieser Aufgabe – selbst in marxistischem Gewand begegnen uns diese alten Probleme heute wieder.
  - 11 Eduard Benes (1884-1948), Politiker, folgte 1935 T.G. Masaryk als Präsident der CSR. Trat nach dem Münchener Abkommen von 1938 zurück und ging ins Exil, ab 1940 Präsident der tschechoslowakischen Exilregierung in London. Ab 1945

- erneut Staatspräsident. Gleitende Machtübernahme durch die Kommunisten und Rücktritt Benes nach dem Prager Staatsstreich von 1948. (d. Red.)
- 12 Emanuel Rádl (1873-1942), Philosoph, befaßte sich insbesondere kritisch mit dem Geschichtsverständnis Palackýs; er wirft ihm vor, die tschechische Geschichte unter dem Einfluß des romantischen National-Gedankens und unter Mißachtung eines jahrhundertealten Kulturaustauschs zu einem tschechisch-deutschen Krieg stilisiert zu haben. (d. Red.)
- 13 Zdedek Nejedlý (1878-1962) spielte nach dem Krieg eine bedeutende Rolle beim Aufbau des Bildungswesens und beim Anschluß der tschechischen Geschichte an die kommunistische Ideologie. (d. Red.)

*Petr Pithart*

## DER PHILOSOPH ALS KETZER

Kommentar zu Patočka<sup>1</sup>

Patočkas Text »Was sind die Tschechen?«, ursprünglich eine Folge von Briefen, die er um 1973 an eine in der Bundesrepublik lebende deutsche Freundin schrieb, wurde vom Autor später umgearbeitet, wohl in der Absicht, ihn als Essay zu publizieren. Patočka, der 1977 starb, hat diese Arbeit nicht mehr abgeschlossen. In einer der handschriftlichen Versionen finden wir den Untertitel »Ein Versuch, sich den Nicht-Tschechen verständlich zu machen«; Patočka hat den Adressaten-Kreis dann offensichtlich erweitern wollen und korrigierte: »den Tschechen und den Nicht-Tschechen«.

In der Tat geht der Text, zu dem ich hier lediglich einige Randbemerkungen machen will, weit über die ursprüngliche Intention einer Einführung hinaus. Er knüpft an die tschechische Tradition der Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte an. Allerdings bereichert er die lange Reihe der – oft apologetischen – Betrachtungen über den »Nationalcharakter« nicht um eine weitere, sondern versucht, gegen den Hang zu einer Metaphysik der tschechischen Identität, eine kritische Analyse ihrer materialen und geistigen Voraussetzungen. Indiz dafür ist schon die bewußte und vielleicht etwas befremdlich klingende Formulierung der Titelfrage, »was« und nicht »wer« die Tschechen seien.

Ein Spezifikum der tschechischen Gesellschaft sieht Patočka darin, daß ihr eine Oberschicht fehlt – sie ist eine »von unten« aufgebaute Gesellschaft. Das ist gern zu einer Stärke, zum »tschechischen Demokratismus« stilisiert worden. In dieser Tugend erblickt Patočka jedoch eher eine Not, als deren Folge er eine notorisch schwache Elite konstatiert. Die Wurzeln dieses Defizits reichen weit zurück: Die Vernichtung des tschechischen Adels in der Schlacht am Weißen Berg, aber auch, daß die Tschechen eine eher konservative »Gesellschaft der befreiten Knechte« blieben, nachdem ihnen die Freiheit von einem radikal aufklärerischen Herrscher, Joseph II., geschenkt wurde – ohne daß sie sich diese dann wirklich angeeignet hätten.

Patočkas sozialgeschichtliche Diagnose des »kleinen Tschechentums« dient ihm als Ausgangspunkt für seine Untersuchungen zur politischen Kultur der Nation. Wie steht es um die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit ihrer Protagonisten angesichts einer konkreten Situation?

Politisches Handeln bewegt sich zwar immer in einem allgemeinen Rahmen von Ideen, Traditionen und Motiven. Entscheidungen aber sind stets angesichts einer bestimmten Situation und den ihr innewohnenden Zwängen zu treffen. Politisches Handeln ist insofern eine Kunst, als es einer besonderen Urteilskraft bedarf, Idee und Situation zu verbinden. Entscheiden und Handeln sind so lange nicht wirklich politisch, wie sie nur ideologisch oder moralisch motiviert oder aber auf die blinde Tat aus sind. Patočka meint, daß es der tschechischen Nation an Persönlichkeiten mangelt, die die Kunst der Politik beherrschen. Dieser Mangel ist strukturell – es gibt keine Schicht, aus der sich solche Menschen rekrutieren könnten.

Ist eine Nation, die sich in der Figur des Schwejk und in Capeks »einfachem, kleinen Menschen« Denkmäler gesetzt hat, krisenhaften Situationen gewachsen? Patočka verweist auf drei exemplarische Chancen, die den Tschechen eine geschichtliche Rolle auf europäischer Ebene boten, die aber nicht ergriffen wurden: Die nationale Wiedergeburt, die Staatsgründung 1918 und das Münchener Abkommen 1938. Die Wiedergeburt verfehlte den schmalen Weg zwischen Romantik und Aufklärung, zwischen nationalistischem Partikularismus und dem schlechten Allgemeinen, wie es der österreichische Staat in seiner damaligen Gestalt darstellte. Der junge souveräne tschechoslowakische Staat hatte die Chance, in einer Zeit der moralischen Krise eine für ganz Europa vorbildliche Demokratie zu werden; er opferte sie dem traditionellen Nationalismus und drängte die Nicht-Tschechen aus dem politischen Leben. Das Münchener Abkommen schließlich markiert einen der düstersten Momente der tschechischen Geschichte. Patočka scheint es bezeichnend, daß Beneg damals nicht handelte, sondern sich widerstandslos in die Situation schickte. Aber wie hätte er nicht resignieren sollen, wird man entgegnen, da die demokratischen Schutzmächte das kleine Land willig Hitler überlassen hatten? Patočka geht es darum zu zeigen, daß »Realpolitik« gerade hier versagt: daß selbst in solchen Situationen die Wirklichkeit plastisch, die Geschichte offen ist. Gewiß, alle Fakten schienen gegen eine militärische Verteidigung des Landes zu sprechen; die Niederlage war wahrscheinlich. Und doch war es, meint Patočka, dann die größere Katastrophe, daß die Tschechen, obwohl dazu bereit, sich nicht zur Wehr setzten: Der moralische Schaden, den die Nation genommen hatte, war unermesslich.

Vergessen wir nicht, daß Patočka die Briefe an die deutsche Freundin unter dem noch frischen Eindruck seiner abermaligen Entfernung von der Universität und einer neuerlichen nationalen Katastrophe schrieb: Die Niederschlagung des »Prager Frühlings« und die erfolgreiche »Normalisierung« hatten auch diesmal verhindert, daß die Tschechen als souveräne Subjekte die europäische Bühne betraten und Mitverantwortung für das Schicksal Europas übernahmen. Obwohl Patočka weder in den Briefen noch in deren Umarbeitung

darauf ausdrücklich eingeht, so wissen wir doch aus anderen Zeugnissen, daß er diese Situation als traumatische Wiederkehr erlebte. Seine Antwort darauf war zu handeln: Zunächst als Philosoph, der unter feindselig gewordenen Bedingungen seine Arbeit unbeirrt fortsetzt und an die Verantwortung vor der Geschichte erinnert; schließlich mit seinem Engagement für die *Charta 77*, ein Schritt an die Weltöffentlichkeit, der den mittlerweile fast Siebzigjährigen der Polizeimaschinerie aussetzt und den er um nur wenige Monate überlebt.

Kommen wir auf den spezifischen Ansatz Patočkas zurück. Die Schwachpunkte und Bruchstellen der tschechischen Nation aus ihrer sozialen Struktur abzuleiten, hat in dieser Radikalität niemand vor ihm gewagt. Patočka stellt sich damit – durchaus ketzerisch – gegen eine unselige Sinnstiftungs-Tradition, die legitimatorisch, im Namen der Nation, ihrer Identität und ihres Selbstbewußtseins, allemal die jeweils gewünschten positiven Kontinuitäten aus der Geschichte herausgelesen hat. Immer war eine »Hauptlinie« auszumachen, zu deren Erbe man sich erklären und auf die man sich zur Führung der tschechischen Nation berufen konnte.

Es scheint, daß Patočka, vielleicht in polemischer Absicht, aber wohl auch aus seiner damaligen Situation heraus, das Moment der Kontinuität als Voraussetzung für jede nationale Geschichte unterbewertet. Doch wenn er in seiner Untersuchung den Diskontinuitäten der tschechischen Geschichte folgt, so nicht um einer negativen Bilanz willen. Vielmehr wohnt den Brüchen in der tschechischen Geschichte in doppelter Hinsicht auch ein positives Moment inne. Zum einen ist Patočka Phänomenologe genug, um zu wissen, daß Sinn zwar der Kontinuität bedarf, daß Diskontinuität jedoch Voraussetzung seiner Erneuerung ist. Wie sollte Geschichte je stattfinden, wenn ihr Sinn aufginge in dem, was je schon da ist? Zum andern verweist die Kette politischen Versagens angesichts historischer Herausforderungen auf eine bis in die Gegenwart reichende tiefere Kontinuität in der tschechischen Geschichte: ihre europäische Berufung. Diese ist allerdings insofern nicht ihrerseits legitimatorisch zu instrumentalisieren, als in Patočkas Augen europäische Geschichte im emphatischen Sinne gerade Domäne des verantwortlichen Handelns aus Freiheit ist – ein Gedanke, den er dann in den »Ketzerischen Essais zur Philosophie der Geschichte«<sup>2</sup> ausgearbeitet hat.

Immer aber bedarf es handelnder Subjekte, die die Herausforderung nicht nur erkennen, sondern ihr auch gewachsen sind. Wie ist Patočkas Überzeugung, daß Geschichte von »Männern der Tat« gemacht wird, zu verstehen? Scheint sie nicht hoffnungslos anachronistisch angesichts der Übermacht anonymer Strukturen, wie sie – um Patočkas eigene Charakterisierung zu gebrauchen – die »nach-europäische«, planetarische Zivilisation mit sich gebracht hat? Ja, klingt sie nicht geradezu antiintellektuell, nach Geschichtsheroismus und Kult der Tat – skandalös für einen Philosophen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts?

Den Irrationalismus seiner Zeit, ihr Verhängnis sah Patočka gerade darin, daß Geschichte im Namen der Vernunft, im Namen von Wahrheit und Freiheit zum neuen Mythos erstarrt ist. Es ist das Paradox einer »Geschichte, die in Geschichtslosigkeit mündet«.<sup>3</sup> In einem Brief an einen jungen polnischen Philosophen schrieb er 1973: »Das merkwürdige Verhältnis zur Geschichte, welches sich sowohl im Osten als auch im Westen verbreitet hat, weist auf denselben Ursprung zurück. Die Menschen gingen und gehen der Massenabschlachtung und jeglicher Entwürdigung entgegen im freudigen Bewußtsein, jeder Verantwortung bar zu sein, denn der Schritt der Geschichte in ihrer hellen inneren Notwendigkeit macht dies ›Opfer‹ notwendig.«<sup>4</sup>

Patočkas Untersuchung über die Tschechen kann – zumal im Kontext der kurz darauf entstandenen »Ketzerischen Essays zur Philosophie der Geschichte« – auch als Versuch gelesen werden, ausgehend von der eigenen Erfahrung und einer *fragenden* Vernunft, die Katastrophen dieses Jahrhunderts im Spiegel der tschechischen Geschichte zu begreifen. Wer die Augen nicht gleich wieder verschließt, der weiß, daß es keine übergeschichtliche Instanz mehr gibt, die den Sinn der Geschichte länger verbürgte, keine ehernen Gesetze, denen sie folgte. Auf was könnte man sich noch berufen? Das »Ende der Metaphysik« – ein Motiv, das Patočkas gesamtes Werk durchzieht – wirft die Menschen auf sich selbst zurück; hinter der zerfallenden Transzendenz, heiße sie nun Vorsehung oder Fortschritt, tauchen die empirischen Subjekte wieder auf.

Patočka trauert dem Verlust der Transzendenz nicht nach, sondern nimmt ihn als Herausforderung an. Denn er birgt die Chance, die Verantwortung des Individuums zu restituieren, und ermöglicht, ja fordert dessen Rückkehr in die Geschichte als jenen offenen und riskanten Raum, den Patočka in der griechischen Polis gestiftet sieht: Geschichte hebt an mit der Philosophie – Fragen nach der Wahrheit, das den mythisch verbürgten Sinn erschüttert, und entfaltet sich als Politik – Handeln aus Freiheit, das nach selbstgewählten Gesetzen verfährt.

Patočkas unbarmherzige Analyse der »kleinen tschechischen Geschichte« und ihrer Versäumnisse verweist so zugleich auf die Möglichkeit, wie wir unsere Geschichte im Rahmen des großen, offenen Projekts der »europäischen Vernunft« wiederaufnehmen können.

### Anmerkungen

- 1 Dem vorliegenden Kommentar liegt ein Text zugrunde, der vor der »sanften Revolution« 1989 geschrieben und von Vera Koubová aus dem Tschechischen übersetzt wurde. Für den Abdruck in *Transit* wurde er erheblich gekürzt.
- 2 Jan Patočka, *Ketzerische Essays zur Philosophie der Geschichte und ergänzende Schriften*, hg. von Klaus Nellen und Jiri Nemeč, Stuttgart 1988.
- 3 A.a.O., S. 100.
- 4 Brief vom 5.12.1973 an Krzysztof Michalski, a.a.O., S. 462 f.

*Juri Afanassjew*  
 GEDÄCHTNIS UND GESCHICHTE IN DER  
 SOWJETUNION

I

Das Gedächtnis ist nicht nur ein Element, sondern vielmehr die Grundlage des gesellschaftlichen Bewußtseins, das seinem Wesen nach immer auch Geschichtsbewußtsein ist. Das Geschichtsbewußtsein läßt sich allerdings nicht auf die Kenntnis der Vergangenheit reduzieren, wie sie die Geschichte als Wissenschaft liefert, wengleich es dieser Kenntnis bedarf. Die Geschichtswissenschaft entwickelt sich unter dem Einfluß des Geschichtsbewußtseins, reflektiert es und prägt ihrerseits dieses Bewußtsein wesentlich mit. Sie ist sowohl dessen Produkt als auch eines seiner Momente. Gedächtnis, Geschichte und Bewußtsein sind miteinander verbunden, eines bedingt das andere, die Grenzen zwischen Ursache und Wirkung sind verschwommen, nicht anders als im Leben.

Das Geschichtsbewußtsein ist ein komplexes Gebäude, zu dessen Komponenten das von der Wissenschaft akkumulierte Wissen ebenso gehört wie spontan entstandene Vorstellungen oder die verschiedenen Symbole, Sitten und anderen Phänomene des Geisteslebens, in denen die Gesellschaft sich reproduziert, begreift, und das heißt auch: sich zu ihrer Vergangenheit verhält.

Mit anderen Worten, in jeder sozio-kulturellen Epoche gründet sich das Geschichtsbewußtsein auf gewisse Vorstellungen von Fakten und objektiven Werten sowie auf den Sinn der Vergangenheit als solcher oder, in der Sprache der Orthodoxie ausgedrückt, auf eine Art Gesamtkonzeption der Geschichte.

Eine unbewußte oder, noch schlimmer, bewußte Vernachlässigung des Gedächtnisses führt zu schwerwiegenden persönlichen und gesellschaftlichen Schäden. Das ist leicht zu verstehen, da die Vergangenheit immer eine soziale ist und die historischen Fakten immer menschliche, d.h. sinnträchtige Fakten sind, die mit dem Bewußtsein, den Motivationen und dem Handeln der Menschen zusammenhängen, die die Geschichte hervorbringen.

Der Gebrauch unseres Gedächtnisses berührt daher unmittelbar die Frage nach dem Sinn unseres Lebens: Wir möchten unseren Platz in der Geschichte und damit uns selbst begreifen. So wie die Amnesie das Individuum, die Persönlichkeit, zerstört, barbarisiert die historische Amnesie das Gesellschaftsleben und beraubt es seines Sinnes, da sie das Geschichtsbewußtsein zerstört.



Dies haben wir Sowjetbürger besonders in den letzten Jahren begriffen. Zum tragischen Erbe des Stalinismus, der noch längst nicht der Vergangenheit angehört, gehört die gefälschte Geschichte und als deren Folge ein zutiefst deformiertes gesellschaftliches Bewußtsein. Durch Einsatz seines mächtigen Propagandaapparats, durch die offizielle Geschichtsschreibung, die zur treuen Dienerin dieser Propaganda wurde, durch physische Gewaltanwendung und schließlich durch das weitverzweigte Netz der Lager zerstörte der Stalinismus über Jahrzehnte das menschliche Gedächtnis. An seine Stelle trat ein mythisches Bild von der Vergangenheit. Durch die Verbreitung eines einzigen Geschichtsbuches, es war der »Kurze Lehrgang der Geschichte der KPdSU«, in ungeheurer Auflagenhöhe unter Millionen und Abermillionen von Sowjetbürgern zwang der Stalinismus der Gesellschaft eine Geschichte auf, die sie nie gelebt hatte.

Das auf diese Weise deformierte Gedächtnis äußerte sich nicht nur in einer spezifischen individuellen bzw. kollektiven Psychologie und in der herrschenden Ideologie, sondern auch in der nationalen und internationalen Politik bis in jene Spannungen hinein, die in den letzten Jahrzehnten nur zu oft ihren Niederschlag in verheerenden Kriegen und tödlicher Isolation gefunden haben.

Natürlich erhebt sich die Frage: Wie konnte es dazu kommen, daß das Gedächtnis in der sowjetischen Gesellschaft so verstümmelt und entstellt wurde? Um darauf eine Antwort zu geben, müssen wir siebzig Jahre zurückgehen.

Sofort nach der Oktoberrevolution erhielt die Geschichtsschreibung die spezifische Funktion, das neu errichtete Regime zu legitimieren. Die an die Macht gekommenen Bolschewiken waren aufrichtig davon überzeugt, daß sie durch ihre Diktatur nichts anderes als die Gesetze der Geschichte vollzögen. Das erklärt wohl die Tatsache, daß in den zwanziger Jahren der Diskussion historischer Themen eine so große Bedeutung zukam. Dazu sei bemerkt, daß man für diese Zeit noch zu Recht von Diskussionen, von einem Pluralismus der Positionen sprechen kann. Später – schon in den dreißiger Jahren – wurden aus wissenschaftlichen Kontroversen ideologische Kämpfe, die schließlich in die monopolistische Parteilinie mündeten.

Ungefähr zur gleichen Zeit setzte ein doppelter Prozeß ein: das Auslöschen des spontanen kollektiven Gedächtnisses und die Bildung eines künstlichen Gedächtnisses. Die Propagandamittel, die Literatur des sogenannten »sozialistischen Realismus« pflanzten in das Bewußtsein der Menschen mythische Bilder der Revolution, der Kollektivierung, der Industrialisierung, Bilder, die die realen Prozesse und Tragödien verdeckten.

Es wurden Sonderarchive eingerichtet, in denen sofort ein Großteil der Publikationen der zwanziger Jahre deponiert wurde; die Archive wurden

dem Innenministerium unterstellt und waren der Öffentlichkeit nicht mehr zugänglich. Sogar die stenographischen Berichte der Parteitage – jener Partei, die sich zum Subjekt der Geschichte erklärt hatte – wurden in diese Sonderarchive verbannt. Kurz, wie man für die Menschen Lager baute, so wurden für das Gedächtnis der Gesellschaft Kerker eingerichtet.

Parallel dazu wurden neue, künstliche »Orte des Gedächtnisses« geschaffen – Denkmäler, Museen, Ausstellungen; Straßen und Städte wurden umbenannt, Schiffe, Kolchosen, Schulen, Metrostationen, öffentliche Einrichtungen wurden auf die Namen der neuen Helden getauft. Der öffentliche Raum wurde so zum Medium für eine fiktive, mystifizierte Vergangenheit. Die ihres kollektiven Gedächtnisses beraubte Gesellschaft war nicht mehr imstande, jene Tragödien, die sie doch selbst eben erst erlebt hatte, die Kollektivierung, die Hungersnot am Beginn der dreißiger Jahre, den Terror zu begreifen. Erinnerungslos geworden, verurteilte sie auch jedes einzelne ihrer Mitglieder zum individuellen Vergessen: Bei der Verhaftung wurden die persönlichen Archive, Photographien, Bücher beschlagnahmt; selbst wenn die Menschen am Leben blieben, verschwanden sie in einem Nicht-Sein – »ohne Recht auf Korrespondenz«. Das den einzelnen auferlegte Schweigen blockierte umgekehrt den Prozeß, in dem jede Gesellschaft das Gewebe ihres kollektiven Gedächtnisses herstellt.

Nach Stalins Tod und dem XX. Parteitag 1956 begann mit der Heimkehr Hunderttausender Menschen aus den Lagern, mit der Rehabilitierung, den ersten mehr oder weniger wahrheitsgetreuen Publikationen zu historischen Themen die Mauer des Schweigens rissig zu werden, es setzte ein schmerzhafter Erinnerungsprozeß ein, der einstweilen freilich fragmentarisch, beschränkt und nebulös blieb.

Unter Chruschtschow und insbesondere nach dem XXII. Parteitag kam nicht der Geschichtsschreibung, sondern der Literatur, den Memoiren die Priorität bei der Rekonstruktion des Gedächtnisses zu, mit Werken wie »Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch« von Alexander Solschenizyn, »Unendliche Weite« von Alexander Twardowski oder »Menschen, Jahre, Leben« von Ilja Ehrenburg. Es schien, als sei die Geschichte selbst bereit, auf den Ruf der Gesellschaft nach Rückgabe ihrer Vergangenheit zu antworten. Mehr oder weniger unabhängige historische Untersuchungen wurden in Angriff genommen: Ich nenne hier nur die neuen Ansätze in der Theorie der Koexistenz verschiedener Gesellschaftssysteme in der Geschichte der Sowjetunion oder die Arbeiten von A. Nekritsch über die Vorkriegsjahre.

Mit der schleichenden Rückkehr des Stalinismus in der Breschnew-Ära brach dieser Prozeß der Wiederherstellung des Gedächtnisses ab, bevor er richtig in Schwung gekommen war. Die Literaten, die sich der Suche nach der Wahrheit verschrieben hatten, wurden zu Dissidenten oder zum Schweigen

verdammt. Neben einer erweiterten, aktualisierten Neuauflage des »Kurzen Lehrgangs der Geschichte der KPdSU« unter der Redaktion von Ponomarew wurden zahlreiche gefälschte Memoiren herausgegeben. Stalins »Kurzer Lehrgang« war für unsere Gesellschaft eine Tragödie, Ponomarews Version eine Farce. Zusammen erzeugten sie ein enormes Vakuum in den Vorstellungen der Gesellschaft von ihrer Vergangenheit. Keine Gesellschaft kann aber auf Dauer in einer solchen Leere leben. Das Vakuum wurde daher schnell mit allem ausgefüllt, was Sicherheit versprach oder zumindest ein wenig tröstete. Damit erklärt sich das schon zu Chruschtschows Zeiten ständig wachsende Interesse an der nationalen russischen Vergangenheit. Die mächtige Welle der Dorfprosa, die Ausflüge aufs Land, die Individualreisen in den russischen Norden, die tiefe Wirkung der Publikationen Lichatschows, das weit verbreitete Sammeln russischer Ikonen – diese und andere Phänomene der letzten Jahrzehnte zeugen von dem Versuch, den Schmerz über den Verlust des nationalen Erbes zu lindern, und gleichzeitig von dem Streben zu verstehen, woher unser nicht enden wollendes Elend herrührt, zu klären, wer wir sind.

Hier liegt aber auch, und dies muß klar gesehen werden, eine große Gefahr. Im Vakuum unseres sozialen Gedächtnisses ist auch Platz für chauvinistische und antisemitische Gruppen wie etwa *Pamjat*. Sie kokettieren mit irrationalen Versatzstücken und schlagen eine Spielart von Identität vor, die man als erdverbunden, mythisch und rassistisch bezeichnen kann. Die Bezeichnung tut wenig zur Sache, da das Problem darin besteht, daß das Gedächtnis hier keine soziale, historische Kategorie ist, sondern eine überhistorische, unantastbare Wesenheit. Diese Variante des gesellschaftlichen Bewußtseins ist nichts anderes als wieder ein künstliches Konstrukt, ein neuer Mythos, eine neuerliche Dosis Schlafmittel, mit der die Gesellschaft weiter im ideologischen Trancezustand gehalten wird.

Gedächtnis und Geschichtsbewußtsein der Sowjetgesellschaft sind zweifach deformiert: Die Geschichte des Landes, soweit sie der Mehrheit zugänglich ist, wird erstens mythologisiert und ist zweitens unvollständig, fragmentarisch – sie weist eine Fülle von weißen Flecken auf. Das deformierte soziale Bewußtsein ist heute Ort eines heftigen gesellschaftlichen und politischen Kampfes um die Wiederherstellung des Gedächtnisses, die Korrektur seiner Verfälschungen und die Rekonstruktion der gesellschaftlichen Identität. Da dieser Kampf von konträren Kräften geführt wird und das Objekt ihrer Einwirkungen – das soziale Bewußtsein – äußerst träge und vielschichtig ist, ist das Resultat komplex.

Die neuen demokratischen Kräfte versuchen mit unterschiedlichem Erfolg, im Kampf um das gesellschaftliche Bewußtsein jene Instrumente – Lehrbücher für mittlere und höhere Schulen, Massenmedien, Literatur und Publizistik, verschiedene Kunstgattungen – zurückzuerobern, derer sich vorher

die Kommunisten bedienen; letztere wehren sich aber bis heute beharrlich dagegen, die Kontrolle über diese Instrumente aus ihren Händen zu geben.

Die Aneignung der wieder freigelegten historischen Wahrheit kostet große Anstrengungen, und die Überwindung der psychologischen Stereotypen ist ein äußerst schmerzhafter Prozeß, der auf Gegenkräfte stößt, unten wie oben: Die Tendenz der Menschen, die bittere Wahrheit zu verdrängen, wird durch das Verhalten der offiziellen staatlichen Strukturen gefördert. Hinter diesen stehen die Interessen jener Gruppen, die den Status quo beibehalten wollen, und der beruht – wie wir gesehen haben – im wesentlichen auf dem lückenhaften historischen Gedächtnis der Bevölkerung. Diese Kräfte sind zu jedem neuen moralischen Verbrechen bereit, solange dadurch die Verbreitung echten historischen Wissens verhindert wird. Um die sowjetische oder nationalistische Mythologie zu schützen, nehmen sie auch in Kauf, die Glasnost einzuschränken – ganz zu schweigen von der Freiheit des Wortes.

## II

Ich will versuchen, meine Überlegungen am Beispiel zweier Dokumentarfilme zu verdeutlichen, deren Autoren sich die Aufgabe gestellt haben, Mythen und Denkklišees im Geschichtsbewußtsein der sowjetischen Gesellschaft abzubauen. Es sind die Filme »Der Prozeß« des Regisseurs I. Beljajew (Künstlerische Vereinigung *Ekran*, Gostelradio UdSSR, 1988) und »Der geheime Krieg« der Regisseure A. Iwankin und A. Kolesnikow (Zentrales Dokumentarfilmstudio, 1987). Sie sind bemerkenswert auch hinsichtlich der Konzeption, nach der die Ereignisse dargestellt werden, und – nicht weniger wichtig! – hinsichtlich ihrer Entstehungsgeschichte, die Auswirkungen hat auf den Vertrieb der beiden Filme und somit auch auf ihre Rolle bei der öffentlichen Meinungsbildung über jene Abschnitte in der Geschichte unseres Landes, die heute im Mittelpunkt von Diskussionen und Erörterungen stehen.

Sowohl »Der Prozeß« als auch »Der geheime Krieg«, der sich aus zwei Filmen, »Vorabend« und »Abrechnung«, zusammensetzt (ich erlaube mir, den zweiten Teil mit dem ursprünglich von den Autoren gewählten Titel zu versehen; »Abrechnung« ist meiner Meinung nach wesentlich genauer als der offensichtlich aufgezwungene Titel »Gegenschlag«, den der zweite Teil dann bekam), bündeln in sich und in ihrem Schicksal viele Fragen und Antworten, die Licht werfen auf die Gründe für das sprunghaft gewachsene Interesse am Dokumentarfilm, sowie für die fast gleich starke Energie, die aufgewendet wurde, um der Öffentlichkeit die Wahrheit vorzuenthalten.

Ich beginne mit dem Inhalt der Filme. Was ist für mich daran so bedeutsam und wertvoll? Beide Filme fixieren die gesellschaftlichen Stimmungen der Zeit, in der sie entstanden sind: Anfang 1987. Ich behaupte das deshalb

mit so großer Sicherheit, weil ich es an mir selbst bestätigt fand: I. Beljajew interviewte mich für seinen Film. Auf dem Bildschirm spreche ich genau das aus, was ich damals, Anfang 1987, dachte, und kann nun diese Gedanken mit meinen Überlegungen von heute vergleichen, kann einschätzen, was ich in jener Zeit gesagt habe. Solch ein Vergleich ist sehr interessant und wichtig – natürlich nicht, weil er meine eigenen Überlegungen betrifft, sondern weil er die Dynamik der gesellschaftlichen Stimmung spiegelt.

Ich erkenne recht deutlich zwei gegensätzliche Tendenzen, die charakteristisch für diese Zeit sind. Eine ist unbedingt erfreulich: Wie weit sind wir doch seitdem vorangekommen, was die Tiefe der Analyse und Einschätzung der Ereignisse vergangener Jahre betrifft! Dank des Demokratisierungsprozesses und des neuen politischen Klimas im Land hat sich die Evolution des Denkens wesentlich beschleunigt, hat sich der Geist des Volkes von seinen Fesseln befreit.

Ich wage aber auch zu behaupten, daß solche Filme wie »Der Prozeß« und »Der geheime Krieg« heute nur noch unter großen Schwierigkeiten entstehen könnten. Glasnost, Presse, Film- und Fernsehpublizistik sind heute großem Druck ausgesetzt. Die Zentren, von denen aus die Angriffe geführt werden, sind klar erkennbar. Es sind vor allem die Kräfte des Apparats – einflußreiche Behörden, regionale Parteikomitees. Ihr Widerstand gegen Glasnost wächst. Häufig machen sie gar keinen Hehl aus ihrer Wut gegenüber Journalisten, die es wagen, den Schleier von strenggehüteten Geheimnissen des Apparats zu reißen: mangelnde Kompetenz der Leitung ebenso wie fehlende Eigeninitiative, ja auch offenkundige Korruption, und zwar nicht personengebundene, sondern kollektive Korruption. Unter der neuen Welle von Angriffen auf Glasnost hat auch das Genre des Dokumentarfilms zu leiden.

Welche Tendenz in diesem Konflikt Oberhand gewinnen wird, davon hängt sehr vieles ab, und zwar aus folgendem Grund: Beim Anwerfen des Perestroika-Motors, vor allem im geistigen Leben des Volkes, hatte die Intelligenz den Hauptanteil. Sie wühlte das öffentliche Denken auf, sie rief die Menschen dazu auf, die Geschichte ihres Landes, die Geschichte der Revolution genauer zu betrachten und über ihr eigenes Leben nachzudenken. Heute ist es außerordentlich wichtig, die Kräfte der Intelligenz für die weitere Umgestaltung der Gesellschaft zu erhalten. Aber die Bremskräfte, die ständig am Werk sind, die – mitunter sehr wirksamen – Versuche, Glasnost einzuengen, lassen müde werden und am Erfolg des Kampfes, an der Möglichkeit von realen Veränderungen zweifeln.

Sieht man sich den »Prozeß« an, sollte man darüber nachdenken, wie die Gesellschaft heute die Abschnitte der Kollektivierung und Industrialisierung des Landes begreift und empfindet. Beide sind im Grunde zwei Seiten einer Medaille. Über die Kollektivierung ist schon vieles gesagt worden. Die heu-

tige Generation erschließt sich zum erstenmal die dreißiger Jahre, über die »Baugrube« von A. Platonow, über »Männer und Frauen« von B. Moschajew, über brillante, tiefeschürfende Arbeiten von Publizisten und eine Reihe von Dokumentarfilmen in den letzten Jahren. Das Übel unserer Zeit besteht nur darin, daß beim Durchdenken vieler prinzipieller Erscheinungen nicht bis an die Wurzel gegangen wird, daß vieles unausgesprochen bleibt. Das Kunstwerk ist zwar ein wichtiges, aber nicht das einzige Mittel zur Erkenntnis der Wirklichkeit und hat keinen Anspruch auf erschöpfendes Wissen. Künstlerisches Erfassen der Wirklichkeit muß durch wissenschaftliche Arbeit vertieft und ergänzt werden – nur in dieser Synthese entsteht ein vollständiges und umfassendes Bild des Lebens. Ich kann nicht behaupten, daß die Wissenschaft in der letzten Zeit Ermutigendes zum hier behandelten Thema beigetragen hätte.

In der Literatur, Kunst, Publizistik, darunter der Filmpublizistik, geht es um die Opfer der Repressalien während der Kollektivierung. Zahlen werden genannt: 6 Millionen, 10 Millionen, 15 Millionen ... Darf die Wissenschaft schweigen, wenn solche Zahlen Gegenstand öffentlichen Interesses werden? Wenn aus jener Vergangenheit Menschen auf dem Bildschirm erscheinen? Zum Nachdenken über diese Menschen zwingt noch einmal »Der Prozeß«. Der Film zeigt nicht leidenschaftslose, trockene Zahlen, sondern Menschen, in deren Gesichtern sich die gelebten Jahre spiegeln. Heute werden unsere Presse, unsere Filme bereits als Quellen benutzt, und nun, da dieses Wissen der Bevölkerung zugänglich gemacht wird, sollten die Wissenschaftler die genannten Zahlen entweder bestätigen oder bestreiten oder präzisieren. Die Zahlen fordern ernstgenommen zu werden; sie zu verschweigen wäre unmoralisch.

Gerade das aber haben Historiker bisher weitgehend getan, oder sie haben das Denken durch Deklamation und die Wahrheit durch gefälschte Zahlen ersetzt.

Auf dem Weg zur Erkenntnis komplizierter Prozesse unserer Geschichte kann der Dokumentarfilm die Rolle des Zeugen spielen; er kann sich sogar in die wissenschaftliche Kontroverse einschalten. Im »Prozeß« fordert beispielsweise der Bericht über das Leben Iwan Twardowskis die Historiker auf, bei ihren Untersuchungen weiter in Zeit und Geschichte einzudringen. Ja, die für das Land tragischen Folgen der Kollektivierung werden inzwischen laut ausgesprochen. Aber die Ursachen und die Folgen der Hungersnot von 1933, die die tragische Bilanz des Krieges gegen die Bauernschaft bildete, sind noch nicht hinreichend untersucht. Warum wurden 1933 Sperrgebiete gebildet und Dörfer abgeriegelt, warum durften die Bauern nicht in die Städte, warum wurden dazu beträchtliche Kräfte, ja sogar Teile der Armee mobilisiert? Wozu das alles? Sollten die Bauern gewarnt

werden: Kolchos oder Tod – nur darin besteht eure Wahl? Das Ergebnis war jedenfalls, daß ganze Dörfer verhungerten.

Diese Geschehnisse berührt »Der Prozeß« nicht, und es wäre auch zuviel verlangt, von einem einzigen Film eine umfassende Darstellung dieser Ereignisse zu erwarten. Wir brauchen weitere Filme, die dieses Thema entwickeln. Sie werden den Generationen, denen Informationen vorenthalten wurden, helfen, endlich ihre eigene Geschichte aufzuarbeiten.

Auch die Historiker brauchen solche Filme als lebendige Zeitzeugnisse, die Aufklärung darüber geben können, wie viele Menschenleben diese Wege in eine lichte Zukunft gekostet haben. Die Kunst ist geheiß, Menschenschicksale zu erfassen. Die Wissenschaft hat nun Antwort auf Fragen zu geben, denen sie sich jahrzehntelang verweigert hat.

Die Hungersnot Anfang der dreißiger Jahre wirft auch Licht auf den Preis, der für die Industrialisierung zu zahlen war. Die Zeit vor der Hungersnot war gezeichnet durch einen Preissturz für Getreide. Nach der Krise des Jahres 1929 war es auf dem Weltmarkt kaum noch etwas wert.

Trotzdem wurde eine große Menge Getreide zu niedrigsten Preisen ins Ausland verkauft, um die technische Ausrüstung für die entstehende Industrie zu finanzieren. Maschinen wurden bezahlt mit dem Ruin der Bauernschaft, mit Millionen kostbarer Menschenleben.

Auf eine meiner Publikationen hin schrieb mir ein Wirtschaftsfachmann, er habe ausgerechnet, wie viel Getreide Anfang der dreißiger Jahre geerntet wurde und wie viel Getreide verkauft werden mußte, um technische Ausrüstungen zu kaufen; diese Zahlen habe er mit der Zahl der Hungertoten verglichen und den Preis eines Menschenlebens ermittelt: zwei Rubel vierzig Kopeken. Natürlich ist das keine sehr exakte Rechnung. Aber einen anderen Maßstab als das Menschenleben gibt es doch nicht! Das also kosteten die Stalinschen Programme, der Kurs auf die mit allen Mitteln vorangetriebene Industrialisierung.

Stellen wir uns die Frage: War die Grundsteinlegung für unsere Industrie diese Opfer wert? Ich meine natürlich aus rein praktischer Sicht, denn vom Standpunkt der Moral der Gesellschaft, des Rechts, des Schutzes der menschlichen Persönlichkeit erübrigt sich eine Diskussion, weil die Antwort klar auf der Hand liegt: Gesetzlosigkeit, Willkür, Gewalt führen zu dem eindeutigen Schluß, daß eine Staatsmacht Staatsverbrechen begangen hat. Aber auch eine rein pragmatische Analyse des damals Angerichteten heute, nach Jahrzehnten, zeigt klar, daß die Opfer sinnlos waren.

Vieles, wenn nicht das meiste von dem, was im Rahmen der Fünfjahrespläne vor dem Krieg gebaut worden war, darunter fast alle strategisch wichtigen Depots, befand sich im ersten Kriegsmonat auf besetztem Gebiet. Einiges wurde natürlich rückverlegt, aber nur sehr wenig. Und obwohl

der größere Teil unserer Industrie Hitler-Deutschland in die Hände geriet, überlebte und siegte das Land, allein auf das restliche volkswirtschaftliche Potential gestützt. Die Behauptung, daß alle Entbehrungen und Opfer für die Kollektivierung und Industrialisierung notwendig gewesen seien, um den unausweichlichen Angriff des Feindes abzuwehren – das Schreckgespenst, mit dem die Bevölkerung in den Vorkriegsjahren terrorisiert wurde – hat sich als haltlos erwiesen. Stalins sträfliche Inkompetenz am Vorabend des Krieges und im ersten Kriegsabschnitt kostete Millionen Menschenleben. Die vorangegangene Kollektivierung und der nachfolgende Kriegsausbruch werfen ihre Schatten auf die Industrialisierungsperiode, deren Widersprüche offen zutage treten – Zwangsarbeit, der Tod zahlloser Menschen, beispielsweise während des Aufbaus von »Uralmasch«, all das läßt den vielfach beschworenen Enthusiasmus jener Zeit heute fragwürdig erscheinen.

Werden solche Analysen der Vorkriegs-Fünfjahrespläne der Öffentlichkeit zugänglich gemacht, hört man häufig gekränkte Stimmen, besonders von Menschen, die diese Zeit durchlebt haben. Ich bezweifle überhaupt nicht, daß diese Menschen es aufrichtig meinen, wenn sie vom Arbeitsenthusiasmus der Vorkriegsjahre sprechen, von den Idealen, die sie damals begeisterten. Im übrigen bestätigen Wochenschauen, Spielfilme, ja auch die Musik diese Erinnerungen an die Atmosphäre jener Zeit. Man sollte aber das Wesen dieses Enthusiasmus untersuchen. Was begeisterte die Massen in den Jahren der ersten Fünfjahrespläne? Es gibt dafür sehr interessante Zeugnisse, die wir damals einfach mißachtet haben und heute noch mißachten, weil sie nicht in das sorgfältig geprägte Klischee passen.

Da erzählt Alexej Stachanow zum Beispiel, daß seine Eltern davon träumten, sich eine Kuh zu kaufen. Ich sehe darin nichts Anstößiges, was die »Reinheit« des Arbeitsenthusiasmus hätte besudeln können. Der Mensch von heute kann sich bestimmt sehr gut die konkreten materiellen Anreize jener Zeit vorstellen: der Erwerb einer Kuh, der Kauf eines Tuches oder modischen Kleides für die Ehefrau. Für viele Arbeitende spielte damals der materielle Anreiz eine wichtige Rolle. Aber das Klischee vom Menschen jener Jahre sah das nicht vor. Es widersprach der staatlichen Politik gegenüber dem arbeitenden Menschen, daß der etwas für seine Arbeit bekommen wollte. Das Motiv materieller Interessen sollte in Gesprächen über die Ideale jener Zeit nicht übersehen werden.

Bei der Erörterung all dieser Probleme sollte man über einen Begriff nachdenken, den ich unreflektierten Enthusiasmus, unreflektierten Glauben nennen möchte. Auf die Fragen nach dem Wesen dieses Enthusiasmus, nach seinem konkreten Inhalt sollte eine Antwort gefunden werden; einfach zu sagen, daß es den Enthusiasmus gab, genügt nicht. War er eindeutig gut



und nützlich? Enthielt er nicht widersprüchliche Momente? Dies wäre ein weiterer Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchung. Auch im faschistischen Deutschland gab es ja den Enthusiasmus der Massen. Natürlich hatte er dort einen anderen Inhalt, wurde er durch andere Anreize gefördert. Da waren zum Beispiel die Idee der Revanche nach der Niederlage der Nation im Ersten Weltkrieg und die Wiederbelebung des Nationalstolzes, die der Propaganda-Apparat geschickt zur Manipulation der Massen benutzte.

Die wissenschaftliche Forschung sollte sich bei uns auch mit den Ursachen und Motiven für die breite Anwendung des Begriffs »Sozialismus« im faschistischen Staat, in der faschistischen Ideologie befassen. Im Westen gibt es dazu eine Fülle von Arbeiten. Wir dürfen keine Angst vor irgendeiner Wahrheit haben, auch nicht vor dieser. Rein äußerliche Analogien gibt es viele, man muß vergleichen. Und hier liefern uns Wochenschauen eine Fülle von Material. Erinnert sei nur an Michail Romms Film »Der gewöhnliche Faschismus«, der der Welt ein Bild von den Massenaktionen, Sportparaden, der pompösen Kunst des Nationalsozialismus vermittelte. Ich habe mir den Film mehrmals angesehen, und ich weiß noch, wie ich mich beim ersten Anschauen dabei ertappte, daß ich nicht an Deutschland, sondern an mein eigenes Land dachte. Auch beim zweiten, dritten und vierten Mal erinnerte mich der Film immer wieder an unsere Wirklichkeit. Vor kurzem hatte ich die Möglichkeit, zwei, drei ausländische Filme über Stalin und Hitler, über den Stalinismus und den Faschismus zu sehen – die Analogien werden dort ganz bewußt betont. Ich würde diese Filme nicht als Verfälschungen bezeichnen.

Woher rühren die Gemeinsamkeiten? Aus dem totalitären Wesen beider Regime, aus den Aspekten des Kasernensozialismus, gegen den wir heute in unserer Gesellschaft kämpfen. Aus dem Ziel, dem Charakter und dem Inhalt der Propaganda. Aus den Bildern und Symbolen. Aus den mythologisierten, ideologisierten Denkstrukturen im gesellschaftlichen wie im individuellen Bewußtsein.

Ich wiederhole: Inhalt und Bestimmung des Begriffs »Enthusiasmus« sind in beiden Fällen völlig unterschiedlich, hier besteht wenig Gemeinsamkeit. Aber die Formen des Totalitarismus als solchem (fehlende Demokratie, Verlogenheit, das Bestreben, Wunschvorstellungen als Wirklichkeit auszugeben) haben vieles gemein mit den Formen des Sozialismus, wie sie unter der Herrschaft Stalins kultiviert wurden.

Neben den Stalinschen Mythen von der Kollektivierung und Industrialisierung muß noch ein dritter Mythos den Kriterien der Wahrheit ausgesetzt werden – der Mythos vom Sieg im Großen Vaterländischen Krieg. Ich möchte richtig verstanden werden: Der Sieg ist kein Mythos, aber in das Massenbewußtsein muß erst das wahrheitsgetreue, entmythologisierte Wissen darüber einziehen. Das ist das durchgängige Thema des »Geheimen

Krieges«. Aber das Kriegsthema möchte ich mit der Erinnerung an eine Szene aus dem »Prozeß« einleiten. Ich glaube, nicht nur mir hat sich das Herz zusammengekrampft beim Anblick der Frontkämpferinnen, die sich, wie jedes Jahr, am Tag des Sieges auf dem Platz vor dem Bolschoi-Theater in Moskau versammeln. In ihrer, ich möchte sagen, etwas gezwungen wirkenden Fröhlichkeit, ihrer Art, die so gar nicht ins moderne Bild der Stadt paßt, ist der Wunsch zu spüren, die Zeit zurückzuholen, in der sie zwar unsagbar viel Schweres erlebt haben, die aber in ihrer Erinnerung höchst lebendig geblieben ist. Sieht man diese Frauen an, fällt es besonders schwer, den Mythos zu zerstören, der von den Stalinschen Adepten geschaffen wurde. Aber gerade das ist notwendig für die, die die Wahrheit über ihre Heldentaten verdient haben.

Bei uns entsteht öfter das Bild von der Geschichte als einer Jungfrau, die die leidenschaftlichen Umarmungen des Zeitgenossen fürchtet. Ich glaube, Angst ist hier überflüssig. Für Menschen, wie sie der Film zeigt, für solche, die den Krieg mitgemacht haben, ist oft gerade der Krieg ein alles überschattender, intensiver Lebensabschnitt. Man kann sich kaum Ereignisse und Erlebnisse vorstellen, die prägender wären. Eins steht fest: Der Krieg wäre verloren gewesen ohne den Heldenmut und die volle Selbstaufopferung der Bevölkerung, darunter auch der in diesem Film gezeigten Frauen. Sie haben im Krieg mehrere Leben gelebt – das steht außer Zweifel. Daher hat der Krieg völlig von ihnen Besitz ergriffen und läßt sie bis heute nicht los. Sie können sich nicht von dieser Vergangenheit lösen. In den meisten Fällen können sie ihre Geschichtsvorstellungen nicht mehr revidieren, es ist zu schwer für sie. Dieser Tatsache muß man Rechnung tragen und den Menschen mit Verständnis und Mitgefühl begegnen.

Die Orientierung auf den »Kurzen Lehrgang« war die Orientierung auf eine redigierte und gefälschte Geschichte. In diesem Sinne sind Menschen, die ich mir erlaubt habe, Gefangene der Vergangenheit zu nennen, gleichzeitig auch ihre Opfer, Opfer des Unwissens oder eines gekappten Wissens. Die Tragödie besteht darin, daß die überwiegende Mehrheit sich nicht als Opfer gefühlt hat. Ich denke, daß auch die auf dem Roten Platz gefilmten Helden im »Prozeß« sich tragisch ausnehmen, aber aus einem anderen Grund: Die Ideale der ersten Revolutionsjahre waren genau wie ihre eigenen Leben zertreten worden durch das gleiche Regime, für das sie, ohne zu ahnen, daß es so degenerieren würde, in den Kampf gegangen waren.

Filmdokumente sind sehr aussagekräftig. Es gibt Dinge, die man besser nicht sehen sollte. Der Regisseur Beljajew besaß den Mut, dieses grausame, bittere Lebensmaterial so festzuhalten, daß sich einem das Herz im Leibe herumdreht. Dokumentaraufnahmen sind in der Lage, das innere Drama eines Menschen auf intensivste Weise zu spiegeln; die audiovisuelle Informa-

tion bewirkt zweifellos Emotionen, das stärkste Mittel der Medien. Ich bin überhaupt der Meinung, daß der Dokumentarfilm seine besondere Wirkung hat. Man glaubt, über ein Ereignis gut Bescheid zu wissen; dann sieht man es auf der Leinwand oder auf dem Bildschirm, und auf einmal erlebt man das Gesehene gleichsam zum erstenmal. Es ist das Atmosphärische, das man auch mit noch so vielen Worten nicht herüberbringen kann.

Mich hat im Film »Abrechnung« zum Beispiel die endlose Kolonne der sowjetischen Kriegsgefangenen völlig überwältigt. Wir wissen ja, wie viele es waren, wir haben diese tragische Seite des Kriegsbeginns viele Male erörtert. Und dann siehst du die Soldaten, ihre Gestalten, ihre Gesichter, die bis zum Horizont sich hinschleppende Kolonne, und dich erfaßt ein schier unerträglicher Schmerz. Die Zahl der Gefangenen wird im Film genannt – 3.600.000. Man bedenke – innerhalb eines Monats! Die Zahl dröhnt dir geradezu in den Ohren, denn du weißt, daß die meisten von ihnen umgekommen sind – manche ein Jahr später, andere noch früher. Die Deutschen hatten ja gar nicht mit so einer Zahl gerechnet, sie hatten gar nicht so viele Baracken für diese Menschenmengen. Die Gefangenen starben unter freiem Himmel, ohne Kleidung, ohne Essen.

Genauso tief berührt uns im Film das Schicksal von Richard Sorge. Man bedenke – 1944, am Tag der Oktoberrevolution, als der Sieg schon nahe ist, hingerichtet zu werden! Soviel zu tun, um den Krieg zu verhindern, nicht gehört zu werden und zu sterben, wissend, daß man zynisch geopfert wird, damit niemand von der verbrecherischen Rolle des künftigen Generalissimus erfährt, der keine Zeugen für seine verhängnisvollen Fehler am Vorabend des Krieges benötigte!

Man braucht nur diese paar Szenen im Film zu sehen, um zu begreifen, wie wenig überraschend der Krieg über unser Land hereinbrach, um das Ausmaß der Verbrechen Stalins vor dem Volk zu verstehen. Auch diese Tatsachen passen nicht in den Mythos vom Sieg und sind der Mehrheit der Bevölkerung unbekannt. Gerade darum ist die Wahrheit wertvoller als der Mythos, auch wenn dieser erhaben ist; Erhabenheit gibt Millionen von Menschenleben ungerechterweise der Vergessenheit preis.

Die Filmchronik als Dokument ist schonungslos gegenüber der Mythenbildung. Zu einer Offenbarung werden die Bilder von der gemeinsamen Parade sowjetischer und faschistischer Truppen in Brest, dem früheren Brest-Litowsk, aus Anlaß der Unterzeichnung des Nichtangriffspakts zwischen der UdSSR und Deutschland im Jahre 1939. Und dann zieht sich endlos die Kolonne der 3.600.000 sowjetischen Kriegsgefangenen dahin, gefilmt von deutschen Berichterstatern. Höchstens zwei Jahre vor diesen Aufnahmen haben unsere Dokumentaristen festgehalten, wie vor den Schulter an Schulter stehenden sowjetischen und faschistischen Offizie-

ren die gemeinsame Truppenparade abläuft. Und nun treffen diese Szenen Jahrzehnte später in einem Film aufeinander.

Ich denke, die Urfassung des Filmtitels, »Abrechnung«, ist kein Zufall, der Titel ist sehr präzise. Es geht eben um die Abrechnung vor dem Volk mit Stalins Verbrechen und Fehlern, die dem Kriegsausbruch vorausgingen.

Die Existenz der Geheimen Zusatzprotokolle zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt wurde bei uns bis zum letzten Moment bestritten, aber das Händeschütteln zwischen Molotow und Ribbentrop – in Anwesenheit Stalins in Moskau und im Beisein Hitlers in Berlin – ist von der Kamera festgehalten worden und wurde Bestandteil des Films.

Vor einiger Zeit habe ich noch einmal den offenen Brief von Ernst Henry an Ilja Ehrenburg gelesen<sup>1</sup>, in dem er den Schriftsteller dafür kritisiert, daß er vieles verschweige, daß er nur die halbe Wahrheit sage – über Stalin, über die Vorkriegsjahre. Henry zählt Stalins Verbrechen vor dem Krieg auf und weist vor allem auf dessen Schuld an der Spaltung der westeuropäischen Arbeiterbewegung hin, als Stalin die Kommunisten der westlichen Länder buchstäblich gegen die Sozialdemokraten aufhetzte und sie sich in einen Kampf auf Leben und Tod verstrickten, statt eine Einheitsfront gegen Hitlers Machtantritt in Deutschland zu bilden. Im Zusammenhang mit Gesprächen über das sogenannte Überraschungsmoment beim Angriff Hitlers auf die Sowjetunion, der faktisch gar nicht überraschend erfolgte, erinnert Henry an die Vernichtung des Offizierscorps unserer Armee. »Vorabend«, der erste Teil des »Geheimen Krieges«, fügt dieses Thema in den Erzählkontext ein.

Sieht man sich den Film an, ist man erstaunt, wie gut die Militärsplionage, die Tschekisten, über den bevorstehenden Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion informiert waren. Die chiffrierten Meldungen, Telegramme, Berichte, Dienstvermerke schrien es geradezu heraus, Stalin aber spielte sein Spiel mit Hitler in der ihm eigenen und gemäßen Art. Seine Waffen waren Erpressung, Lüge, Hinterlist – Waffen, die er in seinen Apparat-Intrigen voll beherrschte. Er versuchte es mit Hitler auf die gleiche Weise, denn er hielt seine wohlausgefeilten Methoden für überall anwendbar und wirksam – in den Beziehungen zu den westeuropäischen Arbeiterparteien ebenso wie zu den politischen Gegnern und den Klassenfeinden. Er glaubte, auf diese Weise auch internationale Politik machen zu können.

Hitler nahm die von Stalin angebotenen Spielregeln an, spann dessen politische Intrigen mit, setzte aber gleichzeitig seine Truppen ein und begann, Europa zu erobern. Inzwischen beging Stalin einen Fehler nach dem anderen. Statt auf eine weitgespannte Anti-Hitler-Koalition zu setzen, meinte er, sich mit Hitler einigen zu können, glaubte an seine eigenen Künste, seine Möglichkeiten, seine Voraussicht.

Sieht man im »Geheimen Krieg«, wie Stalin seine Meinung stichhaltigen Informationen entgegensetzt, Informationen, die unter größten Mühen, um den Preis von Menschenleben erlangt wurden, muß man sich einfach die Frage stellen: Wie konnte so ein Mann – nicht klug, aber schlau, vielleicht gerade deshalb nicht klug, weil schlau – an die Macht kommen, wie konnte er Oberhaupt eines riesigen Staates und seiner einzigen Partei werden?

Die Schuld trifft nicht nur Stalin, sondern das ganze Regime. Der Stalinitismus hatte sich zum Zeitpunkt der Ergreifung der Alleinherrschaft schon vollständig formiert. Er äußerte sich in fehlender Transparenz und Öffentlichkeit, im Fehlen jeder Art von Kritik und Selbstkritik, im Bestreben, mit allen Mitteln die wirkliche Lage der Dinge vor der Bevölkerung zu verheimlichen. Stalin persönlich sagte man die Wahrheit erst in dem Augenblick (seine Umgebung verbarg die wahre Sachlage vor ihm so lange wie möglich – man hatte Angst, ihm die Augen zu öffnen vor dem, was er selber angerichtet hatte), als es schon nicht mehr anders ging, als die Deutschen auf Moskau zumarschierten.

Die beiden Filme, von denen hier die Rede ist, reihen sich in die zahlreichen neueren – insbesondere publizistischen – Darstellungen in Kunst und Literatur ein, die die wunden Punkte unserer Geschichte berühren.

Beljajew mußte ein ganzes Jahr auf das Erscheinen seines Filmes warten. Übrigens ist das Wort »warten« hier wenig am Platz. Er bekam wegen dieses Films eine Parteistrafe angehängt, er war gezwungen, seine Filmgestalten vor Verleumdung zu schützen, um dann in der Presse gedruckt zu sehen, was diese Menschen ihm, dem Filmpublizisten, als erstem für seinen – immer noch nicht freigegebenen – Film anvertraut hatten.

Noch mehr Geduld mußten die Autoren des »Geheimen Krieges« aufbringen. Ein Drama für künstlerische Publizisten – einen Film zu machen, den die Gesellschaft dringend braucht, und dann sehen zu müssen, daß der Film den Zuschauer nicht erreicht. Keine Behörde hat das Recht, diese Filme unter Verschuß zu halten. Sie wurden mit staatlichen Geldern, also mit Geldern des Volkes gemacht und enthalten die Wahrheit über dessen eigene Geschichte. Behördliche Interessen widersprechen in diesem Fall den Interessen des Volkes.

Warum ist der Widerstand dagegen so groß, daß die ganze Wahrheit über unsere Vergangenheit an die Öffentlichkeit gelangt? Wer hat kein Interesse daran, daß die Wahrheit zur Lebensnorm wird? Ich würde es so beantworten wollen. Das Regime, das sich in unserem Leben unter Stalin etabliert hatte, war im Grunde ein widerrechtliches Regime, ein Regime der persönlichen Macht, das nicht nur gegen den Willen des Volkes handelte, sondern gegen das Volk selbst. Eigentlich hat Stalin »sozialen« Genozid begangen, anders kann man es nicht bezeichnen. Sowohl Stalin als auch das Regime mußten sich darüber im

klaren sein; natürlich war das alles wohlbedacht und analysiert. Wer Millionen umbringt, muß mit Fragen rechnen. Was tut er? Er lügt, fälscht die Geschichte und verheimlicht Fakten. Geschichtsfälschung – die einzige Methode der Legitimierung des Regimes, der Rechtfertigung seiner Existenz.

Und wenn wir heute auf Abwehr stoßen, die Wahrheit allen zugänglich zu machen, so läßt sich das nur damit erklären, daß bei uns immer noch Überbleibsel des stalinistischen Regimes aktiv sind. Die Leute, die diese Erscheinung verkörpern, sind es, die sich gegen die Filme sperren, denen mein Beitrag gilt, gegen alle neuen Filme, die den Zuschauern die Wahrheit vermitteln. Anders kann man den Widerstand gegen den Dokumentarfilm von heute nicht erklären. Man sollte sich nicht vormachen, daß da ein Hinterwäldler sitzt, der Filme blockiert, weil er weder Geschmack noch Zeitgefühl hat.

Es ist alles viel komplizierter. Über das Schicksal solcher Filme wollen Leute entscheiden, die ganz bestimmte soziale Schichten sowie politische und geistige Denkklišees vertreten, die auch heute noch Realität sind. Auch wenn dies eine Realität ist, die zum Glück keine Zukunft mehr hat, muß man weiter gegen sie kämpfen – von alleine wird sie nicht verschwinden.

Der Prozeß der Angleichung von Geschichte und Gedächtnis unter den Bedingungen der sowjetischen Gesellschaft ist kompliziert. Unsere Geschichte ist nach wie vor verfälscht und voller weißer Flecken. Das Ergebnis ist eine Identitätskrise unserer heutigen Gesellschaft, denn das historische Gedächtnis ist das wichtigste, man kann sagen, das formende Element gesellschaftlicher Identität.

Wir schauen in die Vergangenheit wie in einen Spiegel und erkennen uns nicht. Das Abbild ist in viele kleine Stücke zersplittert. Viele begreifen heute, daß wir so nicht weiterleben können, und sie sehen auch den Ausweg: Um das verlorene Gedächtnis wiederherzustellen, muß der Gesellschaft die ihr gehörende Vergangenheit zurückgegeben werden, muß Schluß gemacht werden mit den Monopolansprüchen auf diese Vergangenheit. Sie gehört allen und niemandem allein. Und so darf das Gedächtnis nicht auf Parteitag und nicht in Parteikomitees, sondern muß in der Öffentlichkeit wiederhergestellt werden. Entscheidend hierfür ist, daß die entsprechenden Institute, Bibliotheken und Archive endlich frei zugänglich werden.

*Aus dem Russischen von Andrea Marenzeller (I) und Ingeborg Kolinko (II)*

#### *Anmerkung*

- 1 Der »Offene Brief an den Schriftsteller I. Ehrenburg« wurde 1965 verfaßt und zirkulierte in Moskau; er erschien 1967 in: Grani, Nr. 63. Vgl. hierzu auch: Ewa Bérard, *La vie tumultueuse d'Ilya Ehrenburg. Juif, Russe et Soviétique*, Paris 1991 (d. Red.)

*Waldemar Weber*  
SCHULD UND SÜHNE

Mitte der siebziger Jahre äußerte Aleksander Solschenizyn die Hoffnung, daß der »Archipel GULAG«, wenn er irgendwann einmal in seinem Lande auf den Büchermarkt kommen und Rußland die ganze Wahrheit über seine nahe Vergangenheit erfahren sollte, eine neue Ära einleiten werde. 1989 sind die wichtigsten und schrecklichsten Kapitel aus dem »Archipel« in der Literaturzeitschrift *Nowy mir* in einer Auflage von anderthalb Millionen Exemplaren erschienen. Heute hat diese Zeitschrift, in der auch andere Werke von Solschenizyn veröffentlicht wurden, eine Auflage von 2,5 Millionen erreicht. Seit 1987 wurden Hunderte von Büchern herausgebracht, die von unserer blutigen und absurden Geschichte handeln und in denen der Ursache von Rußlands Tragödie auf den Grund gegangen wird. Diese Werke, deren Autoren in der Sowjetunion oder im Exil leben, begnügen sich nicht mehr mit der künstlerischen Auslotung individueller Schicksale und Ereignisse, ihr Ziel ist es, die Ursache der schrecklichen Katastrophe von mehr als hundert Völkern aufzudecken: Seit 1917 wurde immer wieder versucht, diese Nationen durch negative Selektion, durch die gezielte Vernichtung ihrer Eliten und ihrer geistigen Ressourcen in den Hinterhof des Weltgeschehens zu verdrängen, sie der eigenen Geschichte zu berauben. Ob dieser Versuch gelungen ist, wird die Zukunft zeigen. Nun aber sehen wir, wie sich Millionen Menschen unter den auf sie niederstürzenden Trümmern ihrer Geschichte verzweifelt krümmen, ratlos, was sie tun sollen.

Heute, im Frühjahr 1991, können wir mit Sicherheit behaupten, daß die Wahrheit über die sowjetische Geschichte, die bei weitem noch nicht in vollem Umfange zutage gefördert ist, Rußland zwar erschüttert und ins Wanken gebracht hat, eine neue Ära – wie etwa in der ehemaligen DDR, in Polen und in der Tschechoslowakei – hat sie jedoch nicht eingeleitet und wird dies wohl so bald auch nicht tun.

Mir und vielen anderen Vertretern meiner Generation, die von den sechziger bis zu Beginn der achtziger Jahre im inneren Exil lebten, die bewußt Berufe außerhalb der Politik wählten (der Autor dieses Artikels befaßte sich während all dieser Jahre mit russischen Nachdichtungen deutscher Lyrik), war vieles aus dem Samisdat der siebziger Jahre bekannt, doch es waren nicht viele, nur einige Hundert oder Tausend, in denen durch Zufall oder aufgrund der Familientradition Zweifel aufkeimten und die sich damals Gedanken über unser Leben zu machen begannen. Der Masse

der Leser jedoch wurde zur Bewußtseinsbildung ausschließlich und gezielt Kost aus Werken von dem Regime treuen und dieses Regime stützenden Historikern und Literaten verabreicht. Erst die Generation, die heute heranwächst und bei der die Erweiterung des geistigen Horizonts nicht, wie bei uns, das halbe Leben in Anspruch nimmt, eine Generation, für die die Freiheit etwas Natürliches und Selbstverständliches sein wird und die von ihr auch permanent Gebrauch machen wird, erst diese Generation hat die Chance, das große Land zu reanimieren und seiner Wissenschaft und seiner Kultur neues Leben einzuhauchen. Die mittlere Generation aber, d.h. jene, denen angeblich plötzlich ein Licht aufgegangen ist, die sich nach dem Prinzip »Solange ich die Wahrheit nicht wußte, dachte ich so, jetzt aber, da ich sie kenne, denke ich ganz anders« verhalten haben, können dieser Kultur wohl kaum wieder zu ihrer ehemaligen Größe verhelfen. Heute verurteilen viele von ihnen »im Licht der bekanntgewordenen Fakten« den sowjetischen Einfall 1968 in Prag. Als ob man ohne diese Fakten das Einrollen der sowjetischen Panzer in Prag als edle Tat werten könnte. Ist ihnen wirklich ein Licht aufgegangen? Oder wollen sie jene schrecklichen und lästigen Fakten einfach abschütteln?

Allen war nach dem XX. Parteitag der KPdSU im Februar 1956 urplötzlich ein Licht aufgegangen – früher hatten sie von all dem Schrecken nichts wissen wollen. Bezeichnenderweise ließen dieselben Leute nach 1964, in der Zeit der Neuauflage des Stalinismus, abermals sehr schnell Gras über die Vergangenheit wachsen. Die kollektive Einsicht von Millionen ist immer ein inszeniertes Spektakel. Die mittlere und ältere Generation von heute, die es vorzog, sich zwanzig, dreißig Jahre lang über alle Fakten hinwegzusetzen, ist wohl kaum in der Lage, den Schmerz der Millionen Häftlinge und Verbannten, wie er im »Archipel GULAG« und in anderen Büchern beschworen wird, zu erfassen; die jüngere Generation aber braucht dafür Zeit.

Dort, wo die Geschichtsfälschung Normalzustand war, wo Geschichte durch Ideologie und ihr Schoßkind Lüge ersetzt wurde, klafft nun ein schwarzer Abgrund, der bodenlos zu sein scheint. Wir stehen unmittelbar an seinem Rande. Es wäre doch logisch zu erwarten, daß uns das neu erworbene Geschichtswissen auf Gedanken über unsere Zukunft, über neue Vorhaben und Ziele lenkt. Doch das Volk will nichts mehr von fernen Zielen wissen. Es braucht Brot und hofft auf schnelle Besserung seiner Lage. Zusammen mit dem Kult um die Lenins und Stalins lehnt es nun auch den Kult der Zukunft ab.

Das Wissen um die eigene Geschichte kann den Menschen helfen, die fatale Abhängigkeit von sozialen Utopien zu überwinden. Wer sich dieses Wissen aneignen will, muß allerdings zunächst einmal mit seiner Geschichte ins reine kommen, und das ist ein langwieriger Prozeß. Die Zeit der Glasnost treibt



immer neue Wellen harter Wahrheiten über unsere Vergangenheit heran. Die Menge der jahrzehntelang verheimlichten Informationen ist derart groß, daß es schon überdurchschnittlicher Kraft bedarf, um sie zu verarbeiten.

Die Tragödie der heutigen Zeit besteht darin, daß die historische Wahrheit und die Wirtschaftslage verschiedenen Polen zustreben. Im selben Maße, wie die Informationsmenge zunimmt, leeren sich die Regale: 90 Prozent der Lebensmittel und Konsumgüter sind Mangelware. Eine Erscheinung, die nicht einmal die Länder der Dritten Welt kennen, ist in einem Lande, das eine Supermacht sein will, zur Norm geworden, und das allem Anschein nach noch für Jahre.

Ich denke, es wäre naiv zu glauben, daß die neu erworbenen historischen Kenntnisse unmittelbar Einfluß auf das Leben und die Politik nehmen könnten. Noch unbedachter ist es freilich, den sich heute in Europa vollziehenden historischen Prozeß zu direkt mit der Perestroika zu verbinden. Denn die Perestroika, die von den Apparatschiks geplant und gelenkt wurde und nicht zuletzt auch unter dem Druck der amerikanischen Administration einsetzte, klammerte die Interessen des Volkes aus. Ihr Ziel war es, im gesellschaftlichen Bewußtsein neue Illusionen zu wecken und zu nähren. Sie sollte einen sogenannten regulierbaren Markt ins Leben rufen und dadurch dem Sozialismus neue Kräfte verleihen. Das System hat allen Widrigkeiten zum Trotz seine erstaunliche Fähigkeit dokumentiert, sich zu transformieren und anzupassen und solche Begriffe wie Glasnost, Marktwirtschaft, Pluralismus geschickt für seine eigenen Zwecke auszuschlachten. Kann das System überleben? Gestützt vom Westen und dessen Milliardenkrediten bietet es alle Kräfte auf, um sich über Wasser zu halten. Und dennoch ist sein Schicksal besiegelt. Daher verweisen die aus dem Griff der Zensur befreiten Worte der Historiker schon heute nicht nur auf unsere Zukunft, sie geben dem denkenden Teil der Gesellschaft auch Rückhalt für die Gegenwart.

Die Wahrheit über die Erschießung der Zarenfamilie in Jekaterinburg, über die Greuelthaten nicht nur Stalins, sondern auch Lenins und seiner Helfershelfer, die Wahrheit über die gezielte Vernichtung ganzer sozialer Gruppen, über den Preis der Kollektivierung und Industrialisierung, die Wahrheit über die heraufbeschworene Hungersnot der dreißiger Jahre in der Ukraine und im Wolgagebiet, die vermutlich zehn Millionen Menschenleben forderte, die Wahrheit über die ökologischen Verbrechen unserer Steinzeit-Industrie, schließlich die Errichtung von Mahn- und Gedenkstätten an den Massengräbern aus der Stalin-Zeit – all dies mußte zwangsläufig Einfluß auf die demokratische Bewegung nehmen und blies ihr neuen Wind in die Segel.

Doch das wichtigste Verdienst der jüngeren historischen Veröffentlichungen besteht darin, daß sie einer überwältigenden Zahl von denkenden Menschen geholfen haben, das utopische Bewußtsein abzuschütteln und

innerlich vom Kommunismus Abschied zu nehmen. Der zur offiziellen Staatsreligion erhobene Utopismus hat Begriffe wie Moral, Freiheit, Wert und Würde der menschlichen Person ausgehöhlt oder verdreht. In den letzten Jahren erfuhren Millionen Menschen von den verbannten oder erschossenen Intellektuellen, von der Vernichtung der Aristokratie, des Klerus und des Bauernstandes, sie erfuhren die Wahrheit über die deklassierte Arbeiterschaft, die zum Henker der anderen Klassen gemacht wurde, und sie begriffen, welche Rolle dieser Utopie, diesen hochtrabend-heroischen Filmen und Romanen, dem lächelnden Kosmonauten und dem weltbesten Ballett zukam.

Seit Ende 1987 ergoß sich aus Zeitungen und Zeitschriften, von Leinwand und Bildschirm über unzählige Menschen eine Flut von Anti-Utopien – zunächst in Form von Darstellungen der Vergangenheit, dann aber auch als Realität des Alltags: Sumgait, Tbilisi, Baku, Vilnius, Riga, Südossetien ... Hunderte Opfer, Tausende Flüchtlinge. Nun beginnen die Menschen zu begreifen, in welcher Realität sie leben. Sie sind Augenzeugen des sich beschleunigenden Laufs der Geschichte, einer Geschichte, deren Triebkräfte angestaute Probleme sind, die nun zum Durchbruch kommen. Beispiele dafür sind der Zusammenbruch der DDR, die Wiederherstellung der freiheitlichen Ordnung in Polen, in Ungarn und der Tschechoslowakei, und all das in wenigen Monaten. Beklommenen Herzens wird ihnen bewußt, daß positive Veränderungen vielleicht doch möglich sind. Ja, solche Veränderungen sind möglich, aber einstweilen noch nicht bei uns, die Wahrheit, die aus unserer Geschichte durchbricht, führt noch tiefer ins Chaos. Doch die Menschen wollen nicht mehr Opfer der Geschichte sein, wollen nicht glauben, daß das auf Millionen Menschenknochen aufgebaute kommunistische Imperium bei seinem Zerfall erneut Millionen Opfer fordern kann.

Aus dem neuen Wissen werden verschiedene Lehren gezogen, und der wichtigste Streit entbrennt um die Zukunft des Landes. Soll es ein Imperium bleiben oder ein Bündnis souveräner Staaten werden, oder soll es in voneinander völlig unabhängige Staaten zerfallen? Aleksander Solschenizyn meint dazu, daß ein Imperium über unsere Kräfte gehe. Jetzt ist eine endgültige Entscheidung zu treffen: Wir müssen wählen zwischen einem Imperium, das allem voran uns selbst ins Verderben reißt, und der geistigen und physischen Rettung unseres Volkes.

Alles wird davon abhängen, welche Gestalt in diesem Riesenland das nationale Selbstverständnis der Russen annimmt. Bei allen Schwächen unserer demokratischen Presse kann man den Prozeß der Wiederherstellung des nationalen Selbstbewußtseins, den die Russen derzeit durchlaufen, als läuternd betrachten. Und es bleibt nur zu hoffen, daß diese Entwicklung auch weiterhin in der gleichen Richtung verlaufen wird und nicht der sogenannte »patriotische Block« die Oberhand gewinnt, der jegliche kritische Wertung

der eigenen Geschichte als Verunglimpfung, als Russenhetze, Unterminierung des Imperiums oder Komplott dunkler Kräfte denunziert. Denn ohne den Prozeß der Selbstbesinnung ist keine nationale Wiedergeburt denkbar. Auf den Trümmern des eigenen Totalitarismus (und der ist derzeit bei weitem noch nicht zerschlagen) muß sich Rußland zu der das nationale Leben einzig rettenden Idee durchringen, zu der sich Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, als einziger Staat in Europa, durchrang – zur Idee der Reue.

Doch Reue setzt Einmütigkeit in der Neubewertung der eigenen, revolutionär geprägten Vergangenheit voraus. Diese Neubewertung wurde in England, Frankreich, in den USA und in Spanien in bezug auf deren Revolutionen vollzogen, mit dem Ergebnis einer nationalen Versöhnung auf der Grundlage eines nationalen Konsenses. Davon können wir aber heute nur träumen. Man könnte mir entgegen, daß die von Pistolen und Gewehren uns zugefügten Wunden noch nicht vernarbt seien, daß uns von jenen Salven der Pulvergeruch noch in der Nase stecke. Dennoch glaube ich, daß die Ursache für unsere Unfähigkeit zum Konsens woanders zu suchen ist, sie resultiert nicht nur aus der Unversöhnlichkeit des Bürgerkrieges, ihre Wurzeln liegen tiefer.

In Rußland wurde seit altersher jeder Mensch zu einem bestimmten Stand gezählt, jeder hatte seinen Titel: Der Schreiber war zugleich Ehrenbürger, der Kaufmann Mitglied seiner Gilde, der Beamte ebenfalls Titelträger. Jedermann außerhalb dieser Titelhierarchie gehörte zu den »Rasnotschinzy«, wie z.B. die Kinder der Popen, aus dem Klerus ausgestiegene Leute, verarmte Gutsbesitzer, Kinder von Leibeigenen, denen, auch wenn sie ein Studium abgeschlossen hatten, kein besonderer Titel zustand. Für all diese Menschen blieb der Weg zum Staatsdienst versperrt, und aus ihnen rekrutierte sich später die Schicht der russischen Intelligenz. Der Stand der Amtsleute aber, der über wenig Bildung verfügte und korrumpiert war, der seine bürokratischen und sozialen Privilegien eifrig verteidigte (und Privilegien gab es nicht wenige für diesen Stand, angefangen von einer Wohnung mit Brennholz bis hin zu einer Droschke mit Kutscher, von der Gemeinde gestellt und bezahlt), der den gebildeten und vor allem klügeren Intellektuellen, den »Rasnotschinzy«, den Weg zum Staatsdienst verbaute, ließ keinen Gedanken an Versöhnung aufkommen. Doch auch die anderen wollten nichts von einem nationalen Konsens wissen, von beiden Seiten wurden Feindseligkeiten geschürt, und das war das eigentliche Vorspiel zur späteren gegenseitigen Vernichtung. Aber weder die einen noch die anderen kannten das Leben des einfachen Volkes, erkannten die Gefahr einer Explosion des tief im Volke verborgenen Aggressionspotentials, und die einen wie die anderen sahen später mit Verwunderung, auf was die Bauern alles losgingen: staatliche Einrichtungen fielen ihnen ebenso zum Opfer wie Denkmäler der nationalen und der

Weltkultur, nicht zuletzt aber auch jene Mentoren, die solches Mitleid mit diesem Volk hatten und es im Geiste der Unversöhnlichkeit gegenüber den »Unterdrückern«, dem Klerus, den Kleinbürgern, Gutsbesitzern und reichen Bauern, erzogen.

Die ganze Geschichte Rußlands ist vom Kampf der Bürokraten und der Intellektuellen um die Macht gekennzeichnet, gleich ob mit parlamentarischen Mitteln oder durch Terror. Den Bolschewiki fiel es nicht schwer, den angestauten Haß unter den neuen Verhältnissen zu mißbrauchen, und sie taten dies exzessiv. Seit 1917 lebte Rußland permanent im Zustand dieses erbitterten Kampfes. Die Klassen wurden zur gegenseitigen Vernichtung aufeinandergehetzt, mit dem Ziel, eine diffuse, beherrschbare Masse zu bilden.

Uns alle hat diese unversöhnliche und verbissene russische Rauheit und später das von den gleichen Grundzügen geprägte sowjetische Leben mitgeformt. Ohne einen Schritt in Richtung Versöhnung der Fronten gibt es keinen Ausweg aus der gegenwärtigen Lage. Wenn Michail Gorbatschow die Gunst der Stalinisten und Breschnew-Leute im Verwaltungsapparat, in der Armee und im KGB erlangen und die alte Karte – den russischen Chauvinismus und das Großmachtdenken – ausspielen will, so wird er als Politiker untergehen, mitsamt seinen nun sechs Jahre währenden Bemühungen.

Heute, da alle eine freie Gesellschaft anstreben, ist es entscheidend, sich Gedanken zu machen über die neuere russische und sowjetische Geschichte, über die endlose Kette von Mißerfolgen, über die ewigen »zeitweiligen« Schwierigkeiten, die die Spatzen schon von allen Dächern pfeifen.

Jedes Land hat seine Besonderheiten. Eine für Europa seltene Besonderheit (und wir streben doch einen Eintritt in die Gemeinschaft europäischer Länder an) besteht darin, daß in Rußland nie etwas zum Ausreifen kam: Bei uns wurde sozusagen alles von oben erlassen – angefangen von Peter I., der über Nacht verfügte, daß sein Sklavenland von nun an aufgeklärt zu sein habe, bis hin zu den jüngsten Perestroika-Dekreten. Die heutige Generation aber, die wie in Trance jahrzehntelang auf die Früchte des Kommunismus wartete, harrt nun der Proklamierung des Kapitalismus. Als ob man auf Geheiß eines örtlichen Sowjets schon morgen Aktien stapelweise kaufen und Platz an einem Tisch mit jenen nehmen könnte, die noch gestern in den sowjetischen Medien als Klassenfeind karikiert wurden.

Die ausgeklügelte Tradition, Ukasse zu erlassen, wurde unter der bolschewistischen Herrschaft perfektioniert. Auch die Geschichte wurde per Dekret geregelt: Die historische Wissenschaft und zusammen mit ihr das historische Bewußtsein haben aufgehört zu existieren. Die Anmaßung, in buchstäblich allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens allein zu bestimmen, die prinzipielle Ablehnung der Idee eines konstruktiven Dialogs machte sich im

Leninismus schon sehr früh bemerkbar. Diesen Charakterzug hat auch Gorbatschow geerbt (und nicht nur, wie man im Westen glaubt, die orthodoxen Parteifunktionäre), der seine Treue zum wissenschaftlichen Sozialismus und dessen Recht, die künftige Weltideologie zu sein, eifrig deklariert. Beteuerungen, daß man diese Lehre natürlich niemandem aufzwingen wolle, sind nichts anderes als dekorative Floskeln. Solch unverhoffte unbolschewistische »Weichheit« verschlägt dem Westen die Sprache, und er neigt als erster zur Euphorie.

Die Zerstörung des Mythos von Lenins Bereitschaft zum Pluralismus und die wahre Geschichte der Leninschen Partei, nicht nur während des »roten Terrors« und des Bürgerkrieges, sondern auch vor dem Umsturz von 1917, d.h. die Geschichte der Unterdrückung der Andersdenkenden innerhalb der Partei seit ihrer Gründung, eine Praxis, die nach dem Oktober-Putsch dann vor keiner Grausamkeit mehr zurückschreckte – all dies war für zahlreiche Lenin-Anhänger eine kalte Dusche und hat den Weg für eine Neubewertung der sozialistischen Rest-Illusion geebnet. Der »Archipel GULAG« spielte auch im Westen eine entscheidende Rolle. Jenen Ideen, die sich als so unseelig für Osteuropa erwiesen hatten, stand der Westen lange Zeit gar nicht so abgeneigt gegenüber. Sie haben heute ihren Zauber verloren, doch bestimmen Utopismus und prometheischer Wahn immer noch das Tun und Streben vieler Intellektueller, insbesondere in Deutschland. Die Idee des kompromißlosen Klassenkampfes, der Diktatur des Proletariats freilich wird von der zivilisierten Welt heute als ebenso obsolet empfunden wie die Idee des Nationalismus.

Der von der eigenen Ideologie an den Rand des Verderbens getriebene herrschende Apparat hatte aus seiner Mitte eine führende Persönlichkeit hervorgebracht, die gerade noch hinreichend flexibel war, um die Konfrontation zwischen beiden Systemen herunterzuschrauben und so von der zivilisierten Welt einen Vertrauensvorschuß zu erhalten.

Doch die Überzeugung dieses führenden Politikers und seiner Mannschaft (deren Mitglieder samt und sonders aus der oberen Parteihierarchie stammen), daß sie das Recht haben, das Leben innerhalb der UdSSR nach eigenem Ermessen zu lenken, ist im Grunde genommen unerschütterlich geblieben. Die Geschichte Rußlands und der Sowjetunion, welche sich jeweils stets nur als Großmacht sahen, spiegelt sich nun auch in der Politik der Perestroika wider.

Nimmt man die Schritte der Perestroika unter die Lupe, so stellt man fest, daß in ihnen unser Erbe mit all seinen Lastern durchschimmert. Die Art, wie wir Fragen unserer nationalen und territorialen Struktur lösen wollen, zeugt davon, daß der heutige Verwaltungsapparat das Großmachtdenken keineswegs aufgegeben hat. Deklarationen, wonach den Völkern nominell

und recht schnell das Recht auf Selbstbestimmung bis hin zur Abtrennung gewährt werden soll, werden gewöhnlich erst abgegeben, nachdem Blut vergossen wurde, und zwar unter Demonstration seelischer Schmerzen und mit der Beteuerung, daß der künftige Bündnisvertrag zwischen den Unions-Republiken und den autonomen Republiken dieses Recht nach und nach auch den anderen Austrittswilligen gewähren wird. Hinter dieser Politik kommt die Taktik der KPdSU, die künstliche Überleitung sozialer Konflikte in nationale, immer deutlicher zum Vorschein.

In der sowjetischen Wirtschaft ist eine schreckliche Lage entstanden. Die neue Politik der Apparatschiks zielt geradewegs auf Zerfall und Zerrüttung und nicht auf Um- und Aufbau ab: Die Privatisierung der Produktionsmittel, eine endgültige, uneingeschränkte und gesetzlich gesicherte Übergabe des Bodens an die Bauern sowie die Übergabe der Industriebetriebe an von der KPdSU unabhängige Eigentümer soll offensichtlich verhindert werden. Eine Politik, bei der alle auf den endgültigen Zerfall des Imperiums und die Zerrüttung seiner Wirtschaft warten, wird letztendlich auch die Notwendigkeit einer »starken Hand« rechtfertigen.

In der Politik der Glasnost macht sich unsere russische autoritäre Tradition ebenfalls bemerkbar. Praktische Versuche, unabhängige Massenmedien zu schaffen, werden blockiert, die Partei lenkt nach wie vor alle staatlichen Einrichtungen, den KGB, das Innenministerium, die Betriebe. Die formelle Gründung von Pseudoparteien, die weder über Mittel noch über eine eigene Presse verfügen (Druckmöglichkeiten und Papier hat nur die KPdSU), fällt praktisch überhaupt nicht ins Gewicht. Interessant ist, daß Gorbatschow und seine einander ständig abwechselnden Mannschaften ihr Vokabular von den Dissidenten, ganz besonders von Sacharow, entlehnen. Dadurch werden die wichtigsten demokratischen Begriffe ausgehöhlt und entwertet. Die Duldung einer Opposition dient offensichtlich legitimatorischen Zwecken gegenüber der Weltöffentlichkeit – sie gibt den Apparatschiks den Anschein von Zivilität.

Die Lage ist unberechenbar, unklar, unsicher. Einstweilen regieren Mythen das Land. Jede einzelne Gruppe ist der Ansicht, daß niemand stärker verfolgt werde als sie. »Am schlimmsten geht es den arbeitenden Menschen« (Vereinigte Front der Werktätigen), »Nichts kann sich vergleichen mit dem bitteren Los der Intellektuellen« (Moskauer Volksfront), »Am abhängigsten sind die Armeeangehörigen« (Vereinigung »Schild«). Die Russen aus dem patriotischen Block sind der Meinung, daß sie am schlimmsten dran seien, daß die Russen nur vierzig bis fünfzig Jahre leben, während etwa die Schwarzen in den USA ein Durchschnittsalter von achtundsechzig Jahren erreichen. Die Bewegung *Pamjat* vergleicht die Lage der Russen mit der Lage der Indianer in den Reservaten. Die »Jüdische Kulturassoziation« klagt, daß die gezielt

vorangetriebene Assimilierung die Juden in einem noch nie dagewesenen Maße diskriminiere. Überall heißt es: »Wir werden verfolgt!«, »Irgendwo anders lebt man besser, und zwar auf unsere Kosten!«. Durch eine derartige Weltsicht wird die Gründung von zahllosen Gruppen und Bewegungen stark begünstigt. Und was dabei besonders wichtig ist: Solche Gedankengänge sind nicht nur ein triftiges Motiv für Aktionen, sie lassen auch jedes Mittel gerechtfertigt erscheinen. Erinnern wir uns bloß an die Losung: Expropriert die Expropriateure!

Verfolgte müssen von jemandem verfolgt werden. Also gilt es in erster Linie, die Verfolger auszumachen und zu beseitigen. Es wird ein Feindbild aufgebaut. Meist ist dieser Feind unsichtbar und ungreifbar. Für *Pamjat* sind das die jüdischen Freimaurer, die ihr Netz über die ganze Welt, vor allem aber über Rußland, gesponnen haben. Für die »Bodenständigen« aus dem »Vaterland« und für die »Vereinte Front der Werktätigen« sind das die Schatzenwirtschaft und die Untergrundmillionäre. Jede Gruppe hat ihr eigenes Angriffsobjekt.

Dem Feind wird Arglist unterstellt. Darüber kann man jeden Tag in der Presse lesen. So teilte A. Kusmin von der Vereinigung »Vaterland« der Zeitung *Sowjetskaja Kultura* mit, die *Pamjat* sei ein Schoßkind der Zionisten, sie sei gegründet worden, um die jüdische Frage aufzubauschen und den Juden eine leichtere Auswanderung nach Israel zu sichern.

Manche Autoren behaupten heute, daß auch die Glasnost und die mehr oder weniger offenen Grenzen nur zu dem Zweck existieren, damit sich unter den neuen Bedingungen die eigentlichen Feinde schneller entpuppen. Und mit diesem Feind ist in ihren Augen nach folgenden Optionen zu verfahren: Erstens kann man ihn physisch vernichten, zweitens kann man versuchen, aus ihm einen Verbündeten zu machen, und drittens kann man ihm immer noch gestatten, das Land zu verlassen. V. Nowodworskaja, Vorsitzende der »Demokratischen Union«, erklärt, Gorbatschow dränge die Demokraten ganz bewußt in die örtlichen Sowjets: Da aber die Demokraten nichts ändern könnten, solle das Volk selbst zu dem Schluß kommen, daß die Demokratie noch schlimmer sei als die Tyrannei. Dadurch ist ihrer Meinung nach der Weg in die Diktatur geebnet.

In der Presse wird ein weiterer Mythos strapaziert – der Mythos von der herannahenden Katastrophe. Freilich wird im Unterschied zum religiösen Verständnis, nach dem am Ende der Apokalypse die Gerechtigkeit triumphieren wird, behauptet, die kommende Katastrophe sei ein bodenloser Abgrund, der alle verschlucken werde – Verfolgte und Verfolger mitsamt den vermeintlichen Rettern, gleich ob links oder rechts. Die Katastrophe als kathartischer Prozeß, in dem das Rettende liegen könnte, kommt nicht in den

Blick. Lieber versucht man, sich im letzten Moment durch Veränderungen dessen zu retten, was längst nicht mehr zu retten ist. Die Vorahnung einer Katastrophe stimuliert das Handeln, der einzelne beginnt zu fühlen, daß es morgen zu spät sein könne, daß von ihm das Schicksal der Welt abhängt. Mitglieder verschiedener politischer Vereinigungen und Gruppen haben so das Gefühl, an großen historischen Ereignissen beteiligt zu sein, sie spüren ihre Teilhabe an etwas Größerem, als sie selbst es sind.

Unsere politische Mythologie prägt nicht nur das Bild der Gegenwart und der Zukunft, sie gebiert auch neue Geschichts-Mythen. Dieser Prozeß ist nicht nur für die UdSSR, sondern für alle ehemaligen Ostblockstaaten charakteristisch, von denen viele die kommunistische Geschichtslüge durch nationale Mythen ihrer angeblichen Unschuld an den Verbrechen unseres Jahrhunderts zu ersetzen suchen: Alles Negative konzentriert sich auf Stalin und Hitler. So wollen die polnischen Schulbücher zur Geschichte nichts von der Annexion Schlesiens 1926 wissen. Verschwiegen wird ferner, daß Polen noch vor dem Molotow-Ribbentrop-Pakt im Jahre 1934 einen Nichtangriffsvertrag mit Deutschland hatte. Man erinnert sich auch nicht gern an die polnische Annexion des tschechischen Industriegebiets Teschen im Jahre 1938. Pilsudski wird in diesen Lehrbüchern als Held der Nation idealisiert. Die Litauer vergöttern den Diktator Ulmanis. Die Letten, Esten, Rumänen, Slowaken und Kroaten hängen ihrer nationalen Geschichte ebenfalls einen Heiligenschein um, die faschistischen und halb-faschistischen Regime der dreißiger Jahre werden als durchaus tugendreich hingestellt. Als Verdienst wird ihnen angerechnet, daß sie angeblich das Banner des nationalen Selbstbewußtseins stets hochgehalten hätten. Allen scheint mit einem Mal entfallen zu sein, daß zwischen den Weltkriegen das Modell eines starken Regimes in Europa hoch im Kurs stand, daß Europa eine ganze Riege von Diktatoren vorzuweisen hatte. Ein neu aufgelegter Nationalismus tritt heute an die Stelle des Kommunismus und beherrscht die Szene. In diesen Ländern hat man anscheinend vergessen, daß es in der 5,5 Millionen Mann zählenden Hitler-Armee, die in die UdSSR einfiel, 900.000 Soldaten aus den Bündnisländern gab – Freiwillige, und nicht nur Italiener, Spanier, Franzosen oder Holländer. Das vermeintlich unschuldige Osteuropa war da viel zahlreicher vertreten. Historiker der postkommunistischen Länder neigen dazu, diese Seiten ihrer eigenen Geschichte auszulassen, dafür aber sprechen sie mit Vorliebe über Stalins und Hitlers Verbrechen.

In der UdSSR ist man heute im großen und ganzen bereit, die Verbrechen in der eigenen Geschichte kollektiv einzugestehen, doch die Tendenz, neue Legenden über die eigene Vergangenheit in die Welt zu setzen, zeigt sich auch dort bei vielen Völkern, insbesondere bei den am Rande des



Imperiums lebenden. Solche Legenden sollen das nationale Selbstbewußtsein läutern und stärken. Aber auf einer unbewältigten Vergangenheit läßt sich keine Zukunft aufbauen.

Und noch einen Mythos möchte ich zum Schluß erwähnen, diesmal einen russischen. Das russische Schicksal hängt entscheidend davon ab, ob es uns gelingen wird, den Bann dieses Mythos zu brechen. Wir haben zu lange den revolutionären Kampf des 19. Jahrhunderts und die Ideen der humanistischen Schriftsteller idealisiert. Die russischen Terroristen, die russischen Fanatiker sind bei den russischen Humanisten in die Schule gegangen und haben ihr Werk unter dem Banner des revolutionären Humanismus vollbracht.

Das 19. Jahrhundert hat Hunderttausende von russischen Intellektuellen, ob parteigebunden oder parteilos, hervorgebracht, die die Demokratie nicht vom Sozialismus, das Gewissen nicht von der gesellschaftlichen Pflicht, den Glauben an die Ideale der Väter nicht von der sozialen Praxis zu trennen vermochten. So sind die Intellektuellen selbst in einem hohen Maße mitschuldig daran geworden, daß das russische Schicksal eine derart tragische Wende nahm. Kolyma und Workuta, diese Höllen auf Erden, konnten unmöglich das Werk eines einzelnen Bösewichts oder einer Bande von Verbrechern sein. Sie konnten im Grunde genommen nur aufgrund kollektiven Willens und der eisernen Logik eines historischen Wahns entstehen. Gibt es aber heute noch genug Leute, die das begreifen, die echtes Wissen anstreben, bringen wir heute noch so viel Weisheit und Erkenntnisvermögen auf, den Traum von der wahren Herrschaft des Volkes, von der Wiedergeburt unserer Kultur, die von den Schigaljows und Werchowenskis so brutal zerstört wurde, zu verwirklichen?

*Tomas Venclova*  
DIE ERBEN DES GEDIMINAS

Als Michail Gorbatschow am 7. April 1990 eine Wirtschaftsblockade über Litauen verhängte, versammelte sich die Mehrzahl der Bewohner von Vilnius in einem Park. In seiner kurzen Ansprache zitierte Vytautas Landsbergis, der kurz zuvor gewählte Präsident der Republik, folgende Worte Gediminas', eines litauischen Großfürsten aus dem 14. Jahrhundert: »Eher wird das Eisen zu Wachs und das Wasser zu Stein, als daß wir uns zurückziehen.« Wo sonst würde sich heute ein Staatschef in Zeiten einer politischen Krise von einem Text leiten lassen, der vor sechshundert Jahren geschrieben wurde? Noch erstaunlicher jedoch ist, daß das Zitat den öffentlichen Geisteszustand genau widerspiegelt. So steht es um Litauen.

Für den Westen schwindet die Bedeutung der Vergangenheit jeden Tag mehr. Niemand nimmt an, daß die Intrigen der Plantagenets oder Ludwigs XIV die Gesellschaft etwas lehren könnten. Niemand glaubt wirklich, daß, wenn es darum geht, im Labyrinth des heutigen Lebens den richtigen Weg zu finden, die alten Modelle von Nutzen sein können. In Ostmitteleuropa und im Osten ist dies ganz anders. Dort ist die Vergangenheit lebendig, aktuell, findet tagtäglich Eingang in Zeitungen, in Radio- und Fernsehsendungen, beeinflußt das Verhalten der Menschen und bestimmt ihre Reaktionen, ob Sympathie oder Ablehnung. In diesen Ländern scheinen die Situationen und traditionellen Haltungen dazu verdammt zu sein, sich zu wiederholen. Vielleicht ist genau dies eine Art Unglück, Zeichen einer fehlenden Entwicklung (und ich habe oft sogar den Eindruck einer Regression). Vielleicht aber ist es gerade eine besondere Gabe des Schicksals, denn uns erteilt die Vergangenheit die simpelste und wichtigste Lektion: das Gute vom Bösen zu unterscheiden.

Vor kurzem erschien in Vilnius ein etwas einfältiges, leicht veraltetes Buch über die Geschichte Litauens. Dieser Text ist erstmals kurz vor dem Zweiten Weltkrieg veröffentlicht worden, und zwar im Jahr 1936. Die Auflagenhöhe liegt derzeit bei 300.000 Exemplaren (in einem Land mit drei Millionen Einwohnern). Wäre da nicht der Papiermangel, hätte sie die Million sicher schon erreicht. Es ist nicht schwer, den Grund für dieses Phänomen auszumachen: Das Fehlen der Geschichte bringt eine Geschichtssehnsucht hervor.

Bei uns ist die Zeit mindestens fünfzig Jahre stehengeblieben. Das totalitäre Regime hatte sich auf progressistische Mythen und eschatologische Bilder gestützt. Alles war ausgerichtet auf eine strahlende Zukunft, deren unhinterfragbare Überlegenheit angeblich jegliches Opfer in der Gegen-

wart und jegliches Verbrechen von seiten der Weltverbesserer rechtfertigte. Gleichzeitig war jedem klar, daß diese Zukunft nur die Wiederholung der Gegenwart sein würde. Immer würde es einen Großen Vorgesetzten (oder ein Politbüro) geben, und Großtat um Großtat würde geplant; und immer würde es die Massen geben, die von ganzem Herzen die Befehle ausführen; und höchstwahrscheinlich würden immer ein paar Individualisten auftauchen, »Unangepaßte«, die man hinwegfegen muß, um den Weg frei und leuchtend zu machen...

In diesem ideologischen Rahmen ist der Raum der Vergangenheit deutlich eingegrenzt. Die Vergangenheit, das ist ein gefährlicher Abstellplatz, ein gesundheitsgefährdendes Gelände: Die Viren, die sich von hier verbreiten, können binnen kurzem alle Schwachen befallen, sprich alle, die nicht genügend Widerstandskraft besitzen. Die Vergangenheit muß folglich ununterbrochen gereinigt und neu hergerichtet werden. Auf diese Weise werden immer mehr Ereignisse und Personen aus dem Gedächtnis getilgt. Und es entsteht die Notwendigkeit, die meisten der alten Worte zu eliminieren, sie aus dem allgemeinen Gedächtnis zu streichen, wenn nicht sogar sie von Grund auf zu vernichten – egal, ob es sich um Straßennamen oder steinerne Texte wie etwa Kirchen handelt.

Sicher, hier und da in der Vergangenheit kann man ein paar helle Seiten entdecken, Ausnahmen zwar, aber reich an Verheißungen für den neuen Menschen (zum Beispiel die Pariser Kommune oder den Streik der Lederwarenhändler von Vilnius 1895). Diese versprengten Momente sind die einzigen, die unsere Aufmerksamkeit verdienen – um es genauer zu sagen, nur sie konstituieren die Vergangenheit.

Seit Stalin war diese Technik des verstümmelnden Schweigens begleitet von einem Prozeß der Kolonisierung, der darauf abzielt, die Nationen des Ostblocks weiter zu erniedrigen. Unsere eigene Geschichte wurde durch die (fremde) Geschichte Rußlands ersetzt. Letztere stand in den Schulen und an der Universität oft an erster Stelle. Ein litauischer oder georgischer Schüler, der in den Prüfungen gegen seinen Willen die Heldentaten Iwans des Schrecklichen zu lobpreisen hatte, fühlte sich hierbei kaum wohler als der Senegalese, der auswendig herunterleierte: »Unsere Vorfahren, die Gallier...«

Die Erosion und die Zerschlagung des Totalitarismus in Osteuropa hat mehrere Konsequenzen gezeitigt, einige davon sind erfreulich, andere weniger, und wieder andere sind sogar ein wenig erschreckend. Diejenige, die sofort ins Auge springt, ist die Rückkehr der Geschichte in diesen Teil der Welt. Die Geschichte ist wiedergekehrt, siegreich, mit all ihrer Vielfältigkeit, all ihren Schattierungen und ihren Ausbrüchen: Daß die demokratischen Bewegungen von 1989 so bunt und ungeordnet waren, verdanken sie nicht zuletzt diesem merkwürdigen Wiederauftauchen.

Litauen ist wahrscheinlich das interessanteste Beispiel, auch wenn es peripher ist. Die Geschichte lastet auf den Litauern mehr noch als auf den Ungarn, Tschechen oder Slowaken – nur bei den Polen, da zögere ich. Denn die Geschichte unseres Landes hat nichts Gewöhnliches und ähnelt keiner anderen. Es ist so, wie wenn sie eigentlich für ein größeres Land geschneidert wäre: Sie ist so tragisch und beeindruckend wie die Geschichte Schwedens oder gar Rußlands. Darüber hinaus fehlt es ihr weder an Asymmetrie noch an Ungereimtheiten, Bizarrrheiten, Absurditäten. Sie bricht nicht eben selten mit den Regeln der Kontinuität und der Wahrscheinlichkeit.

Die Vorfahren der Litauer siedelten bereits im Altertum an derselben Stelle, und zwar im Südosten der Ostseeküste, weit ab von jenen Orten, an denen sich die europäische Kultur entwickelte, auch wenn das geographische Zentrum Europas – Europa als Territorium zwischen Lissabon und dem Ural gedacht – ganz in der Nähe von Vilnius liegt, so befremdlich das klingen mag. Diese Vorfahren haben die älteste lebende indogermanische Sprache bewahrt – wie Antoine Meillet meint, ist sie so archaisch wie heute das Latein des Plautus aus dem 3. Jahrhundert vor Christus. In diesen nördlichen Gegenden konnte das Heidentum lange Zeit überleben: Die Litauer, ebenso wie beispielsweise die Indianer und die alten Griechen, verehrten den Donner, die Sonne und den Mond, die Bäume und die Natter. In diesem abgelegenen Teil Europas vergeht die Zeit gemächlicher und vielleicht würdevoller als in den Mittelmeerländern.

Es verwundert auch nicht, daß man die Litauer als »Sarazenen des Nordens« bezeichnet hat. Schon im »Rolandlied« werden sie ohne besonderen Beleg zu den Taugenichtsen gezählt, die gegen Karl den Großen kämpften. Zur Zeit der Kreuzzüge zog ein Teil der Ritter nicht nach Palästina, sondern an die Grenzen Litauens, um mit aller Kraft die ungläubigen Widerständigen zu bekehren. Das christliche Unterfangen war, wie nicht anders zu erwarten, durch Gewalt und Grausamkeit gekennzeichnet. Die Litauer befanden sich in der gleichen Situation wie die Azteken, die Inkas oder die Afrikaner: Ihnen bot sich das Schicksal der Sklaverei; die Mehrheit sollte vernichtet werden, der Rest assimiliert. Trotzdem, die Geschichte ist auf unerwartete Weise dazwischengetreten: Litauen hat standgehalten! Sein Kampf gegen den Deutschen Orden zog sich zweihundert Jahre hin, und in seinem Verlauf verlor Litauen mindestens die Hälfte seiner Bevölkerung. Litauen ist nicht nur nicht verschwunden, sondern hat sogar ein Reich hervorgebracht, das weite slawische Gebiete integrierte.

Einer der Gründer dieses Reiches war eben jener Gediminas. Seine Worte waren, ich sagte es ja schon, im Jahr 1990 in der Lage, die Massen zu begeistern. Ich würde in diesem Zusammenhang gerne den relativ unbekanntem Artikel von Nikolai Gogol zitieren, in dem der russische Schriftsteller Gedi-

minas »den großen Heiden« nennt: »Dieser wilde Politiker, der des Schreibens nicht mächtig war und einem heidnischen Gott diente, hat bei keinem der von ihm unterworfenen Völker deren Gebräuche und Regierungsformen geändert; er beließ alles beim alten, bekräftigte sämtliche Privilegien und befahl den Ältesten strengstens, die Rechte des Volkes zu achten. Er hat nicht einmal seinen Weg durch Verheerung gezeichnet.«<sup>1</sup> Versetzt man dieses Portrait ins Mittelalter zurück, dann erscheint es alles andere als banal. Die Fürsten Rußlands schlossen sich freiwillig an Litauen an und sicherten sich so im Zeitalter der Überfälle der Goldenen Horde ihren physischen Fortbestand und ihre kulturelle Kontinuität. Einer der Hauptkrieger des Gediminas stieß sogar bis nach Brandenburg vor und gelangte ganz in die Nähe von Berlin, das damals eine kleine Stadt war und inmitten von Wäldern und Sümpfen lag. Gediminas' Sohn unternahm drei Züge gegen Moskau, aber er zerstörte die Stadt nicht, sondern begnügte sich damit, daß man ihm eine Ehrbezeugung erwies und Tribut zollte.

Das Großfürstentum Litauen entstand in kürzester Zeit; es war ein seltsames Amalgam und ähnelte jenen Staatsgebilden, die zu den Zeiten der Völkerwanderung entstanden waren, auch wenn Litauen tausend Jahre jünger war. In Vilnius, der Hauptstadt, verehrten die Bewohner nach wie vor den Donner, hüteten ihr heiliges Feuer und verbrannten ihre verstorbenen Großfürsten gemäß einem alten Ritus. Zur gleichen Zeit lebten unweit der Hauptstadt fromme, orthodoxe Slawen, die oft gebildet waren und sich an der Byzantinischen Kultur orientierten.

Der slawische Teil des Reiches war etwa fünfzehnmal so groß wie der litauische Teil. In meinen Vorlesungen über russische Literatur stelle ich meinen Studenten oft eine Frage, auf die niemand eine korrekte Antwort zu geben weiß. In Puschkins *Boris Godunow* spielt eine wichtige Szene »in einer Herberge nahe der litauischen Grenze«. Ein Abenteurer, der nach Litauen flieht, nachdem er sich als legitimer Nachfolger des russischen Zaren hat ausrufen lassen, verbringt die Nacht in der Herberge. Ich bitte meine Studenten, mir auf der Landkarte zu zeigen, wo sich diese Herberge befindet. Alle suchen in der Nähe von Vilnius, dort, wo sich heutzutage die Grenze zwischen den litauischen Gebieten und denen der Slawen befindet. In Wirklichkeit aber lag die Herberge ganz in der Nähe von Moskau... Gediminas unternahm enorme Anstrengungen, um seine Nation der abendländischen Welt anzunähern. Er korrespondierte mit Papst Johannes XXII. in Avignon, genehmigte die Gründung von Franziskaner- und Dominikanerorden in Vilnius, lud Ritter, Händler und Künstler ein, sich in seinem Land anzusiedeln. Er hinderte niemanden an der Ausübung seiner Religion. Er respektierte Sitten und Gebräuche. In jener Zeit entstanden in Litauen bedeutende moslemische und jüdische Gemeinschaften. Damals

war es Juden gegenüber das toleranteste Land; und wenn diese überfallen wurden, griffen die Autoritäten streng durch.

Diese Tradition der Toleranz und der Vielfältigkeit ist einer der bewundernswertesten Wesenszüge des alten Litauen – bewunderungswürdiger vielleicht noch als die Hartnäckigkeit, mit der die Litauer immer ihr Land verteidigt haben. Auch wenn Litauen nur eine rudimentäre Zivilisation besaß, so war es damals doch eine einzigartige primitive »Demokratie«. Kein Wunder also, daß es eine große Anzahl Russen anzog, die in einem relativ isolierten Land unter einem wesentlich strengeren Regime lebten. Aber nicht nur aus Rußland strömten die Einwanderer herbei. Vytautas Landsbergis hat, soviel ich weiß, einen Ordensritter zum Vorfahren, der das Lager gewechselt und sich den Litauern angeschlossen hatte.

Gleichwohl blieben die Bemühungen Litauens, sich in Europa zu integrieren, lange Zeit unfruchtbar, was nicht allein an den Litauern lag. Die Ordensritter zogen weiter gegen die »Sarazenen des Nordens« zu Felde. Einige Jahre vor Gediminas' Tod belagerten die Deutschen und Franzosen die Burg von Pilenai, die zu einem wahren litauischen Masada wurde. Da die Eingesesselten, welche die Burg verteidigten, nicht fliehen konnten, brachten sie sich um. Dieses Ereignis ist bis heute im Gedächtnis und in der Tradition Litauens lebendig. Und ich bin mir sicher, daß diese Erinnerung, die dem kollektiven Gedächtnis entstammt, auch Romas Kalanta, den neunzehnjährigen Studenten, der sich 1972 in Kaunas verbrannte, beeinflusst hat. Ebenso die jungen Menschen, die sich kürzlich im litauischen Parlament eingeschlossen haben.

Diese romantische, ja fast exotische Epoche des Fürstentums bestimmte nicht nur das Denken der Litauer dauerhaft – ein mythisch angehauchtes Litauen, mit tiefen Wäldern, heidnischen Gebräuchen und primitiven Leidenschaften, inspirierte zahlreiche Autoren, von Adam Mickiewicz über Prosper Mérimée bis Oscar Milosz (ein französischer Schriftsteller, der litauischer Diplomat wurde). Der exaltierte Mythos, dem sie huldigten, spiegelt sich bis heute in Literatur, Theater und Kino. Hier sind die heidnischen Helden lebendiger als sonstwo in Europa, und ihre Namen – Algirdas, Vytautas, Aldona – werden weit öfter als Vornamen gewählt als die Namen aus dem christlichen Kalender. Eine unserer ersten Forderungen im Morgengrauen der Perestrojka war, der Hauptstraße von Vilnius anstelle ihrer bisherigen Bezeichnung »Lenin-Prospekt« ihren alten Namen wiederzugeben: »Gediminas-Prospekt«. Immer wieder hatte es in der Vergangenheit entsprechende Forderungen gegeben, aber wer sie stellte, verlor seine Arbeit und oftmals gar seine Freiheit. Heute gilt der alte Name wieder. Solche Symbole machen die Traumata der sowjetischen Kolonisierung ein wenig wett.

Auch wenn die ruhmreichen Erinnerungen an das Mittelalter edle Ambitionen wecken, so verweisen sie doch gleichzeitig auf eine absurde Schwä-

che. Der litauischen Nation fehlte es auf kulturellem Gebiet an »Substanz«, obwohl sie das Reich dominiert hatte. Ihre Sprache war nach wie vor »heidnisch« und zweitrangig und erreichte nicht den Status einer Schriftsprache. Die offiziellen Dokumente und Chroniken wurden ins Slawische übertragen. Aus diesem Grunde ist die litauische Identität lange Zeit verschwommen geblieben. Gediminas' Enkel waren die Letzten in Europa, die den katholischen Glauben annahmen – manchmal behaupten die Litauer mit Ironie, daß sie auch die Letzten sein werden, die ihn ablegen. Nicht der Deutsche Orden hat sie zum Glauben bekehrt, auch wenn er dies mit aller Gewalt versuchte, sondern der polnische Einfluß, der im Bereich der Kultur enorm und ambivalent war.

Das heidnische Vilnius war aus Holz gebaut. Die Taufe Litauens brachte der Stadt gotische Kirchen, ferner Renaissance- und Barockbauten, die keiner Stadt Europas Schande machen würden. In kurzer Zeit galt die Universität als eine der besten in der Region. Czeslaw Milosz, der Nobelpreisträger für Literatur, der sich selber als »den letzten Bürger des Großfürstentums Litauen« bezeichnet, ist der Jüngste in der Zelebritäten-Galerie dieser ehrwürdigen Institution. Gleichwohl ist die archaische Sprache Folklore geworden, vergleichbar dem Provenzalischen oder Bretonischen. Lange Zeit hindurch wurden nur die religiösen Bücher in litauischer Sprache verfaßt. Die gehobenen Schichten der Gesellschaft mochten sich noch so sehr ihrer Herkunft rühmen, sie übernahmen geschlossen die polnische Sprache. In der Öffentlichkeit bildete sich ein »Jargon« aus Worten, die eine polnische Wurzel, aber eine litauische Endung besaßen. Die spezifische traditionelle Kultur selbst ist gegen Ende des 18. Jahrhunderts praktisch verschwunden. Und zur gleichen Zeit wurde auch die riesige vereinte polnisch-litauische Nation von der Landkarte gestrichen. Das Land fand sich unter dem Schutze des zaristischen Rußland wieder, was nichts Gutes verieß.

Und trotzdem, nach einer langen Unterbrechung – die durch die Napoleonischen Kriege, durch Aufstände und Emigrationswellen gekennzeichnet war – fand Litauen wieder zu einer kulturellen und politischen Einheit, die sich von der im Mittelalter grundlegend unterschied. Es gehörte in die Reihe jener europäischen Nationen des 19. Jahrhunderts, die von Historikern, Sprachforschern und Dichtern erschaffen oder wiedererschaffen wurden; ihnen galt die Nation im Gefolge Herders als ein lebendiger Organismus, den die gleiche Sprache, die gleiche Seele und ein und dasselbe gemeinsame Schicksal bewegt. Die Geschichte, die ethnischen Traditionen und das Wörterbuch schienen ihnen entscheidender als irgendein wirtschaftliches oder geopolitisches Geschehen. Daß sich zu jener Zeit die Spezialisten des Indogermanischen für die litauische Sprache interessierten, war ein glücklicher Zufall und ein wichtiger Quell des Stolzes.

Der erste der neuen litauischen Gelehrten war Simonas Daukantas, ein naiver Historiker, aber ein großer Meister der Sprache. Er dachte sich das Litauen des Mittelalters wie ein Urparadies, in dem Natur und Kultur noch nicht geschieden waren. Seiner Meinung nach hatten Taufe und polnischer Einfluß diesen Idealzustand zerstört. Er sah in der Teilnahme an der europäischen Zivilisation eine Gefahr. Die alte Ursprünglichkeit konnte, so behauptete er, nur durch die Sprache aufrechterhalten werden, und nur wenn wir sie hegten und pflegten und wiederbelebten, würden wir wieder in vergangene Zeiten zurückversetzt und ins Paradies zurückkehren.

Der zweite wichtige Denker des 19. Jahrhunderts, Jonas Basanavicius, war ebenfalls Historiker und Ethnograph. Über die Ursprünge der Litauer hatte er sich eine seltsame These ausgedacht, die einer wissenschaftlichen Kritik kaum standhält. Aber ein anderes seiner Projekte war weitaus erfolgreicher: Er gründete im Ausland eine Zeitschrift, die er illegal in das zaristisch besetzte Litauen brachte. Diese Zeitschrift mit dem Namen »Ausra« (Morgenröte) erschien mit dem lateinischen Motto: »Homines historiarum ignari semper sunt pueri« (Menschen, die Geschichte nicht kennen, bleiben Kinder). Basanavicius zufolge würde sich Litauen wie ein Patient nach einer psychoanalytischen Behandlung wieder neu beleben, sobald es seine historische Erfahrung integriert und über seine Erfolge und Niederlagen in der Vergangenheit nachgedacht hätte. Sobald es sich auf diese Weise für immer seiner Schwächen und Neurosen entledigt hätte, würde es von selbst zu einem souveränen Subjekt und wäre nicht länger wie ein Fähnchen im Sturm der Geschichte.

Dank seines Programmes brachte eine kleine bäuerliche Nation, die vor sich hin siechte und weder Schulen noch Zeitungen oder eine ernstzunehmende Literatur besaß, binnen vierzig Jahren Intellektuelle und politische Parteien hervor und erlangte Pressefreiheit. Basanavicius gehörte im Jahr 1918 zu den Unterzeichnern des litauischen Unabhängigkeitsabkommens. Dies war die Rückkehr aus der historischen Nicht-Existenz. Doch diese Rückkehr war in Wirklichkeit kein voller Erfolg. Denn die neue Nation war begrenzt auf das einfache bäuerliche Litauen, das in seinem Denken, seinen Traditionen, seiner kulturellen Physiognomie nichts mehr gemein hatte mit dem früheren Litauen. Vilnius, das traurige Symbol, die alte Hauptstadt des Großfürstentums, ging über in das polnische Erbe; polnische Sprache und Kultur waren dort etwa so dominant wie die französische Sprache und Kultur in der Bretagne. Aus dieser Situation sollten neue Traumata entstehen.

Auch wenn Vilnius heute wieder zu Litauen gehört und dort die litauische Kultur ohne Wenn und Aber herrscht, haben die Erinnerungen an diese Zwischenkriegszeit bei den Litauern den Polen gegenüber ein scharfes, fast hysterisches Mißtrauen zurückgelassen, ein Mißtrauen, das die Beziehungen



zwischen den beiden Nationen verdüstert. Eingekeilt zwischen zwei totalitären Mächten – Stalinrußland und Hitlerdeutschland – hat das unabhängige Litauen nur zweiundzwanzig Jahre überlebt. Eine seiner wichtigsten Sorgen bestand im Überwinden der Diskontinuität, im Wiedergewinnen des Sinnzusammenhangs zwischen der alten und der neuen Geschichte. Diese Bemühungen waren jedoch von wenig Erfolg gekrönt. Der romantische Mythos vom alten Litauen, der eine soziale Integrationskraft besaß, speiste autoritäre Versuchungen. Die traditionelle Toleranz, wie sie der Großfürst verkörperte, verlor an Terrain. Zu Beginn der Nazi-Okkupation zeitigte diese Haltung schändliche wie tragische Ergebnisse: ein Teil der Litauer bejahte den Holocaust – während andere bisweilen unter Einsatz ihres Lebens mit allen Mitteln versuchten, die Juden aus den Händen der Nazis zu befreien.

Der Stalinismus und die Breschnew-Ära haben ein weiteres Mal zum klinischen Tod der litauischen Nation und Kultur geführt. Heute versucht Litauen nach all den Jahren der Entmutigung, wieder einen Platz in der Geschichte einzunehmen. Die Welt beobachtet diese Entwicklung voller Sympathie, ohne jedoch dem Land eine wirksame Unterstützung zu gewähren. Diese Sympathie ist sicher wohlverdient, denn die Litauer sind bei aller unglaublichen Zähigkeit kultiviert und demokratisch. Vytautas Landsbergis und seine Regierung werden manchmal des Idealismus und der Naivität beschuldigt. Doch handelt es sich um eine bruchlose Treue zur Legitimität der Geschichte, zu den Prinzipien der Demokratie und zum Menschenrechtsgedanken. Wir alle wissen, daß Landsbergis ein Nachfolger von Daukantas und Basanavicius ist. Die Litauer versuchen, wie im 19. Jahrhundert, auf der Suche nach Modellen für die Gegenwart abermals an ihre seltsame und einzigartige Vergangenheit anzuknüpfen. Ein solches Eintauchen in das Gedächtnis ist eine wesentliche Vorbedingung, um die Freiheit und Souveränität Litauens wiederzuerlangen.

Dieser Weg birgt jedoch einige Gefahren. Wir können Landsbergis und seine Regierung weder des Chauvinismus noch der Intoleranz beschuldigen. Aber eine Nation, die bereits zweimal – im 18. und Mitte des 20. Jahrhunderts – ihren klinischen Tod erlebte, neigt zu melodramatischem Pessimismus. Wiederholt hört man von litauischen Intellektuellen, daß ihre so besonders fragile Kultur kurz vor dem Aussterben sei – dabei sind sie im Besitz gewisser Privilegien, die die Minderheiten des Landes irritieren. Die historische Erfahrung beweist, daß Litauen trotz aller Schwäche nicht vor der Vernichtung steht: Die Tradition des Widerstandes ist nach wie vor lebendig, sie ist ein Grundzug der Kultur dieses Landes. In letzter Zeit haben wir glücklicherweise feststellen können, daß die Auseinandersetzungen mit den Minderheiten deutlich abgenommen haben. Dies verdanken wir Gorbatschows Panzern, die den Litauern, den Russen, den Polen,

Juden, Bielorusen und Deutschen Litauens klargemacht haben, was sie im Falle eines Sieges der Stalinisten erwartet.

Gleichwohl bleibt die Gefahr, in Phobien zu verfallen, in den Mythen und Stereotypen der Zwischenkriegszeit zu versinken. Gewisse Leute wollen unter Berufung auf Daukantas einen radikalen und sterilen Archaismus wieder in Mode bringen. Einigen Dichtern und Denkern schwebt sogar ein Litauen vor Augen, in dem westliche Technologie und nationales Heidentum in Einklang gebracht werden, etwa so wie in Japan. Sagen wir es sehr einfach: All das hätte keinen Bestand und könnte nur im Drama enden. Noch einen weiteren Fundamentalismus gibt es: den der katholischen Kirche. Sie hat nämlich, ohne es zu wollen, einige anachronistische Züge durch die schrecklichen Leiden der Stalinzeit hinübergerettet, als Litauen fast völlig abgeschnitten war von der Welt. Möglicherweise sind dies weitere Hindernisse auf dem Weg hin zu einem demokratischen Leben und einer gesellschaftlichen Harmonie...

Alle litauischen Intellektuellen – und nicht nur sie – stellen heraus, daß Litauen sich über Jahrhunderte hinweg den Föderationen und Konföderationen widersetzt hat und immer bemüht war, seine Identität zu bewahren, selbst um den Preis seiner Isolierung oder des Provinzialismus. Heute durchkreuzt diese Geisteshaltung die Pläne des Obersten Sowjet, dessen Reaktionen das letzte Reich aufrechterhalten wollen. Momentan können diese Intellektuellen einen gewissen Erfolg geltend machen; aber kann Litauens Partikularismus überleben, wenn es eines baldigen Tages der Europäischen Gemeinschaft beitreten wird, in der die Unterschiede zwischen den Völkern und Nationen unausweichlich an Bedeutung verlieren?

Die Politiker der Zwischenkriegszeit hatten versucht, die Lücke zu schließen, die zwischen dem Mittelalter und dem 20. Jahrhundert klaffte. Die litauischen Politiker heute versuchen, auf die gleiche Weise eine unabhängige Nation zu gründen, und ignorieren dabei den Graben, der uns von der Epoche 1918-40 trennt. Mag sein, daß das internationale Recht auf ihrer Seite ist, aber dies bedeutet keineswegs, daß die Handlungen und Gesten, die 1918 erfolgreich waren, heutzutage den gleichen Effekt haben müssen: Die Rehabilitierung oder Idealisierung verschiedener autoritärer und kollaborierender Bewegungen, die dem Ansehen Litauens in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts erheblichen Schaden zugefügt haben, sind mitnichten wünschenswert.

Der abstrakte Gedanke der »Nation«, dem manchmal die Geschicke und Rechte von Menschen geopfert wurden, hat in der Vergangenheit zu tragischen Situationen geführt und kann dies auch in Zukunft tun. Es ist nicht undenkbar, daß der einmal vertriebene totalitäre Teufel in anderer Gestalt wieder auftaucht, zuvorderst in der Gestalt des borniertesten Nationalismus. Ich wüßte nur ein wirksames Mittel gegen diese mir glücklicherweise

nicht sehr groß scheinende Gefahr: Man muß zusätzlich zur Liebe zu seiner Nation – sei sie französisch, deutsch, russisch oder litauisch – auch eine Liebe zu seiner Region besitzen, zu jenem »kleinen Vaterland«, in dem sich die Einflüsse mehrerer Nationen treffen und den Boden unserer Kultur bereiten. Vilnius verkörpert, ähnlich wie Dublin oder früher Prag, jene geschichtsträchtige Konstellation, die so charakteristisch ist für Europa mit seiner Portion Individualismus und Romantik.

Von jeher läßt die Vergangenheit eine große Anzahl von Interpretationsmöglichkeiten zu. Die Geschichte kann als Domäne des Bösen begriffen werden, als Gegenstück zum Göttlichen Reich, wie jenes Alptraum-Labyrinth, dem Dädalus entrinnen wollte. Die Geschichte kann als Arena aufgefaßt werden, in der sich die Nationen rächen für das Unrecht und die Wunden der Vergangenheit, wie real oder eingebildet sie auch immer sind. Man kann die Geschichte auch als paralyisierenden Faktor ansehen: Ihre erstarrten Modelle führen uns zu fehlerhaften Verhaltensweisen, da wir unfähig sind zu sehen, daß die heutigen Bedingungen nichts mehr mit denen von gestern gemein haben. Jede dieser Lesarten kann man mit überzeugenden Argumenten untermauern, vor allem für Mittel- oder Osteuropa. Ich glaube trotzdem, daß die Geschichte eine andere Dimension besitzt: und zwar eine befreiende Funktion. Sie kann uns dabei behilflich sein, unser Schicksal und unsere zukünftigen Möglichkeiten klar einzuschätzen. In den besten Momenten – und hierzu gehört die Gegenwart – hat die Geschichte in Litauen eben jene Funktion übernommen. Nach allem, was geschehen ist, passen Geschichte und Totalitarismus schlecht zusammen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil der Totalitarismus sich vor der Zeit fürchtet und mit aller Gewalt versucht, sie zum Stillstand zu bringen.

*Aus dem Französischen von Marie-Luise Knott*

#### *Anmerkungen*

- 1 Ansichten über die Gründung Kleinrußlands (1832), in: Nikolai Gogol, Vollständige Ausgabe der Werke (russisch), Band 8, Moskau 1952, S. 40-49, hier: S. 43f.

*Joseph Brodsky*  
LITAUISCHE NOCTURNE

Für Tomas Venclova

I

Der Wind peitscht die See,  
und als Salve von Flüchen aus blutig geschlagenem Mund  
schießt der Wind heim ins Reich,  
schief quetscht er sein D-  
E-F-G-A-H-C aus der Schornsteine röhrendem Schlund.  
Nicht der Frosch und die Maid  
ducken dicht sich ins Gras.  
Nur ein einziger Zinntalerstern funkelt Licht.  
Und ein Quasi-Gesicht,  
das schwimmt auf dem pechschwarzen Glas,  
als hätt ihm der Regen grad eine gelatscht.

II

Grüß dich, Thomas. Das ist  
mein Geist. Er entfuhr seinem Leib in ner trans-  
atlantischen Absteige, pffif  
auf die Neue Welt und ruderte wild  
wider nördliche Wolken, nach Haus.  
Er will was von dir.

III

Litauen abends.  
Auf frostigem Hof scharren Hühner im glanzlosen Kies.  
Kirchgänger tragen die Kommas der Kerzen  
in den zwei runden Klammern der Hände zu Grabe.  
Aufs schamaitische Stoppelfeld rieselt  
die schneeweiße Asche der Engel.  
Hinter offenen Türen  
riecht es nach Fisch. Ein halbnackter Bengel  
übernimmt einer Alten Jagd auf ein Schwein.  
Über Katzenkopfpflaster mit seiner Fuhrer

poltert durchs Stetl verspätet ein Jude,  
 zerrt an den Zügeln  
 und brüllt, was das Zeug hält: »Gerai!«

## IV

Verzeih mir den Überfall.  
 Mein Erscheinen betrachte  
 als Heimkehren eines Zitats in sein Nest-Manifest:  
 die Stimme greift weitgereist höher,  
 das r klingt noch rachiger.  
 Bekreuzige dich nicht entsetzt,  
 ball die Hand nicht zur Faust:  
 ich bin weg, noch bevor euer Hahn  
 auf dem Misthaufen »Feuer!« posaunt.  
 Verzeih, ich komm unaufgefordert.  
 Schrei nicht gleich Zeter und Mordio:  
 Vanitas weitet den Radius, spanische Reiter sind lahm.  
 Wie der Stein sich am Brunnen mit Kreislinien rächt,  
 brumm ich über den Wassern  
 wie weiland Girenas und Darius,  
 nur ohne ihr Pech.

## V

Eine arme Provinz  
 im Imperium abends.  
 Die Fichtenarmee überschreitet die Memel,  
 sträubt ihr Spießrutenfell und stürzt Kaunas in Nacht.  
 Tiefer errötet der Stuck an den Häuserfassaden,  
 darunter ein Pflasterstein glänzt wie der Schellfisch  
 im Netz.  
 Im Theater wird schallend gelacht,  
 während draußen ein Triumvirat über Essentielleres munkelt  
 und es fachmännisch teilt ohne Rest.  
 Eine Brise verzerrt die Gardine zum Monster.  
 Am Ende der Welt  
 leuchtet der Stern umso heller:  
 jeder Strahl trifft ins Schwarze.  
 Und dein Handdelta,  
 gegen das Fensterglas trommelnd, mündet im Dunkel.  
 Wo denn sonst.

## VI

Um Mitternacht übt sich die Rede  
 in der Findigkeit Blinder.  
 Selbst das »Vaterland« fühlt sich da an wie Godiva, die Lady.  
 Protokoll aus der Stube des Sängers,  
 registriert von den Wanzen in spinnwebverhangenen Winkeln:  
 Matratzengeraschel, der Hymne Geplänkel,  
 kurz, das alte, das wortlose Lied.  
 Hier herrscht Ehrfurcht. Das Laub, unentschlossen,  
 ob's Vor- oder Rückseite ausstellen soll,  
 strapaziert der Laterne Geduld.  
 Ohne Ton,  
 aus Versehn einen Käfer zertretend, so  
 kündigt hier einer der Welt, daß er lebt, Zeichen morst  
 er von kratzender Feder und Puls.

## VII

Daher kommen die meh-  
 ligen Wangen, Adreßlosigkeit deines Augs,  
 das Lispeln, die Haarfarbe:  
 muffiger Tee.  
 Daher kommt's, daß das unsichre ehrliche Reden sein Leben lang Aus-  
 sicht aufs folgende Komma nur wahrsagt.  
 Daher kommen Verschwimmen  
 – Fortspinnen eben der Rede in höherer Lage –  
 meiner Umrisse in deinem Fenster, der Aufruhr der Leut,  
 Rebellion einer Weide, das Meer ohne Inseln,  
 seiner Weite seitenweises Verwirrspiel auf Suche nach Land,  
 Horizont, Punkt und Halt.

## VIII

Unsre Schrift, Thomas! mit meinem über die Buchränder tanzen-  
 den Verb! deinem Sitzfleisch beweisenden Subjekt!  
 Der Ösen und Haken  
 haltbare Tintenallianz,  
 Mischung aus römisch-kyrillischer Letter: wahrlich,  
 Union von Mitteln und Zweck,  
 wie's das Schlitzzohr mit Schnurrbart befahl.  
 Unsre Druckspuren! In den Bettlaken, naß und verrutscht,  
 diesen tragen gemeinsamen Hirnserpentina,  
 im formbaren Lehm der Geliebten, in den Kindern, verwaist.

Oder einfach ein Bluterguß  
auf der Backe des Weltengebäudes vom Blick eines Jungen, der Miene  
macht, über den Daumen zu peilen  
besagter litauer Schenke Entfernung  
bis hin zu jenem Gesicht, das sich vieläugig sonst wohin wendet  
wie der alte Mongole, der über den irdischen Tellerrand linst,  
die Hand in des Thomas Wunde, den eigenen Mund  
legt, die Zunge verändert  
und das Wort auf die Fährte  
des Seraphims schickt.

## IX

Thomas, wir sehen uns ähnlich,  
sind im Grunde genommen derselbe:  
du, der von innen das Fenster beräuchert, und ich, den es trennt,  
beide ein Amalgam,  
sind wir spiegelbildlicher Grund eines einzigen Sees,  
der nicht glänzt.  
Machst du eine Fratze, schneid ich dir Grimassen.  
Du gähnst, also sprengt meinen Rachen ein Schweigen.  
Deine Einhundert-Watt-Träne bringt mich zum Weinen.  
Wir sind Aufpasser – Insasse,  
Castor, als Pollux verkleidet,  
auf gut deutsch: weder Fisch noch Fleisch,  
ephemerer beweglicher Schatten,  
Projektion eines brennenden Streichholzes,  
Kopeken-Klimbim eines Rubels, Echo des Rufs.  
Je schlimmer das Leben im argen  
liegt, desto langsam und sichrer verschleift  
das Auge darin: ich und du.

## X

Wovon ernährt ein Gespenst sich? Von Traumabfallgräsern,  
Grenzgänseblümchen und Ziffernsalat:  
Wirklichkeit hat ja die feste Adresse zum Grundsatz.  
Der Gasse entragen Fassaden wie Zähne dem Zahnfleisch.  
Am Käse  
des Deppen, so labt  
sich gerissen die Füchsin der Nacht und verputzt  
einen knallgelben Torbogen.  
Für die Konstanz von Bewohnern und Leben

rächt sich der Ort  
an der Zeit und entriegelt ihr Schloß.  
Eine Ewigkeit  
später, da treff ich dich in dem zerlesenen  
Reich der Wälder und Ebenen.  
Mit gut konservierten Gedanken, Haltung und Pickeln  
schlummert am Flußlauf behaglich  
Mütterchen Litauen in kilometerlang grünender Hanfbluse  
und dröhnenden Stahllockenwicklern.  
Und du, du sabberst an ihrem naßkalten glasigen  
Halbliterbusen.

## XI

Es gibt Orte, da ändert sich gar nichts: Gedenkstätten-  
Imitation sind sie, saurer Triumph des Fixierbads.  
Der Werst nimmt die Grenzschraken scharf ins Visier.  
Je weiter du gehst, desto mehr Silhouette  
bleibt übrig von dir. Die  
Wachposten wirken  
jünger als jung. Die Vergangenheit späht  
nach vorn, wie verdammt auf der Hut ein Rekrut,  
woraufhin flugs das grenzüberschreitende Schicksal die Flucht  
ins richtige Alter ergreift mit Diät  
und Gebiß und der Unendlichkeit in Gestalt einer Stufe.  
In der Tat ist die Nacht  
eine Grenze, wo Überfall aufs Territorium vergangenen Lebens  
von seiten der Wirklichkeit droht wie auch umgekehrt,  
wo das Brennholz zum Baum wird und wieder zu Brennholz zerplatzt,  
wo das, was das Lid nicht mehr rechtzeitig weglegen  
kann, Tageslicht, ohne auch nur mit der Wimper zu zucken,  
als Trophäe sich grapscht.

## XII

Es ist zwölf. Eine Eule, die klagt  
mit menschlicher Stimme Natur  
eines Wittrungsverbrechens an: gegen die Null.  
Fürst Vytautas hängt keck Schild und Schwert an den Nagel,  
taucht in die Ostsee und sucht eine Furt  
zu den Schweden. Die Erde, sie endet ja selber seit Urzeiten  
in einer Landzunge, die der  
mit den Wellen entfliehenden Freiheit



hinterherhechelt.  
 Ist der Damm erst gebaut, kommt dem Biber  
 ne Träne: du silbrig enteilernder  
 Bach, ade!

## XIII

Es ist zwölf in entblätterter Landschaft.  
 Kalte finstre Provinz.  
 Glockenturmkeilschrift.  
 Wolke in Form eines Fetzens fürs Sacktuch im Nachbarstaat.  
 Und unten ganz winzig:  
 Äcker und Heuschober, Ziegeldachglätzen und Eisen,  
 Säulen und Backstein, vereinzelt ein gummigestiefler Bürger.  
 Den nächtlichen Äther bedrängen Gebete,  
 Nachrichten, Wetterberichte,  
 Knistern und Knacken, mit Hymnen und Würgen  
 gewonnene Ernterekorde, Akkorde, Foxtrott, Dekrete  
 zu allem und nichts.

## XIV

Ein Gespenst geht um in Kaunas. Es schaut  
 in den Dom, rennt entsetzt wieder raus und flaniert auf der Laisvis-Allee.  
 Bei der »Tulpe« besinnt's sich, kehrt ein, setzt sich hin.  
 Doch der Kellner starrt stur gradeaus,  
 registriert die Servietten, den Schnee  
 auf der Straße, ein Taxi, den Gin,  
 die Servietten. Ich wette, dich packt jetzt der Neid  
 ob der Unsichtbarkeit, die dem Körper als Usus  
 mit den Jahren erst zufällt: als Vortritt  
 der Seele, als Tarnfederkleid,  
 als des haltbaren Minus' himmlische Zukunftsmusik.  
 Ziehen alle doch Vorteil  
 aus dem Nicht-Sein,  
 aus Fehlen, aus Immateriellem: die Täler und Bergspitzen,  
 das zur Zeit mit der Wanduhr verwachsene Pendel,  
 Gott, der all das von oben besichtigt,  
 die Spiegel und Flure, ein Spitzel  
 und du selbst.

## XV

Ein Gespenst geht um in Kaunas. Nach Lage  
der Dinge nur dein Wolkenkuckucksheim-  
Luftschloß für mich, Raum hoch zwei,  
wagt dergleichen Gespenst sicher keine Prognose für bessere Tage.  
Sei nicht neidisch,  
dieser Geist ist ja dein  
Werk, die Luft, die du atmest,  
nimm ihn als Luftattribut wie Minuskeln und Fliegengebrumm.  
Was die neue  
Klio im Grenzerdreß kalt läßt,  
ein Murmeln,  
klingt dem Ohr der Urania wie Freudengeläut.  
Nur sie, unsre Muse  
des Punktes im Raum, unsre Muse verlornen Konturen,  
checkt wie ein Geizhals  
die Summe:  
für der Seele Bewegung gezahlter Tribut,  
das ist Konstanz.

## XVI

Daher kommt ja die Neigung der Feder  
zur Schrift.  
Und das ist auch der Grund, Thomas, stimmt's,  
für die Gravitation?  
Dieses Ding reißt sich kratzbürstig und widerstrebend  
mit einem Ruck los vom heimischen Mist,  
im Klartext: von deiner Person,  
los von dir,  
von den Buchstaben, Blatt und Papier,  
nichts wie weg von der Bindung des Klanges an Sinn,  
von des Immateriellen Verliebtheit in Masse,  
– und zieh keine Grimasse, verzeih mir das hier –  
nichts wie weg von der Freiheit Passion für die Fron, für Gewinn  
an Körper, Knochen und Kasse.  
Und es schwingt sich empor,  
hoch in nächtliche Tintengefilde  
vorbei an den in einer Nische Nickerchen haltenden Engeln:  
vorbei und weiter und höher und schneller  
bis dahin, wo sie und die Fledermaus  
nicht mehr florieren.

## XVII

Muse des Punktes im Raum! nur durchs Fernrohr  
erkennbarer Dinge! Substraktion ohne Rest!

Muse der Null!

Die du der Kehle Befehl  
gabst, Abstand zu nehmen vom Gestus  
der Klage, der Gurgel Geduld  
rätst! Muse, nun nimm

diese Arie der Wirkung, gesummt  
in der Ursache Ohr. Schau auf sie  
und ihr Klingen

vom Standpunkt der dünnen  
Luft da oben bei dir.

Für die Netzhaut

ist Luft nur der Nachruf –

denn noch niemand schlug je da sein Zelt auf.

Luft: unsre Silbe,

bei sich selber,

zu Haus angelangt.

Wieviel unsre Kiemen

auch schnappen, Lichtnadel, finsternes Garn reparieren's.

## XVIII

Allem ist stets eine Grenze gesetzt:

was die Zeit für die Wunden, bewirkt Horizont

für Pupillen, Erinnerung bei der Verzweiflung.

Nur der Klang kann vom Körper sich freimachen wie ein Gespenst.

Thomas. Rede ertönt nicht umsonst

rein als Klang, Thomas, Waise!

Schieb den Lampenschirm fort

und schau in die Luft,

wo du siehst:

wie Scharen von jenen sich tummeln,

deren Mund

lange vor

uns in ihr eine tropfende Spur hinterließ.

## XIX

Reich der Luft,

Reich der Gleichheit von Silbe

und Sauerstoffschluck,

ein Hauch, der zur Wolke sich ballt,  
wenn du atmest.  
Wo unser »Oh« gegen's Gaumengewölbe  
wie der Traum an den Himmel anprallt,  
wo der Sterne Gestalt  
dem Rund eines Mundes entstammt.  
Das ist ja der Leim, ohne den gar nichts hält,  
nicht die Welt und kein Haus.  
Das ist's, was der Hahn morgens kräht  
und womit er der gähnenden Starre des Rachens begegnet.  
Die Luft ist die Haut  
unsrer Sprache. Der Himmel: ein Chor, konsonantisch, vokalisch besetzt;  
der Volksmund nennt's Seelen.

## XX

Darum ist sie auch rein.  
Kein Ding existiert auf der Welt  
(außer dem Tod selbstverständlich),  
das perfekter Papierblätter bleicht.  
Je weißer es ist, desto weniger menschlich.  
Muse, wann darf ich denn endlich  
nach Hause? In jene Region,  
wo Boräus gedankenlos mit den Trophäen  
der Lippen verfährt.  
Ins grammatische Reich ohne Interpunktion,  
Paradies unsrer Kehlen und Buchstabssequenzen,  
subjektlose Präsenstpräsenz.

## XXI

Ein Gebet  
für das Erdrund  
womöglich, das schwebt  
über Litauens finsternen grasigen  
Hügeln: ein Brummeln, ein dumpfes, verzagtes  
Geräusch nimmt den Weg über Dörfer zur Kurischen Nehrung.  
So vertreiben St. Kasimir  
und der gute St. Nikolaus beide im Einklang die Zeit bis zum Tag.  
Nicht kleinlich  
aus dem Äther da oben,  
aus Sphären, dem Glauben enthoben,  
schau mit ihnen vereint,

Muse, gnädig herab auf die Kerze  
 des Sängers der Ebenen, die bis zum Dach  
 in Finsternis menschlicher Machart  
 versinken. Hab Acht und bewach,  
 behüte sein Haus und sein Herz.

(1974)

*Aus dem Russischen von Birgit Veit*

*Anmerkungen*

Für die Übersetzung wurde durchgängig Brodskys amerikanische Fassung dieses Gedichts zu Rate gezogen, aus der auch die Anmerkungen des Verfassers stammen.

III

Schamaiten (Unterland): an die Ostsee grenzender Teil Litauens, eine der beiden Kernlandschaften

des Großfürstentums Litauen, Zentrum: Kaunas. (Anm. d. Übers.)

IV

Stasis Girenas (1893-1933) und Steponas Darius (1896-1933): amerikanische Piloten litauischer Herkunft, die erfolgreich den Atlantik überquerten und dann bei Soldin in Litauen abstürzten. Man nahm damals allgemein an, sie seien von den Nazis abgeschossen worden.

VIII

»Litauer Schenke« Anspielung auf Puschkins Drama »Boris Godunow«.

»Der alte Mongole«: Brodsky bezeichnet mehrfach russische Dichter als Skythen, Asiaten u.ä. (s. sein Stück »Marmor«). Hier ist Puschkin gemeint, auf dessen berühmtes Gedicht »Prophet« (1926) im folgenden angespielt wird. Puschkin beschreibt darin, wie ein Seraphim dem Dichter die Ohren öffnet, so daß er alles, auch »des Himmels Beben und der Engel Flug« hören kann, wie er ihm die Zunge aus dem Mund reißt und statt dessen den »Stachel der weisen Schlange« einsetzt und ihm Gottes Stimme dann befiehlt, die Herzen der Menschen mit seinem Wort zu verbrennen. (Anm. d. Übers.)

XII

Fürst Vytautas (um 1350-1430): Großfürst und bekanntester Monarch Litauens.

XXI

St. Kasimir (gest. 1484): Schutzpatron Litauens.

St. Nikolaus (gest. 324): Schutzpatron Rußlands.

*Peter Demetz*

## ÖFFENTLICHE UND KAPILLARE GESCHICHTE Über Literaten und sanfte Revolutionen in Prag und Berlin

Dem Fall der Mauer, und den Verschiebungen in den Machtverhältnissen im Osten Mitteleuropas entsprechen noch keine literarischen Prozesse von ähnlicher Radikalität. Die Steine der Mauern und der alten Denkmäler stürzten rasch, die Literatur aber braucht den langen Atem, und so ist, zunächst einmal, das Alte auch das Neue; in Berlin, Prenzlauer Berg, die neuerliche Entdeckung der experimentellen Poesie, in Prag die öffentliche Publikation von Texten, die schon vor zwanzig Jahren geheim im Umlauf waren, und die Memoiren der Reformkommunisten von 1968, die jetzt den Charme einer bürgerlichen Demokratie entdecken.

Man mußte schon genauer hinhören, um die Gemeinsamkeiten und Differenzen des Revolutionsvokabulars, und seine historischen Implikationen, zu entdecken. In Ostberlin (wo man die Regierung durch Demonstrationen nach der vorgeschriebenen Arbeitszeit zu Fall brachte) war vor allem von jener »Mündigkeit« die Rede, in welche der Widerhall der Studentenbewegung (West), die kritische Philosophie und akademische Seminardiskussion zusammenflossen; in Prag (wo das Bürgerforum zumindest den Test eines Generalstreiks riskierte, denn die Arbeiter waren die verwöhnteste Schicht der Bevölkerung) stand eher *Demokracie* auf den Transparenten, die an die politische Praxis und die Republik T. G. Masaryks erinnerten. Es ist nicht ganz abwegig, einen semantischen Impressionismus dieser Art zur Frage nach der Funktion der Schriftsteller und Schriftstellerinnen in den deutschen und tschechischen »sanften Revolutionen« zu erweitern und sie mit der Frage nach Dissens und Opposition im historischen Kontext zu verbinden – selbst um den Preis unausweichlicher, aber nützlicher Simplifikation oder gar der Notwendigkeit, diese schematischen Kategorien an gewissen Punkten historischer Abläufe zu suspendieren.

Ich fand mich von der Literaturdiskussion nach dem Fall der Mauer enttäuscht, denn sie bestand darin, daß man sich auf Christa Wolf und ihr jüngstes Buch stürzte, anstatt das Thema der DDR-Literatur überhaupt aufzuwerfen oder von ihren vielen Autoren, z.B. Hans J. Schädlich oder Monika Maron, oder, in einer anderen Generation, von Theodor Plievier und Uwe Johnson, dem bedeutendsten ihrer Autoren, zu sprechen. Die Rezensenten

in Hamburg und Frankfurt hatten so Unrecht nicht, als sie an Christa Wolfs schmalere Erzählung »Was bleibt« einigen Anstoß nahmen, und die verallgemeinernden Entgegnungen ihrer Verteidiger, darunter Walter Jens und Günter Grass, waren nicht dazu angetan, sachliche Argumente zu widerlegen. Wenn zwei oder drei Kritiker erklärten, eine schwache Novelle sei eine schwache Novelle, hätte man zunächst einwenden müssen, warum sie nicht schwach sei, ehe man sich zum Protest gegen eine »Treibjagd« oder gar einen »postmodernen McCarthyismus« erhitzte. Christa Wolf hat nach dem Fall der Mauer nicht anders geschrieben als vorher, und selbst in ihren jüngsten Publikationen folgt sie Neigungen, die ihrer Prosa, auch den besten Stücken, z.B. »Nachdenken über Christa T.«, seit langem innewohnen. Ihr Charakter hat Konsequenz, und ihre Schreibart auch. Sie hat, wie Günter Grass sagte, »behutsam dreingeredet« – nun ja, ihre Idee eines Sozialismus als der letzten Zuflucht der deutschen Innerlichkeit ist seit dem »Geteilten Himmel« offenbar; und in ihrem späteren Buch »Kindheitsmuster«, in welchem sie die Frage erörtern will, warum die Deutschen im Dritten Reich über so viele Dinge und Undinge schwiegen, berichtet sie über eine Reise anno 1971 in ihren ehemaligen Heimatort in Polen – um dann prompt die Entwicklungen im fernen Chile oder in den Vereinigten Staaten zu analysieren anstatt über die Vorgänge in Polen selbst, vor ihrer Nase, oder von der benachbarten CSSR zu sprechen, wo die Monopolpartei dem Sozialismus übel mitgespielt hatte. Das Buch beantwortet die ursprüngliche Frage, warum man sich in einer Diktatur über die naheliegenden Dinge ausschweigt, reinlich und genau, und ohne daß die Autorin sich dessen bewußt gewesen wäre.

Anstatt, zum wievielten Male, Christa Wolfs Texte auf Schuld und Sühne abzuklopfen, wäre es nützlicher, die Ereignisse des Novembers 1989 noch einmal ins Auge zu fassen, besonders im Zusammenhang mit der Frage nach den Dissidenten und der Opposition, und ich meine damit jene, die sich lebenswürdigere Verhältnisse von einer reformierten Monopolpartei erhofften, oder aber die anderen, die ihre Hoffnungen an einen völligen Umsturz der Machtstrukturen knüpften.

Christa Wolf spricht, in den Aufsätzen jenes Jahres, von der »Glorie« des 4. November 1989, eine halbe Million Menschen, auf den Alexanderplatz gerufen von den Künstlern Berlins (Ost), und die prominenten Schriftsteller vor versammeltem Volke oder, nach älterer Terminologie, den arbeitenden Massen – fast die Erfüllung des melodramatischen Traumes von den Dichtern auf den Barrikaden. Allerdings, das vergißt man leicht, waren die Schriftsteller nicht die einzigen Redner; auch der damalige Berliner SED-Chef Schabowski, der Stasi-General Markus Wolf und der elastische Blockpartei-Liberale Manfred Gerlach hatten sich eingefunden, und in ihrer Gesellschaft hatten Christa Wolf, Stefan Heym, Christoph Hein (der sympathisch didak-

tische) und Heiner Müller, als Paris-Bar-Stammgast und mit dunkler Brille, ihre Chance, ihre Solidarität mit den demonstrierenden Berlinern zu bekräftigen. Das Historische des Augenblickes bestand eben darin, daß sich die literarischen SED-Dissidenten, die sozialistischen Gruppen (später am runden Tisch), und die Opposition der Bürger zum ersten und zum letzten Male öffentlich eines Sinnes fanden – noch drei Wochen, und mit der Solidarität war es vorbei, und die nationalen Einigungsparolen, in Leipzig, spätestens zu Beginn der vierten Novemberwoche, signalisierten, daß sich die Wege der Dissidenten und der Opposition (wieder) zu trennen begannen.

Es ist nicht entscheidend, was Christa Wolf (welche die Sprachkraft des Volkes bewunderte) und die anderen Schriftsteller damals sagten, sondern was sie sich zu jener Zeit und an jenem Ort erhofften. Es war der dritte Weg einer sozialistischen DDR, oder die Berliner Version des Prager Frühlings von 1968, nur eben einundzwanzig Jahre danach. Noch drei Wochen später versuchte der Dissidenten-Aufruf »Für unser Land« (26. November) die Hoffnungen des Ostberliner Frühlings im Herbst zu retten, leider in geradezu manichäischen Entweder/Oder-Formulierungen, hier die »soziale Gesellschaft« (das Wort »sozialistisch« erscheint im Text nur verschämt als unauffälliges Adjektiv) in »Frieden und Gerechtigkeit«, dort die Manipulationen »einflußreicher Kreise« im Westen und der »Ausverkauf aller Werte« (als ob die DDR nicht seit Jahr und Tag ihre politischen Häftlinge pro Stück ausverkauft und die westlichen Subsidien für das Straßen- und Fernmeldesystem gerne akzeptiert hätte). Zu gleicher Zeit begannen die gesamtdeutschen Transparente in den Straßen zu dominieren, der Traum eines Ostberliner »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« war zu Ende, und fortan auch die lang genährte Illusion, die DDR-Schriftstellerinnen und Schriftsteller wären kraft ihrer Ämter Propheten zukünftiger Entwicklungen, oder die Avantgarde der Avantgarde.

Hier trete ich ein oder zwei Schritte in Zeit und Raum zurück, um den Augenblick der »Glorie«, und seine Trauer, im geschichtlichen Zusammenhang zu sehen, und nicht allein im Kontext des letzten DDR-Dezenniums. Es geht um die traditionsreiche Frage nach der gesellschaftlichen Funktion der Schreibenden überhaupt, die uns seit den dreißiger Jahren unablässig und bis zum Überdruß in den Ohren tönt (vor allem einer Generation, die sich am Spanischen Bürgerkrieg, an München, Hitlers Okkupation der Tschechoslowakei, und am Prager Umsturz von 1948 politisch bildete).

Durch Europa verlief lange eine ideelle Grenze: im Westen, Südwesten und Norden eine Region, in welcher sich rasch Staaten konstituierten, die ihre Völker durch ihre Idee zusammenfügten; weiter im Osten und Südosten die mitteleuropäischen Landschaften, in welcher staatenlose Gesellschaften jahrhundertlang gezwungen waren, ihren zukünftigen Staat (der in Böhmen



immerhin eine Vergangenheit hatte) durch ihre besondere Sprache und ihre Literatur voranzunehmen. Akzentuiert gesagt: wo der Staat primär war, hatten die Schriftsteller einen anderen Ort als dort, wo sie, im Sinne Herders, als Sprecher einer Sprache und Schreiber einer Literatur, die Republik der Zukunft als Nationalhelden voranzunehmen hatten, ob sie nun wollten oder nicht. In Deutschland, im vielgeteilten, Sprache lange vor Nation, hat die Idee des Dichters als eines Sprechers der Nation, oder gar ihres Sehers, lange überdauert, und selbst noch in der Weimarer Republik fühlten sich Thomas Mann oder Gerhart Hauptmann, jeder auf seine besondere Art, zu Repräsentanten der Nation berufen. In der tschechischen Literatur war es nicht anders, und die Schriftsteller, die sich den nationalen Aufgaben zu entziehen suchten, hatten einen schweren Stand. Selbst Jaroslav Haseks guter Soldat Schwejk wurde prompt, pro und contra, zu einem nationalen »Typus« oder Sinnbild ernannt.

In der Bundesrepublik setzte die Gruppe 47, oft in Hemdsärmeln (zumindest in ihren Anfängen) und mit einigem Understatement, die alte Tradition auch nach dem Zweiten Weltkrieg ungetrübt fort. Sie war ja in ihren Anfängen der Zeitschrift *Der Ruf* die sich ganz offen nationalpädagogische Ziele setzte, eng verbunden, und selbst wenn man sich nicht überall und offen als »Gewissen der Nation« deklarieren wollte, ergab sich in der Praxis, daß sich die Gruppe, auch in ihrem lauen Sozialdemokratismus, lange als Versammlung des »Geistes« (mit wechselnden Tagungsorten) gegen die »Macht« (Bonn) und ihre Institutionen empfand – ehe sich die Studentenbewegung in den radikalen Kopf setzte, diese Funktion zu übernehmen (sozusagen gegen Grass und Bonn), und die Ansprüche der alternden Gruppe 47 anlässlich ihrer Tagung in der Pulvermühle im Jahre 1967 außer Kraft setzte und ihr, wie es sich ergab, den Garaus machte. Nach dem Dahinscheiden Heinrich Bölls, des leicht Erregbaren, fährt nur Günter Grass fort, die Bürden des Praeceptor Germaniae auf sich nehmen zu wollen. Mit der Funktion der Sprecher und Geisteshüter ist es in der arbeitsteiligen Demokratie zu Ende, und der Schriftsteller hat das gleiche Recht wie jede Kindergärtnerin, oder jeder LKW-Fahrer, ihre/seine Meinung über die politischen Dinge zu sagen, selbst wenn die Medien die beredteren und oft dekorativen Schriftsteller noch immer begünstigen.

In der DDR war der Bruch der Entwicklung deutlicher sichtbar, weil sie sich allzu eng mit dem Staat verband; die »Sprecher« waren vom Staat sanktioniert und gefördert, und als der Staat zusammenbrach, trat das Illusionäre offen zutage; und selbst wenn man sich am 4. November 1989 noch einmal bemühte, den Leuten die alten Rollen vorzuspielen, war es der letzte Auftritt – von dem man sich schmollend hinter die Kulissen zurückzog oder irritiert ins Feuilleton der *Süddeutschen Zeitung*, wo Stefan Heym,

der jahrelang seine Freunde in Connecticut (USA) besucht hatte, ein wenig herablassend vom »Tinnef« sprach, den seine arbeitenden Mitbürger auf ihrem ersten Ausflug nach Berlin (West) erstanden. So haben diese Dissidenten nichts zur sanften Revolution beigetragen? Die übliche Antwort lautet, sie hätten sie, zumindest schrittweise, durch ihre Überlegungen und Einwände vorbereitet (wie die Enzyklopädisten die Französische Revolution), und das Argument ist ebenso überzeugend wie unbeweisbar, und jeder Zweifel setzt sich dem Verdacht aus, einen neuen Anti-Intellektualismus fördern zu wollen. Die nächste, durchaus nicht unberechtigte Frage wäre allerdings, ob die Dissidenten, und das gilt auch für die Vertreter der sozialistischen Gruppen am Runden Tisch (als sich die Hunderttausenden über Budapest und Prag in Bewegung gesetzt hatten), nicht längst in den Schwanz der Revolution geraten waren (ich gebrauche hier die Terminologie Lenins), anstatt ihr Kopf zu sein. Die Bürger handelten jedenfalls so, als hätten sie die Bücher der Dissidenten nicht gelesen oder rasch vergessen, denn sie wollten alle in den kapitalistischen Wohlfahrtsstaat, nicht in den zukünftig »richtig« Sozialismus der DDR.

In der DDR und in der CSSR entwickelten sich die Dissidenten und die Opposition in unterschiedlichen Verhältnissen, und es wäre ebenso falsch, die Dissidenz zu allen Zeiten in der Opposition aufgehen zu lassen oder die besondere Existenz einer (wie immer unartikulierten) Opposition zu leugnen. In der DDR waren die Dissidenten, innerhalb des Macht systems, jedenfalls so lange von den realen Bedürfnissen der parteilosen Bevölkerung separiert, daß auch die letzten Jahre, die Zusammenkünfte in den Kirchen oder das Meeting auf dem Alexanderplatz, keine dauernde Fusion beider zu schaffen vermochten und deshalb sind auch die einsichtsreichen Politiker der »Zwischenzeit« wie weggewischt.

In der CSSR näherten sich die Dissidenten und die Opposition einander, zumindest seit dem Jahre 1968 und später, und das Hin und Her der Bewegungen war wesentlich produktiver als in der DDR. Dennoch: selbst im Prager Frühling warteten die oppositionell gestimmten Bürger außerhalb der Partei erst einmal drei Monate geduldig und mißtrauisch, welche Möglichkeiten ihnen die Diskussionen in den Parteigremien und Verbänden (von denen sich gerade der Schriftstellerverband weiter vorwagte als andere) eröffneten, ehe sie diese Möglichkeiten auch energisch ergriffen und die Parteidiskussionen unter ihrem Druck hielten. Die Reformkommunisten hatten einige Schwierigkeiten, die neuen Organisationen, darunter den Verband ehemaliger politischer Häftlinge (K 231) und den »Klub engagierter Parteiloser« daran zu hindern, zum Kern neuer politischer Parteien zu werden, die der Monopolpartei zu konkurrieren hofften; und selbst im Durcheinander der Stimmen und Aufrufe waren diejenigen, die das Machtmonopol einer

verjüngten und der öffentlichen Meinung zugänglicheren Partei nicht anzutasten wagten, nicht eines Sinnes mit denjenigen, die öffentlich für die Neugründung einer sozialdemokratischen Partei plädierten und das Plädoyer auch mit ihren demonstrativen Unterschriften versahen (es wäre interessant zu sehen, welche Intellektuellen, die man im Ausland als Freiheitshelden feierte, diesen Aufruf *nicht* unterzeichneten). Überhaupt neigte man im Westen dazu, die inneren Spannungen zu unterschätzen; die parteilosen Bürger hatten allen Grund, den in der Partei herangewachsenen Reformkommunisten zu mißtrauen. Allein ein Parteimitglied war *upwardly mobile* gewesen; und es ist nicht überraschend, daß sich die entrechtete Opposition, vor und nach 1968, (ebenso wie in der DDR) ihre eigene Welt schuf und ins Private flüchtete, wo sie sich, wenigstens am Wochenende, dem Staat zu entziehen wußte – im Schrebergarten und im Landhäuschen, der *Chata*, und wenn möglich, schon Freitag nachmittag. Noch Monate nach der »samtenen Revolution« war die Revolution übers Wochenende suspendiert, weil die gesamte Nation (mit Ausnahme Havels und seiner Regierung) in die *Chata* abgefahren war, *pour cultiver son petit jardin*.

Die historischen Umstände, die zunächst über die Form von Dissens und Opposition entschieden, lagen in der Vergangenheit der Machtübernahme(n), und sind dem Gedächtnis, auch der später Agierenden, weithin entschwunden. Gerade das Evidente ist leicht zu vergessen: daß nämlich die DDR-Dissidenten einem politischen Filterprozeß entstammen, der in der CSSR in viel geringerem Maße wirksam war. In der DDR war es möglich, sich dem Staat bis zum Jahr 1961 durch Abgang in den Westen zu entziehen, und davon machten Millionen und Abermillionen Gebrauch, auch Schriftsteller wie Uwe Johnson, der in seiner starrköpfigen Genauigkeit bemerkte, er hätte nur den Wohnort gewechselt. In der DDR konnte man die amtliche Lüge leichter akzeptieren, die Kommunisten wären immer die besten Antifaschisten gewesen (wie sollte Christa Wolf, die aus der Provinz kam, die Namen jener deutschen Kommunisten kennen, die die GPU getötet oder den Nationalsozialisten ausgeliefert hatte?); die DDR-Autoren der ersten Stunde waren Mitglieder der Partei, ja die meisten schon Mitglieder des Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller gewesen, welchen die KPD im Jahre 1928 in der Weimarer Republik gebildet hatte. Diese Schriftsteller, einzeln und in corpore, Anna Seghers, Johannes R. Becher, Willi Bredel u.a.m., waren berühmter als die neuen Autoren im Westen, einschließlich des jungen Grass und Heinrich Bölls. Die noch offene Grenze zehrte an der Substanz des Widerspruchs, der sich zum Teil in die Bundesrepublik verlagerte, und selbst die stalinistischen Schauprozesse – hier allein gegen die alte Garnitur der KP-Funktionäre – verliefen in der DDR zuletzt im administrativen Sande, weil die Behörden, die mit ihrer Durchführung beauftragt waren, fürchten

mußten, daß die in die Bundesrepublik geflüchteten alten Kommunisten und Spanienkämpfer die improvisierten Anklageschriften in den Medien (West) ad absurdum führen könnten.

Das war nicht der Fall in der CSSR, deren Grenzen von den Machthabern sogleich Ende Februar 1948 fast hermetisch geschlossen wurden. Funktionäre der nichtkommunistischen Parteien fanden es noch einfacher zu flüchten (weil die alten Parteiorganisationen ihre »Eisenbahnen« organisierten, um die Bedrohten zu retten), aber Studenten und andere unsichere Kantonisten (wie ich), hatten bedeutendere Schwierigkeiten – nicht nur die Grenze zu überschreiten, sondern überhaupt ans kontrollierte Grenzgebiet heranzukommen (mein Freund Ossi Stein, der nach Kriegsende in britischer Uniform heimgekehrt war, und den Übergang am falschen Ort versuchte, verschwand für acht Jahre in den Joachimsthaler Urangruben).

Das erste Exil (nach dem Februar 1948) zählte nicht mehr als 30.000 Köpfe, vor allem Politiker, Minister, aufsässige Studenten, Juristen des Verwaltungsdienstes, einige Trotzkiten und wenige Publizisten und Schriftsteller – u.a. Ferdinand Peroutka, Stránský Vater und Sohn, Pavel Tigrid, und von den Autoren Egon Hostovský und Zdenek Nemecek, beide Epiker in diplomatischen Diensten, die »absprangen«, der Lyriker Jirí Listopad und der katholische Erzähler Jan Cep; sie waren die Ausnahmen, nicht die Regel. Die Mächtigen, die triumphierten (darunter auch die späteren Dissidenten), und die zum Schweigen verdamnte Opposition waren wie in einem Dampftopf, aber ohne Ventil, im Lande gefangen, und die Entlassungen, Verhaftungen, Schauprozesse dauerten vier Jahre lang, ohne Erbarmen. Die Schauprozesse betrafen nicht nur (wie in der DDR) alte Kommunisten, sondern auch ihre politischen Widersacher, Katholiken, Liberale und Namenlose. Innerhalb von vier Jahren wurden 233 Todesurteile ausgesprochen, davon 178 vollstreckt, und die Gerichte eröffneten Strafverfahren gegen ungefähr 100.000 Bürger, und 27.000 wurden, ohne Gerichtsverhandlung, in die Zwangsarbeitslager abgeschoben. Unter den Strafgefangenen befanden sich die Schriftsteller Jan Zahradníček, Josef Kostohryz, Václav Renc, Frantisek Krelina, Zdenek Kalista, Václav Prokupek, Jan Snobr, Petr Kopta, Josef Knap, Rudolf Mertlik, Bedrich Fucik, Ladislav Novomeský, Jiri Mucha, Karel Pecka, und Jan Benes.

Die einen und die anderen standen sich damals massiv gegenüber, und die feine, aber sichtbare Linie, welche die Dissidenten noch zwanzig Jahre später von der Opposition trennte, trat im Winter nach dem Einmarsch der Warschauer Truppenkontingente in einem Streitgespräch über das tschechische »Schicksal« öffentlich zutage. Die Widersacher waren Milan Kundera, damals eher Sprecher der Dissidenten im Schriftstellerverband als Autor von weltliterarischem Rang, und Václav Havel, eben durch die Hintertür in die

Literatur geschlüpft, parteilos, aber nicht unparteiisch. Kundera publizierte im Dezember 1968 einen Aufsatz, in dem er von der schicksalhaften Lage der Tschechen zwischen den großen Mächten sprach und sich zu seiner Überzeugung bekannte, Tschechen und Slowaken befänden sich in ihrem Versuch »einen Sozialismus ohne allmächtige Polizei« und eine neue Meinungsfreiheit zu schaffen, »zum ersten Male seit Ende des Mittelalters wieder im Zentrum der Weltgeschichte«. Havel antwortete mit einiger Ironie drei Monate später; die Nation akzeptiere es gewiß mit Freude, von Kundera »diesem ein wenig skeptisch intellektuellen Weltmann« gerühmt zu werden, und hielt ihm entgegen, die Frage nach dem Schicksal der Nation verhülle nur die Frage nach der konkreten Verantwortung für konkrete Taten. Er meinte damit Kunderas und seiner Generationsfreunde Teilnahme an den Ereignissen von 1948 (welche die Nation eben in die Lage gedrängt hatte, in welcher sie sich nun befand) und fügte hinzu, die Tschechen wären »groteske Schmocks«, und »lächerlich in ihren provinziellen Anschauungen«, wären sie wirklich, wie Kundera, der Meinung, Sozialismus ohne Polizei und Unterdrückung der Meinungsfreiheit sei etwas ganz Einzigartiges in der Welt, und nicht etwas Selbstverständliches.

Kundera antwortete darauf in einer Brünner Zeitschrift, Havels moralische Haltung habe sich längst in einen »moralischen Exhibitionismus« verwandelt. Die Gründe dafür lägen darin, daß Havel seit jeher »ein Fremdling« in der tschechischen Gesellschaft gewesen war; Havel »wurde von Anfang seiner Jugend an eindeutig von der tschechisch-stalinistischen Welt abgelehnt, und er lehnte diese Welt eindeutig ab; er ließ sich auf keine Kompromisse ein«. Es sei die erste (existentielle) Entscheidung Havels, der abnormalen Welt normale Fragen zu stellen, und er sei von einem einzigen Impuls »hypnotisiert« – von »seinem eigenen Konflikt mit unserer heimatlichen (*domáci*) Welt, in die er hineingeboren wurde, die er ablehnt«; er wolle auf der Höhe seiner Ablehnung »seine moralische Überlegenheit bestätigt finden«. Havel sei eigentlich ein *outsider*; hätte, so fuhr Kundera fort, Pavel Kohout (dessen Vergangenheit in der tschechisch-stalinistischen Welt einige Ähnlichkeiten mit jener Kunderas aufweist) das exzellente *Gartenfest* geschrieben, er hätte diese (»unsere«) Welt von »innen« verstanden, den »Sinn« der Ereignisse aufgespürt und dabei sich selbst, vielleicht ohne Intention, mitbedacht«. Die theoretischen Differenzen der Kontrahenten sind deutlich, und ihre praktischen auch: Kundera erklärte zuletzt, der Prager Frühling müßte die Unterstützung der gesamten europäischen nichtstalinistischen Linken suchen; Havel, das war damals möglich, reiste nach New York, um die Repräsentanten des ersten Exils, darunter Ferdinand Peroutka, für ein Buch über die Kontinuitäten und Diskontinuitäten der tschechischen Politik zu interviewen (der einzige unter den Männern des Prager Frühlings, dem das wichtig schien).

Ob das alles der Geschichte angehört oder nicht, hängt von den Geschichtskategorien der Chronisten und Beobachter ab, die später davon erzählen. Auch die mitteleuropäische Geschichtslosigkeit, von welcher jetzt wieder die Rede ist, hat ihre Geschichte oder ihre Geschichten, und die eine ist nicht wie die andere, denn die einen (wie Friedrich Theodor Vischer lange vor Brecht erklärt) waren im Dunkeln und die anderen im Licht (in der tschechischen Geschichte hat das *Temno*, das Dunkel der Geschichtslosigkeit seinen festen Ort). Dissens und Opposition hatten je eine andere »Aura« – die einen öffentlich im Lichte der Macht, selbst wenn es ein reflektiertes war, und die Opposition im Dunkel, in dem sie, in der Macht-Ferne, ohne Mikrophone, Scheinwerfer und Auslandsreporter, lange wie wortlos dahinlebte und, anstatt selbst zu reden, das Westfernsehen einschaltete oder den Sender *Svobodná Evropa*. Im Westen nahm man die Geschichte der Dissidenten von Anfang an zu gründlicher Kenntnis, die kapillare Historie der Opposition, in den Altbauwohnungen der zerbröckelnden Stadtkerne von Halle und Brno blieb lange verborgen – ehe sich eben diese kapillare Historie als Grundgeflecht zukünftiger Veränderungen der Macht-Geschichte zeigte. Der Unterschied zwischen den Verhältnissen in der DDR und der CSSR besteht darin, daß die DDR-Stasi, die sich der politischen Möglichkeiten des »Filterens« bewußt geblieben war, unruhige Intellektuelle, darunter viele Künstler und Theaterleute, auf die eine oder andere Art, und insbesondere nach der Affaire Biermann, mit lange gültigen Pässen oder durch Zwangsmaßnahmen *en masse* in die Bundesrepublik abschob, während in der CSSR die Dissidenten im Jahre 1969 aus dem Licht der öffentlichen Geschichte ins kapillare *Chiaroscuro* stürzten, und dann, in Einzelfällen, zu behördlich approbierter Emigration gedrängt wurden.

Meine Unterscheidung zwischen Dissens und Opposition verliert allerdings zusehends an Funktionalität, je enger sich in den siebziger Jahren in der CSSR die einen und die anderen in der kapillaren Historie zusammenfinden und ihre Bedürfnisse und Forderungen gemeinsam formulieren – vor allem nach den Helsinki-Verträgen, die es denen im Dunkeln ermöglichten, die Regierung beim Wort zu nehmen und nach den Menschenrechten zu fragen. Die *Charta 77*, die so entstand, war von vielen Widersprüchen geprägt, die ihr Lebhaftigkeit und eine enorme Wandlungsfähigkeit verliehen. Sie war eine Organisation, die keine sein wollte; und Václav Havel, der zu ihren Gründern zählt, war in seinen Essays und Analysen wie eine besorgte Mutter damit beschäftigt, die eine große Bettdecke über die *strange bedfellows* zu halten – ein ehemaliges Mitglied des ZK der Kommunistischen Partei, gläubige Katholiken, ein einstiges Wunderkind der stalinistischen Poesie, die ersten »Grünen«, einige Trotzkiten, Schriftsteller wie Ludvík Vaculík (der seine Zweifel an dem Risiko hatte, das man einging), Dramaturgen, ein-

stige politische Häftlinge, Hausfrauen, Apothekerinnen, Historiker, Arbeiter – wer die *Charta* unterschrieben hatte, zählte dazu, und nach Angabe der Organisatoren zählt die Liste 1.886 Unterschriften. Man war wie ein Illuminatenorden, beharrte auf Legalität (d.h. einem sachlichen Dialog mit der Regierung) und diskutierte die Möglichkeit, eine »parallele Polis« zu bilden, einschließlich eines parallelen Bildungswesens, das von britischen und französischen Philosophen unterstützt wurde, die in Prager Privatwohnungen Seminare abhielten. Im Gespräch über die »parallele Polis« wurden die Umrisse zukünftiger Probleme und Entscheidungen sichtbar, und als der Augenblick der Veränderungen kam, war die *Charta*, durch das Bürgerforum, im Kopf der Revolution, und nicht in ihrem Schwanz – jene Theaterleute, Schriftsteller, Publizisten und Philosophen, die sich nicht scheuten, sogleich politische Ämter zu übernehmen und so noch einmal, zumindest vorläufig, den Traum nährten, der Umgang mit Worten sei das beste Training für soziale Entscheidungsfähigkeit.

Ich nähere mich meiner letzten Frage nur wie von ungefähr, denn sobald ich mir klar darüber werden will, welche Idiome in den »sanften Revolutionen« da und dort hörbar waren, bewege ich mich auf dem dünnen Eis flüchtiger Textreflexion und vermag meine Vorurteile nicht ganz auszuschalten. Hier stellt sich, ungerufen und hartnäckig, der metaphysische Begriff des Volkscharakters ein, den ich gerne ignorieren möchte – von den bedacht-samen Deutschen und den musikalisch lebhaften Tschechen wäre nichts Neues zu vermelden, und ich versuche lieber anders zu formulieren. Die SED-Dissidenten und die ihnen in der Frage des Sozialismus zu eigenem Schaden allzu eng affiliierten Oppositionsgruppen bewegten sich im Strome der Hegelschen Philosophie, ihrer dialektisch-materialistischen Erben und der langhin wirkenden Gedankenmotive der Studentenbewegung (West); und dazu war mancher Diskurs von der Tradition der deutschen Innerlichkeit getragen, die aus dem Pietismus kam und im Schutz der protestantischen Kirchen ihre wie vorgegebene Heimstätte fand (die Kehrseite dieser philosophischen Loyalität war die fehlende Information in ökonomischen Dingen und die allzu zögernde politische Praxis).

Ich will damit nicht sagen, daß den Prager Bewegungen das deutsche Idiom fehlte. Chronologisch gesehen, hielt man in der CSSR zunächst lange am Existentialismus fest, vor allem jenem französischer Prägung, denn der französische Existentialismus begann in den Jahren 1945-1948 durch die Vorlesungen und Publikationen des Komparatisten Václav Cerný zu wirken; anlässlich der Kafka-Konferenz von Liblice (1963) tauchte das Existentialistische in unverminderter Frische auf, und war dann ganz deutlich in den Gedanken Milan Kunderas zu finden. Dem Existentialismus folgte die »deutsche« Orientierung; selten war in der tschechischen Tradition die

Wirkung der deutschen Philosophie so sichtbar wie in den beiden jüngsten Jahrzehnten – allerdings als Phänomenologie, greifbar in den Arbeiten Jan Patockas und den Überlegungen Havel's (dem zuzeiten auch Heideggerien nicht ganz fremd waren). Selbst wenn man bemerken könnte, daß Husserl und Masaryk Freunde gewesen waren (auch Husserl kam aus einem mährischen Dorf), folgten die philosophischen Erwägungen der Chartisten und ihrer Freunde nicht so sehr den angelsächsisch pragmatischen Ideen Masaryks, der seinen Respekt vor J. S. Mill mit einer intimen Religiosität unerklärbar zu vereinen wußte, sondern dem Freiburger Beispiel und auch dem neuesten französischen (Levinas bei Havel).

Philosophien machen aber keine Revolution, sie werden von Revolutionären benutzt, und ich wage die entscheidende Differenz zwischen dem deutschen und dem tschechischen »Ton«, der nicht nur die Sprache, sondern auch Attitüden betrifft, zuletzt in der Literatur- und Kulturgeschichte zu finden. Die tschechische Literatur, und mit ihr die Künste und die Kritik, waren durch den Surrealismus gegangen und hielten lange an seinen Impulsen fest, die deutsche nicht, oder kaum. So erkläre ich mir den deutschen Ernst und die tschechische Spielfreude, die sich zuletzt gegen die Logik und die Ketten von Ursachen und Wirkungen richtet, und das Moment der Freiheit in einem emanzipatorischen Spiel oder in einem »Studentenscherz« (das tschechische Wort ist *recese* und unübersetzbar) als Prinzip einer explosiven surrealistischen Metapher in einer Aktion realisiert – so der Einfall der tschechischen Studenten, ein mißliebiges Parteigebäude mit einem Kordon oder gar einem Hochgebirge leerer Kartons zu isolieren. Das Gerücht sagt, Václav Havel hätte sich, um die langen Korridore seines Amtssitzes auf dem Hradschin rascher zu bewältigen, Rollschuhe besorgt und gleite zu den Sitzungen, wie beflügelt, dahin. Das ist ganz im Geiste des Surrealismus, die Imagination hebt sich über die schwere Realität, *se non è vero è benissimo trovato*.





Moskau 1961. Rektor-Zimmer einer Schule (Wanda Gawronska, Rom)



Semononskoe 1960. Auf der Datscha von Chruschtschow (Wanda Gawronska)

Moskau 1960. Empfang in der Italienischen Botschaft (Wanda Gawronska)





Vilnius 1961 (Wanda Gawronska)

Vilnius 1961 (Wanda Gawronska)





Rostock 1974. Artistinnen am Trapez (Barbara Klemm, Frankfurt am Main)

Moskau 1961 (Wanda Gawronska)

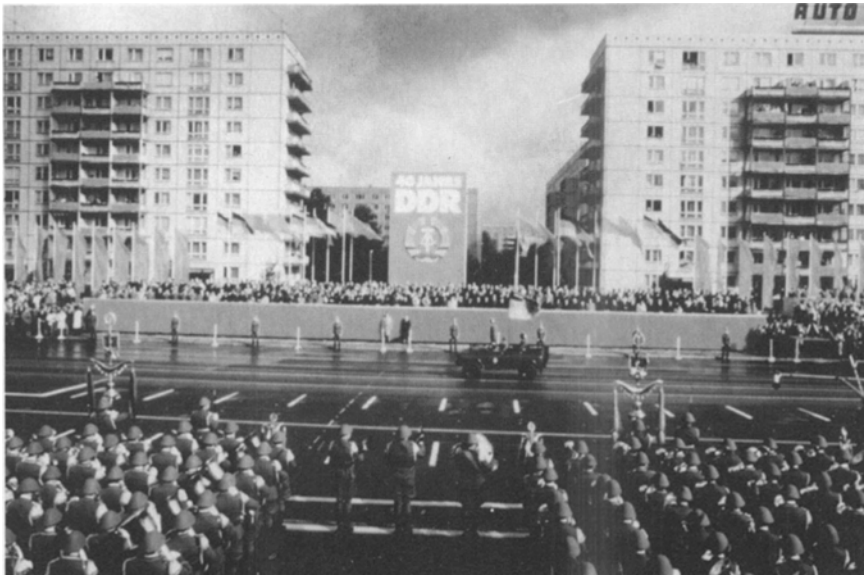




Rostock, März 1990 (Matthias Creutziger, Mutterstadt)

Aus der Serie »Alltag« (Sergei Schdanow, Odessa)





Oktober 1989, 40 Jahre DDR (Chris Niedenthal, Wien)

Erfurt, Oktober 1990. Auflösung einer ehemaligen DDR-Behörde (Chris Niedenthal)





Warschau 1982. Illegale Erste-Mai-Feier (Chris Niedenthal)



Warschau 1991. Kulturpalast (Jerzy Górski, Wien)



*Helmut Dubiel*  
DEUTSCHE VERGANGENHEITEN

Das Höchste, was man erreichen kann, ist zu wissen und auszuhalten, daß es so und nicht anders gewesen ist, und dann zu sehen und abzuwarten, was sich daraus ergibt.  
Hannah Arendt

Wer heute die Aufarbeitungsversuche des stalinistischen Erbes in der ehemaligen DDR mit den Bemühungen der jungen Bundesrepublik vergleicht, sieht die der Nazi-Vergangenheit zu stellen, stößt auf ein verwirrendes Muster von Ähnlichkeiten und Unterschieden. Vergleichbar ist zum Beispiel das Phänomen der offenbar restlosen Diskreditierung des Stalinismus bzw. des Nationalsozialismus, so daß es schwerfällt, nach 1989/1945 noch einen authentisch überzeugten Anhänger des Status quo ante zu finden. Allerdings scheint es der totalitäre Sozialismus eher als der Nationalsozialismus zu erlauben, an der Vorstellung einer im Prinzip guten Idee gegenüber einer nur korrumpierten Wirklichkeit festzuhalten. Ein Vergleich bietet sich auch an zwischen gegenwärtigen konservativen Politikern im Westen, die die *wirtschaftliche* Entwicklung des Ostens für dringlicher halten als die *moralische* Aufarbeitung seiner Vergangenheit, und den ehemaligen westlichen Besatzungsmächten, die die Entnazifizierungsverfahren auslaufen ließen, weil vermeintlich viele politisch Belastete für den Wiederaufbau benötigt wurden. Anders als die Deutschen von 1945 haben sich die Ostdeutschen von 1989 auch aus eigener Kraft befreit. Gleichwohl verhalten sich westdeutsche Politiker und Wirtschaftsberater gegenüber der ehemaligen DDR vielfach wie die Besatzungsmächte des Zweiten Weltkriegs gegenüber dem geschlagenen Dritten Reich ...

Wer in dieser Art des historischen Phänomenologen fortfährt, den westdeutschen Bezug zur Nazi-Vergangenheit mit dem ostdeutschen zum Stalinismus zu vergleichen, mag vergessen, daß es sich um *eine* Geschichte handelt. Schließlich folgen sowohl die Entstehung der Bundesrepublik wie der Deutschen Demokratischen Republik aus einer ungeteilten deutschen Geschichte. Wer heute nicht mit der Einstellung des Enzyklopäden, sondern in der Absicht zeitdiagnostischer Selbstidentifikation von der »Einheit der deutschen Geschichte« spricht, wird sich zwangsläufig auf jene zwölf Jahre zwischen 1933 und 1945 beziehen müssen, in denen der Knoten deutscher Geschichte geschürzt wurde.

Ich will zunächst darstellen, wie sich die beiden deutschen Teilstaaten, die »ehemalige DDR« und die »ehemalige BRD«, auf die Nazi-Vergangenheit Deutschlands bezogen haben. Daraus ergibt sich dann die Frage, ob die Aufhebung der deutschen Teilung neue Chancen in der öffentlichen Reflexion

der nationalsozialistischen Vergangenheit eröffnet oder ob sie die Kräfte und Mentalitäten stärkt, die ein Interesse daran haben, dies zu blockieren.

Wenn nun im folgenden in vergleichender Absicht von der Aufarbeitung totalitärer Vergangenheiten die Rede ist, meine ich nicht die *moralische Form* dieser Aufarbeitung durch wissenschaftliche oder literarische Eliten oder andere Bevölkerungsgruppen. Mich interessiert hier ausschließlich die *politische* Form ihrer Aufarbeitung, welche durch konkrete historische Entstehungsbedingungen, durch institutionell stabilisierte Deutungsmuster und die rechtlich-institutionelle Gestalt des posttotalitären Systems nahegelegt wird. Diese politisch-institutionelle Reflexion einer mit kollektiver Schuld belasteten Vergangenheit muß sich mit der moralischen nicht decken.

Von einer schlichten Verleugnung der nationalsozialistischen Vergangenheit durch die beiden deutschen Teilstaaten kann nicht die Rede sein. Vielmehr hatten beide je auf ihre Weise die Anrufung dieses Teils deutscher Geschichte in ihre Legitimationsstrategien eingebaut. Die öffentliche Vergewärtigung der nationalsozialistischen Vergangenheit war besonders für die DDR der fünfziger Jahre von zentraler Bedeutung – der Antifaschismus das Kernstück einer staatlich verordneten Zivilreligion. Auch für die politischen Eliten der alten Bundesrepublik gehörten – in einem schwächeren Sinne und zu einem späteren Zeitpunkt – kritische Bezugnahmen auf den Nationalsozialismus zum festen Bestand der politischen Rhetorik. Gerade die achtziger Jahre in Westdeutschland waren gespickt mit Anlässen, die eine Bezugnahme auf *diese* zwölf Jahre deutscher Geschichte erzwangen. Der Bogen reicht von der fünfzigjährigen Wiederkehr des Tages der Übergabe der Macht an Hitler im Januar 1945 über den 8. Mai 1945 bis hin zum vierzigjährigen Geburtstag der Bundesrepublik. In den achtziger Jahren fanden die Debatten über die geplanten Museen in Bonn und Berlin statt, die je auf ihre Weise die neuere deutsche Geschichte dokumentieren sollten. Diese Debatten bildeten dann den politischen Hintergrund für den Historikerstreit, der weit über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus Aufsehen erregte.

Diese von den Eliten der beiden ehemaligen deutschen Teilstaaten jeweils legitimationspolitisch inszenierte Anrufung der Geschichte hatte eine eigenümliche Logik. Diese Logik ergab sich aus der scharfen ideologischen Konkurrenz der Bundesrepublik mit der DDR. In ihrer historischen Dimension stritten sich beide deutsche Teilstaaten darüber, wer aus der Erfahrung des Nationalsozialismus die richtigen Konsequenzen gezogen hatte. Somit sollte die Erinnerung an den Nationalsozialismus zwar wachgehalten werden – aber vornehmlich zu dem Zweck, die Verantwortung für die in deutschem Namen begangenen Verbrechen und die Fortdauer ihrer Ermöglichungsbedingungen von sich selbst wegzuschieben und der jeweils anderen Seite aufzubürden. Diese Logik hatte zur Folge, daß die den Deutschen von den

Siegermächten verordnete Zweistaatlichkeit die öffentliche Erinnerung an die deutsche Schuld weitgehend nur im Rahmen vorweg kalkulierter legitimatorischer Zielsetzungen erlaubte. Meine These wird aber sein, daß diese Strategie der legitimatorischen Instrumentalisierung der Vergangenheit im Fall der Bundesrepublik nur begrenzt erfolgreich sein konnte, weil sie sich mit Problemen schnitt, die sich aus der Rechtsnachfolgerschaft zum sogenannten »Großdeutschen Reich« ergaben.

Der der Bundesrepublik zum Teil von den Besatzungsmächten aufgenötigten, teils selbstgewählten Strategie, das Erbe des Nationalsozialismus durch eine antitotalitäre »freiheitlich-demokratische Grundordnung« zu bewältigen, setzten die politischen Eliten der frühen DDR das suggestive Konzept einer antifaschistischen Gegendiktatur entgegen.<sup>1</sup> Sie konnten sich mit dieser Konzeption auf eine breite antikapitalistische Stimmung im Nachkriegsdeutschland stützen, die keineswegs auf die sowjetisch beherrschte Zone oder die Kommunisten in den Westzonen beschränkt war. Wie bekannt, reichte diese antikapitalistische Grundstimmung bis in die Kreise der westdeutschen Christdemokraten hinein. Freilich beruhte die antifaschistische Legitimationsprogrammatik der frühen DDR auf einer mechanisch-ökonomistischen Deutung des Zusammenhangs von Kapitalismus und nationalsozialistischer Herrschaft, aus der alle politisch-kulturellen und besonders sozialpsychologischen Faktoren sorgfältig ausgeblendet wurden. Die Fortexistenz des Privateigentums und marktwirtschaftlicher Strukturen in der Bundesrepublik begründete den Faschismusverdacht sozusagen a priori. Dieser wurde zusätzlich abgestützt durch ein Ressentiment gegen die Institutionen formaler Demokratie, denen vorgeworfen werden konnte, daß sie in den dreißiger Jahren einen Übergang der Macht an die Nationalsozialisten nicht hatten verhindern können. Das Programm einer antifaschistischen Gegendiktatur wurde dann zur Grundlage einer tiefgreifenden strukturellen und personellen Entnazifizierung – welche der halbherzigen und frühzeitig abgebrochenen Säuberung der politisch-administrativen Eliten im Westen oft kritisch entgegengehalten wurde.

Eine solche Deutung übersieht jedoch die Schattenseite dieser Programmatik. Zwar eröffnete sie Chancen des politischen und gesellschaftlichen Aufstiegs für Gruppen, die vom früheren Regime systematisch benachteiligt oder unterdrückt worden waren. Die ursprüngliche Intention der Bildung antifaschistischer Gegeneliten wurde dann aber zum Fundament einer ihrerseits undemokratischen Form der Elitenrekrutierung, zur Basis dessen, was Rudolf Bahro – dreißig Jahre später – die »Produktion von Subalternität« nennen sollte. Daß sich die ursprünglich im Namen des Antifaschismus vorgenommene Monopolisierung der Zuweisung von Position und Status durch eine Partei im Effekt von der der Nationalsozialisten nicht so

sehr unterschied – eben darauf hatte die wissenschaftliche Totalitarismusforschung aufmerksam gemacht. Daß das Konzept einer antifaschistischen Gegendiktatur Konsequenzen zeitigte, die ihrerseits autoritär und zutiefst undemokratisch waren, läßt sich auch an anderen Beispielen demonstrieren. Die stalinistische Zwangsvereinigung der SPD mit der KPD in den späten vierziger Jahren und die systematische Unterdrückung jeder innerparteilichen Opposition in der SED wurde stereotyp gerechtfertigt mit der Zerrissenheit der Arbeiterbewegungsparteien am Ende der Weimarer Republik, deren Schwäche unstrittig mit dazu beigetragen hatte, daß die Nationalsozialisten die Macht ergreifen konnten. Auch das so widersprüchliche Konstrukt einer »Volksdemokratie«, die die Rhetorik der »Volkssouveränität« zwar verschwenderisch in Anspruch nahm, aber zugleich dem realen Volk alle politischen Ausdrucksmöglichkeiten verwehrte, wurde gespeist aus der antifaschistischen Legitimationsfigur. Das »souveräne« Volk mußte nämlich von den politischen Eliten zur Selbstherrschaft erst erzogen werden. In diesem Rahmen einer antifaschistischen Erziehungsdiktatur gab es nichts Drittes zwischen faschistischer Verblendung und marxistisch-leninistischer Bewußtheit. Dieses Mißtrauen gegenüber einem Volk, das den Nationalsozialismus mitgetragen hatte, zwang übrigens die Intelligenz der DDR für lange Zeit an die Seite der Einheitspartei. Es war der wirksam inszenierte Legitimationsmythos des Antifaschismus, der – anders als in anderen kommunistischen Gesellschaften – ein Bündnis zwischen Intellektuellen und Nicht-Intellektuellen so schwierig machte. Die signifikante Schwäche der ostdeutschen Bürgerrechtsbewegung, die auffällige Abwesenheit der literarischen und wissenschaftlichen Intelligenz in ihren Reihen, ist eine Spätfolge dieser Entwicklung. Zwar ist dann in der Folge des 17. Juni 1953 und des Ungarn-Aufstandes die Bedeutung des Antifaschismus in der staatlichen Legitimationspolitik der DDR zurückgetreten, aber in den Mentalitäten, symbolischen Ritualen und Habitusformen der politischen Eliten und der Intelligenz blieb er gegenwärtig – bis in die Tage der »Wende« hinein. Das Legitimationskonzept des autoritären Sozialismus als einer antifaschistischen Gegendiktatur behielt eine schwache Rechtfertigungskraft selbst dann noch, als alle anderen Rechtfertigungsgründe längst verbraucht waren. Selbst ein Hans-Jochen Vogel wollte dem nach Moskau entschlüpften Honecker eine gewisse politische Restsympathie nicht versagen – eben weil er ein Opfer des Nationalsozialismus gewesen war.

Freilich repräsentierte dieses Programm einer antifaschistischen Präventiv- oder Gegendiktatur auch eine eigentümliche Form, sich der Verantwortung für das, was in deutschem Namen geschehen war, zu entziehen. Für das marxistisch-leninistisch geprägte Selbstverständnis der Führungseliten der SED bot die – mechanisch konzipierte – Kausalbeziehung zwischen Kapi-

talismus und Nationalsozialismus ein Deutungsschema, das es erlaubte, die historische Verantwortung für das Entstehen und die Verbrechen des Nationalsozialismus pauschal abzulehnen. Mit der – freilich nicht erkämpften, sondern von der sowjetischen Besatzungsmacht aufgezwungenen – sozialistischen Transformation Ostdeutschlands war nach diesem Deutungsschema dem Nationalsozialismus die ihn einzig bedingende Basis entzogen. Nach diesem Schema, das das Verhältnis von Kapitalismus und Faschismus transnational und überhistorisch »universalisierte«, wie Rainer Lepsius sagt, war der historische Kontinuitätsbruch scheinbar vollzogen, der dann *diese* deutsche Geschichte nur noch als Kontrastfolie des eigenen Legitimitätsverständnisses heranzog.<sup>2</sup> So gelang es den SED-Eliten mit einigem Erfolg, wie wir sehen konnten, aus einer potentiellen historischen Schuldenlast sogar noch Rechtfertigungsvorteile zu ziehen.

Das Paradox, daß gerade die Dramatisierung des historischen Kontinuitätsbruchs die öffentlich und politisch-kulturell wirksam werdende Reflexion jener zwölf Jahre systematisch unterbinden kann, beobachten wir auch bei einem anderen Nachfolgestaat des sogenannten »Großdeutschen Reiches« – nämlich Österreich. So führte im Fall Österreichs die von den Siegermächten beschlossene Wiederherstellung von dessen Eigenstaatlichkeit zu der Chance, die Geschichte der zweiten Republik an die scheinbar nur von außen unterbrochene Kontinuität der ersten Republik wiederanzuknüpfen. Mit der Anerkennung dieser aufgezwungenen oder geschenkten Eigenstaatlichkeit konnten die Österreicher den ideologischen Gehalt des Nationalsozialismus, seine Voraussetzungen und Konsequenzen »externalisieren« – das heißt aus dem kollektiv zu verantwortenden Zusammenhang der eigenen Geschichte ausblenden.<sup>3</sup> Diese historische Entstehungskonstellation entlastete die zweite Republik von der institutionellen Nötigung, sich in der öffentlichen Vergegenwärtigung der eigenen Legitimität auf die Zeit zwischen 1938 und 1945 zu beziehen.

Nur in Parenthese sei bemerkt, daß auch der Umgang Italiens mit der eigenen faschistischen Vergangenheit ein weiteres Beispiel für die paradoxe Strategie war, die Vergangenheit gerade *mittels* einer legitimationswirksamen Dramatisierung des historischen Bruchs zwischen faschistischer Diktatur und postfaschistischer Demokratie zu verdrängen. In Italien wurde die ostdeutsche Strategie der »Universalisierung« mit der österreichischen der »Externalisierung« sozusagen verknüpft. Auch der Bezug Nachkriegsitaliens auf seine faschistische Vorgeschichte ist – wie im Fall der DDR – ein rein negatorischer. Das von den kommunistischen bis zu den katholischen Partisanen reichende antifaschistische Bündnis, das unter dem Schutzschild alliierter Truppen Mussolini verjagte, bildete zugleich die politische Kräftekonstellation, auf deren breiter Basis sich die nachfaschistische Republik

entfalten konnte. Für fast drei Jahrzehnte bildete der Mythos der »Resistenza« den durchaus zivilreligiös getönten Kitt der italienischen Nachkriegspolitik.<sup>4</sup> In diesem Mythos wird schlicht ausgeblendet, daß den zwei Jahren des antifaschistischen Widerstandskampfes immerhin zwanzig Jahre vielfältiger Komplizenschaft mit den Faschisten vorausgegangen waren, und ausgeblendet wird weiterhin, daß der »Befreiungskampf« auch ein italienischer Bürgerkrieg gewesen ist. Die öffentlich ritualisierte Deutung des antifaschistischen Widerstandes als die »Wiederauferstehung« des »wahren Italien« erlaubte es – ähnlich wie im Falle Österreichs –, an die Kontinuität vorkrieglicher Traditionen anzuknüpfen. Und somit war auch für den Fall Italiens der Bezug auf seine unselige Vergangenheit vor allem legitimitätsstiftend, und eben nicht legitimitäts*bedrohend* wie im Fall der Bundesrepublik, auf den ich nun komme.

Die Strategie einer zum Zweck der moralischen Entlastung betriebenen Anrufung der eigenen nationalsozialistischen Vorgeschichte geschah im Fall der Bundesrepublik im Rahmen einer vulgarisierten und für tagespolitische Kampffzwecke umgeschmiedeten Totalitarismustheorie. Schon in den allerersten Debatten des Bundestages, in denen konservative Abgeordnete die Beendigung der Entnazifizierungsverfahren anmahnten, tauchte verschwommen ein Argument auf, das dann im Verlauf der folgenden zwanzig Jahre zu einem suggestiven Topos zugespitzt wurde. Die ideengeschichtliche Herkunft dieses Arguments sei kurz bezeichnet. Die in der Frontstellung des Kalten Krieges befangene, aus den USA nach Westdeutschland importierte politische Wissenschaft hielt unverhohlen die Bewältigung einer politisch und ökonomisch destabilisierten Gegenwart für dringlicher als die moralische Bewältigung der deutschen Vergangenheit: Die in den Rang eines unverrückbaren Paradigmas erhobene Theorie des Totalitarismus subsumierte faschistisch-nationalsozialistische und stalinistisch-kommunistische Herrschaftsformen unter den einheitlichen Typus des »Totalitarismus« – welcher dem Typus der »liberalen Demokratie« entgegengesetzt wurde. Soweit diese Theorie im Kontext der akademischen Diskussion verblieb, konnte man ihr eine erhellende Kraft kaum abstreiten. In ihrer popularisierten und für die Zwecke der tagespolitischen Kampfrhetorik des Kalten Krieges umgerüsteten Form produzierte diese Theorie hingegen Effekte, für die man ihre Begründer Hannah Arendt und Carl J. Friederich kaum zur Rechenschaft ziehen kann. Bis in die siebziger Jahre hinein konnte man kaum einen konservativen oder liberalen Politiker finden, der das Wort »Nationalsozialismus« oder gar »Faschismus« überhaupt in den Mund nahm. Sie zogen es vor, vage von der »totalitären« Herrschaft zu sprechen. Durch die Übernahme dieses Begriffs in die Tagespolitik wurden zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Die eigene nationalsozialistische Vergangenheit wurde hinter dieser radikalen Abkehr vom

»Totalitarismus« sozusagen abgeschottet, und die gesamte Aufmerksamkeit konzentrierte sich auf die noch fortdauernde Form des Totalitarismus, nämlich die kommunistische Herrschaft. Und dabei gilt es natürlich mitzubedenken, daß der Antikommunismus ein integraler Bestandteil der deutschen Ideologie *nach* und *unter* Hitler war. Diese Argumentationsfigur erlaubte es vielen Konservativen in der Bundesrepublik, die Illusion zu nähren, die Deutschen hätten bereits zur westlichen Allianz gehört, als sie Hitlers Kampf gegen Rußland unterstützten. Bis zu welchen Perversitäten diese Argumentationsfigur führen kann, erhellt die Äußerung eines NS-Schergen, der in den sechziger Jahren wegen der Ermordung kommunistischer KZ-Häftlinge vor Gericht stand. Er versuchte geltend zu machen, daß er dies im Interesse des Kampfes gegen den »Totalitarismus« getan habe. In den meisten Zusammenhängen, in denen dieser Topos verwendet wurde, fungierte er zur Bezeichnung der weltpolitischen Lagerbildung, die in der Folge des Kalten Krieges entstanden war: Der demokratische Westen, dessen vorderstes Bollwerk die nachfaschistische Bundesrepublik ist, steht gegen den totalitären Osten. Diese These ist dann noch weiter historisch komplettiert worden durch eine nachträgliche Umdeutung des Übergangs der Weimarer Republik zum Nationalsozialismus. In vielen Bundestagsreden wird das Ende der Weimarer Republik einem geheimen Bündnis der Kommunisten mit den Nationalsozialisten zugerechnet, dem – wie es häufig hieß – »Zusammenwirken der totalitären Kräfte«. Die schlichte historische Wahrheit, daß der Übergang der Macht an die Nationalsozialisten tatsächlich durch ein Bündnis der Konservativen mit der extremen Rechten zustande kam, hätte das totalitaristische Schema und die historische Legitimität des postnationalsozialistischen Konservatismus untergraben.

Die legitimierende Kraft der Figur des »Antitotalitarismus« wurde freilich begrenzt durch ein in der frühen Nachkriegszeit sich allmählich herausbildendes staatsrechtliches Selbstverständnis der Bundesrepublik, welches seinen politischen Eliten die Fingierung eines totalen Bruchs mit dem vorhergehenden totalitären System strukturell unmöglich machte. Die geschilderte Strategie der »Universalisierung« oder der »Externalisierung« stand für die Bundesrepublik letztlich nicht zur Verfügung, weil sie in die »Rechtsnachfolgerschaft« zum Dritten Reich eingetreten war. Ihre staatsrechtliche Ausgangskonstellation setzte sie also in ein Verhältnis zu ihrer eigenen Vergangenheit, das es ihr nicht erlaubte – wie im Falle der DDR, Österreichs und Italiens –, diese ein für allemal einzuklammern und dann zur bloßen Kontrastfolie der eigenen Legitimität zu machen. Rainer Lepsius spricht in einer prägnanten Zuspitzung davon, daß eben die Kontinuität zwischen dem »Dritten Reich« und der durch die alliierten Besatzer geschaffenen Bundesrepublik deren politische Eliten, unabhängig von und meist wider ihr eigenes Willen, dazu

nötigte, die Epoche des Nationalsozialismus normativ zu »internalisieren«.<sup>5</sup> Ihnen war durch die völkerrechtliche Doktrin der Rechtsnachfolgerschaft strukturell der Weg verbaut, sich aus der Haftungskontinuität der deutschen Geschichte wegzustehlen – einer Kontinuität, deren Dimensionen erst dann deutlich werden, wenn man bedenkt, daß die nationalsozialistische Herrschaft formal gesehen legal aus der Weimarer Republik entstanden war und erst wieder durch militärische Fremdeinwirkung, ohne inneres Zutun der Deutschen (anders als im Fall Italiens) beseitigt worden war.

Nicht einmal für die Doktrin der Rechtsnachfolgerschaft selbst – geschweige denn für den produktiven langfristigen Effekt einer permanenten Nötigung zur Konfrontation mit der NS-Vergangenheit – ließe sich sagen, daß es eine mit Willen und Bewußtsein gewählte Politik war. Die politische Durchsetzung dieser Doktrin ist undeutlich. In der Frühgeschichte der Bundesrepublik vertreten verschiedene juristische Denkrichtungen konkurrierende Konzepte. Den Diskontinuitätskonzepten (mit antifaschistischen Implikationen) stehen Plädoyers für bereichsspezifische staatsrechtliche Kontinuitäten gegenüber. In einer seiner ersten Entscheidungen hatte sich das Bundesverfassungsgericht noch für Kelsens Diskontinuitätslehre entschieden. Erst im Zuge der Selbstabgrenzung zur DDR und der Neuverteilung von staatsrechtlichen Lasten und Souveränitätsrechten im Rahmen der Westbindung hat die Doktrin der Rechtsnachfolgerschaft Gestalt angenommen. Weil sie sich letztlich als ungeplante Nebenfolge der neuen weltpolitischen Bündiskonstellation ergeben hatte, repräsentierte sie ursprünglich also keineswegs eine – im Bewußtsein der politischen Klasse gegenwärtige – *moralische* Haftung für die Menschheitsverbrechen, die in deutschem Namen verübt worden waren.

In meiner Argumentation ist also keineswegs impliziert, daß die NS-Zeit in der Geschichte der Bundesrepublik von seiten ihrer politischen Eliten »bewältigt« oder auch nur angemessen öffentlich reflektiert worden sei. Die These ist nur, daß mit den besonderen staatsrechtlichen Formierungsbedingungen der Bundesrepublik überhaupt erst eine institutionelle Konstellation geschaffen war, die eine solche öffentliche, auf fundamentale Legitimitätsfragen bezogene Reflexion deutscher Schuld nicht von vornherein abschnitt. Und es war diese Konstellation, die den sich bildenden oder sich neu formierenden Trägerschichten der westdeutschen Demokratie sowie ihren ausländischen Wächtern – über bloße Appelle hinaus – immer wieder Mittel an die Hand gab, eine Sühne einzufordern, die sich nicht in feierlichen Erklärungen erschöpfte, sondern langfristig auch politischen Ausdruck fand. Gewiß bot die Doktrin der Rechtsnachfolgerschaft auch den Boden für großdeutsche Selbstermächtigungsversuche. Aber für Konservative, die das NS-Erbe schon mit der bloßen Etablierung einer formalen Demokra-



tie für »bewältigt« erklärten, war sie auch ein schlüpfriges Parkett. Nicht nur bei den »großen«, auf das NS-Erbe bezogenen Debatten im Bundestag, zum Beispiel anlässlich der Wiedergutmachung für Israel, der Entschädigung für Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus, der Aufhebung der Verjährungsfrist für NS-Mörder, sondern auch bei den eher ephemeren Anlässen wie der Neufassung des bundesdeutschen Ordensrechts oder dem Streit um das niedersächsische Schulrecht, das mit den Bestimmungen des 1936 (!) beschlossenen Reichskonkordats konfligierte, ließ sich die Diskussion kaum auf die rechtstechnische Dimension der jeweiligen legislativen Entscheidungsmaterie beschränken. Diese Debatten wurden – meist gegen den Widerstand vieler beteiligter Parlamentarier – auch zu Auslösern grundsätzlicher politisch-moralischer Diskurse, deren Dynamik sich im Laufe der Jahre immer weniger auf das »Hohe Haus« beschränken ließ. Dieser – nicht intendierte, sondern sich als Nebenfolge staatsrechtlicher Handlungszwänge ergebende – Beitrag des westdeutschen Parlaments zur Entstehung und Festigung einer vergangenheitskritischen und demokratischen Öffentlichkeit ist noch nicht erforscht worden.

Es ist nicht ohne objektive Ironie und zugleich auch instruktiv, daß es gerade die Institution der Rechtsnachfolgerschaft war, die es verhinderte, daß die nationalsozialistische Vergangenheit so schlagartig-erfolgreich »bewältigt« wurde wie bei den anderen Nachfolgestaaten des sogenannten »Großdeutschen Reiches«. Nichts ist übrigens mißverständlicher als die am Modell der individuellen Psychoanalyse abgelesene Kategorie der »Bewältigung« zur Analyse des *politischen* Umgangs mit einer belasteten Kollektivgeschichte. Während dort der professionell geschulte Analytiker das Schwinden neurotischer Blockierungen der Fremd- und Selbsterfahrung zum Anlaß nimmt, den Patienten aus seiner Observanz zu entlassen, fehlen auf der Ebene des Kollektivbewußtseins alle analogen Kriterien. Wer hätte denn auf der Basis welcher Kriterien wann die Kompetenz, eine mit kollektiver Schuld beladene Vergangenheit für »bewältigt« zu erklären? Vielmehr könnte man im Gegenteil den Fall der Bundesrepublik – wenn er denn richtig interpretiert ist – zum Anlaß der Vermutung nehmen, daß es auf den Glücksfall institutioneller Arrangements ankommt, die eine öffentliche Darstellung und Kritik einer durch Schuld bewirkten neurotischen Blockierung immer wieder erzwingen. Die spezifische Qualität der Erfahrung von Auschwitz besteht ja darin, daß sie sich jeder rationalen »Bewältigung«, jeder intentional gesteuerten rhetorischen Artikulation verweigert. In diesem Sinne war die täppische Hilflosigkeit von Helmut Kohl in Yad Vashem oder die von Symptomen geradezu diktierte Rede Philipp Jenningers im Bundestag – gerade in der öffentlichen Darstellung des Scheiterns ihrer Intention – eine authentischere Form der Artikulation des Unsagbaren als die berühmte,

intellektuell so disziplinierte Rede, die der Bundespräsident Weizsäcker zur vierzigsten Wiederkehr des 8. Mai 1945 gehalten hat. In Kohls und Jenningers Auftreten brachte sich unerbittlich die Objektivität der Geschichte zur Geltung. Von solcher Objektivität hatte im Zusammenhang des Historiker-Streits der Münchener Althistoriker Christian Meier gesprochen. Sich auf die Bundesrepublik beziehend, hatte er gesagt, daß es historische Hypothesen gibt, die ihre widerständige Objektivität gerade darin haben, daß man sie nur bewußt auf sich nehmen oder auf Zeit verdrängen, niemals aber gänzlich wegschieben könne.

Nun ist die Teilung Deutschlands und das beschriebene, durch die Zweistaatlichkeit entstandene Muster des Bezugs auf den Nationalsozialismus selbst Geschichte geworden. Ulrich Oevermann hat das – auf den ersten Blick suggestive – Argument entwickelt, daß die deutsche Vereinigung auch der Chance einer Verarbeitung der nationalsozialistischen Zeit die Bahn gebrochen hätte, die nicht mehr durch Bornierungen des Kalten Krieges und der Systemkonkurrenz blockiert würde.<sup>6</sup> Dabei interessierte sich Oevermann weniger für das von mir herausgearbeitete Muster von Antifaschismus versus Antitotalitarismus, welches die Persistenz der Ermöglichungsbedingungen für deutsche Menschheitsverbrechen jeweils vor die andere Haustür gekehrt hatte. Er meint vielmehr, daß mit der Aufhebung der Zweistaatlichkeit überhaupt erst das Subjekt entstanden sei, das sich die Verantwortung für Auschwitz zurechnen könnte. Seine Argumentation richtete sich gegen die im Bewußtsein der westdeutschen Linken tief verwurzelte Befürchtung, daß die deutsche Vereinigung zugleich auch einen Schlußstrich unter die Versuche ziehe, sich der Vergangenheit verantwortlich zu stellen. Diese Auffassung nahm die in Beton und Stacheldraht gegossenen Symbole der deutschen Teilung – nämlich die Mauer und den Todesstreifen – als Denkmal einer nicht abgegoltenen Schuld und sah in ihrer Beseitigung so etwas wie die vorzeitige Aufhebung der Bewährungsfrist für einen Täter, dessen Ungefährlichkeit noch nicht erwiesen ist.

Die formale Eleganz von Oevermanns These läßt erst auf den zweiten Blick erkennen, wie altmodisch das zentrale Argument eigentlich ist. Der Soziologe macht Anleihen bei der Bewußtseinsphilosophie, wenn er annimmt, daß durch die Arrondierung des nationalstaatlichen Territoriums der Deutschen auch automatisch ein der reflektierten Selbstzurechnung fähiges Makrosubjekt mit entstehen würde. Aber so falsch seine Antwort ist, so richtig ist die Frage, die in diesen Antwortversuch eingeschrieben ist. *Nach* der deutschen Einigung sind die von 1949 bis 1990 politisch geltenden Formen des Bezugs auf den Nationalsozialismus in Ost und West Kandidaten fürs Archiv geworden. Daß die Legitimationsfiguren des Antitotalitarismus (West) und des Antifaschismus (Ost) veralten, hat freilich weniger

mit der deutschen Vereinigung selbst zu tun als mit der weltpolitischen und historischen Konstellation, in der sie möglich waren.

Die auf die prägnanten Herrschaftsphänomene des Nationalsozialismus und des Stalinismus bezogene Theorie des Totalitarismus hat nach der Erosion des kommunistischen Imperiums ihren Anker in der Realität verloren. Schon für die »liberalisierten« Varianten poststalinistischer Regime wurde die Treffsicherheit dieser Theorie angezweifelt. Den Scheuklappen der Totalitarismustheorie bliebe auch der verhaftet, der annimmt, daß den zerfallenden und zerfallenen Regimen in Osteuropa automatisch die liberale Demokratie auf dem Fuße folgte. Das durch den Fall des kommunistischen Imperiums eröffnete ideologische Vakuum wird in den meisten Staaten des ehemaligen Ostblocks durch einen aggressiven und autoritären Nationalismus wieder aufgefüllt, welcher vielfach an die politischen Traditionen der Zwischenkriegszeit anknüpft. Das noch nicht kristallisierte posttotalitäre Szenario kann jedenfalls mit einer Theorie nicht mehr begriffen werden, die auf die Situation des Kalten Krieges gemünzt war.

Aber auch dem Antifaschismus kommt keine *unmittelbar* orientierende Kraft mehr zu. In der frühen Nachkriegszeit verband sich mit der politischen Formel des »Antifaschismus« die Vorstellung einer intuitiv zugänglichen negativen Utopie. Es wurde angenommen, daß die destruktiven Tendenzen der Geschichte im Phänomen des Nationalsozialismus eine solche Verdichtung gefunden hätten, daß es – *via negationis* – zugleich als Modell einer guten Gesellschaft taugt. Adorno hat diese in seiner Intellektuellengeneration verbreitete Ansicht einmal in der eindrucksvollen Formulierung zusammengefaßt, daß in die Erfahrung von Auschwitz die Spiegelschrift des guten Lebens eingeschrieben sei. Was im Laufe der seither vergangenen Jahrzehnte fragwürdig geworden ist, ist die Vorstellung einer aus der Anschauung des nationalsozialistischen Grauens selbst sich unmittelbar ergebenden Evidenz. Spätestens die Reaktionen der westdeutschen Linksintelligenz auf den Golfkrieg haben die Schwäche dieser antifaschistischen Argumentation zutage treten lassen. Diejenigen, die für den Krieg waren und die, die ihn scharf bekämpften, beriefen sich gleichermaßen auf die deutsche Schlüsselerfahrung des 20. Jahrhunderts. Beide Lager kamen durch die Anrufung der gleichen historischen Grunderfahrung zu radikal divergierenden Positionen. Der schwierige Streit, ob die Krise am Golf durch die gesinnungsethische Einstellung eines radikalen Pazifismus oder durch eine verantwortungsethisch rechtfertigbare militärische Polizeiaktion gelöst werden könnte, ließ sich durch die bloße Berufung auf eine »antifaschistische Grundposition« nicht mehr entscheiden.

Der »Antifaschismus« war ein Reaktionsmuster auf eine historische Erfahrung, die offenbar so traumatisch war, daß viele Intellektuelle sie zum Anlaß

einer negativen Sinngebung nahmen. Die mit diesem Jahrhundert geborene Generation hatte ja in einer historisch seltenen Verdichtung den Bankrott all jener politischen Großtraditionen erleben müssen, die das 19. dem 20. Jahrhundert hinterlassen hatte. Dieser Generation war es nicht mehr möglich, eine schlechte Wirklichkeit im Lichte einer politisch greifbaren besseren Alternative zu kritisieren. Wer da nicht ins Christentum zurückfloh und wer zu klug war für einen unverbindlichen Humanismus, konnte sich vor der existenziellen Verzweiflung oft nur durch einen Gedanken bewahren, der die Imagination einer besseren Welt durch die dialektische Verkehrung einer apokalyptisch gewordenen Wirklichkeit gewann. Vielleicht mußten erst Jahrzehnte vergehen, um überhaupt den Gedanken denken und aushalten zu können, daß der Faschismus so falsch war, daß nicht einmal sein Gegenteil richtig ist.

### Anmerkungen

- 1 In der Darstellung des DDR-Antifaschismus orientiere ich mich an: Sigrid Meuschel, Wandel durch Auflehnung, in: Reiner Deppe/Helmut Dubiel/Ulrich Rödel, Demokratischer Umbruch in Osteuropa, Frankfurt 1991; ausführlicher dargestellt hat Sigrid Meuschel diese Problematik in: Legitimation und Parteiherrschaft, erscheint Dezember 1991.
- 2 So argumentiert M. Rainer Lepsius in seinem brillanten Aufsatz »Das Erbe des Nationalsozialismus und die politische Kultur der Nachfolgestaaten des ›Großdeutschen Reiches‹«, in: Max Haller, Hans-Jürgen Hoffmann-Nowotny und Wolfgang Zapf (Hg.), Kultur und Gesellschaft, Verhandlungen des Deutschen/Österreichischen/Schweizerischen Soziologentages«, Frankfurt (Main) 1989.
- 3 Vgl. Lepsius, a.a.O.
- 4 Vgl. Carlo Campani, »Resistenza« als Zivilreligion des nachfaschistischen Italien, unveröffentlichtes Ms.
- 5 Vgl. wiederum Lepsius, a.a.O.
- 6 Ulrich Oevermann, »Zwei Staaten oder Einheit?«, in: *Merkur*, 44. Jg., Heft 2, 1990

*Stefan Wolle*

## DIE VERGIFTETE GESELLSCHAFT Das Stasi-Akten-Syndrom in der ehemaligen DDR

»Wo ist meine Akte?« In großen weißen Lettern steht diese Frage an einem grauen Trafokasten gegenüber dem Haupteingang des früheren Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin-Lichtenberg. Am Abend des 15. Januar 1990, als einige tausend aufgebrauchte Bürger das Stasi-Hauptquartier stürmten, hatte einer der Demonstranten seine Frage mit Pinsel und Farbe an das Trafohäuschen in der Ruschestraße geschrieben. Seitdem sind anderthalb Jahre ins Land gegangen. Die meisten der anderen Inschriften, die in jenen turbulenten Tagen und Nächten an die Mauern der MfS-Zentrale gemalt worden waren, sind inzwischen sorgfältig beseitigt worden. Als die Deutsche Reichsbahn und diverse westliche Firmen in die Gebäude einzogen, gingen Putzkolonnen ans Werk und tilgten die Spuren des öffentlichen Unwillens. Der deutsche Ordnungssinn überlebt alle Revolutionen. Doch für das Trafohäuschen fühlte sich offenbar niemand verantwortlich. Dreizehn Monate lang – von Januar 1990 bis Anfang März 1991 – arbeitete ich im Archiv des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes, und täglich mußte ich an jener drängenden Frage vorübergehen. Gelegentlich verirrt sich ausländische Touristen oder Presseleute hierher, die auf der Suche nach den Stätten des einstigen Schreckens nichts fanden als triste Bürogebäude. Für sie war die Inschrift auf dem Trafokasten ein lohnendes Fotoobjekt – eine der letzten sichtbaren Spuren jener schwierigen und für Außenstehende verwirrenden Diskussion um die Stasi-Akten.

An dem erwähnten denkwürdigen Winterabend im Januar 1990 wurde die »verbotene Stadt« der Staatssicherheit zum ersten Mal von Uneingeweihten betreten. Heute ist das riesige Areal jedermann zugänglich. Wenn man über die gepflasterten Innenhöfe geht, ist es schwer, die mythische Aura nachzuempfinden, die über dem geheimnisumwitterten Ort lag. Kein normaler Sterblicher, der nicht die Weihen des unsichtbaren Ordens empfangen hatte, wäre auch nur im Traum auf die Idee verfallen, die Tore jenes Gebäudetraktes zu durchschreiten. Es sei denn, als Verhafteter. Und wer dies hinter sich hatte, schwieg in der Regel.

Dabei war allgemein bekannt, wo das Ministerium für Staatssicherheit seinen Sitz hatte. Wer Berlin in östlicher Richtung verließ, fuhr mit dem

Auto auf einer breiten Ausfallstraße, der Frankfurter Allee, an den riesigen, hochaufragenden Fassaden vorüber. Die Fensterscheiben waren mattiert und machten dadurch einen merkwürdig toten Eindruck. Niemals hat man eines dieser Fenster geöffnet gesehen. Auch Fußgänger sah man nie das Gebäude verlassen. Die Eingänge lagen versteckt in den Seitenstraßen, und die Eisentore davor waren so hoch, daß der Blick nicht darüber reichte. Die uniformierten Wachposten waren die einzigen lebendigen Wesen weit und breit. Trotzdem waren stets wache Kameraaugen auf die menschenleeren Straßen rund um den Stasi-Komplex gerichtet. Sogar im Auto stockte während des Vorbeifahrens unwillkürlich das Gespräch. Gelegentlich machten Taxifahrer hämische Bemerkungen. So wie der Teufel im Volksglauben hatte die Institution, die sich hinter den toten Scheiben verbarg, viele Namen. Solche Tabu-bezeichnungen wie »Horch & Greif«, »VEB Mielke« oder einfach nur »die Firma« zeugen – ähnlich wie die Bezeichnungen für den Teufel im Märchen – weniger von Haß und Angst als eher von einer gewissen gemütvollen Vertraulichkeit im alltäglichen Umgang mit dem Bösen. Die Taxifahrer grinsten und machten ihre Witzchen, während das Auto in die Straßenunterführung kurz hinter dem Stasi-Hauptquartier tauchte. Trotzdem saß die Angst tief. Es gab nicht nur Tabunamen, es gab sogar stumme Gesten, die ausdrücken sollten, jemand sei »bei der Stasi«. Man griff sich bedeutungsvoll ans Revers der Jacke und drehte dies um, als ob dort eine Polizeimarke angesteckt wäre; oder man machte die Geste des schwungvollen und selbstbewußten Aufklappens der berühmten »Klappkarte«, des MfS-Ausweises. Es gibt heute noch Menschen, die selbst im kleinsten Kreise und ohne jeden rationalen Sinn unwillkürlich die Stimme senken, wenn von der Stasi die Rede ist. Das Gift der allgemeinen Angst und des gegenseitigen Mißtrauens war wirkungsvoller, als es die meisten heute wahrhaben wollen. Die Macht der Staatssicherheit beruhte nicht zuletzt auf jener diffusen, irrationalen Angst, die aus der Ungewißheit geboren ist. Niemand wußte wirklich genau, wie weit der Arm der Stasi reichte, wie viel sie über den einzelnen wußte, wie dicht das Netz der Spitzel war. Natürlich gab es Flüsterwitze, Gerüchte, Vermutungen, auch diese oder jene sachliche Nachricht aus westlichen Medien. Manches sprach sich herum, und aus Mosaiksteinchen persönlicher Erfahrung versuchte man, sich ein Bild zusammensetzen. Denn unabhängig, ob man Angst hatte oder mutig war: im Bewußtsein präsent war die Stasi immer. Viele meinten zwar, die Perfektion der allgemeinen Überwachung sei bei weitem nicht so groß, wie das oft angenommen werde. Sie meinten sogar, die Wirksamkeit der Repression ergebe sich nicht zuletzt aus ihrer allgemeinen Überschätzung. Theoretisch mag dieser Gedanke sogar richtig gewesen sein – praktisch jedoch war das Gegenteil der Fall. Die Realität, die nach dem Ende des Systems stückweise offengelegt wurde, übertraf selbst die unglaub-

lichsten Gerüchte und die phantastischsten Vermutungen. Dies betrifft auch die Quantität und die Dichte des Materials, das in Millionen von Personendossiers zusammengetragen wurde. Um die Frage, was mit diesem Material geschehen soll, dreht sich ein guter Teil der Diskussionen zum Thema Stasi-Akten. Leider gehen durch die Beschränkung auf die reinen Personenakten in der öffentlichen Auseinandersetzung wichtige Aspekte verloren. Dies ändert aber nichts daran, daß diese Frage viele Menschen bewegt, und daß sie schwer zu lösen sein wird. Es ist jetzt schon vorauszusagen, daß jede wie auch immer geartete Verfahrensweise des Umgangs mit den Akten heftige Kritiker finden wird.

Die Diskussionen darüber begannen bereits im Januar und Februar 1990, als sich abzeichnete, daß die archivalische Konkursmasse der am schwersten zu bewältigende Teil der Stasi-Vergangenheit sein würde. Damals schon bildeten sich zwei Extrempositionen heraus, deren Argumentationsmuster sich seitdem wenig verändert haben. Auf der einen Seite stand die Meinung, unrechtmäßig gesammeltes Datenmaterial sollte so schnell wie möglich gänzlich vernichtet werden, zumindest aber für alle Zeiten in den Tiefen der Archive verschwinden. Seine Offenlegung führe zur Erpreßbarkeit vieler Menschen, insbesondere dann, wenn die Akten fremden Geheimdiensten oder anderen Behörden zugänglich seien. Im übrigen gebe es ja auch keine Garantie, daß die in den Akten festgehaltenen Sachverhalte den Tatsachen entsprächen. Der Phantasie von Spitzeln und Denunzianten seien ja in totalitären Systemen bekanntlich keine Grenzen gesetzt. Am Runden Tisch vertraten jene Gruppierungen entschieden diese Meinung, die zu Recht oder zu Unrecht befürchteten, auch in einem vereinten Deutschland Gegenstand nachrichtendienstlicher Observation zu werden. In einer merkwürdigen Koalition der extremen Gegensätze unterstützten auch jene diese Ansicht, die ein unmittelbares, persönliches Interesse an der Vernichtung aller Spuren ihrer Tätigkeit hatten. Sie steuerten noch das Argument bei, das Bekanntwerden von Personen, die hauptamtlich oder inoffiziell für das MfS gearbeitet hatten, berge die Gefahr von Selbstjustiz und willkürlichen Racheakten. Sogar die Gefahr eines allgemeinen Bürgerkrieges wurde an die Wand gemalt. Immerhin setzte diese Allianz am Runden Tisch die Entscheidung durch, sämtliche elektronischen Datenträger des MfS zu vernichten, was dann auch geschah und jede weitere Aufklärung unendlich erschwert hat.

Dem gegenüber stand die Position, eine Vernichtung oder gänzliche Sperrung aller Unterlagen würde sämtliche Spuren verwischen und jede Bestrafung der Verantwortlichen oder Wiedergutmachung bzw. Rehabilitierung der Opfer unmöglich machen. Vor allem hätte jeder Mensch das Recht auf »informationelle Selbstbestimmung«, das heißt das Recht zu wissen, was über ihn bei einer Behörde gespeichert ist. Im Prinzip sei also jedem seine

Akte auszuhändigen, und ein jeder möge dann für sich selbst entscheiden, was damit zu geschehen habe.

Die Diskussion dauert bis heute an, und sie lebte erneut auf, als die Wochenzeitung »Die Andere« mit dem Abdruck einer schier endlosen Namensliste der hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit begann. In öffentlichen Foren schlugen die Wogen der Erregung hoch, insbesondere als sich hohe Offiziere des MfS gegen die Veröffentlichung der Namen ihrer ehemaligen Mitarbeiter aussprachen. Auch die Leserbriefspalte der erwähnten Wochenzeitung spiegelt das gespaltene Meinungsbild in dieser Frage wider. Es reicht von begeisterter Zustimmung zur Veröffentlichung der Namensliste bis zu dem immer wieder erhobenen Vorwurf der undifferenzierten Pauschalverurteilung. Von Ausgrenzung, Diskriminierung und Hexenjagd ist die Rede. Im übrigen ist kein Fall bekannt geworden, in dem einem ehemaligen Stasi-Mitarbeiter aufgrund der Veröffentlichung seines Namens in der Zeitung irgendein Leid geschehen ist.

So wichtig und interessant diese Diskussion ist, in der sich immer wieder moralischer Rigorismus und pragmatische Relativierung gegenüberstehen – sie betrifft nur einen Teilaspekt des gesamten Fragenkomplexes. Der quantitativ größere und qualitativ weitaus wichtigere Teil der Stasi-Akten enthält praktisch kein datenrechtlich relevantes Material.

Man schätzt den Gesamtumfang des Aktenmaterials auf 170 laufende Kilometer. Eine unvorstellbare Masse übrigens, deren archivalische Erschließung mit Sicherheit Jahre dauern wird. Ungefähr dreißig laufende Kilometer sind Personenakten im engeren Sinne. Bei dem weitaus überwiegenden Teil der Unterlagen handelt es sich um Sachakten, d.h. um Akten, die primär für die historische Forschung wichtig sind. Die Personenunterlagen dagegen sind in ihrer großen Masse für die Forschung bestenfalls von exemplarischem Interesse.

Schriftsteller etwa, denen ja bekanntlich die bevorzugte Aufmerksamkeit der Staatssicherheit galt, bilden hier eine gewisse Ausnahme. Sie mögen selbst über die literarische oder literaturhistorische Verwendung ihrer Stasi-Unterlagen entscheiden. Über den Operativen Vorgang (OV) »Diversant«, bekannter unter dem Schriftstellernamen Stefan Heym, existiert im Stasi-Archiv sogar eine an der Juristischen Hochschule des MfS (JHS) gefertigte Doktorarbeit. Stefan Heym bekam den höchsten Ehrennamen, den das MfS zu vergeben hatte, er wurde als FIS klassifiziert – dies bezeichnet in der abkürzungswütigen Neusprache der Stasi einen »Feindlichen ideologischen Stützpunkt«. Ein FIS war in den Augen der Staatssicherheit eine Zentrale zur Anleitung und Koordinierung der PID (»Politisch-ideologischen Diversion«) oder gar der PUT (»Politische Untergrundtätigkeit«) feindlich-negativer Gruppen. Den Schlüssel zu dieser Stasi-Sprache findet man in einem betriebsinternen



»Wörterbuch der politisch-operativen Arbeit«, das gelegentlich bereits von Journalisten zitiert wurde, in seiner Gesamtheit aber bisher unveröffentlicht ist. Auch die Post »negativer Personen« wurde natürlich genau kontrolliert, und mancher Schriftsteller wird sich freuen, wenn ihm nun bald sein kompletter Briefwechsel überreicht wird, der in der Hauptabteilung XX über Jahre hinweg liebevoll kopiert und gesammelt wurde. Insgesamt aber sagen derartige Unterlagen, sofern es sich nicht um reine Dokumente handelt, mehr über die Täter aus als über die Opfer. Die bisher veröffentlichten Aktenstücke von Erich Loest und Reiner Kunze belegen dies ganz deutlich.

All das, was uns in derartigen Akten entgegentritt – die sprachliche Armut, die formelhafte Begriffswahl, die Vorliebe für Abkürzungen, das geringe Reflexionsniveau – hat neben den allgemeinen Ursachen, die sich aus den politischen Rahmenbedingungen ergeben, noch einen speziellen Grund. Alle Verfasser von Berichten waren angewiesen, sich jeglicher Meinungsäußerung zu enthalten. Berichtet werden sollten lediglich Tatsachen, und dies so kurz und knapp wie möglich. Jede Individualität wurde als störend und gefährlich empfunden. Auch übergreifende Stimmungsberichte erstarren gelegentlich zu einer zusammenhanglosen Aufzählung von Einzeltatsachen, die weder gewichten noch gewertet werden. Bereits auf dieser Ebene begann sich das System der totalen Überwachung selbst ad absurdum zu führen.

Trotzdem handelt es sich bei derartigen Unterlagen teilweise um hochinteressantes historisches Quellenmaterial. Unter dem Eindruck der Ereignisse im Juni 1953, von denen die Sicherheitsorgane vollkommen überrascht wurden, begann man ein umfangreiches Berichtswesen aufzubauen. Aus Zehntausenden Spitzelberichten wurden in den Kreisdienststellen und Bezirksverwaltungen des MfS zusammenfassende Berichte erstellt, die wiederum in der Zentrale zusammengefaßt wurden. Diese Zusammenfassungen gab man als Informationen an die Mitglieder der Parteiführung weiter. Das Berichtssystem wurde im Laufe der Jahre immer weiter ausgebaut und perfektioniert. In politisch zugespitzten Situationen forderte man von den untergeordneten Dienststellen Tagesberichte an, normalerweise wurden Wochen- und Monatsberichte geliefert. Darüber hinaus gab es Untersuchungen zu speziellen Sachgebieten: der Versorgungslage, Republikflucht und Ausreisearträge, Stimmung an Universitäten usw. usw. Oft wurde in der DDR das Fehlen einer empirischen Soziologie beklagt – hier bei der Stasi fand sie statt.

Noch kurz vor dem Ende der DDR, im Jahre 1989, wurde beispielsweise eine umfangreiche Analyse der Zustände im Gesundheitswesen angefertigt. Hier erfährt man nicht nur die Anzahl von Ärzten und anderem medizinischem Personal, die Ausreisearträge gestellt hatten, es wurde auch versucht, die Ursachen für diese ständig steigende Anzahl aufzuzeigen. Das Zentrum dieser Berichtstätigkeit war die Zentrale Auswertungs- und Infor-

mationsgruppe (ZAIG), deren Akten so schnell wie möglich der historischen Forschung zugänglich gemacht werden sollten.

Das Ministerium für Staatssicherheit war also kein reines Repressionsorgan, sondern entfaltete eine umfangreiche analytische Tätigkeit. Beispielsweise glaubte die Parteiführung zu keinem Zeitpunkt an die von ihr nach jeder »Volkswahl« verkündete fast hundertprozentige Zustimmung zu den »Kandidaten der Nationalen Front«. Da sie sich brennend für das wirkliche Wahlverhalten der Bevölkerung interessierte, verfertigten sie Listen, in denen die offiziellen Ergebnisse den tatsächlichen gegenübergestellt wurden. Jochen Laufer hat diese Praxis der Wahlfälschung anhand der ersten Einheitswahlen aus dem Jahre 1950 detailliert dargestellt und dokumentiert.<sup>1</sup>

Armin Mitter und ich haben am Beispiel der Ereignisse der Jahre 1953 bzw. 1956 versucht, den Quellenwert des MfS für die Rekonstruktion der Geschichte unseres Landes zu belegen.<sup>2</sup>

Natürlich ist im Umgang mit Akten eines Repressionsapparates äußerste Vorsicht geboten. Die politische Geheimpolizei eines totalitären Staates bezieht ihre Legitimation aus der Existenz dunkler Mächte, die im Verborgenen des Untergrunds auf den Sturz der politischen Ordnung hinarbeiten. Je gefährlicher die Machenschaften dieser Verschwörer sind, desto wichtiger ist der personelle Ausbau und die Erweiterung der Kompetenzen der Behörden, die den Staat zu schützen haben. Am Ende dieser Eigendynamik bürokratischer Apparate steht der paranoide Sicherheitswahn der modernen Diktaturen. Bei der Lektüre der Akten läuft der Historiker also Gefahr, die Produkte dieses überzogenen Sicherheitsdenkens für geschichtliche Realität zu halten. In der Berliner Bezirksverwaltung des MfS findet sich beispielsweise ein umfangreicher Aktenvorgang über ein »Besonderes Vorkommnis« (BV) aus einem Lager für vormilitärische Ausbildung von Studenten. Während eines offenbar feucht fröhlichen Abends wurde das bekannte Trinklied gesungen: »Es saßen die alten Germanen zu beiden Ufern des Rheins.« Das Absingen dieses und ähnlicher Lieder wurde als Ausdruck »mangelnder sozialistischer Erziehung« gewertet. Als besonders schwerwiegend kam hinzu, daß der Parteisekretär des Studentenlagers mitgesungen hatte.

Man sollte sich davor hüten, solche Vorfälle, die einem in den Stasi-Akten entgegentreten, ausschließlich lächerlich zu finden. Oft endeten sie für die Beteiligten tragisch. Im gleichen Archiv findet sich, ebenfalls aus dem Jahre 1967, ein vergleichbares »Vorkommnis«: Mehrere Oberschülerinnen hatten eine Lyrik-Zeitschrift angefertigt und vervielfältigt. Dort war unter anderem die Übersetzung eines Beatles-Textes abgedruckt. Die Schulleitung wertete dies als »dekadenten Ausdruck kapitalistischer Unkultur«. Es kam zu »Aussprachen«, Strafandrohungen, FDJ-Verfahren und endete mit dem Selbstmord eines der siebzehnjährigen Mädchen.

Diese und ähnliche Geschichten spiegeln die Alltagsrealität der DDR wider, auch wenn sie Resultat eines fast krankhaften Sicherheitswahnes sind. Gerade dort, wo der einzelne Mensch heraustritt aus den statistischen Tabellen, sind die Akten des MfS sehr aussagekräftig. Auch sogenannte Massenquellen sind in den Archiven des MfS reichlich vorhanden. Zum Beispiel gibt es dort ... sozial aufgeschlüsselte Tabellen über die Fluchtbewegung der DDR-Bürger. Zum ersten Mal wird es möglich sein, dieses für die Geschichte beider deutscher Staaten so wichtige Phänomen quantitativ genau zu erfassen. In den fünfziger Jahren sind für jedes Halbjahr Arbeitsniederlegungen und Streikdrohungen statistisch erfaßt worden. über die Flugblattaktionen westlicher Organisationen wie dem Ostbüro der SPD oder den »Kampfgruppen gegen die Unmenschlichkeit« (KgU) wurde sorgfältig Buch geführt. Aber auch »Hetzlosungen und selbstgefertigte Hetzschriften« wurden genau erfaßt.

Das gleiche gilt für die in der sogenannten Dokumentenverwaltung deponierten Unterlagen. Hier finden sich sämtliche Befehle, Anordnungen und Dienstanweisungen der Minister für Staatssicherheit seit 1950. Die innere Struktur und die Arbeitsweise des Ministeriums für Staatssicherheit sind ohne diese Materialien nicht zu erforschen. Angaben, die »schutzwürdige Interessen Dritter« im Sinne des Bundesarchivgesetzes berühren, enthalten diese Unterlagen nicht.

Ebenfalls von erheblichem Interesse sind die Arbeiten der erwähnten Juristischen Hochschule in Potsdam. Es handelte sich dabei um eine spezielle Einrichtung des MfS zur Ausbildung und Qualifizierung seiner Mitarbeiter. Jeder, der diese Bildungseinrichtung durchlief, hatte entsprechend dem Studiengang eine Fachschul-, Diplom- oder Doktorarbeit anzufertigen. Für diese Ausarbeitungen trifft das gleiche zu wie für die erwähnten Stimmungsberichte. Die geistige Enge ist erschütternd. Trotzdem sind die Einzelheiten oft von Interesse. Gelegentlich wurden auch historische Arbeiten angefertigt, so beispielsweise über den illegalen Militär-Apparat der KPD in den zwanziger Jahren. Unter rein datenrechtlichen Gesichtspunkten dürfte die wissenschaftliche Benutzung dieser, übrigens durch Karteien gut erschlossenen, Bestände ein echter Grenzfall sein. Auf der einen Seite ist es verständlich, wenn mancher stolze Träger eines akademischen Titels jetzt die Blamage fürchtet, auf der anderen Seite gehört das Zitieren von Doktorarbeiten nicht unbedingt zu den datenschützerisch verwerflichen Handlungen. Ein früherer DDR-Bürgerrechtler, der schon seit einigen Jahren in Westberlin lebt, forderte, als er hörte, über ihn sei eine Dissertation geschrieben worden, der Dokortitel müsse auf ihn übertragen werden. Vielleicht könnte man für solche Fälle eine spezielle Ehrendoktorwürde einführen. Insgesamt sind ohne jeden Zweifel auch die Bestände der Potsdamer Stasi-Hochschule für die wissenschaftliche Forschung wichtig.

Die Diskussion um die wissenschaftliche Erforschung der Geschichte, der Struktur, der Arbeitsmethoden und Verflechtungen des MfS sollte nicht länger im Schatten der Auseinandersetzung um die Personenakten stehen. Solange wesentliche Bereiche der Stasi-Tätigkeit im Dunkeln liegen, blüht der Mythos. Nicht zuletzt auch der Mythos von der Alleinschuld der Staatsicherheit, der vergessen lassen möchte, daß das MfS immer und auf allen Ebenen der SED untergeordnet war. Die Verflechtungen von MfS, Partei, Staatsapparat, Justiz, aber auch der Blockparteien müssen detailliert untersucht werden. Die geistesgeschichtlichen Wurzeln, die psychologischen Ursachen der willenslosen Unterwerfung vieler Menschen, die totalitären Denkstrukturen, die Sprache der Stasi – all dies muß systematisch erforscht werden. Wenn es überhaupt eine Vergangenheitsbewältigung gibt, so muß sie hier ansetzen und nicht bei peinlichen Überprüfungen von Zollbeamten und Briefträgern.

Ohne die Archive des MfS wird man die Geschichte der DDR nicht schreiben können. Sie ergänzen die Überlieferungen der Staatsorgane, der SED und der anderen Parteien und Massenorganisationen. Das Material des MfS ist vor allem reflektierend, es beschreibt Zustände, Einzelvorgänge und menschliche Schicksale. Es finden sich dagegen kaum Unterlagen, die politische Entscheidungsvorgänge illustrieren. Auch dies ist ein Hinweis darauf, daß die politische Macht nicht beim Staatssicherheitsdienst, sondern beim Politbüro der SED lag. Bei der Beschreibung der Zustände im Lande sind die Informationsberichte des MfS konziser, konkreter und sachlicher als vergleichbare Berichte, die innerhalb des SED-Apparates angefertigt wurden.

Die Frage: »Wo ist meine Akte?« muß sich die Gesellschaft der ehemaligen DDR in ihrer Gesamtheit zu eigen machen. Das Trafohäuschen übrigens, auf das vor anderthalb Jahren diese Frage geschrieben wurde, ist vor kurzem mit Plakaten beklebt worden. Eine Werbung für Suppengeschirr und ein Aufruf zum Protest gegen die Mietpreiserhöhungen verdecken die Inschrift soweit, daß nur noch der Eingeweihte ihren ursprünglichen Sinn entziffern kann. Doch Wind und Regen tun bereits ihr Werk, so daß die Frage schon bald wieder zu lesen sein wird.

#### *Anmerkungen*

- 1 Aus *Politik und Zeitgeschichte* (Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*), Bd. 25, 25. Januar 1991.
- 2 Ebd.

*Henry Rousso*

## »SÄUBERUNGEN« GESTERN UND HEUTE

Mit dem Versuch, die Situation der europäischen Länder nach der Befreiung von der nationalsozialistischen Besetzung 1944/45 mit der aktuellen Situation der postkommunistischen Länder zu vergleichen, sollen nicht von neuem Nationalsozialismus und Stalinismus in eins gesetzt werden, sondern die Probleme präzisiert werden, die jedem Übergang von einem autoritären oder totalitären zu einem demokratischen System innewohnen. In diesem Sinne ist die »Säuberung« immer die heikelste, aber auch wichtigste Phase des Übergangs gewesen. Unter »Säuberung« versteht man zum einen die Aburteilung bestimmter Kader des alten Regimes für Verbrechen, von denen sie Kenntnis gehabt haben konnten oder mußten, zum anderen die Entfernung bestimmter verantwortlicher Personen von den Schaltstellen der Politik und der Wirtschaft im Interesse der Stabilisierung der neuen Regierung. Das Nachkriegsfrankreich, das uns zu diesem Vergleich animiert hat, ist insofern ein interessanter Fall, als es von allen Ländern, in denen es nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer nennenswerten Säuberung gekommen ist, das Land war, das sich einerseits auf eine starke demokratisch-republikanische Tradition berufen konnte, und in dem andererseits dasjenige war, in dem die Kollaboration mit den Nazis unter Führung des »Vichy-Regimes« am größten war. Aufgrund dieser Konstellation haben die Säuberungen hier die heftigsten Auseinandersetzungen ausgelöst.

### *Vergleichen – was womit?*

Um alle Zweideutigkeiten zu vermeiden, gilt es zunächst, die entscheidenden Unterschiede zwischen den beiden genannten historischen Situationen herauszuarbeiten.

Zunächst einmal müssen die Entnazifizierung bzw. die in den besetzten Ländern durchgeführten Säuberungen im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg gesehen werden, d.h. mit einem außergewöhnlichen Ereignis, das die normale Ordnung der Dinge über den Haufen warf. Ferner sind die historischen Zeiträume ganz verschieden: Die Naziherrschaft nimmt in der deutschen Geschichte wenig mehr als ein Jahrzehnt ein, Vichy und andere Regime vergleichbarer Art haben kaum vier bis fünf Jahre gedauert, während das kommunistische System in den Satellitenstaaten der UdSSR über vierzig Jahre währte und damit Zeit hatte, die gesellschaftlichen Strukturen grundlegend zu verändern und mindestens zwei Generationen von Menschen nachhaltig

zu prägen. Schließlich beruht ein letzter wesentlicher Unterschied darin, daß die Naziverbrechen und die im alten Ostblock begangenen Verbrechen nicht wesensgleich sind und von daher die Säuberungen nicht kommensurabel sind.

Mit diesem Vorbehalt scheint der Vergleich zwischen beiden historischen Situationen jedoch legitim zu sein. Nicht nur, weil die Situationen von gestern und von heute sich in mancher Hinsicht ähneln, sondern auch und vor allem, weil alle osteuropäischen Länder, die sich heute die Frage nach der Notwendigkeit einer Säuberung und nach den langfristigen Folgen der langen Phase des Kommunismus vorlegen, bereits mehrere Säuberungen hinter sich haben: zunächst die von den Nationalsozialisten und ihren Verbündeten vorgenommenen, dann die antifaschistischen von 1945 und schließlich die von den Kommunisten selbst durchgeführten Säuberungen.

Ein erster möglicher Vergleichspunkt ist folgender: In beiden Situationen war man einem Bürgerkrieg nahe. Zwischen 1939 und 1945 überlagerte aber der Krieg in den meisten besetzten Ländern den eigentlichen Konflikt, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität. Daher war es oft leichter, sich zumindest formell mit einem äußeren Feind zu versöhnen, als einen Prozeß der inneren Versöhnung einzuleiten. Das ist einer der zentralen Punkte in allen Diskussionen über die Säuberung. Was macht man mit jenen »Feinden«, die, sobald die Schlacht geschlagen und das alte Regime gestürzt ist, ihren Platz nicht räumen? Erstens: Wie soll man über sie urteilen? Zweitens: Wie soll man sie in die Gesellschaft reintegrieren, ohne große Konflikte heraufzubeschwören? Das Problem stellt sich heute genauso kraß, wie es sich gestern gestellt hat. Bei der Aufarbeitung der Folgen des letzten Krieges mußte man häufig, und das nicht ohne große ethische, politische und rechtliche Konflikte, dreierlei Tatbestände bzw. Sachverhalte voneinander unterscheiden: solche, die sich aus einem klassischen Krieg ergaben (beispielsweise Kriegsverbrechen, Landesverrat und Kollaboration); dann jene, die nicht aus dem Krieg selbst, sondern aus der Liquidierung eines ideologischen Systems resultierten (die Entnazifizierung in Deutschland oder die Säuberung derjenigen Vertreter des Vichy-Regimes, die nicht direkt mit den Nazis kollaboriert hatten und daher nicht als Landesverräter eingestuft wurden); schließlich Tatbestände, die aus dem Völkermord an den Juden resultierten, der in keine historische Kategorie fiel und die Definition eines neuen Verbrechens im Völkerrecht, des Verbrechens gegen die Menschlichkeit, erforderlich machte. Anders gesagt, man mußte unterscheiden zwischen den exogenen Ursachen des Dramas (Krieg und Nazi-Okkupation) und den endogenen Ursachen (Vorhandensein eines eigenständigen Faschismus in Frankreich wie in anderen besetzten Ländern oder Satellitenstaaten des Reiches). Zweifellos stellt sich diese Frage auch heute bei der Bewertung des Gewichts der Sowjetunion, die man als »exogenen« Faktor bei den Verbrechen des Stalinismus betrachten könnte.

Eine weitere mögliche Analogie: die Schwierigkeiten beim Übergang zur Demokratie. Wenn alles gut geht, bedeutet die Einführung bzw. Wiedereinführung demokratischer Regime zumindest in allen osteuropäischen Ländern, mit Ausnahme der UdSSR, vor allem die Errichtung eines Rechtsstaates, der auf einem Respekt vor dem Recht gründet, der sich weder politischen Erwägungen noch Rachsüchten beugt. Man befindet sich also in einer ähnlichen Situation wie 1945, als Staaten wie Frankreich, die wieder an ihre demokratische Tradition anknüpften, über Menschen urteilen mußten, die sich dem »Recht des Siegers« nicht unterwerfen wollten. Auf welcher Grundlage soll man sie aburteilen? Wie vermeidet man Willkür, rückwirkende Gesetze und Ausnahmerecht? Wie vermeidet man, in die gleiche Vorgehensweise zu verfallen wie das alte Regime und die moralische und politische Überlegenheit der Demokratie über jedes totalitäre System apriorisch zu setzen?

Schließlich müssen, wie 1945, alle osteuropäischen Länder mit den Erblasten, den Folgen leben, nämlich mit den von den alten Regimen hinterlassenen Institutionen. Die Zeitgeschichte in Deutschland wie in Frankreich beschäftigt sich seit langem mit der Frage, wie tiefgreifend der Faschismus, der Nationalsozialismus bzw. Vichy die jeweilige Gesellschaft prägen konnten. Im Falle Frankreichs weiß man heute beispielsweise, daß Vichy auf die sozialen Strukturen des Landes nachhaltiger gewirkt hat als auf die Meinung der Franzosen, die Marschall Petain sehr wohlwollend, der Politik der Kollaboration mit den Nazis aber gleichgültig bis ablehnend gegenüberstanden. Trotz der kurzen Dauer und der relativ geringen und in jedem Fall nur vorübergehenden Wirkung Vichys ist diese Frage in Frankreich noch immer nicht gelöst, wie die zahlreichen Affären beweisen, die einander seit einigen Jahren ablösen, und wie auch die Gerichtsverfahren zeigen, die noch immer gegen alte Vichy-Funktionäre eröffnet werden. Wenn schon eine so kurze Periode im kollektiven Gedächtnis der Franzosen so tiefe Spuren hinterlassen hat, wie werden dann die Länder des ehemaligen Ostblocks eine Vergangenheit von über vierzig Jahren »verdauen« können?

### *Funktionen der Säuberung*

Jede Säuberung erfüllt mehrere, zum Teil widersprüchliche Funktionen. Im Hinblick auf die Situation in Frankreich 1944/45 kann man fünf Funktionen unterscheiden, die sich mehr oder weniger in der aktuellen Situation Osteuropas wiederfinden:

1. Die Säuberung erfüllt zunächst einmal eine Sicherheitsfunktion: Seinerzeit ging es darum, eine Rückkehr alter Nazis oder alter Kollaborateure an die Macht zu verhindern. Diese Funktion war aber nur deshalb von Bedeutung, weil der Übergang zur Demokratie sich gewaltsam und mitten im Weltkrieg vollzog. In Frankreich sind von den zehntausend Opfern der

»wilden Säuberung« (*épuration sauvage*), also Massenhinrichtungen ohne jedes Gerichtsverfahren, fast achtzig Prozent vor der Befreiung des Landes, also mitten im Krieg und Bürgerkrieg, getötet worden. Eine solche Situation ist in Osteuropa offensichtlich nicht gegeben, wenn man von den Vorgängen in Rumänien beim Sturz Ceausescus absieht. Umgekehrt kann man die Ausschaltung alter kommunistischer Verantwortungsträger im Rahmen einer »weichen« Säuberung als Garantie gegen die Rückkehr einer »neokommunistischen« politischen Kraft an die Macht auffassen.

2. Die Säuberung hat ferner die Funktion, Gerechtigkeit geschehen zu lassen: Alle jene, die unter dem alten Regime gelitten oder im Gefängnis gesessen haben, aber auch die Familien jener, die in den Lagern umgekommen sind, fordern eine Gerechtigkeit ein, die die neue Macht ihnen nicht versagen kann. Es geht ja nicht nur um die Glaubwürdigkeit des neuen Staates, sondern gleichermaßen um die Garantie einer sozialen Ordnung, welche private Rache und das Aufleben von Ressentiments unterbinden soll. In Frankreich war die Säuberung zwar nicht so halbherzig, wie häufig behauptet wird, aber die Tatsache, daß viele Kollaborateure der Justiz entkommen und später wieder einen Platz in der Gesellschaft einnehmen konnten, hat ein soziales und politisches Unbehagen entstehen lassen, das bis heute nicht überwunden ist.

3. Die Säuberung hat nach dieser Logik auch die Funktion eines sozialen Regulativs. Von dem Moment an, da sie zum legalen Prozeß wird, den der Staat und damit die ganze Nation betreibt, erlaubt sie die Kanalisierung alter Haßgefühle und bietet ein Ventil für die Schwierigkeiten, die jeder Übergangsperiode innewohnen. So kam es bei der Befreiung Frankreichs zu individuellen Racheakten und Massenhinrichtungen, weil die Meinung vorherrschte, die legale Säuberung lasse zu lange auf sich warten. Übrigens war die öffentliche Meinung ohnehin gereizt wegen der katastrophalen wirtschaftlichen Lage, der Lebensmittelknappheit und dem langen Andauern eines Konflikts, den man damals, im September 1944, schon fast beendet glaubte. Die Regierung General de Gaulles war sich sehr wohl darüber im klaren, daß die Gemüter sich desto schneller beruhigen würden, je schneller man die Kollaborateure aburteilte.

4. Eine wichtige Funktion hat die Säuberung auch für die politische Legitimation. Je deutlicher die neue Macht ihre Entschlossenheit bekundet, die Schuldigen zu verurteilen, desto mehr sieht sie ihre Legitimität bei einem Teil der öffentlichen Meinung gestärkt. 1944/45 war bei den verschiedenen Gruppierungen der provisorischen Regierung – Kommunisten, Sozialisten, Gaullisten usw. – die Säuberung ein politisches Anliegen allerersten Ranges. Sie war ein wesentliches Argument in den politischen Diskussionen und bei lokalen und nationalen Wahlen. Aber dieses Argument hatte zwei Seiten. In erster Linie mußte es, zumindest bis 1946, den Erwartungen jener Franzo-



sen gerecht werden, die mehrheitlich eine gründliche Säuberung verlangten. Dann aber mußte es eben jene Franzosen beruhigen, die eine zu lange Dauer der Säuberung befürchteten.

5. Schließlich erwartete man von der Säuberung einen wesentlichen Beitrag zur moralischen und politischen Wiedergeburt des Landes – in Frankreich wie in Deutschland und anderswo. Dies war übrigens im öffentlichen Diskurs die am häufigsten angeführte Rechtfertigung der Säuberungen. Der Bruch mit dem alten System würde umso gründlicher sein, wenn deren Protagonisten von der sich ankündigenden neuen Zeit ausgeschlossen blieben.

### *Probleme der Säuberung*

Gleichwohl haben die hier angeführten Funktionen der Säuberung immer auch schwerwiegende Probleme aufgeworfen. Vier davon seien genannt; sie gelten für gestern ebenso wie für heute. Erstens: Wie soll man Recht und Gesetz in einer Situation respektieren, die dem Bürgerkrieg nahekommt? Bei der Säuberung der französischen Kollaborateure löste man das Problem durch extensive Auslegung der traditionellen (also vor 1939 gültigen) Gesetze: Jeder Verrat am *Vaterland* galt als Verrat an der *Nation* und damit als Verrat nicht nur am Land, sondern an den Werten, für die die Nation stand. Darüber hinaus hatte die Regierung General de Gaulles die Strafe der »nationalen Degradierung« eingeführt, durch welche allen jenen Personen die bürgerlichen Rechte abgesprochen wurden, die zwar nicht direkt mit den nationalsozialistischen Besatzern kollaboriert hatten, die aber überzeugte Faschisten gewesen waren oder mit Vichy zusammengearbeitet hatten. Dies war jedoch nur möglich, weil zum einen die Regierung de Gaulle die unbestrittene Legitimität besaß und zum andern de Gaulle selbst erklärt hatte, daß zwischen 1940 und 1944 trotz Vichy »die Republik – formal und also juristisch gesehen – niemals aufgehört hat, fortzubestehen«. In Ländern, die die Demokratie nie gekannt haben, ist die Situation völlig anders, selbst wenn das Problem sich in ähnlicher Weise stellt. In jedem Fall ist die Säuberung – ob sie stattfindet oder nicht – eine der ersten Bewährungsproben einer werdenden bzw. wiedererrichteten Demokratie.

Ein zweiter Widerspruch: Zunächst einmal muß die Staatsmacht die Initiative bei der Säuberung ergreifen, diese kanalisieren und in korrekte juristische Bahnen lenken; doch dann muß sie ebenso beizeiten, den Abschluß der Säuberungen einleiten und den Vorgang im geeigneten Augenblick zu beenden verstehen, um die brudermörderischen Kämpfe nicht unnötig zu verlängern. Ebenso muß sie gerecht abschätzen können, bis zu welchem Grad der Verantwortlichkeit die Säuberungen gehen sollen. Yves Farge, ein alter Widerstandskämpfer, der 1945 in Lyon, der Hauptstadt der Resistance, mit wichtigen Funktionen betraut war, hat dieses Dilemma auf den Punkt

gebracht: »Die Säuberung muß ihre Grenzen haben, sowohl zeitlich als auch begrifflich. Sonst findet der Saubere immer einen noch Saubereren, der ihn säubert, und man kommt nie an ein Ende.« Eine zu lange, zu strenge und zu umfassende Säuberung verlängert unter Umständen jene Bürgerkriegssituation, die sie eigentlich beenden soll. Eine zu kurze, zu milde und zu selektive Säuberung kann umgekehrt die inneren Kämpfe wieder aufleben lassen. Schließlich bildet eine Säuberung immer, sozusagen per definitionem, ein Ferment der Revolution – mit allen Risiken, die das mit sich bringt.

Ein dritter Widerspruch: Kann man die politischen, wirtschaftlichen und administrativen Eliten in einem Land säubern, ohne dessen inneres Gleichgewicht zu gefährden? Das setzt auf jeden Fall voraus, daß es Ersatzeliten gibt. In Frankreich hat sich, wie in Deutschland nach 1945, diese Frage mit großer Dringlichkeit gestellt. Wenn in diesen beiden Ländern die Säuberung der Verwaltung und der Unternehmensführungen mehr als moderat war, dann aus Furcht vor einer Gefährdung des Wiederaufbaus, der ja gleichzeitig mit der Säuberung in Angriff genommen worden war. Zumindest war dies das Argument, das seinerzeit immer wieder ins Feld geführt wurde.

Schließlich ein vierter Widerspruch: Ist es nicht gefährlich, eine beschädigte nationale Identität auf der Basis einer Säuberung, d.h. eines Ausgrenzungsprozesses, wieder zu errichten? Jede Säuberung verlangt über kurz oder lang den Erlaß einer Amnestie, d.h. den Akt »juristischen Vergessens«. In Frankreich erfolgte diese Amnestie ziemlich bald, zwischen 1951 und 1953. Das hat jedoch nicht verhindert, daß schlecht vernarbte Erinnerungswunden zurückgeblieben sind.

### *Schlußstrich unter die Geschichte?*

Säuberungen sind ein Phänomen, das sich über einen kurzen Zeitraum erstreckt, dessen Folgen aber noch nach Jahrzehnten spürbar sein können. So hat die Säuberung in Frankreich niemals die Frage der Endlösung berücksichtigt und auch nicht die an ihr Mitschuldigen unter den Vichy-Funktionären abgeurteilt. War es die Furcht, den ganzen Umfang der Kollaboration zu enthüllen? War es das Unvermögen, die Einmaligkeit des Genozidverbrechens zu begreifen? Hierauf gibt es viele Antworten, aber Tatsache bleibt, daß Frankreich sich nach einem halben Jahrhundert anschickt, den alten Chef der Vichy-Polizei, René Bousquet, noch einmal vor Gericht zu stellen, weil es ihn nach dem Krieg nicht korrekt abzuurteilen vermocht oder verstanden hatte. Mit anderen Worten: ein halbes Jahrhundert nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs ist die Säuberung noch immer nicht abgeschlossen.

Indessen wird durch Säuberungen nicht die Geschichte abgeschafft. Wesentlich ist die Fähigkeit einer Nation, sich ihrer Vergangenheit zu stellen. Denn in dem Augenblick, wo man beginnt, die Geschichte der überwundenen

Regime zu schreiben und zu rekonstruieren, treten andere, grundlegendere Schwierigkeiten zutage. Wie kann man in eine nationale Geschichte Perioden integrieren, die schlechterdings nicht einverleibbar erscheinen? Wie kann man die Notwendigkeit akzeptieren, die nationale Identität auf neuen demokratischen Werten zu errichten, deren Grundprinzip die Wahrheit ist – auch die Wahrheit über die schwärzesten Abschnitte der eigenen Geschichte – und gleichzeitig die Notwendigkeit hervorheben, in dieser eigenen Geschichte ein neues Kapitel aufzuschlagen? Welchen historischen Status wird die dunkle Periode einnehmen – gestern der Nationalsozialismus und die Okkupation, heute, in den Ländern des ehemaligen Ostblocks, der Stalinismus? Diese Schwierigkeiten gab es gestern in Deutschland, Frankreich und den Niederlanden, als es darum ging, die Zeit von 1933 bis 1945 bzw. von 1940 bis 1945 in die jeweilige nationale Geschichte zu integrieren. In Frankreich wurde diese Geschichte mit einer gaullistischen Feder geschrieben, die aus allen Franzosen jener Zeit potentielle Widerstandskämpfer gemacht hat. Dieser Mythos ist nach 1968 geplatzt, und selbsternannte Ankläger haben in den Franzosen ein Volk von Kollaborateuren gesehen, was der historischen Wahrheit ebenso wenig entspricht. Diese rivalisierenden Mythenbildungen, dieses Unverständnis vor der Vergangenheit in Ländern, die eine ausgeprägte demokratische Tradition haben, sollten uns nachdenklich stimmen: Bei manchen Episoden der Geschichte ist es riskant, allzuschnell einen Schlußstrich zu ziehen und sie zu den Akten zu legen. Früher oder später kehrt die Geschichte von dort zurück.

*Aus dem Französischen von Holger Fliessbach*

*Steven Beller*

## WESSEN GESCHICHTE EIGENTLICH?

### Über die Erfindung von Tradition

»L'oubli et je dirais même l'erreur historique sont un facteur essentiel de la formation d'une nation et c'est ainsi que le progrès des études historiques est souvent pour la nationalité un danger.«<sup>1</sup>

Slowenen und Kroaten erklären ihre Unabhängigkeit und kämpfen gegen jugoslawische Truppen. Slowaken fühlen sich von Tschechen unterdrückt, weil sie daran gehindert werden, Gesetze zu erlassen, die sich gegen die ungarische Minderheit unter ihnen richten. Die Ungarn wiederum beklagen sich wie eh und je über die Behandlung ihrer Landsleute in Rumänien. In Polen wird ebenso wie in Ungarn die Frage nach der ethnischen Herkunft führender liberaler Politiker aufgeworfen. Daneben, um das Bild abzurunden bzw. noch komplizierter zu machen, kommen noch die Ereignisse in den baltischen Staaten und obendrein in Albanien hinzu. Zum Zeitpunkt der Niederschrift dieses Beitrags deutet vieles darauf hin, daß »die Geschichte« in der Tat nach Osteuropa zurückgekehrt ist. Doch was für eine, oder genauer gefragt, wessen Geschichte ist es eigentlich?

Die Aussage, die Geschichte als solche kehre zu den Ländern Osteuropas zurück, ist in dieser Form natürlich unmöglich, denn die Geschichte ist nicht etwas, das man nach Belieben anhalten und wieder in Gang setzen könnte. Sie kann nicht zurückkehren, weil sie nie fortgegangen ist. Die rund vierzig Jahre sowjetischer Herrschaft in den ehemaligen Ostblockländern sind heute ebenso Bestandteil der Geschichte dieser Region und können nicht, wie die traumatischen wirtschaftlichen und sozialen Nachwirkungen zeigen, einfach durch die parlamentarische Demokratie und die freie Marktwirtschaft wie mit einem Schwamm wegewischt werden.

Wenn wir von der Rückkehr der Geschichte in diese Länder sprechen, dann meinen wir damit einfach die Wiederkehr einer bestimmten Form der Geschichte, nämlich die der nationalen Gruppen in dieser Region. Genauer gesagt bedeutet dies in der Regel die Rückkehr zur Geschichte der Nationalstaaten Osteuropas, wie diese vor dem Zweiten Weltkrieg bestanden. Für Polen ist dies die Zeit vor der Besetzung durch Deutschland und die Sowjetunion 1939, für die Tschechoslowakei die Zeit vor München (auch wenn manche Slowaken ein späteres Datum vorziehen werden). Für Ungarn

wäre es wahrscheinlich ein Zeitpunkt zwischen 1938 und 1945, für einige vermutlich sogar das Jahr 1914. Auch Rumänien würde wohl auf die Verhältnisse von vor 1939 zurückgreifen. In Jugoslawien hinge der Zeitpunkt des geschichtlichen Bruchs weitgehend vom Standpunkt ab. An welche Geschichte würde beispielsweise ein slowenischer Patriot anknüpfen? Allgemein gesprochen wäre die Rückkehr der Geschichte die Wiederkehr der ostmitteleuropäischen Welt in ihrer Gestalt vor 1938.

Betrachtet man diese Geschichte jedoch näher, dann wird die Sehnsucht nach ihrer Rückkehr extrem problematisch, denn es wäre die Rückkehr einer Welt des Haders, des Wunschdenkens und der oft unverblühten Geschichtsfälschung. Wenn der Kommunismus ein Irrweg war, dann war dies nur der vorläufig letzte von vielen vorangegangenen Irrwegen. Ob es nun an der Unfähigkeit der besiegten Mächte nach dem Ersten Weltkrieg lag, sich mit dem historischen Geschehen abzufinden, das zu den Verträgen von Versailles und Trianon geführt hatte, oder an der allzu offensichtlichen Geschichtsklitterung durch die Sieger, um ihre nationalen Hegemonieansprüche zu rechtfertigen – man kann wohl von keinem dieser Staaten behaupten, er habe die Launen einer Vergangenheit, die zu der unübersichtlichen Lage zwischen den Kriegen geführt hatte, gänzlich bewältigt. All die »Geschichten«, mittels derer die einzelnen Staaten ihre Vergangenheit deuteten, waren kaum dazu angetan, das gegenseitige Verständnis zwischen ihnen oder auch nur zwischen den einzelnen Gruppen innerhalb jedes einzelnen Staates zu fördern.

Einige Staaten waren mit einer Geschichte belastet, deren »Mantel« viel zu schwer und zu groß war, als daß die schwächtigen Schultern der Erben ihn hätten tragen können. Das galt offensichtlich für die Staaten der beiden historischen Nationen der Region, Österreich und Ungarn. Im letzteren Fall hatte man der Bevölkerung durch einen nationalistischen Unterricht und eine nationalistische Kultur eine Version der ungarischen Geschichte eingetrichtert, die einerseits den ungarischen Kleinalpel zum Träger der Nation machte und andererseits den Umfang dieser Nation nicht auf die ungarischsprachigen Gebiete des ungarischen Königreichs beschränkt, sondern mit dem Reich insgesamt gleichsetzte. All diejenigen, die eine andere Sprache sprachen, zählten in der nationalen Lesart der ungarischen Geschichte einfach nicht, auch wenn sie nach Schätzungen etwa die Hälfte der Bevölkerung des Königreichs vor 1914 ausmachten. Das soll nicht heißen, daß der sprachliche Aspekt nicht als etwas ganz Entscheidendes betrachtet worden wäre, im Gegenteil, nur wurde er der Perspektive dieses historischen Staatsverständnisses ein- und untergeordnet. Die von der Regierung in Budapest ausgehende Kampagne zur »Magyarisierung« der anderen Hälfte der Bevölkerung wurde, zum Teil im Geist des Feldzugs der französischen Regierung zur Einführung der französischen Sprache in der Bretagne, in der Überzeu-

gung durchgeführt, daß man damit lediglich die Landessprache in ihr rechtmäßiges Territorium – das gesamte Königreich – einsetzte.

Diese Definition der Nation nach historischen statt nach sprachlichen Kriterien war, zumindest zum Teil, verantwortlich für die Unfähigkeit Ungarns nach dem Ersten Weltkrieg, sich jemals mit dem Vertrag von Trianon abzufinden. Dieser Vertrag war zweifellos ungerecht, weil er den Nachbarstaaten und Rivalen Ungarns große angrenzende Gebiete zuerkannte, in denen eine Mehrheit der Bevölkerung ungarisch sprach, was eine Verletzung des sprachlich begründeten Nationalitätsprinzips bedeutete, auf das die Wilsonsche Nachkriegs-Neuordnung sich schließlich berief. Das war jedoch für viele Ungarn noch nicht einmal der Punkt, denn das »Verbrechen« von Trianon bestand nicht so sehr darin, daß sich Ungarisch Sprechende plötzlich in einem fremden Land befanden, sondern vor allem darin, daß das ungarische Königreich zerstückelt worden war. Deshalb belastete die Geschichte die ungarische Außenpolitik der Zwischenkriegszeit mit übermäßig ehrgeizigen und unrealistischen Zielsetzungen, die jede Form einer Zusammenarbeit mit den benachbarten Staaten ausschlossen.

Die Geschichte, d.h. die Wahrnehmung der Vergangenheit statt der aktuellen Gegenwart, hatte auch auf die Innen- und Außenpolitik »Deutsch-Österreichs« zwischen den Kriegen verheerende Auswirkungen. Zwischen dem Ende des Ersten Weltkriegs und dem »Anschluß« 1938 gab es nur wenige Österreicher, die wirklich überzeugt waren, ihr Land könne sich als unabhängiger Staat behaupten. Dafür gab es zweifellos gewichtige, objektive Gründe wie z.B. die Tatsache, daß die Hauptstadt des Landes, Wien, den größten Teil ihres Wohlstandes den Einkünften aus den Industrien Böhmens verdankte, das nunmehr zur unabhängigen Tschechoslowakei gehörte. Wie die weitere Geschichte jedoch gezeigt hat, wäre es durchaus möglich gewesen, ein gutgehendes Unternehmen aus der »Österreich AG« zu machen, wenn nur genügend viele daran geglaubt hätten. Doch die Geschichte belehrte jedermann eines besseren. Sie besagte, »Deutsch-Österreich« sei nur noch der Rumpf der Habsburgermonarchie und ohne das übrige Reich nicht lebensfähig. Nachdem die übrigen Nationalitäten ihre eigenen Wege gegangen waren, schrieb die Geschichte sogar vor, die deutschen Österreicher müßten sich jetzt ihren Brüdern im Deutschen Reich anschließen; die Vereinigung zu einem »Großdeutschland«, die 1848 vereitelt und Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts von Bismarck bewußt vermieden worden war, würde nunmehr endlich stattfinden, und die Geschichte käme wieder ins Lot.

Doch abermals wurde der Zusammenschluß vereitelt, diesmal durch die siegreichen Alliierten 1918, die kein Interesse daran hatten, daß Deutschland von diesem Krieg profitierte und am Ende größer und mächtiger dastand

als am Anfang. Das bedeutete allerdings für »Deutsch-Österreich«, daß es niemals das Gefühl einer wirklich eigenen Identität entwickeln konnte. Die Sozialisten strebten ebenso unbeirrt nach einer Vereinigung mit dem Deutschland der Weimarer Republik wie, wenngleich aus anderen Gründen, die Deutschnationalen. Selbst die Christlichsozialen, die mit ihrer katholischen und konservativen Politik auf eine Vereinigung mit einer weitgehend protestantischen und liberalen deutschen Republik wenig erpicht waren, lehnten deshalb eine Identifizierung Österreichs als deutschen Staat keineswegs ab. Sie vertraten sogar die Position, Österreich sei der »zweite« deutsche Staat – wie sich gezeigt hat, ein wenig wirksames Gegenmittel gegen die Verlockungen der nationalen Einheit. Eine wirklich funktionierende österreichische Identität entstand erst nach 1945, als die Geschichte die Vorzüge der Schaffung eines solchen unabhängigen Gebildes sichtbar gemacht hatte. Die Geschichte, dies sei noch angemerkt, wurde entsprechend umgeschrieben – manche würden sagen, auf Kosten der Wahrheit.

Die dritte historische Nation der Region war Polen. Im Unterschied zu den Beispielen Österreichs und Ungarns war hier die Nachkriegsregelung alles andere als der Ausdruck einer nationalen Katastrophe: Sie bot Polen die Gelegenheit zu einer nationalen Wiedergeburt. Die polnische Republik blickte auf eine höchst glanzvolle Geschichte zurück, die sich auf ein Gebiet erstreckte, das von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer reichte. 1918 lagen diese ruhmreichen Zeiten schon länger als ein Jahrhundert zurück. Am Ende des 18. Jahrhunderts von seinen Nachbarn Rußland, Preußen und Österreich in drei Stücke zerrissen und verschlungen, war Polen de facto von der Landkarte verschwunden und führte seine Existenz nur noch in den Köpfen und Herzen der Polen, die dort oder im Exil lebten. Die Gründung eines unabhängigen polnischen Staates in den Nachwehen des Ersten Weltkriegs war somit tatsächlich ein Beispiel für die Rückkehr der Geschichte, und sie war vermutlich das am wenigsten umstrittene Ergebnis des Krieges. (Die Mittelmächte und die Alliierten hatten sogar noch vor Kriegsende darum gewetteifert, so etwas wie einen polnischen Staat zu errichten.) Was konnte es Passenderes geben als eine historische Nation, die ihre Geschichte wiederaufnahm?

Die Frage blieb jedoch, welche Geschichte da wiederaufgenommen werden sollte. Sollte es die Rückkehr zur Geschichte des ehemaligen polnischen Staates sein, der viele andere Nationalitäten und Volksgruppen, darunter Litauer, Ukrainer und Juden, unter einem Regime relativer Toleranz (gemessen an den Normen der Zeit) vereinigt hatte, oder sollte es die Rückkehr zur Herrschaft der historischen polnischen Nation selbst sein, definiert als die Gesamtheit der katholischen, polnisch sprechenden Menschen: ein polnischer Staat für die Polen? Anders ausgedrückt, sollte es der Staat Pilsudskis oder der Staat Dmowskis sein? Wenn man die polnische Geschichte

unter dem Aspekt des Kampfes um die Unabhängigkeit sah, dann ließ dies offenbar die Möglichkeit eines polnischen Staates für alle Mitglieder dieses Staates ungeachtet ihrer Abstammung zu. Wenn man jedoch die polnische Geschichte, insbesondere in den Jahren der Besetzung, als einen Kampf um die Bewahrung des polnischen Geistes auffaßte, dann konnte man schwerlich andere Gruppen außer den katholischen Polen als wahrhaft legitime Erben der Nation und damit des Nationalstaats ansehen. Der Unterschied zwischen beiden Lagern kann stark übertrieben sein, doch letzten Endes gab es einen Unterschied in der Sichtweise des Problems, der zu einem großen Teil die ambivalenten Haltungen erklärt, die der polnische Staat in den Zwischenkriegsjahren seinen »nicht-polnischen« Bürgern gegenüber an den Tag legte.

Wir sollten an dieser Stelle vielleicht einen wichtigen Umstand festhalten: Während die Friedensregelungen nach 1918 die beiden anderen historischen Nationen großer Teile ihrer nationalen Bevölkerung beraubt hatten, war es im Falle Polens genau umgekehrt. Daß es in Polen in der Zwischenkriegszeit ein Problem mit zahlenmäßig starken Minderheiten gab, lag gerade daran, daß Polen relativ erfolgreich der alten Republik nacheiferte und dabei fast alle Polen auf seinem Staatsgebiet vereinigte. Pilsudski, selbst ein Pole litauischer Abstammung, war zeitlebens besonders stolz darauf, daß er seine Geburtsstadt Wilna, eine polnischsprachige Insel inmitten einer litauischen Bevölkerung, innerhalb der Grenzen Polens halten konnte. Es ist eine typische Ironie der osteuropäischen Geschichte, daß die Szenen, die wir vom dramatischen Unabhängigkeitskampf der Litauer auf unseren Fernsehschirmen sehen, sich in einer Stadt – Vilnius – abspielen, die unter dem Namen Wilna dem Litauen der Zwischenkriegszeit gar nicht angehört hatte, sondern ein (höchst umstrittener) Bestandteil des polnischen Staates gewesen war. Erst nach der zweiten Vernichtung Polens durch Hitlerdeutschland und die Sowjetunion, 1939, wurde Wilna (Vilnius) zu einem Teil der litauischen Republik, bevor deren Marionettenregierung die Sowjetunion »aufforderte«, die Macht zu übernehmen.

Im Süden hatte der Staat Jugoslawien seine eigenen Probleme mit der Geschichte und stand vor der Aufgabe, aus zahlreichen, völlig verschiedenen historischen Traditionen eine eigene südslawische Legitimation zu schaffen. Weiter im Osten standen auch Bulgarien und Rumänien vor der Schwierigkeit, eine eigene Vergangenheit und Identität zu erfinden, ganz zu schweigen von den Problemen, die die Mazedonier damit hatten. Wo es um das Verhältnis der »Völker ohne Geschichte« zu ihrer Vergangenheit geht, gehört allerdings die Geschichte der Tschechoslowakei in der Zeit zwischen den Kriegen zu den interessantesten Beispielen.

Die Entwicklung der Tschechoslowakei in jenen beiden Jahrzehnten war die große Erfolgsgeschichte der Region, und das Land blieb ein demokra-



tischer und wirtschaftlich blühender Staat bis zu seiner Entwaffnung und Plünderung als Folge des Münchner Abkommens. Dennoch hatte auch dieser Staat große Probleme im Umgang mit seiner Geschichte. Dieses ambivalente Verhältnis zu seiner Geschichte läßt sich direkt an dem Verlauf der Staatsgrenzen ablesen, dessen Festsetzung allenthalben von der Willkür zeugt, mit der darüber entschieden wurde, was eine Nation letztlich ausmache.

Im Osten spielte die Geschichte bei der Festlegung der Grenze keine Rolle. Die Einbeziehung der Slowakei, eines Territoriums, das früher als Oberungarn bezeichnet wurde und einst den Hauptteil jenes Gebiets im ungarischen Königreich ausmachte, das die Türken nicht besetzt hatten, wurde mit der sprachlichen Verwandtschaft zwischen dem Slowakischen und dem Tschechischen begründet. Die Karpato-Ukraine (»Karpaten-Rußland«) mit ihrer weitgehend ruthenischen (ukrainischen) Bevölkerung wurde dagegen aus rein strategischen Gründen erworben, ohne daß dabei sprachliche oder historische Überlegungen mitgespielt hätten. Im Westen hingegen wurden die Grenzen der ehemaligen böhmischen und mährischen Kronlande als historisch sakrosankt betrachtet, und man erlaubte nicht einmal dem rein deutschen Egerland die Vereinigung mit Deutschland, obwohl sich die tschechische Regierung auf diese Weise, unter nur geringfügigen territorialen Verlusten, zahlreicher unzufriedener Deutscher hätte entledigen können.<sup>2</sup> Der Gedanke, daß die Gebiete in Böhmen und Mähren, in denen unbestritten deutsche Mehrheiten lebten, sich ebenso wie Deutsch-Österreich mit dem Deutschen Reich zusammenschließen könnten, wurde kurzerhand verworfen. Das hätte nicht nur die industrielle Grundlage und damit das wirtschaftliche Wohlergehen der Tschechoslowakei beeinträchtigt, sondern hätte auch die Unversehrtheit der böhmischen Kronländer zerstört, des nationalen Erbes der Tschechen, das ihnen, nach ihrer Geschichtssicht, rechtmäßig zustand.<sup>3</sup>

Mit anderen Worten, die Tschechoslowakei gründete sich auf einen recht losen Umgang mit der Geschichte, nämlich nach dem Prinzip, sich auf die Geschichte zu beziehen, wenn es gerade nützt, und sie ansonsten zu ignorieren. Vielleicht war das nicht anders zu erwarten von einem Volk, das auf eine Vergangenheit zurückblickte, in der es von dem Rang einer historischen Nation zu einer der »Untertanen- und Bauern-Völker« der Monarchie degradiert worden war, wie Lewis Namier es einmal ausgedrückt hat.<sup>4</sup> Eines der wesentlichen Ziele des tschechischen Nationalismus, lange vor der Gründung des unabhängigen Staates der Tschechoslowakei, hatte darin bestanden, dieser Zurücksetzung mit dem Argument zu begegnen, daß die Tschechen in Wirklichkeit über eine Geschichte verfügten, die sich mit der aller anderen historischen Nationen der Region durchaus messen konnte.

Dafür gab es in der Tat genug Belege, wie sich an der stolzen Geschichte der Karls-Universität und am Hussitentum, einer der frühesten Formen des

Protestantismus, ablesen läßt. Andererseits lag das alles noch vor 1620, als die Schlacht am Weißen Berg der unabhängigen Geschichte der tschechischen Nation auf lange Zeit hinaus ein Ende gemacht hatte. Zudem hingen die früheren Triumphe tschechischer Kultur offenbar fast immer davon ab, daß sie deutschen Entwicklungen folgten. Es war denn auch die Suche nach Beweisen dafür, daß die tschechische Kultur Wurzeln hatte, die so alt oder sogar älter waren als die deutsche, die zu der Handschriften-Affäre in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts führte.<sup>5</sup> Es ging dabei um Manuskripte, die Anfang des 19. Jahrhunderts »entdeckt« worden waren und die belegen sollten, daß das Tschechische eine der ältesten Literatursprachen Europas war. Die Manuskripte wurden als Fälschungen entlarvt, die von »patriotischen« Tschechen im Geiste Ossians fabriziert worden waren, um den tschechischen Nationalstolz und der tschechischen Identität Auftrieb zu geben. Insgesamt erweckten die Vorreiter der tschechischen Nationalbewegung den Eindruck, sie seien so versessen darauf, mit den Deutschen gleichzuziehen, daß sie dafür sogar in Kauf nahmen, in einer Traumwelt aus frommen nationalen Lügen zu leben.

Mit diesen Augen betrachteten jedenfalls die Österreicher die tschechischen Nationalisten, und das Bild von den Tschechen, die eine Vergangenheit fabrizierten, um nicht hinter den Deutschen zurückzustehen, wurde selbst in so scheinbar nebensächlichen Dingen wie der Wahl einer angemessenen Festkleidung bestätigt. 1901 fand in Prag aus Anlaß eines Besuchs von Kaiser Franz Joseph ein Staatsbankett statt. Auch der Bürgermeister von Prag war eingeladen, hatte jedoch seine Teilnahme davon abhängig gemacht, daß er statt eines Gesellschaftsanzugs die *camara*, die tschechische Amtstracht, tragen durfte. Der Verfasser eines Leitartikels in der *Neuen Freien Presse* spottete über diese nationalistische Idiotie und verwies darauf, daß der Gesellschaftsanzug nicht, wie der Bürgermeister offenbar angenommen hatte, eine deutsche Etikette sei, sondern die in der internationalen Gesellschaft übliche Kleidung. Die Tracht des alten böhmischen Adels sei sogar eine Art roter Frack von ähnlichem Zuschnitt gewesen, wie er gegenwärtig getragen werde. Die *camara* dagegen, die angeblich traditionelle tschechische Amtstracht, sei in Wirklichkeit erst fünfzig Jahre zuvor von dem Schankwirt Peter Faster kreiert worden. Demnach hatten die Tschechen, und diesen Hinweis wollte der Autor nicht unterdrücken, ihre historische Amtstracht ebenso erfunden, wie sie ihre alte Literatur (die Handschriften) erfunden hatten. Es stand außer Zweifel, daß die *camara* geschichtslos und als solche lediglich eine »Übertreibung der nationalen Romantik« war. In dem Bemühen, ihre eigene Identität zu schaffen, standen die Tschechen jedoch wieder einmal als die Dummen da oder machten einen »kindischen« Eindruck, wie der Autor in der *Neuen Freien Presse* von oben herab bemerkte.<sup>6</sup>

Nicht alle Tschechen fühlten sich zu derart durchsichtigen und kritikanfälligen Verbiegungen der historischen Wahrheit genötigt. T.G. Masaryk hat praktisch eine Karriere daraus gemacht, daß er immer wieder betonte, die Tschechen müßten es mit der Wahrheit besonders genau nehmen. Die Handschriften-Affäre bot ihm hierzu einen Anlaß. Ein weiterer war die berüchtigte Hilsner-Affäre, als tschechische Nationalisten abergläubische Vorstellungen in der Bevölkerung über jüdische Ritualmorde gewissenlos zu ihren Zwecken ausnutzten. Auf der anderen Seite hatte Masaryk auch die Wahrheit gegen den Versuch der kaiserlichen Obrigkeit verteidigt, südslawische Aktivisten in der Friedjung-Affäre von 1908/09 unter falsche Anklage zu stellen. Die Wahrheit wurde sogar zu einem Wahrzeichen der Politik Masaryks und reichte bis in eine Definition dessen hinein, wofür das tschechische Volk stand, eine Definition, die eine besondere Bedeutung annahm, als Masaryk zum Gründungsvater und Philosophen-Präsidenten des tschechoslowakischen Staates zwischen den Kriegen wurde.

Masaryks Beschwörung der Wahrheit entbehrt allerdings nicht einer gewissen Ironie. Wenn er auch die Wahrheit zum Leitprinzip seines politischen Lebens und seiner Nation machte, so konnte man ihm doch vorwerfen, und das ist auch geschehen, daß seine eigene Interpretation der tschechischen Geschichte ebenso nur eine neue ideologische Erfindung eines überzeugten Nationalisten war, bei der eben jenes Vergessen und jener Irrtum mitwirkten, die Renan als wesentlich bei der Herausbildung einer nationalen Identität angesehen hat.

Für Masaryk, der darin Palacký folgte, hatte die tschechische Geschichte ihren Urgrund in der Reformation der Hussiten. Aus ihr waren die Ideen des Humanismus und der Demokratie hervorgegangen, und obwohl der tschechische Protestantismus und die nationale tschechische Identität nach der Schlacht am Weißen Berg grausam unterdrückt worden waren, blieben sie doch seitdem die Leitgedanken der tschechischen Geschichte. In Masaryks Konzeption hatte die tschechische Wiedergeburt letzten Endes dort wieder angeknüpft, wo die hussitische Tradition gezwungen worden war, das Feld zu räumen. Demnach sei die tschechische Nation dazu bestimmt gewesen, die Vorhut im Kampf um das zu stellen, was ein besonders enthusiastischer englischer Bewunderer einmal als »Seelenfreiheit« bezeichnet hat.<sup>7</sup> Bestimmung der Tschechen sei es gewesen, liberal, humanistisch, protestantisch und demokratisch zu sein, denn dies war der Weg, den die Geschichte damals eingeschlagen hatte. Selbst der eingefleischteste Verfechter einer Geschichtsteologie hätte vor einer so einfallsreichen Deutung der Geschichte seinen Hut gezogen, und Masaryks großer Gegenspieler in der tschechischen Historiographie, Josef Pekar, hatte wohl nicht ganz unrecht mit seiner Behauptung, Masaryk habe seine Version der tschechischen Geschichte konstruiert,

indem er »bei sich anfang und sich dann in den Traditionen der Vergangenheit wiederzufinden suchte«.<sup>8</sup>

Wie Pekar wiederholt bemerkte, wurde der Wahrheit des wirklichen Geschehens durch Masaryks Auffassung der tschechischen Geschichte vielfach Gewalt angetan. Zweifellos hatte diese Kritik des konservativen Pekar an Masaryks Geschichtsverständnis auch eine persönliche oder gar ideologische Seite, vor allem in der Zwischenkriegszeit. Trotzdem kann man sich der Einsicht in die Berechtigung dieser Kritik nicht ganz verschließen. Masaryks Entscheidung, den Angelpunkt der tschechischen Geschichte in die Zeit der Hussiten zu verlegen und die Periode nach der Schlacht am Weißen Berg als finsternes Zeitalter zu behandeln, das eine eingehende Beschäftigung nicht wirklich lohne, verzerrte den Blick auf die Vergangenheit stark, wie Pekar zeigte. Aber auch Masaryks Berufung auf die tschechische Vergangenheit als angebliches Vermächtnis des tschechischen Staates bedeutete eine Entstellung der tatsächlichen Verhältnisse, insofern zahlenmäßig starke Minoritäten wie Deutsche, Ungarn, Ukrainer und Juden aus dieser Konzeption ausgeschlossen wurden.

Für Masaryk waren die Tschechen schlichtweg dazu ausersehen, nicht nur liberale Demokraten zu sein, sondern auch ihre national verwurzelten und moralisch reinen Prinzipien über das gesamte Territorium des tschechoslowakischen Staates auszubreiten. Sein Verständnis der tschechoslowakischen Nation orientierte sich demnach nicht an rein sprachlichen Kriterien, sondern weit eher an französischen oder britischen Vorbildern, wo die nationale Kultur im Vordergrund stand und sich die anderen Kulturen unterordnete. Nach dieser Vorstellung würden die Slowaken, als Tschechen ohne Bildung (Masaryk war selbst slowakischer Abstammung), von ihren tschechischen Brüdern zivilisiert werden. Die Rolle der Deutschen stand dagegen auf einem ganz anderen Blatt.

Wie Masaryk es in seiner berühmten Rede vom Dezember 1918 ausdrückte, waren die deutschen Bewohner Böhmens und Mährens »Kolonisten« und »Emigranten«; das von ihnen bewohnte Land »[war] unser Gebiet und bleibt unser«.<sup>9</sup> Nach dieser historischen Lesart siedelten die Deutschen in dieser Region erst seit fünfhundert Jahren, während die Tschechen schon seit unvordenklichen Zeiten hier ansässig gewesen sein mußten. Doch wie so oft bei nationalen Fragen war diese Behauptung schlicht unhistorisch. Die Tschechen waren erst in der Spätzeit des römischen Imperiums in jene Gebiete gekommen, die einmal Mähren und Böhmen heißen sollten. Dies veranlaßte einen deutschjüdischen Autor zu behaupten, daß die Juden in jenen Grenzländern des Imperiums als Händler tätig waren, lange bevor Tschechen oder Slawen dort auftauchten.<sup>10</sup> Angenommen, er hätte recht, würde Böhmen dadurch zu jüdischem Besitz? Offensichtlich nicht. Jedenfalls

wäre ein halbes Jahrtausend deutscher Besiedlung ebensogut ein Argument dafür, in den Deutschen keine Kolonisten, sondern ebenso Einheimische auf eigenem Gebiet zu sehen, wie es die Tschechen auf ihrem Territorium waren.

Vielleicht wäre es für alle Beteiligten besser gewesen, wenn Masaryks Bild der Geschichte der Wahrheit entsprochen hätte, doch das tat es nicht einmal im Hinblick auf die Tschechen, geschweige denn auf die übrigen Völker des tschechoslowakischen Staates. Die meisten Tschechen waren schließlich Katholiken und viele davon tiefgläubig. Die Slowaken waren ihren katholischen Traditionen sogar noch stärker verbunden und fühlten sich tief gekränkt, daß sie vom politischen Regime der Tschechen wie Vettern vom Lande behandelt wurden. Auch die Deutschen empfanden es als Kränkung, von einem Staat, dem sie gar nicht angehören wollten, als Bürger zweiter Klasse behandelt zu werden. Doch wie auch immer man dieses Verständnis der tschechischen Geschichte drehen und wenden mag, die Spannungen wären niemals gänzlich beseitigt worden. Es spricht allerdings für Masaryk und für den Staat, an dessen Gründung er beteiligt war, daß die Tschechoslowakei mit ihrer offiziellen nationalen Identität als liberales und demokratisches, humanistisches Staatswesen bei der Lösung der Nationalitätenfrage sehr viel erreicht hat. Schließlich wurde dieser Staat jedoch gleichermaßen von inneren wie von äußeren Kräften auseinandergerissen.

In vieler Hinsicht erbte er den Mantel der Habsburgermonarchie als eines Vielvölkerstaats und erlitt ein ähnliches Schicksal wie diese. Wir werden niemals wissen, was geschehen wäre, wenn die Tschechen ihren Staat nach rein nationalsprachlichen Kriterien gegründet hätten, ohne eine Überdehnung des nationalen Rechts- und Sendungsbewußtseins und innerhalb von Grenzen, die nationalen Gesichtspunkten strenger gefolgt wären. Möglicherweise wäre ein solcher Staat ebenso der Machtpolitik der Zwischenkriegszeit zum Opfer gefallen. Was wir jedoch wissen, ist, daß Masaryks Auffassung der tschechischen Geschichte kein zuverlässiger Führer bei der Lösung der politischen Probleme der Tschechoslowakei war und daß dies zum Teil mit dem Umstand zusammen hing, wie Pekar mehrfach betont hat, daß die Geschichte der tschechischen Länder einfach etwas anderes war als das, wofür Masaryk und seine Anhänger sie ausgaben.

Es dürfte kaum überraschen, daß alle Länder Ostmitteleuropas mit der Last ihrer verzerrten Geschichtswahrnehmung zu kämpfen haben. Allerdings trifft dies nicht nur auf jene Region zu. Eine umfangreiche und ständig wachsende Literatur beschreibt inzwischen die fiktive Natur eines Gutteils jeder nationalen Identität, und »die Erfindung von Tradition« ist zu einem Klischee der historischen Forschung geworden. »Whig history« ist kein Vorrecht der Mitteleuropäer. Und dennoch besteht in der Wirksamkeit von Geschichte offenbar ein großer Unterschied zwischen West- und Osteuropa.

Vielleicht liegt es daran, daß es westlichen Historikern besser gelang, eine brauchbare Geschichtstradition herzustellen, obwohl ich da starke Zweifel hege. Die tüchtigsten Historiker in Europa waren die Deutschen, und was ist am Ende aus ihnen geworden! Die Frage, warum die Staaten Ostmitteleuropas so viele Probleme mit ihrer Geschichte und ihrer Auffassung der Vergangenheit haben, hängt vermutlich letzten Endes mit dem chronischen Fehlen von Kontinuität zusammen. Während England und Frankreich im Rückblick auf ihre Vergangenheit eine lange, kaum unterbrochene Entwicklung auf einen Nationalstaat hin erkennen konnten, der weitgehend intakt geblieben war, hatten die Staaten Osteuropas diese Möglichkeit nicht. Ihre Geschichte war entweder unter Ächzen und Knirschen zum Stillstand gekommen, hatte gerade erst begonnen oder war bestenfalls nach langem Winterschlaf wieder erwacht.

Was jedem dieser Staaten fehlte und was »die Geschichte« ihnen verschaffen sollte, war eine Autorität, die der Aura alter Tradition und Vorrangstellung entspringt. Es ist eine Sache, »Traditionen zu erfinden«, wenn man dabei letztlich nichts anderes tut, als eine wirkliche Autorität symbolisch wirkungsvoller zur Geltung zu bringen. Eine ganz andere Sache ist es jedoch, dieses Verfahren anzuwenden, ohne daß eine solche Autorität, auf der man aufbauen könnte, real vorhanden ist. Das Problem für alle ostmitteleuropäischen Staaten bestand darin, daß die alten Zentren der Autorität und ganz besonders das der Habsburger Monarchie selbst nicht länger existierten. Jahrhundertlang war mitteleuropäische Geschichte gleichbedeutend gewesen mit der Geschichte Habsburgs, und jetzt, mit dem Zusammenbruch dieses Reiches, gab es dieses Gerüst nicht mehr. Gewiß, der Krieg hatte eine ohnehin bereits brüchige Autorität zerstört. Doch mit dem Verschwinden der Monarchie war auch das Empfinden der Region für ihre eigene Vergangenheit geschwunden, und damit versiegte die Quelle ihrer Autorität.

Der Nationalismus hatte offensichtlich versucht, dieses Vakuum zu füllen, freilich nicht ganz erfolgreich. Das vielleicht krassste und prägnanteste Beispiel für die Auswirkungen eines Defizits an historischer Substanz war die Situation in Ungarn, wo das konservative Regime es für nötig hielt, die Form der Monarchie beizubehalten, und gleichzeitig den Monarchen daran hinderte, den Thron zu besteigen. Im Westen konnten Konservative sich leicht den Mantel des Nationalismus umhängen; in Ostmitteleuropa war dies weniger einfach, da die echten Konservativen jene waren, die an der Vergangenheit festhielten – in diesem Fall an einer Habsburger Vergangenheit. Der tschechische Nationalismus war per definitionem eine radikale Abkehr von dieser Vergangenheit und nicht deren Bewahrung. Die Anhänger der tschechischen oder auch der polnischen Rechten waren daher letztlich gezwungen, eine Vergangenheit zu erfinden, die gar nicht existiert hatte, nur um

behaupten zu können, es gebe etwas, das von ihnen bewahrt werde.

Im Grunde genommen unternahm man in den Jahren zwischen den Kriegen den Versuch, einer nicht-nationalen Landkarte ein nationalgeschichtliches Raster aufzuprägen. Die Nationalgeschichten sprachen von der Bildung werdender Nationalstaaten, von einer nationalen Entwicklung, die zwangsläufig dazu führte, das Habsburger Joch abzuschütteln, doch die Geschichte, mit der sie es tatsächlich zu tun hatten, war die Geschichte von rivalisierenden Nationalitäten, die in dem labyrinthischen Netz sozialer, konstitutioneller, wirtschaftlicher und politischer Faktoren der Habsburgermonarchie verstrickt waren, und in der die wechselseitigen Beziehungen zwischen den Nationen mindestens ebenso wichtig gewesen waren wie die auf die eigene Nation bezogene Entwicklung. Es war außerdem eine Geschichte, in der übernationale Gruppen in kleiner Zahl, aber mit großem Einfluß – insbesondere der bürokratische und militärische Apparat der Habsburger, die deutschen bürgerlichen Schichten und nicht zuletzt das Habsburger Judentum – eine enorm wichtige Rolle gespielt hatten – in wirtschaftlicher, politischer, sozialer und, vor allem was die letzte Gruppe angeht, in kultureller Hinsicht. Das Raster der Nationalgeschichte konnte diesen übernationalen Anteil gar nicht berücksichtigen, denn andernfalls hätte sie ihren Zweck verfehlt, der schließlich darin bestand, aus der Geschichte Mitteleuropas eine Geschichte von Nationen zu machen. Indem sie diese entscheidenden Aspekte der mitteleuropäischen Geschichte jedoch ausklammerte, verstellte diese Version der »Geschichte« den Zugang zu einem adäquaten Verständnis der Vergangenheit dieser Region.

Geschichte ist mehr als ein Vehikel des nationalen Gedächtnisses. Sie ist das Vermächtnis menschlicher Erfahrung und menschlichen Strebens in all ihren Formen, von denen die Nationalgeschichte nur eine unter vielen und häufig nicht einmal die bedeutendste ist. Keine andere Region der Welt muß sich der Verantwortung, die eigene Geschichte ohne Verengung zu sehen, in dem Maße stellen wie die Länder Ostmitteleuropas heute, nachdem eine so aberwitzige Periode ihrer Geschichte hinter ihnen liegt. Wenn es gelingt, die Geschichte Ostmitteleuropas aus dieser großzügigen Perspektive und nicht mehr unter dem restriktiven Blickwinkel der Nation zu verstehen, dann wird die »Rückkehr der Geschichte« dieses Mal vielleicht besser ausgehen.

*Aus dem Englischen von Udo Rennert*

## Anmerkungen

- 1 Ernest Renan, Qu'est-ce que c'est une nation?, Paris 1882, S. 7f.
- 2 Während der Nachkriegsverhandlungen war die tschechische Delegation bereit, im Tausch gegen entsprechendes Territorium auf das Egerland zu verzichten; dank der Unterstützung von französischer Seite erübrigte sich diese Konzession.
- 3 Vgl. R.W. Seton-Watson, A History of the Czechs and Slovaks, Hamden 1965, S. 326.
- 4 Lewis Namier, The Downfall of the Habsburg Monarchy, in: Vanished Supremacies: Essays an European History 1812-1918, London 1958, S. 115.
- 5 Vgl. hierzu Milan Otáhal, »The Manuscript Controversy in the Czech National Revival«, in: *Cross Currents* 5, Ann Arbor 1986, S. 247-277.
- 6 *Neue Freie Presse*, Morgenausgabe, 16. Juni 1901, S. 1.
- 7 James Baker, Pictures from Bohemia: drawn with pen and pencil, London 1894, S. 6.
- 8 Zit. n. Karel Kucera, Masaryk and Pekar: their conflict over the meaning of Czech history and its metamorphoses, in: S. Winters (Hg.), T.G. Masaryk (1850-1937), Bd. 1: Thinker and Politician, London 1990, S. 95. Zu Masaryks Geschichtsverständnis vgl. auch: Milan Hauner, The Meaning of Czech History: Masaryk versus Pekar, in: H. Hanak (Hg.), T.G. Masaryk (1850-1937), Bd. 3: Statesman and Cultural Force, London 1990, S. 24-42; Tony Judt, A Nation-builder and his Successors, in: *Times Literary Supplement*, Jan. 26 - Feb. 1, 1990, S. 79f.
- 9 *Neue Freie Presse*, Morgenausgabe, 23. Dez. 1918, S. 1. Vgl. auch T.G. Masaryk, The Making of a State, New York 1927, S. 431f.
- 10 Anonymus, Die Juden in Böhmen und ihre Stellung in der Gegenwart, Prag 1863, S. 1.



*Wisława Szymborska*  
STIMMEN

Kaum bewegt du den Fuß, schon sprießen wie aus dem Boden  
die Aboringier, Marcus Emilius.

Mitten in die Rutuler watet deine Ferse.  
In die Sabiner, Latiner versinkst du bis an die Knie.  
Bis an die Hüfte, den Hals, die Nasenlöcher bereits  
stehn dir die Äquer und Volsker, Lucius Fabius.

Es gibt verdrießlich viele von diesen kleinen Völkern,  
zum Überdruß und Erbrechen, Quintus Decius.

Hier eine Stadt, da die zweite, die hundertsiebzigste Stadt.  
Der Widerstand der Fidenaten. Der Unwille der Falisker.  
Die Blindheit der Ecaetraner. Das Zögern der Antemnaten.  
Die Schlawheit der Labikaner, Peligner, die uns beleidigt.  
Das ist es, was hinter jedem neuen Hügel uns,  
die wir gutmütig sind, zur Strenge zwingt, Gajus Claelius.

Wenn sie uns wenigstens nicht behinderten, aber sie tun es,  
diese Aurunker, Marsen, Spurius Manlius.  
Von hier und dort die Tarquinier, von überallher die Etrusker.  
Außerdem die Volsiner. überdies die Vejinter.  
Wider den Sinn die Aulerker. Item die Sappianaten.  
Das überschreitet die menschliche Langmut, Sextus Oppius.

Die kleinen Völker haben einen kleinen Verstand.  
Immer weitere Kreise zieht der Stumpsinn um uns.  
Tadelnswerte Bräuche. Rückständige Gesetze.  
Wirkungslose Götter, Titus Vilius.

Haufenweise Herniker, Schwärme von Murricinern.  
Zahlreich wie die Insekten sind die Vestiner, Samniten.  
Je weiter, umso mehr, mein Servius Folius.

Bedauernswert sind die kleinen Völker.  
Ihr Leichtsinn verlangt hinter jedem neuen Fluß  
nach Aufsicht, Aulus Janius.

Ich fühle mich arg bedroht von jeglichem Horizont.  
So sehe ich das Problem, mein Hostius Melius.

Drauf sage ich, Hostius Melius, dir, mein Appius Papius:  
Vorwärts. Irgendwo schließlich ist die Welt zu Ende.

*Aus dem Polnischen von Karl Dedecius*

## *Zu den Autoren*

*Juri Afanassjew*, geb. 1934. Historiker, Direktor des Moskauer Instituts für Geschichte und Archivwesen. Mitglied des Obersten Sowjets, Mitvorsitzender der *Interregionalen Gruppe* (1989 gegründete informelle demokratische Fraktion im Obersten Sowjet) und des *Memorial*, der Bürgerbewegung zur Aufarbeitung des Stalinismus in der Sowjetunion. Herausgeber von »Es gibt keine Alternative zur Perestroika«, Moskau 1988 (Progress) und Nördlingen 1988.

*Steven Beller*, geb. 1958. Arbeitet als Historiker und Publizist in New York. 1984 Visiting Fellow des IWM. 1989 erschien »Vienna and the Jews, 1867-1938: A Cultural History« (Cambridge University Press); kürzlich wurde sein zweites Buch publiziert: »Herzl«, London (Peter Halban) 1991.

*Jan Blonski*, geb. 1931. Direktor des Instituts für Polnische Philologie an der Jagellonischen Universität Krakau. Forschungen u.a. zu Proust, Beckett, Witkiewicz-Witkacy und Gombrowicz. Korrespondierendes Mitglied des IWM. 1990 erschien »The Poor Poles Look at the Ghetto«, in: A. Polonsky (Hg.), »My Brother's Keeper? Recent Polish Debates on the Holocaust«, London (Routledge).

*Joseph Brodsky*, geb. 1940 in Leningrad. Schriftsteller. 1972 aus der Sowjetunion ausgebürgert, lebt seither in den Vereinigten Staaten. Nobelpreis für Literatur 1987. Zuletzt erschienen »Flucht aus Byzanz. Essays« und »Marmor«, beide München 1988.

*Peter Demetz*, geb. 1922 in Prag. Studium in Europa und in den USA. Verließ die Tschechoslowakei 1948. Professor für Deutsche und Vergleichende Literaturwissenschaft in Yale. Arbeitet derzeit als Visiting Fellow des IWM an dem bisher im deutschen Originaltext unveröffentlichten dritten Teil von Masaryks »Rußland und Europa«. Zuletzt erschien »Worte in Freiheit. Der italienische Futurismus und die deutsche literarische Avantgarde (1912-1934)«, München 1990.

*Helmut Dubiel*, geb. 1946. Co-Direktor des Frankfurter Instituts für Sozialforschung. Arbeitet im Bereich der politischen Soziologie und politischen Theorie. Mitherausgeber von »Demokratischer Umbruch in Osteuropa«, Frankfurt 1990.

*Timothy Garton Ash*, geb. 1955. Historiker und Publizist. Fellow of St. Antony's College, Oxford. Korrespondierendes Mitglied des IWM. 1990 erschien »Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas 1980-1990«, München.

*Jerzy Jedlicki*, geb. 1930. Professor für Geschichte an der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Warschau, wo er derzeit ein Forschungsprojekt zur Geschichte der Intelligentsia leitet. Zuletzt erschien in polnischer Sprache »Welche Kultur brauchen die Polen? Untersuchungen zur Geschichte der Ideen und Vorstellungen im 19. Jahrhundert«, Warschau 1988.

*Mihaly Kornis*, geb. 1949. Lebt als Schriftsteller in Budapest. Zuletzt erschien »Kör Magyar« (Ungarischer Reigen), Budapest 1990.

*Marcin Król*, geb. 1944. Historiker und Publizist. Untersuchungen zum polnischen Konservatismus des 19. und 20. Jahrhunderts. Herausgeber der unabhängigen polnischen Monatszeitschrift *Res Publica*. 1991 erschien im Verlag Res Publica (Warschau): »Słownik Demokracji« (Wörterbuch der Demokratie).

*Dominique Moïsi*, geb. 1946. Politologe und Publizist, arbeitet am IFRI (Institut français des relations internationales) in Paris und ist Chefredakteur der Zeitschrift *Politique étrangère*. 1989 veröffentlichte er zusammen mit Jacques Rupnik »Le Nouveau Continent. Plaidoyer pour une Europe renaissante«, Paris (Calmann-Lévy, *Série liberté de l'esprit*).

*Jan Patočka*, 1907-1977 in Prag. Philosoph, Schüler von Husserl und Heidegger. Wurde 1934 Sekretär des *Cercle philosophique de Prague*. Nach dem Krieg Lehrtätigkeit an der Karls-Universität. 1949 entlassen, konnte er erst 1968 dorthin zurückkehren, um 1972 abermals sein Amt zu verlieren. Mitbegründer der *Charta 77*. Von den »Ausgewählten Schriften«, am IWM herausgegeben und bei Klett-Cotta in Stuttgart verlegt, erscheint 1992 der fünfte Band mit den »Schriften zur tschechischen Kultur und Geschichte«.

*Petr Pithart*, geb. 1941. Rechtswissenschaftler, Publizist und Politiker. 1968/69 Redaktionsmitglied der *Literární Listy* und *Listy*. Unterzeichner der *Charta 77*. 1989 Sprecher des Bürgerforums, seit Frühjahr 1990 Ministerpräsident der Tschechischen Republik. Mitherausgeber des fünften Bandes der »Ausgewählten Schriften« von Jan Patočka (s.o.). Verfasser zahlreicher Schriften zur neueren tschechischen Geschichte, insbesondere zu Masaryk und Pekar.

*Henry Rousso*, geb. 1954. Historiker am Institut d'Histoire du Temps Présent (CNRS) in Paris. Zuletzt erschien von ihm »Le syndrome de Vichy de 1944 à nos jours«, Paris 1990, 2nde edition, revue et corrigée.

*Jacques Rupnik*, geb. 1950. Historiker, Politologe und Publizist. Lehrt am IEP in Paris und ist Senior Fellow an der Fondation Nationale des Sciences Politiques. Visiting Fellow des IWM 1989. 1991 veröffentlichte er zusammen mit Dominique Moïsi »Le Nouveau Continent. Plaidoyer pour une Europe renaissante«, Paris (Calmann-Lévy, *Série liberté de l'esprit*).

*Miklós Szabó*, geb. 1935. Historiker am Institut für Sozialforschung der Ungarischen Akademie der Wissenschaften. Abgeordneter der Freien Demokraten im ungarischen Parlament. 1989 erschien in ungarischer Sprache »Politische Kultur in Ungarn«, Budapest (Atlantis).

*Wisława Szymborska*, geb. 1923. Lebt als Lyrikerin in Krakau. In der von Karl Dedecius herausgegebenen Polnischen Bibliothek erschien 1986 »Hundert Freuden. Gedichte«, Frankfurt.

*Tomas Venclova*, geb. 1937 in Klaipėda, Litauen. 1977 aus der Sowjetunion emigriert. Professor an der Yale University, wo er Russische und Polnische Literatur sowie Litauische Sprache lehrt. Seit 1976 Mitglied der Litauischen Helsinki-Gruppe. 1990 in Ljubljana mit dem »Vilence«-Literaturpreis ausgezeichnet. In diesem Jahr erscheinen

in Vilnius in litauischer Sprache »Wintergespräch. Gedichte« und »Formen der Hoffnung. Essays«.

*Waldemar Weber*, geb. 1944 in Westsibirien. Lebt als freischaffender Schriftsteller in Moskau. Herausgeber der in diesem Jahr in Moskau erscheinenden Anthologie »Deutsche Lyrik von Nietzsche bis Celan«.

*Stefan Wolle*, geb. 1950 in Halle an der Saale. Historiker. Seit 1976 an der Akademie der Wissenschaften zu Berlin. 1990 Mitinitiator des »Unabhängigen Historikerverbandes der DDR«. In den Jahren 1990/91 an der Stasi-Auflösung beteiligt, zuletzt in der Behörde des Stasi-Sonderbeauftragten Joachim Gauck, aus der er im März 1991 entlassen wurde. Zusammen mit Armin Mitter veröffentlichte er im März 1990 die Dokumentation »»Ich liebe Euch doch alle!« Befehle und Lageberichte des MfS. Januar-November 1989«, Berlin.



Prag 1984. Wachablösung am Hradschin (Matthias Creutziger, Mutterstadt)